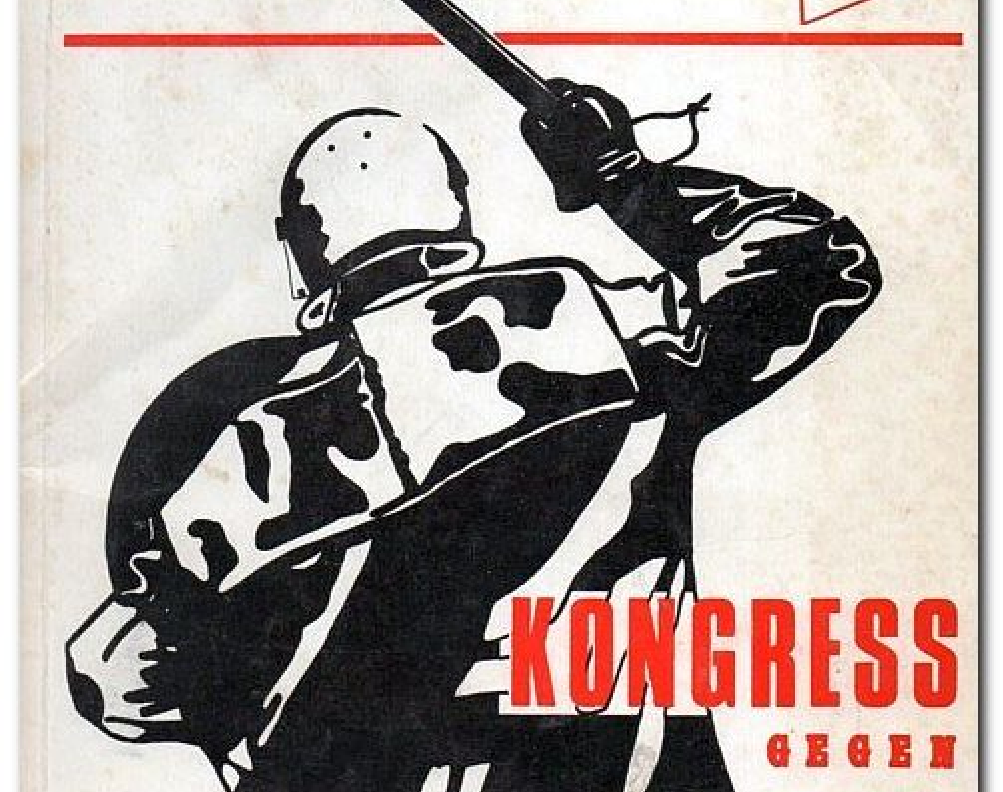
Internationale Marxistische Diskussion

Merve Verlag

Arbeitspapiere No. 5

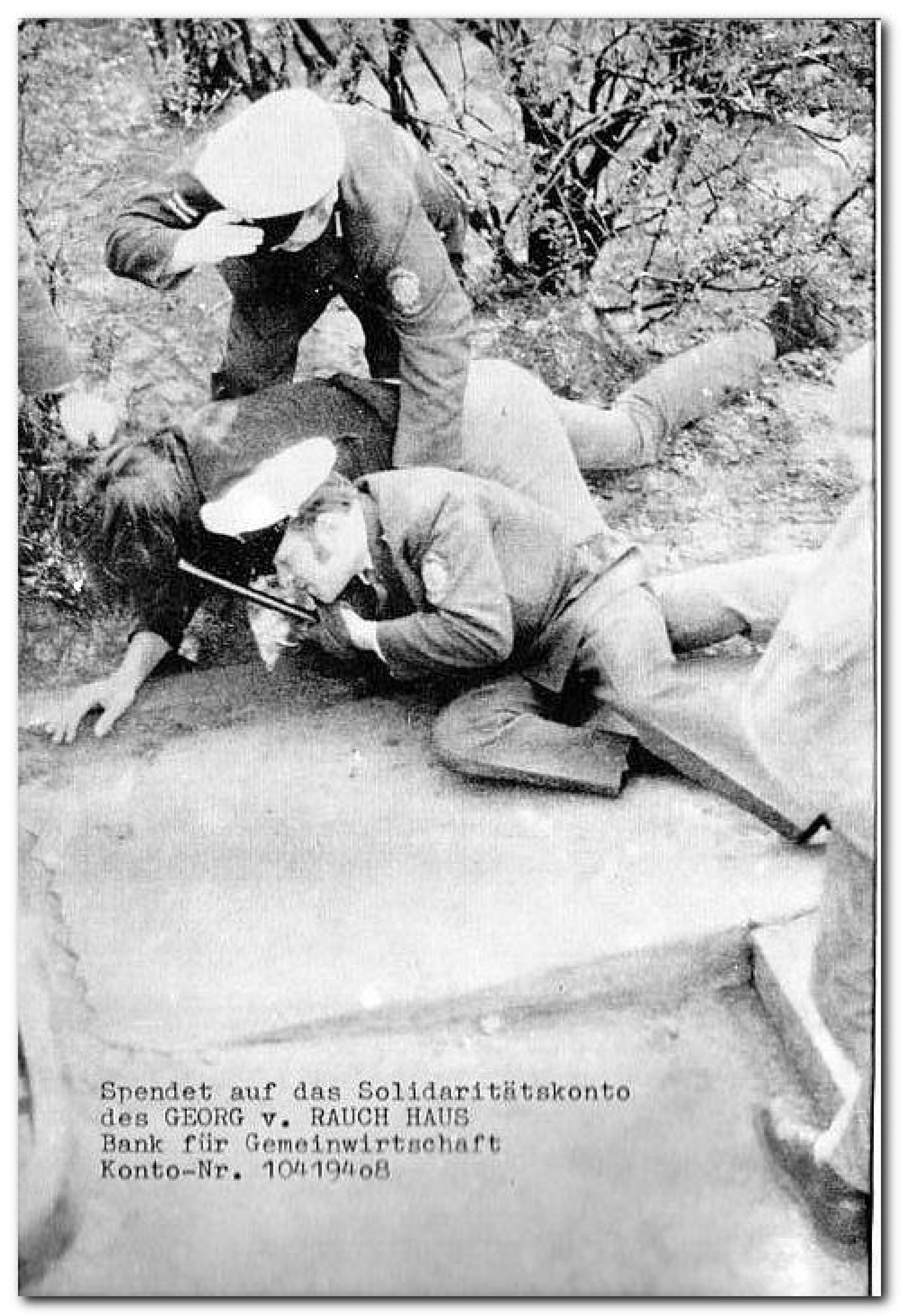


KONGRESS GEGEN POLITISCHE UNTERDRÜCKUNG

AN DER FREIEN UNIVERSITÄT VOM 24.-26.4.1972

Referate und Diskussionen

DM 5.-


Spendet auf das Solidaritätskonto
des GEORG v. RAUCH HAUS
Bank für Gemeinwirtschaft
Konto-Nr. 1044194o8

Kongreß gegen politische Unterdrückung
an der Freien Universität Berlin vom 24. 4. - 26. 4. 1972
Referate und Diskussionen

Internationale Marxistische Diskussion
Arbeitspapiere No. 5
Merve Verlag Berlin

© 1972 Merve Verlag GmbH, Berlin 15, Postfach 327.
Druck Joachim Schwar Berlin; Bindearbeiten Heinz Stein, Berlin.

INHALT

VERZEICHNIS DER ABKÜRZUNGEN

KSV	Kommunistischer Studentenverband; der 'KPD' angegliedert
ADSen	Aktionsgemeinschaften Demokraten und Sozialisten; der SEW nahestehend
MLH	Marxistisch-Leninistische Hochschulgruppen
AJLE	Ausschuß junger Lehrer und Erzieher in der GEW
"Soziale Revolution"	rätekommunistische Gruppe, die die Zeitschrift gleichen Namens herausbringt
GSO	Grundsemesterorganisation (OSI)

VORBEMERKUNG

Der "Kongreß gegen politische Unterdrückung" wurde vom 24. 4. bis zum 26. 4. 1972 im Auditorium Maximum der Freien Universität Berlin abgehalten. Unmittelbarer Anlaß für die Veranstaltung dieses Kongresses war Ernest Mandels Nichtberufung an die Universität und seine darauffolgende Ausweisung, sowie die Nichteinstellung Wolfgang Lefèvres als Universitätsassistent; zum mittelbaren Anlaß sagen die Veranstalter - Genossen der Marxistisch-Leninistischen Hochschulgruppen, der Gruppe Internationaler Marxisten und der Sozialistischen Assistentenzellen -: "Wir sind zur Zeit Zeugen einer restaurativen Entwicklung in der BRD, die einen elementaren Angriff auf die demokratischen und sozialistischen Kräfte dieser Gesellschaft darstellt. Diese Politik des 'Roll-Back', wie wir sie bereits in den frühen fünfziger Jahren erlebt haben, hat zum Ziel, konkrete demokratische Positionen, die in den Auseinandersetzungen der letzten Jahre, vor allem seit dem Beginn der Studentenrevolte, errungen worden sind, abzubauen. Die Wiederherstellung der politischen Friedhofsruhe der fünfziger und frühen sechziger Jahre ist ein existenzielles Interesse der herrschenden Kreise. Zu diesem Zweck wird zu Mitteln gegriffen, die sich oft gegen die so gern beschworene Rechtsstaatlichkeit selbst richten. Die gezielte Diffamierung engagierter Persönlichkeiten der politischen Linken, der einem Berufsverbot gleichkommende Hamburger Erlaß und die Ablehnung und Ausweisung Mandels sind verschärfte Maßnahmen, die gegen uns alle gerichtet sind. - Aufgabe des Kongresses soll es sein, eine konkrete Einschätzung dieser reaktionären Entwicklung in der BRD unter der gegenwärtigen SPD/FDP-Regierung vor dem Hintergrund ihres historischen Zusammenhangs zu erarbeiten, die Ergebnisse einer breiten Öffentlichkeit zu vermitteln und zu erörtern, welche Mittel und Wege gefunden werden können, eine breite Abwehrfront gegen diese Tendenzen zu organisieren." (Flugblatt des Kongreßkomitees)

Zum Verständnis des allgemeinen Klimas, in dem der Kongreß stattfand, sind folgende Informationen nützlich: Der Kongreß wurde von zwei, an der FU relativ starken Studentengruppen, vom KSV ('KPD') und von den ADSen (SEW), nicht unterstützt; während des Kongresses wurde an einigen Fachbereichen gegen die politische Disziplinierung gestreikt; am 22. 4. hatte eine von einem überfraktionellen Komitee organisierte Protestdemonstration gegen den Vietnamkrieg mit ca. 15000 Teilnehmern stattgefunden, auf einer Konkurrenzveranstaltung des KSV hatten 1800 demonstriert; während des Kongresses wurde im Bundestag über das konstruktive Mißtrauensvotum der CDU/CSU gegen die Regierung Brandt verhandelt.

Der Kongreß wurde vor einem ständig überfüllten Audimax abgehalten; 3000 bis 4500 Zuhörer folgten den Referaten, und der Saal leerte sich nicht einmal während der oft äußerst deprimierenden, weil perspektivlosen, Diskussionen. Weder der KSV, dessen Parole "Erst Klarheit, dann Einheit" ein Denk- und Kritikverbot organisationspraktisch legitimieren soll und dessen Praxis als Exempel für Dogmatismus und Sektierertum in einigen ML-Gruppierungen ste-

hen mag, noch die "Soziale Revolution", deren Forderung nach phantasiereicher Aktion ("Wir sollten das Gebäude der WISO-Fakultät besetzen und dort abends ein Fest feiern") an der eigenen Phantasielosigkeit und Unsensibilität (an jener "Lust des Denkens", zu der Peter Brückner ermuntert hatte) scheiterte) können darüber hinwegtäuschen, daß sich auf diesem Kongreß eine nicht-sektiererische und nicht-dogmatische Linke artikuliert und manifestiert hat. Sie konnte – angesichts einer Kongreßleitung, die nur im Sinne hatte, ihr Programm "durchzuziehen", und die selbst darin ihre Hilflosigkeit nicht verbergen konnte – keinen organisierten Arbeits- und Diskussionszusammenhang herstellen. Dem, daß er sich herstelle, mag die Veröffentlichung* der Referate und Diskussionen dienen. Venceremos!

MERVE KOLLEKTIV

---

* Als Grundlage einiger Referate und aller Diskussionsbeiträge diente eine vollständige Tonbandaufzeichnung des Kongresses. Hörfehler sind nicht ausgeschlossen; Zitate konnten z. T. nicht überprüft werden.

1. KONGRESSTAG (24. 4. 1972) - 14.00

EINLEITUNGSREFERAT (KONGRESSKOMITEE - JÜRGEN STRASSBURGER)

"Der demokratische Staat muß dank der den breiten Massen zufallenden Macht in eine immer deutlicher herausstrebende Kampfstellung gegen die kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnug getrieben werden, die immer ausschließlicher von dem Profitstreben einer dünnen Kapitalistengruppe beherrscht wird. Die Verstaatlichtung der Grundindustrie, der Großfinanz und Aufsiedlung des Grundbesitzes sind aber auch notwendig, um der ökonomischen Ordnung des Staates ein sozialistisches Gepräge zu geben und um für alle Zukunft zu verhindern, daß ökonomische Macht in den Händen weniger Großkapitalisten zu politischer Macht wird." (1) Dieser Satz aus dem Wirtschaftsprogrammentwurf des sozialdemokratischen Parteiführers Kurt Schumacher aus dem Jahre 1945 verdeutlicht unmißverständlich die demokratischen Bestrebungen die in der Periode nach 1945 von der Mehrheit der Bevölkerung in Westdeutschland und in Westeuropa anerkannt wurden.

Die radikaldemokratischen und sozialistischen Tendenzen in Westeuropa waren jedoch bereits 1948 durch den Einfluß vor allem des amerikanischen Kapitalismus entscheidend geschwächt, und die strikt antisozialistisch an einer Restauration des kapitalistischen Systems interessierte Kapitalbourgeoisie leitete jene Politik des "roll back" ein, die in den frühen fünfziger Jahren in einer erbarmungslosen Kommunistenhatz ihren ersten Höhepunkt fanden.

Nun, Anfang der 7oer Jahre sind wir wiederum Zeugen einer sich verschärfenden restaurativen Entwicklung in der BRD, die sich anschickt, einen entscheidenden Schlag gegen die demokratischen und sozialistischen Kräfte dieser Gesellschaft zu führen und die von Demokraten und Sozialisten erkämpften Positionen zu bekämpfen. Dieser Schlag muß sich zwangsläufig gegen die bewußtesten Teile der Arbeiterklasse, gegen die bewußtesten Teile der Intelligenz und die entschiedensten Kämpfer für Demokratie und Sozialismus richten. Der hiermit verbundene Versuch, diese Rollbackpolitik, die politische Friedhofsruhe der späten fünfziger und der frühen sechziger Jahre wiederherzustellen, ist für die herrschende Klasse, angesichts der sich verschärfenden ökonomischen Krise, zu einer existenziellen Frage geworden. Das erklärte Ziel der Kapitalfraktion läßt angesichts der zunehmenden Verschärfung von Widersprüchen in allen gesellschaftlichen Bereichen jedes Mittel recht werden, und der Boden der freiheitlich demokratischen Grundordnung droht gerade von jenen Kräften verlassen zu werden, die mit gezielten Diffamierungen engagierter Sozialisten und Demokraten, die mit Berufsverbot und "Hamburger Erlaß", die mit Ablehnung und Ausweisung qualifizierter Wissenschaftler den Kampf gegen alle fortschrittlichen Kräfte aufgenommen haben.

Dieser Kongreß gegen politische Unterdrückung, als ein für alle demokratischen und sozialistischen Kräfte offener Kongreß geplant und durchgeführt, hat die Funktion, die reaktionäre Entwicklung in der BRD darzustellen, zu analysieren, den Charakter der Repression zu entlarven und auf der Basis der langfristig zu entwickelnden Etappeneinschätzung unsere taktischen und strategischen Kampf-

formen zur Abwehr des Abbaus der demokratischen Rechte zu bestimmen. Trotz aller ideologischer Differenzen innerhalb der heutigen Linken bleibt richtig, daß der Kampf gegen politische Unterdrückung nur solidarisch zu führen ist, daß nur der organisierte Kampf aller Demokraten und Sozialisten der organisierten Reaktion entschlossen gegenübertreten kann. (Beifall)
Wir fordern deshalb alle demokratischen und sozialistischen Kräfte auf, durch die aktive Teilnahme an diesem Kongreß die gemeinsame Abwehrfront zu organisieren.

ANMERKUNGEN

(1) Dokumente zur parteipolitischen Entwicklung in Deutschland seit 1945, Bd.III Hsg. O.K. Flechtheim, Berlin 1963, S 9f, Zit. nach: R.Kühnl, Deutschland zwischen Demokratie und Faschismus, München 1969, S 74

ULRICH K. PREUSS

POLITISCHE JUSTIZ UND VERFASSUNG

Genossinnen und Genossen
Der Genosse, der eben gesprochen hat, sprach davon, daß die freiheitlich demokratische Grundordnung, so zitiere ich ihn hier, "von denjenigen verlassen zu werden droht, die durch Hamburger Beschlüsse, Berufsverbot und andere Maßnahmen ihre Politik gegen alle demokratischen Kräfte durchzusetzen versuchen".
Ich habe hier die Aufgabe, einige Vorbemerkungen zu Christian Ströbele zu machen und zu dem, was Verfassung real in der BR bedeutet; und ich habe das Gefühl, daß, wenn ein solcher Satz, wie ich ihn eben zitiert habe, hier gesprochen wird, bestimmte Illusionen über den Charakter der Verfassung verbreitet werden. (Beifall)
Wir stehen doch vor der Tatsache, daß die "freiheitlich demokratische Grundordnung", als Verfassungsbegriff, zu einer Kampfformel der Herrschenden gegen Demokraten, Sozialisten und Kommunisten gemacht worden ist. Von daher ist es von vornherein ein fragwürdiges Unterfangen, von uns aus zu erklären, daß die Gegenseite die freiheitlich demokratische Grundordnung verläßt, wir aber auf dem Boden dieser freiheitlich demokratischen Grundordnung stehen. Das ist eine sehr zweischneidige Interpretation; und wir müssen uns Rechenschaft darüber ablegen, wie die Verfassung entstanden ist und welchen Charakter sie mittlerweile erlangt hat.

Ursprünglich (ich höre gerade, daß der Genosse Agnoli ebenfalls darüber sprechen wollte, dann kann er mich ja nachher korrigieren) war die freiheitlich demokratische Grundordnung als eine bürgerliche Verfassung tatsächlich als eine Kampfverfassung konzipiert und zwar als eine antifaschistische Kampfverfassung. Sie war von den Trägern des politischen Lebens nach 1945, insbesondere den Christlichen Demokraten, Sozialdemokraten und Kommunisten, gedacht als eine Gegenverfassung gegen die Verbrechen des Faschismus; von daher erklären sich eine ganze Menge von Vorschriften dieses Grundgesetzes.
Eine ganz wesentliche Vorschrift, die heute in den Verfassungslehrbüchern in der Regel unterschlagen oder mit zwei Zeilen abgetan wird, bringt das ganz deutlich zum Ausdruck. Es gibt den Art. 139 - gar nicht so sehr berühmt, aber eigentlich einer, der es verdient, berühmt zu werden -, der besagt, daß die "zur Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus erlassenen Rechtsvorschriften von den Bestimmungen dieses Grundgesetzes nicht berührt werden", d.h. im Klartext, daß alle Entnazifizierungsbestimmungen und -maßnahmen, die vor 1949, also vor Erlaß des Grundgesetzes durchgeführt worden sind, nicht rückgängig gemacht werden dürfen unter Berufung auf das Grundgesetz, d.h. also, daß Beamte beispielsweise, die wegen nazistischer Umtriebe im Faschismus nach 45 entlassen worden sind, nicht nach Verabschiedung des Grundgesetzes und unter Berufung auf dieses Grundgesetz wieder einen Anspruch auf ihr Amt anmelden konnten. Hier findet sich also noch ein ganz klarer Ausdruck des Grundgesetzes als einer antifaschistischen Verfassung. Es wird auch allgemein behauptet, hierin drücke sich tatsächlich aus, daß auch r e a l diese Verfassung eine antifaschistische und eine demokratische Verfassung sei, und der Begriff der "freiheitlich demokratischen Grundordnung" legt ja auch nahe, daß es hier einen Kompromiß gegeben hat, zwischen denjenigen, die bürgerliche Freiheit mit Demokratie zu verbinden suchen.
Ideal ist das tatsächlich richtig: Ideal gibt es sowohl demokratische als auch freiheitliche Elemente in dieser Verfassung. Es gibt die Grundrechte; es gibt den berühmten Artikel 15, der die Sozialisierung vorsieht; es gibt die verfassungsmäßige Verankerung der Demokratie und des demokratischen Sozialstaates; Formeln, die jahrelang von linken Verfassungsjuristen und Politologen als Alibi und als Rechtfertigung für einen tatsächlichen Verfassungskompromiß zwischen bürgerlichen Demokraten und sozialistischen Demokraten immer wieder herangezogen worden sind. Wie sah der reale Stand aus?
Wir müssen sehen, daß die Verfassung nicht nur ein beschriebenes Stück Papier ist, sondern daß sie die realen Kräfteverhältnisse eines Landes zu einer bestimmten Situation widerspiegelt. Real sahen die Verhältnisse 1949 bereits erheblich anders aus als 1945. Real hatten wir 1949 bereits wieder die feste Entscheidung, daß das gesamte Produktivvermögen, der gesamte Produktionsapparat in der überkommenen Form erhalten bleiben solle. Die Entflechtung war äußerst zaghaft vorangetrieben worden und wurde dann ja bekanntlich Anfang der 5oer Jahre endgültig eingestellt und rückgängig gemacht. Wichtig hierbei ist, daß auch die alten bürokratischen Eliten im Verwaltungs- und Justizapparat ihre alten Positionen beibehielten und auch

ihre verfassungsmäßige Absicherung in dem berühmten Artikel 33 fanden, wo es heißt, daß die "hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums" erhalten bleiben. Neben dieser verfassungsmäßigen Absicherung der Erhaltung der Verwaltungs- und Justizeliten schließlich ein ganz wichtiger Punkt: die Spaltung der Organisation der Arbeiterklasse, sprich die Spaltung von SPD und KPD oder sagen wir, die Nichtvereinigung dieser beiden Arbeiterparteien. Hinzu kamen die entsprechenden wirtschaftspolitischen Maßnahmen, Steuergesetze, Währungsreform und andere Maßnahmen, die alle dazu dienten, die alte Struktur der Eigentumsverhältnisse und der Herrschaftsverhältnisse aufrechtzuerhalten und auf diese Weise den bürgerlichen Charakter dieser Verfassung zu gewährleisten.
Das war die reale Situation, in der dann allerdings Forderungen wie die nach Sozialisierung oder nach Demokratie einen etwas merkwürdigen Charakter annehmen mußten, denn sie waren von vornherein bezogen auf eine gesellschaftliche Situation, die überhaupt nur bestimmt werden konnte durch bürgerliche Formen von Verfassung. Was heißt jetzt bürgerliche Demokratie, was hätte eine mögliche Alternative, was hätte also der Inhalt dieses Kompromisses sein können?
Die bürgerliche Demokratie ist gekennzeichnet durch Begriffe, wie wir sie täglich in der Zeitung lesen. Man liest von der "freien Wirtschaft" oder von der "freiheitlichen Wirtschaft", man liest von einer "freien Universität", man spricht von einer "freien Wissenschaft", von einer "freien Presse", man spricht merkwürdigerweise nie von einer "demokratischen" Wirtschaft, von einer "demokratischen" Universität, von einer "demokratischen" Wissenschaft oder einer "demokratischen" Presse und man spricht bezeichnenderweise auch nicht von einer "freiheitlich demokratischen" Wirtschaft, einer "freiheitlich demokratischen" Universität, einer "freiheitlich demokratischen" Wissenschaft oder einer "freiheitlich demokratischen" Presse oder was dererlei Beispiele mehr sein können. D.h. man spricht nicht mehr in Begriffen, die noch sprachlich so etwas wie einen Kompromiß ausdrücken könnten, sondern man spricht eben wie gesagt, nur noch von einer "freien Wirtschaft", einer "freien Presse", etc..
Was bedeutet diese Freiheit? Diese "Freiheit" kann, bezogen auf die realen Verfassungsverhältnisse von 1949, nur die klassischen bürgerlichen Freiheitsrechte meinen. Gemeint sind die Rechte, die, wie der KPD-Abgeordnete Erich Renner im Jahre 1949 im Parlamentarischen Rat anlässlich der Formulierung des Grundgesetzes sagte, "das fortschrittliche Bürgertum sich im Zuge der letzten 2oo Jahre nach und nach erkämpft hat, also vor allem die Grundrechte, die das Bürgertum in der großen franz. Revolution für sich errungen hat". Er sagte weiter: "Ich lege Wert darauf, auf das Alter dieser Grundrechte hinzuweisen, auf die Tatsache, daß in Ihrem (gemeint sind die Abgeordneten der bürgerlichen Parteien) Grundgesetz kein einziger neuer Gedanke enthalten ist". (1) Und das ist exakt der Tatbestand, den wir vor uns haben, wenn wir uns diese freiheitlich demokratische Ordnung ansehen.
Ich sprach bereits von den Grundrechten. Diese Grundrechte sind allesamt Abwehrrechte, d.h. sie beziehen sich auf ein "privates Individuum", das

sich, wie Marx es in der "Judenfrage" formuliert hat, abseits hält von dem politischen Gemeinwesen, wo Vergesellschaftung nur stattfindet durch die Tauschverhältnisse der Privatindividuen. - Wir haben keine sozialen Grundrechte, sondern eine Form der Volkssouveränität, die durch parlamentarische Institutionen vielfach gebrochen ist. Wir haben eine Form der Volkssouveränität, die es nicht erlaubt, daß die Entscheidungen von Verwaltung oder Justiz durch Volksbeauftragte bzw. durch andere Formen demokratischer Willensbildung kontrolliert werden können. Mit anderen Worten: wir haben den klassischen Katalog von Verfassungsnormen, die exakt den Stand der Eigentums- und Herrschaftsordnung wiedergeben, wie er vor 1933 bestand.

Ich habe bereits angedeutet, welchen möglichen Inhalt ein Kompromiß hätte haben müssen, wenn der Begriff "freiheitlich demokratische Grundordnung" tatsächlich einen politischen Kompromiß zwischen bürgerlichen und sozialistischen Demokraten hätte darstellen sollen: Volkssouveränität im Sinne einer sozialistischen Demokratie kann immer nur bedeuten eine Form von Produzentenherrschaft, verschiedenste Formen wirtschaftlicher Selbstbestimmung, weil bekanntlich der Prozeß der Vergesellschaftung, der ganze Prozeß der Organisation gesellschaftlicher Arbeit nicht eine Privatangelegenheit von Individuen ist, sondern eben als gesellschaftlicher Prozeß seinerseits der Bestimmung der Produzenten zu unterliegen hätte. Hier hätten also beispielsweise die verschiedensten Formen wirtschaftlicher Selbstverwaltung in die Verfassung eingeführt werden müssen, um so etwas wie einen Kompromiß oder den Begriff eines Kompromisses hier gerechtfertigt erscheinen zu lassen. Wir hätten Formen der Volksvertretung haben müssen, die die Selbständigkeit des bürokratischen Apparates, abgesichert durch den oben zitierten Artikel 33, also hergebrachte Grundsätze des Berufsbeamtentums endgültig hätten beiseite schieben müssen; denn erst die Selbständigkeit und die relative Unabhängigkeit der Bürokratie, verbunden mit der bekannten sozialen Zugehörigkeit der führenden bürokratischen Eliten zur herrschenden Klasse, garantiert jene "innerstaatliche Souveränität", die seit 2oo Jahren Unterdrückung der Arbeiterklasse durch den Staatsapparat bedeutet. Der Abbau dieser "innerstaatlichen Souveränität" wurde nicht vollzogen, so daß wir zu der Schlußfolgerung kommen, daß tatsächlich ein Kompromiß im Jahre 1949 nicht stattgefunden hat; sondern wir hatten eine ganz normale klassische, traditionelle, rechtstaatliche Demokratie, die allerdings erweitert worden ist durch das Ausmaß an sozialer Sicherung, das notwendig war, um die Befriedung der Massen herbeizuführen. So stellte der gesamte Lastenausgleichs- und Entschädigungskomplex selbstverständlich eine Abweichung vom klassischen Rechtstaat dar, gleichwohl abereine notwendige Maßnahme, um diese grundsätzlichen Strukturen aufrechtzuerhalten.

Um einem Mißverständnis vorzubeugen: diese freiheitlich demokratische Grundordnung, die ich eben charakterisiert habe, wollen wir eigentlich als eine normale rechtstaatliche, bürgerliche Verfassung bezeichnen, etwas ergänzt durch sozialstaatliche Leistungen, und wollen sie in ihrer Gestalt als bürgerliche Verfassung keineswegs gering achten, denn wir wissen, daß diese bürgerliche Verfassung überhaupt die Grundlage dafür ist, daß Arbeiterparteien oder sozialistische Organisationen die Möglichkeit haben, sich zu artikulieren. Wir wissen,

daß die Versammlungsfreiheit, die Vereinigungsfreiheit, die Pressefreiheit und vor allen Dingen die Koalitionsfreiheit, die alle sich noch in den Rahmen einer bürgerlichen Verfassung einfügen lassen, - daß diese Freiheiten ganz wesentliche Voraussetzungen sind, daß eine Transformation der realen Verfassung hin zu einer sozialistischen Demokratie möglich ist.
Von daher würde ich es für verfehlt halten, wenn meine bisherigen Ausführungen dahingehend verstanden würden, daß hier so etwas wie eine Diffamierung dieser "freiheitlich demokratischen Grundordnung" stattfinden solle. Dies ist nicht der Fall. Aber es ist wichtig, das festzuhalten, was ich am Anfang als den Prozeß kennzeichnete, in dem die "freiheitlich demokratische Grundordnung" nicht mehr die Handlungsfähigkeit und eine Transformation der bürgerlichen Demokratie hin zu sozialistischen Formen garantiert, sondern wo sie zu einem Kampfbegriff wird, zu einem Kampfbegriff zur Unterdrückung von Demokraten, Sozialisten und Kommunisten. Wir haben bereits in den 50er Jahren ja das bekannte Phänomen gehabt, daß nach dem Verbot der KPD eine Welle von Verfolgung durch den Staatsapparat stattfand, die in erster Linie Kommunisten traf, zuweilen auch linke Sozialdemokraten, aber in erster Linie Kommunisten; das lag daran, daß die kommunistische Partei als eine festgefügte und identifizierbare Organisation mit Nebenorganisationen leicht zum Objekt von Verfolgung gemacht werden konnte.
Die politische Verfolgung stellt sich jedoch gegenüber den 5oger Jahren, wenn nicht qualitativ, so doch in ihrer Erscheinungsform, erheblich verändert dar, und zwar insofern in der Erscheinungsform, als es sich heute nicht mehr darum handelt, identifizierbare Organisationen zu verbieten, so daß angesichts der relativen Breite des demokratischen Kampfes, insbesondere innerhalb der Intelligenz, aber auch innerhalb der jungen Arbeiterschaft, sich auch die Verfolgungsmaßnahmen diesem Prozeß anpassen müssen.
Die demokratische Agitation und der Prozeß der Aufklärung für sozialistische Ziele hat heute eine viel breitere Resonanz innerhalb der Intelligenz und auch der jungen Arbeiterschaft gefunden als in den 5oer Jahren, als die Form der politischen Arbeit noch weitgehend durch die spezifischen Formen der kommunistischen Organisationen bestimmt war. Das ist einer der Gründe für jenen schleichenden Prozeß der Umfunktionierung der Verfassung zu einem Kampfinstrument gegen Demokraten, ein Prozeß, der sehr lange unbemerkt geblieben ist. Denn wir haben im Grunde genommen schon seit dem Beginn der 5oer Jahre durch die Rechtssprechung der Verfassungsgerichte, des Bundesverfassungsgerichts und der sonstigen Behörden einen Prozeß, der dazu geführt hat, die Verfassung nicht mehr als das aufzufassen, als was sie auch von jedem Demokraten existenziell verstanden werden muß, wenn er von ihr Gebrauch machen will, nämlich als ein Instrument, um die Transformation der gegebenen gesellschaftlichen und politischen Ordnung hin zu mehr gesellschaftlicher und politischer Demokratie zu bewirken. Als dies Instrument der Transformation ist sie nicht mehr verstanden worden, sondern als eine Wertordnung, die lediglich dazu dient, bestimmte absolute Werte zu normieren. Wenn z.B. im Artikel 1 steht, "die Würde des Menschen ist unantastbar", dann ist das nicht mehr interpretiert worden als ein ganz klarer Stoß gegen alle faschistischen Bewegungen, die die Menschenwürde 12 Jahre lang mit Füßen getreten haben, sondern dann wurde das als

absoluter Wert gesehen, der keine historische Bestimmung mehr hat und keine historische Zielrichtung. In dem Moment, in dem man die Verfassung einmal als eine Wertordnung aufgefaßt hat, wird jeder, der diese Wertordnung nicht mehr akzeptiert, leicht zum politischen Feind und zum Verfassungsfeind und kann auf diese Weise beliebig bekämpft werden. Und das ist der Prozeß, vor dem wir heute stehen. Wir haben heute nicht mehr eine politische Interpretation und Anwendung der Verfassung, schon gar nicht als eine antifaschistische Interpretation und eine antifaschistische Anwendung, sondern wir haben heute nur noch eine Interpretation, die den Einzelnen interpretiert als einen Feind oder als einen Freund; d.h. als jemanden, der die "freiheitlich demokratische Grundordnung" als einen Wert akzeptiert oder nicht mehr akzeptiert, wobei nicht gefragt wird, welchen historischen und politischen Charakter diese "freiheitlich demokratische Grundordnung" hat. Und damit ist der wichtige und ganz entscheidende und auch für die Rechtspraxis - das wird Christian Ströbele gleich zeigen - ganz folgenreiche Schritt getan, daß "freiheitlich demokratische Grundordnung" bedeutet, Identifizierung dieses Begriffs als eines Wertes mit dem status quo, womit der status quo wiederum seinen historischen Charakter verloren hat und als das erscheint, als was er in der bürgerlichen Theorie schon immer erschienen ist, als ein Wert, der ewig währt; und diejenigen, die sich gegen ewige Werte aufbäumen, die also die gesellschaftliche Veränderung betreiben, stellen sich damit außerhalb dieser Verfassung und außerhalb dieser Werteverfassung und können daher als politische Feinde behandelt werden.
Es gibt daher auch den Begriff des "Verfassungsfeindes", der bezeichnenderweise anschließt an die faschistischen Verfassungstheorien von Carl Schmitt, der das Politische gerade in dieser Weise als eine Freund-Feind-Unterscheidung in die Theorie eingeführt hat, was bedeutet, daß derjenige, der nicht die herrschenden Wertvorstellungen, die von den Herrschenden definiert werden und die jedes politischen und historischen Gehalts entkleidet sind, nicht mehr akzeptiert, damit als Feind behandelt werden kann und daher auch nicht mehr den Anspruch darauf hat, so behandelt zu werden, wie es der Rechtsstaat in dieser Gesellschaft vorsieht.
Die Forderung, die wir heute zu stellen haben, angesichts dieses Transformationsprozesses - der anhand der Beispiele, die Christian gleich bringen wird, etwas konkretisiert werden kann -; die Forderung, die wir zu stellen haben, lautet, daß wir auf den bürgerlichen Charakter dieser Verfassung zunächst einmal insistieren, d.h. daß wir darauf insistieren, daß die Verfassung eine Legalität hat, eine Legalität, die man als eine demokratische Legalität insofern bezeichnen kann, als sie die Möglichkeit eröffnet, den status quo unserer heutigen Gesellschaft zu transformieren, weiterzuentwickeln im Hinblick auf eine sozialistische Demokratie - daß wir aber alle Versuche ablehnen, diese Verfassung und diese Legalität interpretiert oder auch angewendet zu erhalten als einen Wert, als eine Wertordnung, die lediglich dazu dient, diejenigen, die sich nicht auf den status quo verpflichten lassen, außerhalb dieser Rechtsordnung zu stellen, um sie dann mit beliebigen Mitteln außerhalb des Rechts stigmatisieren zu können.

(Frage eines Genossen: Du müßtest doch wirklich noch einmal ganz kurz auf Fol-

gendes eingehen: Es gibt zwei politisch relevante Richtungen, nämlich die linke SPD und die SEW/DKP, die einen Teil ihrer politischen Ziele aus dem Text der Verfassung heraus rechtfertigen und auch in ihrer Agitation immer wieder darauf hinweisen, daß sie mit diesen politischen Zielen nichts weiter wollen, als die Verfassung, so wie sie ist, voll verwirklichen. Wie schätzt Du solche politische Argumentation ein vor dem Hintergrund, daß Du sagst, es sei eine bürgerliche Verfassung?)

Ich halte nichts von der Forderung, die besagt, daß das Grundgesetz eine sozialistische Alternative ermöglicht, weil ich glaube, daß wir unterscheiden müssen zwischen einer Idealverfassung und einer Realverfassung. Die Idealverfassung, das sind die Utopien und Vorstellungen, die einige Verfassungsgeber im Jahre 1949 hatten und die dann in dem Art. 15, in dem berühmten Artikel 15 ihren Niederschlag gefunden haben: "die Sozialisierung ist zulässig". Es ist aber doch ganz aberwitzig, angesichts der gesamten übrigen Struktur dieser Verfassung von der Möglichkeit zu sprechen, daß hier die Verfassung in sich bereits als Kompromiß die Möglichkeit des Sozialismus enthält. Daraus ist aber nicht die Schlußfolgerung zu ziehen, daß der, der jetzt hier für den Sozialismus agitiert, für verfassungsfeindliche Ziele eintritt. Das könnte ja eine Schlußfolgerung sein, und in der Tat wird ja diese Schlußfolgerung von Genscher u.a. gezogen. Was ich sage, ist, daß wir konsequent auf den bürgerlichen Charakter dieser Verfassung insistieren müssen und ihn ausnutzen müssen, denn der bürgerliche Charakter hat auch vor hundert Jahren - abgesehen von den Sozialistengesetzen - immer auch einbeschlossen, daß die Ausnutzung der bürgerlichen Freiheitsrechte, wie Versammlungsfreiheit, Koalitionsfreiheit, Meinungsfreiheit etc. die Grundlage dafür ist, daß überhaupt für den Sozialismus gearbeitet werden kann. Wir können beispielsweise keine sozialistische Gesellschaft haben, die gleichzeitig vorsieht, daß das Privateigentum an Produktionsmitteln gewährleistet ist und daß die Freiheit der Entfaltung der Persönlichkeit so verstanden wird, daß sie dazu dient, die Individualsphäre eines Privatmenschen zu garantieren. Eine Verfassung, die eine wirkliche Alternative des Sozialismus eröffnet, müßte die entscheidende Voraussetzung schaffen, daß die Vergesellschaftung des Individuums, d.h. also die Einbeziehung des Produzenten in den politischen Prozeß geleistet wird. Unsere Verfassung bietet hierfür an keiner Stelle einen Ansatzpunkt.

ANMERKUNG

(1) Parlamentarischer Rat, Stenographischer Bericht über die 12 Sitzungen der Vollversammlung des Parlamentarischen Rats, Bonn 1949, S. 18o; zitiert nach: G. Stuby: Bürgerliche Demokratietheorien in der BRD, in: Der bürgerliche Staat der Gegenwart - Formen bürgerlicher Herrschaft II, Reinbeck bei Hamburg, 1972, Hsg. R. Kühnl, S. 158

CHRISTIAN STRÖBELE

JUSTIZ UND POLIZEI

Genossen
Ich will hier im wesentlichen einen Vergleich ziehen zwischen den Verfassungsgarantien, den Grundrechten des Grundgesetzes, und der Justizpraxis, wie wir sie in Westberlin und in der Bundesrepublik als Anwälte oder als Betroffene täglich erleben. Die Beispiele sind alle aus den letzten 2 Jahren und alle nachprüfbar. Ich habe mit gutem Grunde weniger Urteile gewählt, die man im einzelnen nicht so übersehen kann, weil immer der Einwand kommt: du warst ja bei der Hauptverhandlung nicht dabei, und weißt nicht, ist er überführt worden und was ist da alles festgestellt worden. Ich habe die Beispiele so gewählt, daß jeder einzelne, der hier heute die Beispiele teils wörtliche Zitate hört, selbst überprüfen kann, inwieweit diese Urteile und Beschlüsse mit den geltenden Grundrechten zu vereinbaren sind.
Bevor ich mit den einzelnen Beispielen beginne, noch einige ganz kurze Ausführungen zum größeren Zusammenhang. Der Genosse Preuß hat dazu ja bereits einiges gesagt. Ich möchte das nur noch einmal verdeutlichen:
Sofort nach Inkrafttreten des Grundgesetzes war es für die herrschende Klasse und ihre Vollstrecker in Staat und Justiz völlig klar, daß die Grundrechte nicht für die gelten konnten, die der Wiederherstellung und Neuformierung des Kapitals, der kapitalistischen Großbetriebe und der Konzerne, hinderlich waren, oder auch nur im Wege standen. Das zeigte sich schon bald und wurde ohne viel Aufsehens in der bürgerlichen Presse dann dadurch geregelt, daß die KPD als Hauptexponent mit ihren Neben- und Untergliederungen konstant verfolgt wurde. Das kulminierte nachher in dem Verbot der KPD und in den Verfolgungen ihrer einzelnen Mitglieder und ihrer einzelnen Unterorganisationen. Wir wissen alle, daß viele dieser Genosse jahrelang im Gefängnis gesessen haben, daß vielen dieser Genossen die Familien zerstört wurden und was so immer mit Haft und Strafe in Verbindung steht. Bis Mitte der 60-er Jahre herrschte dann in der Bundesrepublik weitgehend Friedhofsruhe. Alles war damit beschäftigt, die Betriebe wieder aufzubauen, das Kapital wieder in seiner führenden Stellung zu installieren, und jeder war damit beschäftigt, ein bißchen Wohlstand für sich selbst einzuheimsen. Mitte der 60-er Jahre kam dann neue Unruhe von den Universitäten und Hochschulen und nun bediente man sich einer ganz anderen Taktik. Genosse Preuß hat bereits darauf hingewiesen: Man ging nicht mehr mit allgemeinen Verboten vor, man ging nicht mehr sofort gegen alle, die irgendwie störten, vor, sondern man griff sich einzelne heraus, einzelne oder nur kleine Gruppen. Meist solche, von denen man annahm, daß sie innerhalb der Linken, innerhalb ihrer Genossen, isoliert waren.
Als erstes Beispiel möchte ich dafür anführen den Genossen Fritz Teufel, der nach dem 2. Juni 1967 in Haft genommen worden ist und dort fast 6 Monate in Untersuchungshaft gehalten wurde unter der Beschuldigung, er habe mit Steinen geworfen. Er ist nachher freigesprochen worden (1), aber das, was

man sich von seiner Inhaftierung versprochen hat, das war vorher abgelaufen; nämlich eine bis dahin beispiellose Presse- und Hetzkampagne der staatlichen Organe, der Fernseh- und der Rundfunkanstalten - und diese Kampagne traf jetzt nicht nur Fritz Teufel, sondern sie wurde übertragen auf alle, auf die gesamte Studentenschaft, auf alle Linken, auf alle Genossen; hier wurde dann kein Unterschied mehr gemacht. So kam es dann zu den Vorstellungen der "langbehaarten Affen", die dann in der "Bild"-Zeitung auftauchten, der "Langmähnigen" oder überhaupt "der Studenten", die dann allgemein diffamiert waren; Fritz Teufel als erstes Beispiel.
Wir fragen uns, warum wird und wurde diese Taktik angewandt. Diese Taktik wurde angewandt aus vielerlei Gründen. Einmal deshalb, weil man die Gefahr, die von den Hochschulen, von den Studenten ausging, nicht für so hoch einschätzte, wie die Gefahr, die ursprünglich in den 50-er Jahren oder Ende der 40-er Jahre von den Arbeitern, von der Partei der Arbeiterklasse, der KPD, ausgegangen war. Mit der Gefahr von den Studenten glaubte man schon fertigwerden zu können: "Die sind halt ein bißchen unruhig, und wenn man einzelnen von ihnen auf die Finger klopft, dann werden die anderen schon wieder ins bürgerliche Lager, ins bürgerliche Nest zurückfinden," Das war sicher einer der Gründe.
Ein zweiter Grund war der, daß das Kapital eine Regierung installiert hatte, auch damals schon, die aus Gründen eines reibungslosen Ablaufs der Ausbeutung mehr darauf angelegt war, Konflikte zu verschleiern, als Konflikte auszutragen. Es waren also primäre Interessen aus der Produktionssphäre. Hätte man bereits am 2. Juni beispielsweise 5 000 Studenten verhaftet, die Folgen, auch die Folgen in der Bevölkerung, wären wesentlich größer gewesen; die Folgen wären unabsehbar gewesen und Störungen in der Produktionssphäre wären sicherlich, wenn nicht unmittelbar danach, dann jedoch einige Zeit später, eingetreten.
Der dritte Grund, warum man hier nun eine neue Taktik eingeschlagen hat, ist meiner Auffassung nach der, daß man die Bevölkerung, die Arbeiter, aber auch die sonstige Bevölkerung nicht mehr dadurch stillhalten konnte, daß man das Schreckgespenst der Not des Krieges, der Nachkriegszeit an die Wand malen konnte, so wie man das Anfang der 50-er Jahre noch ohne weiteres tun konnte.
Diese neue Taktik wurde also in dieser Konsequenz erstmalig bei Fritz Teufel angewandt.
Sie wurde dann weiter - ich beschränke mich da nur auf ganz wesentliche Punkte - bei der K1 angewandt, und zwar meine ich hier das Ereignis, auf Grund dessen nahezu alle Mitglieder der K1 während der Bundesversammlung festgenommen und in Haft gehalten worden sind, teilweise für mehrere Wochen; in Haft gehalten worden sind mit der Begründung, bei ihnen sei eine Bombe gefunden worden, eine Bombe, die, wie sich später herausstellte - bis heute ist da kein Verfahren gelaufen, auch kein Verfahren weitergediehen - eine Bombe, wie sich später herausstellte - und wie mir die ja immer noch inhaftierten Genossen inzwischen mitgeteilt und auch damals schon gesagt haben, allerdings wurde das kaum von jemand für wahr gehalten -, die ja vom

Verfassungsschutz, von Herrn Urbach selbst in die Räume der K1 gelegt worden war. Dies war das zweite Beispiel; wieder hatte man sich eine Gruppe rausgesucht, die man innerhalb der Linken isoliert glaubte. Man hatte hier allerdings einen Fehler gemacht: es liefen ja damals gleichzeitig etwa ein Dutzend weiterer Hausdurchsuchungen in anderen Wohnungen, Gemeinschaftswohnungen, aber man hatte dort keine Bomben gefunden. Die Bomben, die dort vielleicht auch abgelegt gewesen waren, waren nicht mehr da. Das war peinlich. Das Riesenkomplott, das man aufzudecken gehofft hatte, war nicht aufzudecken, man hatte nichts mehr gefunden.

Der dritte Punkt, den ich in diesem Zusammenhang erwähnen möchte: die Kampagne gegen den Genossen Horst Mahler, der,* insbesondere nach der Springer-Demonstration im Jahre 1968, von den Gerichten verfolgt wurde, von mehreren Gerichten, von der Strafjustiz, von der Ziviljustiz. Ich hoffe Ihr wißt alle, daß er als einziger von allen Beteiligten an der Demonstration gegen das Springerhaus, der 10 000, die sich dort beteiligt hatten, um gegen den Anschlag auf Rudi Dutschke und die eigentlich Verantwortlichen zu demonstrieren, - daß er als einziger von all denen vor Gericht gestellt und verurteilt worden ist zu einer Gefängnisstrafe von 10 Monaten und daß er darüber hinaus den gesamten Schaden, der am Springer-Hochhaus angerichtet worden ist, zahlen soll. Das Urteil ist noch nicht ganz rechtskräftig, aber es sind Beträge zwischen fünfhundert- und siebenhunderttausend Mark, die von Horst Mahler bezahlt werden sollen. Auch hier hatte man sich einen rausgegriffen, ganz offensichtlich, um Nacheiferer aus dem bürgerlichen Lager abzuhalten. Hier hatte man sich einen rausgegriffen, den man zu dieser Zeit zwar nicht isoliert glaubte, aber von dem man glaubte, daß, wenn man ihn ausschaltet, man der linken Bewegung einen wirklichen Schlag versetzen könne. Das als drittes Beispiel. Ich meine: diese Kampagne gegen Horst Mahler, die ja nicht nur von der Justiz getragen wurde, sondern in allen Zeitungen lief und und von einigen staatlichen Organen und Bürgermeister Neubauer betrieben wurde, - diese Kampagne ist nur zu vergleichen mit der Kampagne, der sich heute der Genosse Brückner in Hannover ausgesetzt sieht. Damals hat es das schon gegeben, und damals mit demselben Ziel, mit dem das heute hier, in Hannover und in der Bundesrepublik und auch in Westberlin praktiziert wird. Aber man hatte auch da einen Fehler begangen, man hatte die Solidarisierung unterschätzt.

Vor 2 Jahren wurden die Repressionen dann erheblich verschärft. Etwa ab Mai 1970 ging es los. Dies äußerte sich vor allem darin, daß immer mehr davon betroffen wurden, daß die Verfolgungen in immer kürzeren Zeitabständen lagen und immer intensiver waren. Der Grund dafür war, daß der Widerstand organisierter geworden war. Immer mehr beteiligten sich daran und vor allem immer mehr Nicht-Studenten beteiligten sich daran. Die Repressionsmaßnahmen äußerten sich in verschiedensten Formen.

Zunächst gegen Publikationsorgane: Da war die Durchsuchung in dem Verlag Klaus Wagenbach. Als Vorwand nahm man, daß er den Lehrlingskalender verlegt habe und da sollten nun Beleidigungen und Aufforderungen zum "Haschgenuß" drin enthalten sein; außerdem, für eine zweite Untersuchung, war An-

laß die Verlegung des Rotbuches Nr. 29. Hier wurde angeführt, der Verlag Klaus Wagenbach habe damit zu strafbaren Handlungen aufgerufen.
Die Durchsuchungen fanden aber nicht nur bei Klaus Wagenbach statt. Sie fanden in nahezu allen linken Publikationsorganen statt. Ich nenne da nur die Durchsuchung in der RPK vor etwa 1/4 Jahr. Hier wurde zum Anlaß genommen, daß in einem Artikel eine Beleidigung gegen irgend jemand ausgesprochen worden war. Mir ist nicht bekannt, daß jemals bei der Deutschen National- und Soldatenzeitung oder gar bei der Bildzeitung eine Hausdurchsuchung stattgefunden hat (Beifall). Die Durchsuchungen richteten sich genauso gegen andere Zeitungen, wie etwa den "Extradienst", der die Polizei auch schon 2-3mal da hatte, gegen den "Hochschulkampf" und natürlich gegen die Zeitung 883, bei der die Polizei ja während einiger Wochen nahezu wöchentlich auftauchte.

Aber es gibt nicht nur Durchsuchungen zum Zwecke der Verunsicherung der Mitarbeiter wie auch der Abonnenten und der Käufer dieser Zeitungen, sondern es gab auch ganz konkrete Strafverfahren, die mit ganz konkreten Strafen ausgingen. So wurde beispielsweise ein Artikel in der RPK kriminalisiert, in dem als Überschrift gestanden hatte "Bürgerkriegsmanöver". Das war das inkriminierte Wort. Man ging davon aus, das sei eine Beleidigung der Polizei. Dieser Ausdruck bezog sich auf die Vorgänge anläßlich der Besetzung der HfbK und des dort naheliegenden Studentenhauses in der Hardenbergstraße, von der das Verwaltungsgericht später selbst festgestellt hat, daß die Maßnahme, die Besetzung der HfbK durch die Polizei rechtswidrig gewesen ist. Man hatte diesen Artikel gleichwohl rausgesucht und hatte zunächst vorm Schöffengericht angeklagt und gesagt, hier werden Beleidigungen ausgesprochen, hier muß durchgegriffen werden, hier muß der Verantwortliche und hier müssen die, die diese Zeitung verteilt haben, bestraft werden. Sie wurden bestraft. Sie wurden in erster Instanz (2) bestraft. Sie wurden auch in zweiter Instanz (3) bestraft. Sie haben dann versucht - das ist bei Beleidigungsdelikten allgemein möglich -, nach § 168 dagegen den Wahrheitsbeweis anzutreten. Sie haben insgesamt 46 Zeugen aufgeboten, die beweisen sollten, daß der Polizeieinsatz tatsächlich brutal war und tatsächlich als Bürgerkriegsmanöver zu qualifizieren war. Keiner dieser Zeugen wurde geladen, keiner dieser Zeugen wurde gehört. Das Gericht wendete diese Geschichte mit einem juristischen Kniff ab. Man sagte, Bürgerkriegsmanöver ist keine "Tatsachenbehauptung", sondern stellt eine "Wertung" dar und ist daher dem Wahrheitsbeweis nicht zugänglich. Eine Bestrafung nach § 185 StGB ist daher möglich. Dies Urteil ist auch in letzter Instanz (4) bestätigt worden. Die Strafe ist zwar nicht erheblich, aber der verantwortliche Redakteur oder der, der in dem Blatt als Verantwortlicher gezeichnet hat, ist nun als Vorbestrafter anzusehen.
Es gibt Dutzende von Beispielen bezüglich anderer linker Zeitungen: In der 883 (5) z.B. war lediglich ein Bild, auf dem ein Schweinekopf und unten drunter eine undefinierbare - auch nach Auffassung des Gerichts wirklich undefinierbare - Uniform zu sehen war, und das Gericht nahm an, damit sei die Westberliner Polizei gemeint (starker anhaltender Beifall) und verurteilte wegen Beleidigung.

Als letztes Beispiel aus der letzten Woche habe ich Euch ein Plakat mitgebracht.* Dieses Plakat ist zum 1. Mai 1970 verteilt worden, und der Drucker, der dieses Plakat gedruckt hat - nicht etwa der, der es entworfen hat - stand nun vor Gericht. Er war in erster Instanz freigesprochen worden. Er stand vor Gericht unter der Anklage: 1. zur Gefangenenbefreiung aufgefordert zu haben, 2. zur schweren Brandstiftung aufgefordert zu haben und 3. zum Vergehen gegen das Sprengstoffgesetz aufgefordert zu haben. Er wurde in erster Instanz freigesprochen (6), weil der Richter der Auffassung war, eine konkrete Aufforderung sei absolut nicht ersichtlich. In zweiter Instanz vor der großen Strafkammer (7) ist er verurteilt worden zu 6 Monaten Gefängnis, weil dieses Plakat eine konkrete Aufforderung zur Gefangenenbefreiung beinhalte und darüber hinaus eine Aufforderung zur Begehung von Sprengstoffdelikten.
Dazu ist zu bemerken, daß Vorsitzender dieser großen Strafkammer ein Richter war, den der Angeklagte abgelehnt hat, zunächst aufgrund seiner Nazi-Vergangenheit, und der gesagt hat in seiner Rechtfertigung, in seiner dienstlichen Erklärung: Ich war zwar nicht an der Rampe in Auschwitz und habe dort an Selektionen teilgenommen, ich war auch nicht in der SS, aber, was sein kann, was ich einräume: ich war seit dem 30. Januar 1933 Mitglied der NSDAP und ich habe auch - das ist in einer späteren dienstlichen Erklärung von der Justizpressestelle zugestanden worden -, ich habe auch im NS-Rechtswahrerbund führende Stellungen bekleidet. Soviel vielleicht nur zu dem Verfassungsauftrag, den der Genosse Preuß vorhin hier geschildert hat, und dazu, daß die Gesetze, die zur Entnazifizierung erlassen worden sind, in Wahrheit n i c h t durchgeführt werden. Und unter Vorsitz dieses Richters wurde dieser Genosse, der das Plakat gedruckt hatte, verurteilt zu 6 Monaten Gefängnis. Er selbst hat zu dem Plakat gesagt, ja, ja, er habe es gedruckt, und er drucke auch nur Plakate, mit dessen Inhalt er einverstanden sei. Aber dieses Plakat sei ersichtlich nur dazu dagewesen, eine Solidarisierung mit den Widerstandsbewegungen der Dritten Welt und in den faschistischen Staaten zu erreichen; es sei ein reines Solidaritätsplakat. Und ich glaube auch, anders kann man es nicht verstehen. Bei den darauf genannten Organisationen handelt es sich ausschließlich um Befreiungsbewegungen, die nicht in Deutschland, die nicht in Mitteleuropa agieren. Von daher eine konkrete Aufforderung zu irgendwelchen strafbaren Handlungen zu sehen, scheint mir völlig absurd zu sein. (Zwischenruf: Genosse Ströbele, wie heißt das Nazi-Schwein?) Der Richter heißt - das ist ja auch kein Geheimnis, es stand ja auch in der Zeitung; er wird inzwischen auch in einem anderen Verfahren angegriffen wegen seiner vergangenheit - er heißt Landgerichtsdirektor Brandt.
Diese Kampagnen, diese Diskriminierungen, diese Urteile erfolgten, obgleich es in Artikel 5 des Grundgesetzes heißt: "Jeder hat das Recht seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten, sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Freiheit der Presse wird gewährleistet, eine Zensur findet nicht statt".

---

* vgl. 4. Umschlagseite dieser Broschüre.

Eine weitere Form der Repression besteht darin, daß bestimmte Wohnungen in Durchsuchungswellen - so möchte ich es mal nennen - heimgesucht werden; man muß wirklich von "Heimsuchung" reden. Die Betroffenen konnten nachher nicht nur aufräumen, sondern sie konnten auch ihre Betten und Schränke erneut zusammenbasteln. - Die Wohnungsdurchsuchungen fanden nun nicht alle am hellichten Tage statt. Ich muß dazu sagen, daß nach den Erfahrungen der Nazizeit die bürgerlichen Freiheiten dadurch konkretisiert wurden, daß man Durchsuchungen in der Nacht nur unter ganz bestimmten und ganz verschärften Bedingungen zuließ: nur in Gegenwart eines Richters, auf Anweisung eines Richters, oder nur in ganz extremen Ausnahmefällen, bei "Gefahr im Verzuge". Wenn etwa ein gerade auf frischer Tat erwischter Verbrecher in eine Wohnung reinläuft, dann kann man ihn auch in dieser Wohnung, auch bei Nacht, weiterverfolgen.
Diese Wohnungsdurchsuchungen fanden gleichwohl alle des Nachts statt, meistens in den frühen Morgenstunden während der Dunkelheit. Dies, obgleich in Artikel 13, Absatz 1 steht: "Die Wohnung ist unverletzlich." Absatz 2: "Durchsuchungen dürfen nur durch den Richter; bei Gefahr im Verzuge auch durch die im Gesetz vorgeschriebenen Organe angeordnet werden." Hinzu kommt, daß man gegen solche Durchsuchungen nahezu machtlos ist. Auch das Anwaltskollektiv ist ja vor etwa 2 Jahren durchsucht worden - allerdings da in Gegenwart eines Richters - und es wurden nicht nur Akten durchgeschnüffelt, es wurden auch Tonbänder abgehört, und als wir dagegen protestierten, wurde uns die zynische Antwort gegeben: "Herr Rechtsanwalt, Sie wissen doch, welche Rechtsmittel Sie dagegen haben. Keiner hindert Sie daran, diese Rechtsmittel einzulegen." Und in der Tat: es gibt Rechtsmittel, man kann dagegen Beschwerde einlegen. Allerdings ist diese Beschwerde in dem Augenblick gegenstandslos und wird gar nicht mehr beschieden, in dem Augenblick, in dem die Durchsuchung beendet ist. Wenn also um 16 Uhr, wie das bei uns der Fall war, die Polizei in Gegenwart eines Richters erscheint, die Durchsuchung durchführt, und man nun, selbst wenn man das telegrafisch macht, dagegen Beschwerde einlegt, dann hat man vielleicht am nächsten Tag möglicherweise eine Entscheidung, aber mit Sicherheit sind die Beamten ja am Abend fertig, so daß also die Beschwerde keinen Sinn hat. Und dann gibt es noch einen weiteren Rechtsweg: zum Kammergericht. Allerdings muß man da ganz explizit, wir haben das natürlich alles gemacht, sein rechtliches Interesse darlegen. Mangels rechtlichen Interesses wurde auch das zurückgewiesen. Nicht etwa, weil die Durchsuchung rechtmäßig gewesen ist, sondern mangels rechtlichen Interesses.
Aber es gibt nicht nur Durchsuchungen, sondern es gibt auch Verhaftungen unter den fadenscheinigsten Begründungen. - Als eines der ersten Beispiele sind die Verhaftungen zu nennen, die anläßlich des Vietnam-Kongresses 1968 vorgenommen wurden. Da wurden Leute inhaftiert und zwar nach Spandau und in andere Lager rausgebracht, und nachher hat das Verwaltungsgericht - nach 2 Jahren - festgestellt: diese Inhaftierungen waren rechtswidrig. Und zwar wird hier ganz bewußt gegen Artikel 104 Grundgesetz verstoßen. Da steht drin: "Ein Inhaftierter ist unverzüglich dem Richter vorzuführen, spätestens je-

doch am Ende des darauffolgenden Tages." Man hat das hier so gemacht, daß man das etwas weiter ausgelegt hat. Das Wort "unverzüglich" hat man einfach übersehen und "spätestens am Ende des darauffolgenden Tages" hat man dann in die Praxis so umgesetzt, daß man sagte: also die Polizei kann immer, auch ohne daß sie das im einzelnen begründen muß, bis zum Ende des darauffolgenden Tages festhalten. Das bedeutet: im Höchstfalle – und die saßen glaube ich 40 Stunden – also bis zu 48 Stunden, kann jemand so in Haft gehalten werden. Dies, obgleich die Gerichte, zu dem Zeitpunkt westdeutsche Gerichte (8), schon festgestellt hatten, daß eine solche Auslegung nicht Artikel 104 entspricht.

Nun komme ich zu den Beispielen, die ich wörtlich aus den mir vorliegenden Beschlüssen zitieren werde. Z. Zt. befinden sich nach unseren Schätzungen etwa 3 Dutzend Häftlinge wegen politischer Delikte in Untersuchungshaft. Diesen werden inzwischen die Grundrechte völlig vorenthalten, d.h. die Grundrechte, die im Art. 1 bis 20 und Art. 104 ff normiert sind. Wenn ich hierfür nun einige Beispiele, mit wörtlichen Zitaten aus den entsprechenden Entschlüssen, bringe, dann nicht, und so könnte man das hier natürlich auch aufziehen, um zu lamentieren und wehzuklagen ob der schrecklichen Zwangsmaßnahmen. Ich bin auch nicht der Auffassung und die Inhaftierten übrigens auch nicht – ich besuche sie wirklich jede Woche –, daß es sich hier bereits um einen faschistischen Staat handelt, daß die Zustände in den Gefängnissen bereits denen in den faschistischen Staaten gleichzusetzen sind. Dieser Auffassung bin ich nicht und dieser Auffassung sind die Betroffenen selber auch nicht, auch wenn sie zum großen Teil unter diesen Beschlüssen hier ganz erheblich leiden. Es besteht hier noch ein ganz erheblicher Unterschied und das muß klargestellt werden. Und ich bin geradezu beauftragt worden von einigen Genossen, die sich in Haft befinden, wenn ich hier solche Beschlüsse zitiere, das ganz klar zum Ausdruck zu bringen, daß ihnen nicht damit geholfen ist, daß man das jetzt als das Schlimme, als die faschistischen Zustände hier darstellt, weil es einmal nicht richtig ist und zum anderen ihnen damit nicht geholfen ist und es 3. so ist, daß die Genossen, trotz dieser Vorenthaltung der Grundrechte, weiterhin in den Gefängnissen nicht etwa dahinvegetieren und völlig am Ende oder kurz vorm Selbstmord sind, sondern daß die Genossen die Zeit dort in den Gefängnissen nutzen, um politisches Bewußtsein zu bekommen, um sich zu schulen. Und tatsächlich, das ist der Fall.

Nun zu den einzelnen Beschlüssen. Zunächst ist die Frage zu stellen, warum kommt man in Westberlin oder in der Bundesrepublik in Haft. Es gibt die einschlägigen Paragraphen der STPO, ich wollte sie ursprünglich wörtlich verlesen, aber ich kann das abkürzen. Die Paragraphen sagen, es muß zunächst ein dringender Tatverdacht eines schweren Delikts, Vergehens oder Verbrechens vorliegen, es muß darüber hinaus ein Haftgrund wie Fluchtgefahr, Wiederholungsgefahr oder Verdunklungsgefahr vorliegen.

Zunächst zu der Grundlage jeden Haftbefehls: die Frage des dringenden Tatverdachts. Hierzu nur ein Beispiel. Im August 1970 wurden 2 Personen in der Grunewaldstraße in Haft genommen, ein Haftbefehl wurde ausgestellt, und da

wurde zu dem konkreten Tatverdacht, dringenden Tatverdacht, der mit Tatsachen belegt sein muß, u.a. in dem Haftbefehl (9) ausgeführt: "Die Überprüfung der im Untergeschoß des von den Beschuldigten E. und S. bewohnten Hinterhofgebäudes befindliche Schlosserwerkstatt hat nach dem vorläufigen Gutachten der KTU ergeben, daß die zur Fertigung des Sprengsatzes benutzten Metallteile aus dieser Werkstatt stammen können." Das hört sich sehr gefährlich an. Tatsache ist, daß unter der Wohnung der Beschuldigten sich eine Werkstatt befunden hat, mit der sie überhaupt nichts zu tun hatten. Das war ein mormaler Meisterbetrieb, eine Rohrlegerwerkstatt. Daß darüber die Beschuldigten wohnten und daß nun festgestellt worden ist, daß bestimmte Rohre in diesem Durchmesser - handelsübliche Rohre, die also millionenfach hergestellt werden - aus dieser Werkstatt stammen können, das war der dringende Tatverdacht. So wurde der "dringende Tatverdacht" hier in diesem Falle begründet. Der "dringende Tatverdacht" hat sich dann später nicht aufrecht erhalten lassen; nach 6 Wochen Untersuchungshaft aufgrund dieses Haftbefehls wurden die Beschuldigten dann entlassen; das Verfahren ist inzwischen eingestellt worden mangels Tatverdacht (10), aber sie haben zunächst 6 Wochen in Haft verbracht.

Als weiterer Grund muß immer hinzu kommen, wenn jemand in Haft gehalten werden soll, daß ein Haftgrund vorliegt; Fluchtgefahr, Verdunklungsgefahr u.ä.. Verdunklungsgefahr scheitert nach der Rechtssprechung meist daran, daß keine konkreten Tatsachen dafür vorliegen. Also bleibt meist nur die Fluchtgefahr. Da gibt es ja, wahrscheinlich habt Ihr davon gelesen, diese berühmte Diskussion: Reicht fester Wohnsitz nun aus oder nicht. Die generelle Praxis bei Haftbefehlen ist, daß, wenn man einen festen Wohnsitz, eine feste Arbeitsstelle nachweisen kann und der Strafvorwurf nicht gerade Mord oder Todschlag ist, man auf freien Fuß kommt, wenn sonst keine Umstände vorliegen. In den Fällen, wo es sich um politische Delikte handelt, sieht das anders aus. Ich gebe da 3 Beispiele, alles Beschlüsse aus dem Jahre 1970.

Das Kammergericht, das ist das höchste Berliner Gericht, sagt in einem Beschluß (11): "Da die Beschuldigten aus ihrer politischen Überzeugung heraus die gesamte staatliche Ordnung mißachten und bekämpfen, ist es u n w a h r s c h e i n l i c h, daß sie sich ihr unterwerfen und freiwillig vor Gericht ihr Tun verantworten werden." Hier hat man also die Fluchtgefahr aus der politischen Gesinnung.

In einem anderen Fall (12), im Falle eines Minderjährigen, aus dem Jahre 1971: "Der Angeklagte S. lebte zwar in geordneten häuslichen Verhältnissen, er lebte bei seinen Eltern und ging pünktlich seiner Lehre nach. Sein Denken und Tun ist dennoch, wie auch weitere gegen ihn anhängige Verfahren zeigen, überwiegend durch anarchistische, vor Gewalt nicht zurückschreckende Vorstellungen bestimmt. Es ist damit zu rechnen, daß er sich nach seiner etwaigen Haftentlassung, unter dem Einfluß dieser Kreise, in denen er sich bewegt, dem Verfahren durch die Flucht entziehen würde." Oder ein weiteres Beispiel (13), man beschäftigt sich eben immer mit den Wohnverhältnissen: "Sie leben in Berlin in leicht lösbaren Wohnverhältnissen, meist in sog. 'Kommunequartieren' und haben keine festen sozialen und familiären Bindungen."

Und als letztes Beispiel (14): Es ist ein Genosse, dessen Namen ich nachher sagen werde, der sich über 1 Jahr in Berlin in Untersuchungshaft befunden hat. Das Kammergericht hat sich in seinem Beschluß damit zu beschäftigen gehabt, ob es von Bedeutung für die Annahme von Fluchtgefahr sei, daß der Beschuldigte seiner Meldeauflage - er war nämlich vorher mal aus der Haft entlassen worden - pünktlich nachgekommen war; er hatte sich also zweimal in der Woche regelmäßig bei der Polizei gemeldet, hatte einen festen Wohnsitz. Dazu sagt das Kammergericht (14): "Bei dieser Mentalität des Beschuldigten, kann aus der Tatsache, daß er während der Haftverschonung seine Meldeauflagen regelmäßig erfüllt hat, keineswegs geschlossen werden, er wolle sich freiwillig für sein Tun vor Gericht verantworten und auch die zu erwartende Strafe antreten. Sein Verhalten ist vielmehr von taktischen Überlegungen bestimmt gewesen." Dieser Genosse, der aufgrund dieses Beschlusses über 1 Jahr in Berlin in Untersuchungshaft gesessen hat, heißt Thomas Weißbecker.
Nun komme ich zu den Haftverhältnissen, zu den Zuständen unmittelbar in der Haft selber. Es gibt ja in der Menschenrechtskonvention, Artikel 6, Absatz 2, die sogenannte "Unschuldsvermutung", die nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts unmittelbar geltendes Recht in der BRD ist und auch darüberhinaus aus dem Rechtsstaatsprinzip auch bei uns Verfassungsgrundsatz ist. Die Unschuldsvermutung besagt, daß jemand, der noch nicht rechtskräftig verurteilt ist, als unschuldig anzusehen und zu behandeln ist, und zwar so zu behandeln nicht nur vor Gericht, sondern auch in der Untersuchungshaft.
Das sieht dann so aus, daß politische Gefangene, aber auch andere Gefangene, die sich in der Untersuchungshaft befinden, einem besonderen Strafrecht ausgesetzt sind, in dem Arreststrafen verhängt werden. Arreststrafen, die dann so aussehen, daß einer beispielsweise wegen "Pendelns", d.h. also von einem Fenster zum anderen Fenster irgendeine Zeitung herüberpendeln, was, wer mal in der Untersuchungshaft gewesen ist, täglich tausendfach zu beobachten ist, - wegen Pendelns 7 Tage "Bunker" bekommen hat. Bunker sieht dann so aus, daß man auf einer Betonpritsche, die ein bißchen den Körpermaßen angepaßt ist, schläft, daß man nachts 2 Decken hereingereicht bekommt, daß man nur alle 3 Tage ein warmes Essen hereingereicht bekommt, sonst bei kaltem Kaffee und Brot lebt, daß man nichts zu lesen bekommt, daß die Zelle tief unten, irgendwo im Keller ist, man lediglich die Bibel dort hat und die Lichtverhältnisse meist so sind, daß man das Tageslicht nur alle 3 Tage zu Gesicht bekommt. Man muß nun wissen, wie solche Arreststrafen zustandekommen, nämlich nicht etwa in einem normalen justizförmigen Verfahren mit Verteidiger und Staatsanwalt, sondern durch einen Antrag der Haftanstalt, der einem Richter vorgelegt wird, und der Richter, meist ohne überhaupt den Beschuldigten, geschweige denn den Verteidiger, zu hören, verhängt dann die Strafen, ohne daß man sich dagegen wehren kann oder vielleicht einen Zeugen benennen kann. Das ist alles nicht möglich; es wird, ohne daß der Beschuldigte selbst gegenwärtig ist, gegen ihn ein solcher Beschluß verhängt, und dann gibt es dagegen noch das Rechtsmittel der Beschwerde. Aber das hat keine aufschiebende Wirkung, so daß er zunächst die Strafe antreten muß, und über die Beschwerde wird normalerweise erst nach Wochen entschieden, also wenn die Ar-

reststrafe lange abgebüßt worden ist.
Es gibt den Grundsatz, das Grundrecht der Unverletzlichkeit der Person. Dazu zwei Beispiele:
Der Genosse Fritz Teufel, der sich, wie ja hoffentlich viele oder alle wissen, abgesehen von der Zeit damals, nun erneut fast 2 Jahre in Haft befindet, - der Genosse Fritz Teufel war aufgrund von Vorfällen in der Haftanstalt, aus Solidarität, gemeinsam mit anderen, in einen Hungerstreik getreten. Dann, nachdem er also 3 bis 4 Tage gehungert hatte, wurde er zu einem Arzt ins Krankenrevier bestellt und dann spielte sich folgendes ab. Ich zitiere jetzt nicht etwa aus einem Brief des Genossen, sondern aus den Feststellungen der Staatsanwaltschaft, des Beschlusses der Staatsanwaltschaft (15). Da steht folgendes drin:
"Teufel wurde erst nach Ankündigung und nach einer sehr langen Diskussion über die Sinnlosigkeit des Hungerstreiks, der ihm ja doch nur schade, nichts einbringe usw., die Nase zugehalten, um den Mund mit geübtem Griff öffnen zu können. Anschließend wurde ihm zweimal ein kleiner Löffel von Quark in den Mund geschoben. Ihrem Mandanten wurde Gelegenheit zum Schlucken gegeben. Er nutzte jedoch diese Gelegenheit nicht, sondern spuckte die ersten Löffel wieder voll aus. Erst daraufhin wurde ihm eine Ohrfeige angedroht, wenn er den Wärter erneut anspucke."
So sieht das aus. Da macht sich die Rechtsprechung in anderen Fällen - bei Verkehrsdelikten - seitenweise Gedanken darüber, ob man beispielsweise einen wegen einer Verkehrsstraftat Angehaltenen dazu zwingen könne, daß er in dieses berühmte Tütchen hineinbläst. Die Rechtsprechung steht inzwischen einhellig auf dem Standpunkt: das kann man von ihm **nicht** verlangen, in so ein Tütchen hineinzublasen, das verstößt gegen die Grundrechte des einzelnen, das ist unmöglich; und dann hier solche Beschlüsse: hier sieht man ganz eindeutig den Unterschied.
Dann gibt es einen zweiten Fall, der ja auch vor einiger Zeit durch die Presse gegangen ist: der Fall der Carmen Roll, die in Augsburg in Haft gehalten wird und die sich geweigert hat, ihre Fingerabdrücke abnehmen zu lassen und die man deshalb für einen ganzen Nachmittag unter Anwendung von Gewalt, unter offensichtlicher Gefahr für ihr Leben, unter Vollnarkose gesetzt hat und dabei irgend etwas mit ihr veranstaltet hat. Jedenfalls hat sie, nachdem sie wieder aus der Äthernarkose aufgewacht war, an Hals- und Unterkiefer Kratz- und sonstige Verletzungen gehabt und es ist anzunehmen, daß sie kurz vor dem Ersticken gewesen ist, weil in solchen Fällen die Gefahr besteht - weshalb auch diese Narkose nicht mehr häufig angewandt wird -, daß die Zunge in den Hals fällt und daß man daran erstickt. Das hat man angeblich gemacht, um ihr die Fingerabdrücke abnehmen zu können. Soweit zur Unverletzlichkeit der Person.

Worunter die Untersuchungshäftlinge besonders leiden, ist die Beschränkung des Verkehrs mit der Außenwelt und meine Beispiele beziehen sich nun im wesentlichen darauf.
Wir wissen - das habe ich ja bereits zitiert -, aus Artikel 5 des Grundgesetzes folgt einwandfrei, daß jedem einzelnen - und diese Artikel gelten nach

der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts (17), es gibt jetzt eine neue Entscheidung vom 15. 3. 1972 (18), auch für Untersuchungsgefangene, sogar für Strafgefangene -, daß jedem einzelnen das Recht der Informationsfreiheit und der Meinungsfreiheit gewährleistet sein muß. Danach dürfen sich auch Inhaftierte aus jeder Quelle, so hat das Bundesverfassungsgericht das einmal gesagt (17), aus jeder allgemeinen zugänglichen Informationsquelle informieren. In der Praxis sieht das so aus: "Beschluß: In der Strafsache soundso wird die Sendung beanstandet. Die Weitergabe der in dieser Sendung enthaltenen Druckschrift 'Hochschulkampf' Nr. 24 wäre geeignet, die Ordnung in der Haftanstalt zu stören, da in dieser Schrift durch verschiedene Artikel revolutionärer Kampf und Terror propagiert wird". (19) Oder: "In der Ermittlungssache wird auf Antrag der Staatsanwaltschaft die Propagandasendung der Volksrepublik China an die Untersuchungsgefangene A. gemäß Nr. soundsoviel der Untersuchungshaftvollzugsordnung beanstandet. Die Sendungen sind wegen der revolutionären Phrasen, insbesondere auch wegen der Verherrlichung der Gewaltanwendung geeignet, die Ordnung in der Haftanstalt zu gefährden. Die Sendung ist zur Habe der Beschuldigten zu nehmen." (20) Oder hinsichtlich der RPK - da hatte man das etwas ausführlicher gemacht, und zwar, um nicht jedesmal wieder einen Beschluß fassen zu müssen, hat man das einfach ein für allemal gemacht -: "Die Sendung RPK Nr. 45 wird nicht genehmigt. Gründe: Die für die Redaktion der RPK verantwortlichen Gruppen KPD-AO, Proletarische Linke, Rote Zellen, sind verfassungsfeindliche Organisationen. Hieran ändert auch nichts die Tatsache, daß die zuständigen staatlichen Stellen nichts gegen sie unternehmen. Die genannten Gruppen verfolgen offen verfassungsfeindliche Ziele, denn sie treten für eine Zerschlagung der bestehenden verfassungsmäßigen Ordnung und für die Errichtung einer Diktatur des Proletariats ein. Auch die von den genannten Organisationen propagierten Mittel sind verfassungswidrig, denn die Gruppen kämpfen ausdrücklich für eine Revolution, also für einen gewaltsamen Umsturz der geltenden verfassungsmäßigen Ordnung. Sie wollen als Träger des revolutionären Klassenkampfes eine neue kommunistische Partei aufbauen, - die bestehenden staatlicherseits als legal behandelten kommunistischen Parteien wie SEW und DKP lehnen sie als revisionistisch ab (Beifall). Die verfassungsfeindliche Einstellung der genannten Gruppen tritt mehr oder weniger deutlich in allen Heften der RPK zutage. Dabei kommt es nicht darauf an, ob die einzelnen Hefte einen Straftatbestand erfüllen, denn jedenfalls darf eine Propaganda verfassungsfeindlicher Organisationen - und sei sie im Einzelfall für jeden kritischen Leser erkennbar auch noch so unsinnig und wirklichkeitsfremd - nicht seitens des Gerichts Vorschub geleistet werden. Unabhängig von dem jeweiligen Inhalt der einzelnen Hefte wäre eine Aushändigung der von verfassungsfeindlichen Organisationen herausgegebenen Zeitung, auch der künftig etwa noch eingehenden Hefte, mit dem Zweck der Untersuchungshaft nicht vereinbar. Die Beschuldigte hat Gelegenheit, sich durch andere Zeitungen unterschiedlicher Richtungen über das politische Geschehen ausreichend zu informieren." (21)
Weiter: Die Grundrechte, sich mit jedem zu unterhalten, jedem zu schreiben und mit jedem zu kommunizieren, sind an sich, so das Bundesverfassungsgericht,

auch für Untersuchungshäftlinge maßgeblich. In der Praxis liest sich das dann so: "Der Brief dient nicht der Pflege einer persönlichen Bekanntschaft mit der Beschuldigten, sondern ist lediglich Ausdruck einer sogenannten, von der Roten Hilfe inszenierten, 'Solidaritätsaktion', durch die bei dem Briefempfänger als angeblich politischer Gefangenen unter anderem der Eindruck geweckt werden soll, das ihm zur Last gelegte strafbare Tun finde die Billigung und den Beifall eines Teils der Öffentlichkeit. Die Weitergabe von Sendungen dieser Art ist geeignet, die Ordnung in der Justizvollzugsanstalt zu gefährden und das Strafverfahren zu beeinträchtigen." (22) Hier wird also ein Brief, weil er angeblich "nicht zur Pflege persönlichen Kontaktes" dient, einbehalten. Zur "Ordnung der Haftanstalt", die da immer wieder auftaucht, ist zu sagen, daß alle diese politischen Gefangenen streng getrennt gehalten werden. Sie sitzen in Einzelhaft, sie haben nicht wie andere Gefangene zusammen mit anderen Freistunde; sie liegen meist in abgetrennten Flügeln, wo sie also nicht mit anderen kommunizieren können usw. usw. Wie da nun die Ordnung der Haftanstalt im einzelnen tangiert werden soll, fragt sich in der Tat.
Es gab einmal, auch das will ich hier erwähnen, im Februar 1971 eine Kammer des Berliner Landgerichts, die hat auf Beschwerde gesagt: Der politische Inhalt der Bücher ist k e i n zulässiger Grund für die Nichtweiterleitung der Sendung. "Das Grundrecht des Artikel 5 umfaßt auch die eigene Entscheidung darüber, aus welchen allgemein zugänglichen Quellen sich der Betroffene informieren will. Eine politische Zensur ist auch gegenüber Untersuchungshäftlingen unstatthaft." (23) Dieser Beschluß, der uns damals Freude bereitete, ist von einer Strafkammer erlassen worden, die inzwischen auch auf die einheitliche Linie eingeschwenkt ist. Wir haben von demselben Vorsitzenden, der diesen Beschluß unterschrieben hat, inzwischen Leitzordner voll Beschlüsse, in denen er sich auch an diese damals von ihm selber aufgestellten Grundsätze nicht mehr hält und mit lapidaren Begründungen haufenweise solche Sendungen anhält.
Ein weiteres Beispiel: Da heißt es zu einem Brief, der angehalten worden ist, "der Brief hat beleidigenden Inhalt", weil folgendes drinsteht: "Klar, der Knast ist eine Einrichtung der herrschenden Klasse für die Beherrschten, und die Verdummung der Beherrschten wird hier konsequent fortgesetzt" (24). Das war die Beleidigung, deshalb wurde der Brief nicht durchgelassen. - Oder aus allerjüngster Zeit (25), da wird das dann immer schon gleich bezüglich 10 oder 15 Briefen gemacht: Der erste Brief wird beschlagnahmt, "er enthält Berichte über Neugründungen von revolutionären Kommunen und eine Bewertung derzeit anhängiger Verfahren", deshalb nicht durchgelassen. Oder: "Das Schreiben ist im ersten Absatz zu unvollständig, so daß der Verdacht einer verschlüsselten Mitteilung besteht" (25).–"Die Druckschrift zu g. stellt sich als einseitiges Agitationsblatt dar, dessen Aushändigung die Ordnung in der Anstalt gefährden würde." Oder: "Der Brief an Monika B. wird einbehalten; er enthält beleidigende Äußerungen. Der Brief enthält grob entstellende Betrachtungen über Art und Zweck des Untersuchungshaftvollzuges, der als 'Terror' bezeichnet wird. Die Verlegung der Beschuldigten in die Haftanstalt nach Köln wird als Verschleppung bezeichnet und die 'Schnüffler' und die Vermittlungsbeamten wer-

den 'Typen' genannt"(26). Dafür wurde der Brief einbehalten. Oder: "Die Sendung, Rote Fahne, hat beleidigenden Inhalt, weil die Polizeibeamten, die die Festnahme von Mitgliedern der B/M-Gruppe durchführten, als Genscher-Gun-men bezeichnet werden. Zudem werden Nötigungshandlungen p.p. im Zusammenhang mit dem Kampf gegen die Fahrpreiserhöhung zu rechtfertigen gesucht" (27). In Zukunft werden wir es wahrscheinlich so haben, wie es schon mit einer ganzen Reihe von Beschlüssen der Fall ist, daß überhaupt keine Begründung im einzelnen mehr angegeben wird, sondern nur behauptet wird, sie seien beleidigenden Inhalts. (27)
Dies alles zeigt, daß für die politischen Häftlinge hier in der Bundesrepublik und in Westberlin die Grundrechte nicht mehr Geltung haben, daß sie sich auch auf diese Grundrechte nicht mehr berufen können, weil alle Gerichte, bis hoch zum Bundesgerichtshof, diese Maßnahmen der unteren Gerichte billigen, und daß wir uns in Anbetracht dessen, daß hier nicht nur einige wenige betroffen sind, sondern daß es sich hier jetzt bereits um mehrere Dutzend handelt, vor eine neue Taktik gestellt sehen. Hier werden jetzt wesentlich mehr betroffen, und wenn man weiß, daß kein Geringerer als der Herr Bundesanwalt Martin bei seinem letzten Besuch hier in Berlin, anläßlich einer Groß-kampagne und Razzia gegen die RAF erklärt hat (28), daß die Gruppen, die hier an der FU agieren, der Roten Armee-Fraktion gleichzusetzen sind, sowohl "in Zielrichtung als auch in Methoden", dann wissen wir, worauf das Ganze hinaus soll und was das eigentliche Ziel des Ganzen ist, und dann können wir uns vorstellen, was uns die Zukunft bringen wird. Wir müssen annehmen, daß das, was in den 50er Jahren schon einmal passiert ist, nämlich die auf das Verbot folgenden massiven, sich gegen Hunderte und Tausende richtenden Unterdrückungsmaßnahmen, uns hier erneut ins Haus stehen.
Ich meine gleichwohl nicht, daß wir bereits heute einen faschistischen Staat haben; und ich würde als Ausweg aus dieser immer höher schlagenden Welle der Repression empfehlen, daß einmal denen, die unmittelbar davon im Augenblick betroffen sind, ein größtes Maß an Solidarität gezeigt wird (starker Beifall) und darüber hinaus, und das wird auch immer wieder von denen, die inhaftiert sind, gefordert, daß ein größeres Maß an organisatorischer Geschlossenheit in der linken Bewegung unter Genossen, unter Sozialisten erreicht wird. Nur so können wir Widerstand leisten.

Anmerkungen

1) Urteil des	LG Berlin vom 22. 12. 67	AZ: BGH 5 Str. 329/68
2) "	AG Tierg. vom 11. 6. 71	AZ: 267 Cs 970/70
3) "	LG Berlin vom 8. 11. 71	AZ: 532 - 176/71
4) Beschluß d.	Kammerg. Bln. v. 21. 2. 72	AZ: (1) Ss 304/71 (5/72)
5) Urteil des	LG Berlin vom 6. 4. 72	AZ: 509 - 183/71
6) "	AG Tierg. vom 3. 3. 71	AZ: 281-183/70
7) "	LG Berlin vom 17. 4. 72	AZ: 511-41/72
8) Beschluß des	KG Berlin v. 11. 4. 68	DVB/1968 S. 470
9) Haftbefehl d.	AG Tierg. v. 19. 8. 1970	AZ: 352 Gs 2095/70

10) Einstellung der Sta. Bln. v. 19. 5. 71 — AZ: 2 P Js 1188/70
11) Beschluß des KG Berlin v. 15. 3. 1971 — AZ: 1 AR 222/71, 1 Ws 59-61/71
12) " KG Berlin v. 15. 2. 1971 — AZ: HEs 16-17/71
13) " KG Berlin v. 9. 11. 1970 — AZ: HEs 141-143/70
14) " KG Berlin v. 14. 10. 1970 — AZ: 1 AR 179/70, 1 WS 405/70
15) Sta. Augsburg vom 10. 1. 1972 — AZ: 126 Js 758/71
16) Anzeige d. RA Croissant, Stuttgart, vom 27. 3. 1972
17) BVferG., amtl. Sammlung Bd. 15, S. 289 ff.
18) " Beschluß vom 14. 3. 1972 — AZ: 2 BvR 41/71
19) Beschluß des LG Berlin vom 9. 3. 1972 — AZ: 504-116/71
20) " AG Tierg. vom 28. 1. 1971 — AZ: 352 Gs 209/71
21) " AG Tierg. vom 22. 1. 1971 — AZ: 352 Gs 133/71
22) " Ermittlungsr. BGH v. 11. 8. 71 — AZ: BGs 506/71
23) " LG Berlin vom 22. 1. 1971 — AZ: 504 Qs 125-130/70
24) " AG Tierg. vom 12. 11. 1970 — AZ: 352 Gs 3011/70
25) " AG Tierg. vom 7. 4. 1972 — AZ: 349 Gs 819/72
26) " Ermittlungsr. BGH v. 2. 7. 71 — AZ: BGs 435/71
27) " AG Tierg. vom 4. 4. 1972 — AZ: 349 Gs 694/72
28) BZ vom 14. 1. 1972

MANFRED SCHARRER

Genossen
Ich möchte einen Vorschlag machen zum weiteren Gang der Diskussion bzw. auch zum Beitrag von Peter Brückner: Was ich vermißt habe bei der Darlegung der Funktion des Kongresses, die bezeichnet worden ist mit "Darstellung und Analyse der Situation der Linken", war, daß **nicht** eingegangen worden ist auf den **Anlaß** des Kongresses, daß nämlich hier Mandel abgelehnt worden ist und daß Mandel ein Einreiseverbot hat. (Beifall) Das ist der erste Punkt; der steht in Zusammenhang mit dem zweiten: es nützt uns hier absolut nichts, allein eine Analyse und Darstellung unserer beschissenen Situation zu geben, sondern es kommt darauf an, hier organisatorische Alternativen des Widerstandes und des Kampfes aufzuzeigen, damit wir nicht nur passiv der Reaktion gegenüberstehen. (Beifall) Daß Mandel und daß die Frage, was können wir dagegen machen, hier nicht auftaucht, ist kein Zufall. Das Zustandekommen dieses Kongresses, genauso wie das Zustandekommen des Streikes - einwöchiger Streik oder eintägiger Proteststreik - zeigen, daß 1) die beiden an der Universität relativ bestimmenden Gruppierungen absolut kein Interesse daran haben, daß Mandel hier an die Universität kommt, und 2), daß von diesen Gruppen von vorneherein eine Strategie eingeschlagen wurde, die auf Abwiegelei hinausläuft, die absolut nicht beabsichtigt, daß hier Formen (Zischen und Buh-Rufe)... (Diskussionsleitung: Ich bitte Dich, zu einem Antrag zu kommen.)... der Antrag kommt am Ende! -
Das Verhalten der ADSen und des KSV war von vorneherein nicht darauf abge-

stellt, hier in diesem Forum zu diskutieren, welche Möglichkeiten die antisektiererische Linke hat, dem Schlag der Reaktion – der Nichtberufung und Ausweisung Mandels – bestimmte Widerstandsformen entgegenzusetzen, und es hat sich im letzten halben Jahr gezeigt, daß die marxistisch-leninistischen Sektierergruppen, wie sie sich darstellen in der KPD/AO und in den ML's, absolut kein Interesse mehr daran haben, die allgemeinen Interessen der Linken wahrzunehmen,... (Beifall und Zwischenruf: Wer führt denn hier den Kampf gegen die politische Disziplinierung – schon anderthalb Wochen?)... sondern daß diese Gruppen nur noch ihre Sonderinteressen vertreten.
Mein Antrag lautet daher, daß ab jetzt, sowohl in den Beiträgen wie in der Diskussion, versucht werden soll, auf folgende Fragen einzugehen: Welche Widerstandsmöglichkeiten und -formen der antisektiererischen Linken gibt es, die die Schläge der Konterrevolution aufhalten können? Welche Kampfformen können wir finden, damit Mandel hier an die Universität kommt? Welche Formen gibt es, damit sich die antisektiererischen Linken in den allgemeinen Kampagnen den allgemeinen Interessen und Bedürfnissen der Linken hier entsprechend organisiert einschalten können?

PETER BRÜCKNER

ZUR KRIMINALISIERUNG DER LINKEN

Genossen
Was gegenwärtig in der Bundesrepublik vorgeht oder erst anläuft: Verschärfungen in der Regelung des Klassenkonflikts, die Kriminalisierung jeder Fundamental-Opposition verändert die Lage der Linken an Schule und Hochschule und ich bin mit dem Genossen Scharrer einer Meinung, daß der Kongreß in seiner Arbeitsweise und in dem, was sich an den Kongreß anschließen wird, diese stark veränderte Situation natürlich reflektieren muß.
Nicht, daß es dieser Erfahrung erst bedurft hätte, um uns den Realitätsgrad unserer Analysen zu bestätigen; nicht, daß wir in früheren Jahren in Prognose und Entscheidung unsicherer gewesen wären, aber festhalten müssen wir es doch: Die objektive Proletarisierung der Intelligenz hat für die sozialistischen Intellektuellen insofern eine neue Konkretionsebene erreicht, als dieser Proletarisierungsprozeß der Selbsterfahrung ein Stück weiter zugänglich geworden ist. Was die Zuspitzung des Klassenkampfs für ein revolutionäres Potential einer Gesellschaft im Zustande seiner Schwäche bedeutet, erfahren nicht mehr nur Arbeiter, die entlassen, sozialistische Vertrauensleute, die nicht mehr eingestellt, oder Antifaschisten, die aufgrund irgendwelcher Beziehungen zur KPD erneut eingesperrt werden, sondern auch Studenten, Lehrer und Professoren. Ihre Chance, in der Kontemplation zu verharren, und sich nicht entschieden auf die Seite der historisch emanzipativen Kräfte zu stellen, ist geringer geworden.
Sie, die sozialistischen Studenten, Lehrer, Professoren, gehören zu ihnen – darüber werden sie nun belehrt; aber als Teilnehmer am Prozeß wissenschaftlicher Produktion und Berufsqualifikation. Auf die Offensive reaktionärer Poli-

tik, die uns zu Betroffenen macht, die uns aus dem alten Status des Zeugen oder Anklägers hervorzieht und uns gewaltförmigen Regelungen innerstaatlicher Verhältnisse unterwirft, müssen wir auch im Medium unserer Lebenstätigkeit, also analysierend und interpretierend, antworten. Mir scheint, daß deswegen der Kongreß sich vier Fragen zu stellen und sie in geeigneten Arbeitsformen auch zu beantworten hat. 1) Was finden wir gegenwärtig politisch vor, als die strukturelle Einheit des - scheinbar - Mannigfaltigen? 2) Wie sieht das Gefüge von ökonomischen und sozialen Bedingungen aus, das auf der Seite von Staatsgewalt und "staatstragenden Parteien" bestimmte Maßnahmen 'Pläne und Auslegungen notwendig herbeiführt, und 3) warum muß die "gewaltförmige Regelung innerstaatlicher Verhältnisse" gerade die Linke treffen? Schließlich, 4) was können wir, was müssen wir tun?

Zu zwei der genannten Punkte, zur Analyse dessen, was jetzt vorgeht und warum, und zu dem, was wir tun können und tun müßten, möchte ich mich jetzt äußern.

Für konservative Staatstheoretiker (C. Schmitt u.a.) läge das, was die mannigfachen und höchst reaktionären Erscheinungen des staatlichen und sozialen Lebens in der BRD seit jüngerer Zeit vereinheitlicht, gleichsam offen: nämlich die innerstaatliche Feinderklärung; in der subjektivistischen Theorie als "Prinzip" dieser Vereinheitlichung begriffen. Der Staat bestimmt sich als politische Einheit und als souverän in seinem Gewaltmonopol durch den inneren, absoluten Feind, den er setzt; was für uns zugleich den Krisencharakter der Ära entschleiert, die für ihn offensichtlich angebrochen ist.

Der Staat bestimmt sich in diesem Sinne als politische Einheit und Souverän in einer Zangenbewegung: 1) in der Ausübung von Zwang auf dem Gebiet der Bildungsprozesse von Bewußtsein, und 2) in der Neukonstruktion (oder Verfeinerung) von Systemen außerökonomischer Zwangsgewalt, die freilich den erstgenannten restriktiven Zwängen zeitlich vorauslief (1).

Der "absolute Feind", in dessen Negation sich dieser Staat erneut als souveräne Einheit und Wirklichkeit bestimmt, ist - vom Staat her betrachtet, soweit er sich öffentlich äußert - der Kommunismus, oder jede politische Bewegung, die auf eine Umverteilung von Eigentum an den Produktionsmitteln und auf eine politische Emanzipation der Arbeiter als Arbeiterklasse abzielt; wobei freilich dieser Mc Carthy'sche Begriff von "Kommunismus" alles einbeschließt, was - von uns, den Betroffenen, her betrachtet - in irgendeiner Weise an sozialrevolutionäre oder ganz allgemein linke Traditionen anschließt. Ohne Zweifel beschließt dieser "absolute Feind" aber, von der Staatsgewalt her betrachtet, noch etwas ungemein schwer Definierbares ein: wir können vorläufig von anarchoiden Tendenzen in der Gesellschaft reden, wenn wir darunter auch das Nachlassen bestimmter Massenloyalitäten verstehen, eine Schwäche des früher so hervorragenden, reflexartigen Unterwerfungsverhaltens der Massen unter Gesetze und sittliche Normen.

Der Staat will sich also als politische Einheit und als souverän in seinem Gewaltmonopol bestimmen, indem er uns, die Linke, als den absoluten Feind setzt. Die innerstaatliche Feinderklärung soll dabei in einer Zangenbewegung - durch Unterdrückung im Bereich der Bildungsprozesse von Bewußtsein und der ideolo-

gischen Kontroverse, durch die Konstruktion wirksamer Apparate und Systeme außerökonomischer Zwangsgewalt - jede Fundamental-Opposition, also uns alle zusammen kriminalisieren und sich abschwächende Massenloyalitäten durch Zwang wieder befestigen oder substituieren. Im Hintergrund, aus der Geschichte der im Vorlauf geschaffenen Einrichtungen gewaltförmiger Repression undeutlich hervortretend, zeigt sich jedoch das Gesicht eines ganz anderen potentiellen Staatsfeinds: der Arbeiterklasse. Wir können mit J. Agnoli in allen Restriktionen im Bereich der Bildung von Bewußtsein ein altes Ziel der sog. "sozialen Befriedung" im Klassenstaat hervorbrechen sehen - das Ziel, "die Frage nach den Produktionsverhältnissen und den Fortbestand der Ausbeutung aus dem Bewußtsein zu verdrängen"(2); in Aufbau von Apparaten der Repression die Vorsorge gegen den "Ausbruchsversuch der Massen".

Es wäre für viele leicht und für uns alle bequem, wenn wir diese eben skizzierte Involution dieser merkwürdigen Demokratie als "faschistisch" bezeichnen könnten.

Freilich, die Rückkehr von Gewaltförmigkeit in der Regelung sozialer Prozesse in eine Involutionsdemokratie macht sie nicht zu einem faschistischen Régime. Der Versuch, Marxisten und Sozialisten ins Ghetto zu drängen und sie auszuschalten, macht die BRD - auch wenn dabei ihre "Rechtsstaatlichkeit" sich aushöhlt - nicht zu einer Parallele des Nationalsozialismus.

So wie kein Teilhaber an der Regierungsgewalt sein Selbstgefühl oder seine Legitimation darauf aufbauen dürfte, daß die BRD nicht faschistisch ist, so wird kein Marxist darin irgendeinen Grund zur Ruhe oder Hoffnung sehen. Rom wurde nicht nur nicht an einem Tage zerstört, es führten auch viele Wege zu seiner Zerstörung.

Warum nun diese innerstaatliche Feinderklärung gerade heute, warum gerade in den letzten Monaten eine Steigerung des Versuchs, Fundamental-Opposition herauszudrängen, im Ghetto zu belassen oder zu kriminalisieren?

Ihr wißt, daß vom konservativen Block, der sich über SPD, CDU/CSU, NPD usw. gegenwärtig herstellt, in der letzten Zeit oft ein wohl mehr psychologischer Grund genannt wird, nämlich die Frage der Ostverträge. Nach Ansicht des "Rheinischen Merkur" etwa betrachtet die radikale Linke, d. h. die Linke an Schule und Hochschule, die Ostverträge als "Selbstfahrlafette zur zur gesellschaftspolitischen Anpassung der Bundesrepublik an das rote Ostimperium". Es mag sein, daß der eine oder andere Genosse in den Vertragsbemühungen der sozialliberalen Koalition, der wir ja diese innerstaatliche Feinderklärung verdanken, in der Tat eine Chance für die Verringerung des Drucks auf die Linke gesehen hat - ein Irrtum, wie sich herausgestellt hat, ein Irrtum, wie man schon vor längerer Zeit hätte vorhersagen dürfen. Die "F.A.Z." sah gleichfalls die Gefahr, "daß die Verträge mancherorts als außenpolitische Ergänzung zu einem einzuleitenden innenpolitischen Wandel in Richtung Sozialismus aufgefaßt (werden)."

(Zwischenruf: Nun sag' doch mal konkreter, was wir machen sollen.)

Ich hab' zu Anfang gesagt: zu dem, was wir machen sollten, gehört auch die Analyse und Interpretation der uns gegenwärtig erscheinenden Wirklichkeit.

(Beifall)

Die Ostverträge erscheinen BILD oder Axel Springer als eine Art cäsarischen, allerdings friedlichen Versuchs, von Spanien aus Rom zu erobern. Aber, was geschieht denn wirklich? Die Bundesrepublik beginnt, ihre Beziehungen zu Staaten des Warschauer Pakts vertraglich zu regeln - sonst nichts.
Die Formel: Koexistenz, Herstellung zwischenstaatlicher Beziehungen mit Ländern des Warschauer Pakts, was zugleich Stillstellen des Klassenkonflikts und Unterdrückung der Linken in der BRD in breiter Front mit sich bringt; die Absicht, einerseits teils normale, teils entwickelte Beziehungen zu den Staaten des Warschauer Pakts aufzunehmen, und das auch noch Entspannung zu nennen, diese Absicht mit der Tendenz zu verknüpfen, im eigenen Lande alles zu unterdrücken, was an Kommunismus, Sozialismus, Marxismus oder an sozialrevolutionärer Bewegung etwa vorhanden wäre, wird, wie man sich denken kann, mit der Existenz der Deutschen Demokratischen Republik zusammenhängen - für viele Personen und Gruppen bemerkenswerter und törichter Weise ein nationales Problem und kein zwischenstaatliches.
Damit wollen wir nicht ausschließen, daß in die innerstaatliche Feinderklärung noch andere Faktoren eingehen: Wir wissen, daß die BRD größere Anteile des Beamten- und Verwaltungsapparats aus der Epoche des Faschismus übernommen hat, was den Antikommunismus zum Prinzip der Loyalität des deutschen Beamten macht. Es gibt bei uns antikommunistische und antiliberale Traditionen, die es schon einmal geschafft haben, unsere Universitäten frei von Marxisten zu machen. Schließlich existiert in unserem Lande auch eine Überlieferung autoritärer Handlungsstile, die in jeder Krise leicht aktualisierbar sind.
Der wesentliche Grund für den Zusammenhang zwischen Vertraglichkeit nach außen, zu den Ländern des Warschauer Pakts, innerstaatlicher Feinderklärung hier im inneren Lande scheint mir primär der einer politischen Psychologie zu sein: Wenn die Figur des außerstaatlichen absoluten Feindes entfällt, weil ein Feind, mit dem man völkerrechtlich entwickeltere zwischenstaatliche Beziehungen aufnimmt, eben kein absoluter mehr sein kann, und wenn dann doch - nach dem Verständnis der Konservativen und Reaktionäre in diesem Land - eine Agentur des Feindes in der Form eines mächtigen Industriestaates, der DDR, im Sprach- und Handlungsraum der eigenen Nation liegt, dann regrediert der Staat im Zeichen seiner aufkommenden inneren Schwäche auf die Erklärung der eigenen 'Linken' zum absoluten, innerstaatlichen Feind - man kann das auch als Abgrenzungsbedürfnis bezeichnen.
Diese Regression wird durch Gerüchte gestützt, wie sie seit jeher zum Inventar der rechten Agitation gehören. Was in den Gazetten herumgeht und vom Bund 'Freiheit der Wissenschaft', von CDU und CSU propagiert wird, die Vermutung der Unterwanderung des Apparats, der subversiven Verschwörung, der Aushöhlung von Institutionen, der Machtübernahme von innen, die These von den Fremdeinflüssen in ihrer Koppelung mit dem Vorwurf des Terrorismus, der Arbeitsscheu und des Parasitären - all dies reproduziert sehr genau das Feindbild Bolschewismus' der Nationalsozialisten oder des 'Kommunisten' Mc Carthy'scher und Goldwater'scher Prägung in den USA. Das Syndrom ist gleichsam zwischen innerem und äußeren Feind verschiebbar. Auch ein Ernest Mandel wird dabei zur Fünften Kolonne des Weltbolschewismus, obwohl ihm in der

BRD von linken Gruppen Antikommunismus bescheinigt wird.
Das, was hier Angst und Aggression auslöst, ist dennoch nicht nur manipuliert, nicht nur ein Effekt der rechten Agitation. Die Linke in der BRD hat ja mit den sozialistischen Staaten in der Tat eines gemeinsam: nämlich die alle bürgerlichen Gesellschaften umwälzende und ihre nationalstaatliche Organisation tendenziell unterlaufende Hoffnung auf die Emanzipation der Arbeiterklasse. Für die, denen ihre Klassengesellschaft und der Nationalstaat alles ist, die Welt ihrer Tradition und Zukunft, für die geht die Welt in solchen Hoffnungen unter.
Nun gibt es aber 2), innenpolitisch für dieses Problem vertraglich geregelter, zwischenstaatlicher Beziehungen zwischen den Staaten der NATO und denen des Warschauer Pakts eine von Psychologie ganz freie, für den Bestand der kapitalistischen Gesellschaften in ihrer widersprüchlichen Form der nationalstaatlichen Organisation in der Tat fundamentale Entsprechung. Ungeachtet nämlich der wachsenden Streik- und Protestbereitschaft unter den Arbeitern, ungeachtet zahlreicher Bewegungen in der Erwerbssphäre, die wir zu Recht als ein Aufflackern der Klassenkämpfe bezeichnen, muß diese parlamentarische Demokratie daran festhalten, daß die Beziehungen zwischen den Unternehmern einerseits und den Lohnabhängigen andererseits nach einem innerstaatlichen Modell vertraglicher Beziehungen geregelt bleiben. Diese Regelung vollzieht sich über zwei mächtige gesellschaftliche Gruppen: die Verbände der Arbeitgeber einerseits, die Gewerkschaften andererseits. Ihre Tarifhoheit besiegelt die staatlich gestützte und institutionalisierte Vertraglichkeit der integrierten Beziehungen zwischen Kapital und Lohnarbeit.
Die nicht mehr nur latente, die sich offen zeigende Krise dieser Vertraglichkeit ist nicht allein die Folge der nur mühsam gezügelten Profitinteressen der Unternehmen oder der paternalistischen Struktur bestimmter Betriebe, sondern ist durchaus die Folge der sich erneut intensivierenden Ausbeutung der Arbeiter und Angestellten. In besser qualifizierten Berufstätigkeiten, wie sie der technologische Fortschritt einbrachte, stoßen Ärzte und Arbeitswissenschaftler auf Symptome vorzeitiger psychophysischer Erschöpfung, die z. B. zum Absinken des durchschnittlichen Invaliditätsalters beitragen. Aber unterhalb dieser privilegierten Zone wird häufig genug in unserer Gesellschaft das Ausmaß an Härte und Entwürdigung unterschätzt, das bereits mit der Normalität bürgerlichen Lebens in dieser Gesellschaft verbunden ist.
Nach wie vor drückt die wirtschaftliche Unsicherheit auf das Bewußtsein und Verhalten der Arbeiter und verstärkt den Charakter ihrer latenten Sklaverei. In dem trüben Milieu der Unterwerfung vieler unter einen gesellschaftlichen Zustand, der ihre Expropriation verschärft, während er sie teilweise materiell verschleiert; der ihnen Autonomie versagt, während er sie füttert –, in diesem Milieu, in dem im breiten Stile Angsterweckung, Brutalität, soziale Kontrolle als Herrschaftsmittel im Schwange sind, bleibt der soziale Friede nichts als eine Begünstigung der Kapitaleigner.
Das tief Unversöhnte, das sich dem aufmerksamen Betrachter als Kern des sozialen Friedens enthüllt, impliziert natürlich immer die Möglichkeit des Massenausbruchs aus der gegenwärtigen, formellen Regelung des Klassenkonflikts.

An der integrativen Kraft der Gewerkschaften wird seit den Septemberstreiks des Jahres 1969 gezweifelt. Um so stärker soll aber der Druck auf alle politischen Gruppen und Köpfe werden, die gegenüber dieser merkwürdigen Vertraglichkeit in den Beziehungen zwischen Kapital und Lohnarbeit, gegenüber dieser staatlich abgesicherten Vertraglichkeit der Beziehungen zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, auf einer Rekonstruktion von Klassenbewußtsein und damit auf ihrer Kapitalismuskritik bestehen; um so stärker soll der Druck auf alle Gruppen und politischen Köpfe werden, die sich mit der Absicht tragen, alle Konflikte der sich streitbar gegenüberstehenden Klassen heute und künftig im Sinne einer Umverteilung von Eigentum an Produktionsmitteln, des Einflusses, der Bestimmung usw. zu führen. Die Emanzipation der Arbeiterschaft als Klasse soll nach dem Willen des politischen Systems nicht stattfinden. Die innerstaatliche Feinderklärung nach links dient von Mandel bis Thomas Weißbecker der Ausscheidung und Ausmerzung aller fundamental-oppositionellen Tendenzen; sie dient der Trennung - oder richtiger: der Verewigung der Trennung, zwischen Werktätigen und oppositioneller Intelligenz. Man befürchtet eben etwas von der Möglichkeit, die sozialistische Intelligenz könne etwa Anschluß an Arbeiter und andere Lohnabhängige finden. Dann würde möglicherweise im Inneren des Staats der Klassenkonflikt unüberhörbar produziert und der Mythos von der Vertraglichkeit in den Beziehungen zwischen den formell gleichen Partnern, zwischen Kapital und Lohnarbeit, zerstört werden. Die Organisationen der Lohnabhängigen, z. B. die Gewerkschaften, bleiben von dieser Auseinandersetzung, wie Ihr wißt, nicht unberührt; F. J. Strauß schloß daher in sein 1971 proklamiertes Feindbild nicht nur "alle linksradikalen Organisationen" ein, die, wie er meint, wie Unkraut aus dem Boden schießen, sondern auch "die überwiegende Mehrheit des DGB" und, natürlich, "Teile der Publizistik" - auf dem Parteitag der CSU, Oktober 1971.
Genossinnen und Genossen, die Linken haben im Sozialisations- und Kommunikationsbereich und an den Universitäten Arbeits-, Subsistenz-, Artikulations- und Publikationsmöglichkeiten erworben und haben eine gewisse institutionelle Verankerung erreicht. Diese Möglichkeiten bilden heute Konstitutionsbedingungen für sozialistische Politik und schaffen Organisationsspielraum. Die reaktionäre Offensive versucht gegenwärtig die Liquidierung dieser Verankerung einzuleiten. Dies ist zweifellos eine präventive Maßnahme eben aus Furcht, daß aus den politisch und organisatorisch gegenwärtig doch fast unverbundenen Bestandteilen des linken Lagers dennoch mit all seinen Verlängerungen in die verschiedensten gesellschaftlichen Bereiche hinein in einer bestimmten historischen Konstellation eine sozialistische Bewegung sich erweitert reproduzieren und organisatorisch breit festigen könnte. Schule und Universität sollen keinesfalls zur sozialen Basis und materiellen Ressource der Intervention in zukünftigen Klassenkonflikten werden. Soweit das Programm derer, die Herrschaft ausüben.
Die Tatsache, daß der damit notwendig entstehende wissenschaftliche Konflikt jetzt in den vorrationalen und voruniversitären Raum des Staatsschutzes und der Personalauslese verlagert wird und nicht mehr in seinem eigenen Medium, dem öffentlicher und rationaler Diskussion, erscheinen kann, verweist auf die

zentrale Legitimationsschwäche unseres Systems und sein Problem der Massenloyalität. Daß in der Kampagne gegen "Radikale im öffentlichen Dienst" wie nebenbei und legalistisch drapiert eine Reihe von Systemproblemen mitgelöst werden, ist unseres Wissens bisher in der Diskussion kaum beachtet worden.
Mit seiner Ausbürgerungskampagne regrediert der Staat auf die polizeiliche Regelung der wissenschaftlichen Kontroverse: Friede soll nicht nur auf der Strasse, sondern auch in den Köpfen gestiftet werden.
Da in der Klassengesellschaft "die Rebellion immer gegenwärtig sei", liegt es in der Ausübung seiner Friedensfunktion, daß der Staat von der Friedensstiftung zwischen Bourgeoisie und Arbeiterklasse zur Stiftung von Ruhe und Ordnung überging. Ich zitiere noch einmal Agnoli: "Der alte liberale Staat, der sich wenig um Sozialsicherung, Rentenwesen und Arbeitsmarktordnung kümmerte, kannte nur den nackten Armee- und Polizeieinsatz gegen die streikenden Arbeiter. Der heutige politische Staat darf den Notstand auf alle Bereiche ausdehnen, deren Regelung ihm gesellschaftlich übereignet worden ist. Deshalb zerstört seine Praxis die alte liberale Formel von der Trennung von Staat und Gesellschaft."(3) An die Formel: den Notstand auf alle Bereiche ausdehnen ... werden wir ja gegenwärtig erinnert. Auch die "reaktionäre Bourgeoisie wird mobilisiert, politisch, militärisch und moralisch"(4). Was können wir nun, was sollen wir tun? Dazu vier, oder vielleicht fünf Punkte:
1. Regierungsgewalt und reaktionäre Bourgeoisie geben mit dieser innerstaatlichen Feinderklärung im Bereich der Bildungsprozesse von Bewußtsein, mit Berufs- und Berufungsverbot, zu verstehen, wie sie die gegenwärtige Lage und ihre Tendenzen beurteilen. Sie meinen offensichtlich, daß marxistische Theorie, Lehre, der sog. "ideelle Nonkonformismus" einen veränderten Stellenwert gegenüber früheren Jahren einnehmen; wohl, weil sich die Wirklichkeit wieder nach dem Gedanken drängt. Wir sollten ihre Einschätzung hier ruhig einmal übernehmen und uns an zweierlei erinnern:
1.1. So richtig es auch sein mag, daß sich das Positive nur durch Negation, d. h. durch Destruktion des Falschen herstellt, und so wenig wir uns dazu getrieben fühlen sollten, anderen genau auszumalen, wie es denn dereinst sein soll, wie es in der Welt aussehen wird nach einer revolutionären Umwälzung dieser Gesellschaft, so sehr wird doch mit dem Anwachsen der Klassenkämpfe - die Wirklichkeit, die sich nach dem Gedanken drängt - eine ausgearbeitete Alternative benötigt - nicht nur zum organisierten Kapitalismus, sondern auch zu technokratisch-materialistischen Versionen einer sozialistischen Gesellschaft. (Beifall)
1.2. Lenin scheint der Ansicht gewesen zu sein, und dies wird in letzter Zeit seltener zitiert, daß eine Theorie uns um so nützlicher sein würde, je wahrer sie wäre. (Beifall)
- Es ist nicht einmal ausgeschlossen - und das ist nun nicht mehr Lenin -, daß der revolutionäre Gedanke um so revolutionärer wirkt, je mehr er Gedanke ist. -
Die linken Studenten, Assistenten und Professoren, die es vorläufig trotz Springer-Presse, Berufsverbot, Polizeigewalt, Notstandsgesetzgebung usw. immer noch gibt, sollten deshalb gerade in der Krise, die den Boden erschüttert, auf

dem wir stehen, nicht auf die Kraft wissenschaftlichen Denkens, auf die Entwicklung der marxistischen Theorie, auf eine materialistische Aneignung der erscheinenden Wirklichkeit und die Zerstörung ihres Scheins verzichten. Jetzt, wo viele von uns in ihrer Existenz bedroht sind, wo uns Denkverbote, Friede in den Köpfen, Ordnungs-, Disziplinar- und Beamtenrechte im Kontext einer Explosion bornierten Meinens und Fürwahrhaltens ins Haus liegen, gerade jetzt hätten wir uns umsomehr auf die Anstrengung des Denkens, auf die Lust der ana-i-lysierenden Arbeit und intellektuellen Durchdringung gesellschaftlicher Phänomene zu besinnen. (Beifall). Marx fordert von uns nicht nur Parteilichkeit, sondern auch die nüchtern-empirische Beobachtungsschärfe des Ethnologen. (Zwischenruf: Das ist doch 'ne Predigt, Mensch! Gegenruf: Das mußt Du vom KSV, auch gerade sagen.)

2. Gegenwärtig wird der ideelle Nonkonformismus unter Strafe gestellt, soll etwa marxistische Lehre, marxistische Unterrichtung von den Universitäten verwiesen werden - warum eigentlich? Weil mit Feuerbach gedacht, aber im Gegensatz zu Feuerbach befürchtet wird, der Gedanke bleibe nur solange Theorie und damit Gegenstand der Freiheit von Lehre und Forschung, als er nur in einem oder in wenigen Köpfen ist, wenn aber in den Köpfen vieler, sei er schon Praxis. Dann genießt der Gedanke offensichtlich nicht mehr den Schutz des Art. 5 GG.

Nun, das Bemerkenswerte ist: Wenn die Linke, die sich an den Schulen und Hochschulen und um sie herum organisiert, - wenn die Linke in diesem Zusammenhang zerschlagen wird, dann kann sie vielleicht gerade deswegen möglicherweise zerschlagen werden, weil sie den Grund für diese reaktionäre Offensive eigentlich gar nicht einlöst. Wo ist denn unsere Theorie, wo ist denn unsere Kraft des Gedankens, wo ist denn unsere Fähigkeit und Entschlossenheit, marxistische Wissenschaftslehre und Analyse weiterzutreiben und in der nötigen radikalen Zuspitzung zu entwickeln? (Beifall).

In dem Augenblick, Genossinnen und Genossen, wo der geschichtliche Zusammenhang von Theorie und ihrer Entfaltung einerseits, der Aktualität von Klassenkämpfen andererseits die politische Intelligenz, als tendenziell revolutionäre Intelligenz, auf den Boden einer falschen Unmittelbarkeit herunterbringt - so als würde ohne unmittelbare Teilnahme an Betriebs- oder Stadtteilarbeit die Theorie ihren Anspruch einbüßen, die vor unseren Augen sich entwickelnde Wirklichkeit der Linken in der BRD zu kritisieren; in dem Augenblick, wo Personen, die bestenfalls eine Fraktion des Proletariats im Sinne des Klassenkonzepts des Kommunistischen Manifests sein könnten, selbst als Arbeiterpartei versuchen sich zu konstituieren, (starker Beifall) - in diesem Augenblick verwirklicht sich das Postulat von der Einheit von Theorie und Praxis in ironischer Form als ein sozusagen provinziell-mikrohistorisches Zugleich von Theorielosigkeit und Praxisverlust (starker Beifall); in diesem Augenblick, Genossinnen und Genossen, wo unsere potentielle Gefährdung uns an der reaktionären Offensive der Staatsgewalt bestätigt werden soll, - in diesem Augenblick arbeiten Gruppen innerhalb des linken Bewußtseins planmäßig an ihrer eigenen Verdinglichung, verdrängen alles, was der Ansatz zu einer autonomen, kollektiven Organisation unserer Erfahrungen sein könnte, durch Spielarten von

Organisationsfetischismus, die weltgeschichtlich doch nur ein flatus vocis sind. (starker Beifall)

Was können wir tun? - Die Phantasie, das Vermögen zur Innovation, zur politischen Spontaneität drohen zu schwinden; revolutionäre Alternativen, die neue Handlungsmöglichkeiten eröffnen und in der Lage wären, Verkrustungen vieler aufzusprengen, können nicht mehr gedacht werden. Was tun wir also? Man beobachtet Schwanken zwischen Resignation, die durch große und grobe Sprüche nur oberflächlich verdeckt wird, und einer Neigung zur Militanz, die zumindestens objektiv die Funktion des agent provocateur übernimmt. (Zwischenfrage: Wieviel hat Dir Herr Kreibich denn für diesen Vortrag bezahlt?) - (Buhrufe und Pfeifen) - Ich habe nichts dagegen, wenn sich Herr Kreibich entschließt, sich auf den Boden meiner Auffassungen zu stellen, wenn Du das meinst. (starker Beifall)

3. Es waren Bildungschancen, die es uns und Euch ermöglichten, uns diese soziale Welt, in der wir leben, kritisch und mit historischen Begründungen anzueignen und ihren Schein zu destruieren. Freilich: auch die Befassung mit marxistischer Theorie unter den gegenwärtigen Umständen ist Privileg. Viele von uns sind eines Privilegs müde, das sich in einer durch die Trennung von körperlicher und geistiger Arbeit charakterisierten Gesellschaft mit der Teilnahme am Prozeß wissenschaftlicher Produktion verbindet. Das Bedürfnis, dieses Privilegs irgendwie ledig zu werden, ist so nachfühlbar wie gefährlich: nachfühlbar, weil wir es den Nicht-Privilegierten verdanken, weil wir das Dasein des geistigen Arbeiters wie Parasiten der unmittelbaren Produzenten führen und weil das Privileg eine Distanz in unsere Beziehungen zur Arbeiterklasse einführt, die, um es ganz schwach zu formulieren, Kommunikation wie Interaktion sehr erschwert und durch Anpassung an Sprache und Gestus des Proletariats nicht zu suspendieren ist; gefährlich ist das Bedürfnis, des Privilegs ledig zu werden, weil es dazu anleiten kann, die erwähnte Distanz zur Arbeiterklasse durch Verpuppung zum unmittelbaren Produzenten oder durch die Regression von politischer Identität auf bloße Identifizierung mit dem Proletariat zu beseitigen. (Beifall)

Auf diese Weise bleibt auch vieles politisch nicht mehr angesprochen und wird nicht mehr gesehen: das Zerreißen des Lebenszusammenhangs, vieles von dem, was man jetzt als Momente bürgerlicher, oder gar kleinbürgerlicher Emanzipation betrachtet und mit Schimpfnamen wie "anarchistisch-kleinbürgerlich" usw. belegt, worin wiederum eine Reduzierung unserer politischen Produktivität und unserer Aneignungsfähigkeit zum Ausdruck kommt. (Beifall)

4. Ich meine, Genossen, es ist ganz richtig, daß eine auf Dauer gestellte Politisierung in unserem eigenen Arbeitsbereich: Schule, Hochschule und Universität, auch in ihren späteren Verzweigungen der Produktion, Qualifikation und Sozialisation - die Überwindung der gesellschaftlichen Isolierung voraussetzt; eine gesellschaftliche Isolierung, die in unserer Gesellschaft den sehr ehrenwerten Namen hat: Autonomie der Wissenschaft.

Wir können freilich auch revolutionäre Alternativen für unsere eigene Situation ohne Bezug, ohne Kommunikation, ohne Kontakt mit den Werktätigen und Lohnabhängigen des Landes nicht finden und denken. Insofern freilich haben

die Genossen, die mir eben etwas zuriefen, zweifellos recht. Zuvor aber, müssen wir scheint mir und jetzt zitiere ich "il manifesto": "jene Minoritätenmentalität überwinden, die die Schule und Universität zum Kampffeld für einander befehdende Gruppen gemacht hat oder machen will"(5). (Beifall)

5. Zeiten der Gefahr fordern solidarisches Handeln. Wie aber sollen wir dorthin gelangen? Wir finden die Chance zu solidarischem Handeln nicht einfach vor - als eine, die wir jederzeit nützen könnten. Repressionen der Staatsgewalt treffen revolutionäre Bewegungen viel eher in einem Zustand ihrer Schwäche als etwa auf dem Höhepunkt solidarischer Beweglichkeit.

Die gegenwärtige Aufsplitterung der "Linken" kann nicht voluntaristisch aufgehoben - Vereinheitlichung wäre das organisationsbürokratische Schlagwort -, sie kann nur aus- oder durchgekämpft werden. Es hat wenig Sinn, Appelle der Solidarität an einzelne Gruppen und Gruppierungen zu richten.

Nun führt auch die Frage nach solidarischem Handeln über die Grenzen der Universität hinaus. Wenn wir aber auf solidarische Wechselbeziehungen zwischen den Linken an der Universität und der Arbeiterklasse hoffen, und erst in ihnen würde erfüllt, was solidarisches Handeln sozialistischer Wissenschaftler meint und einbeschließt, dann muß die wissenschaftliche Fraktion des gesellschaftlichen Gesamtarbeiters sich die Frage nach ihrer politischen Qualität als Bündnispartner einer durch und gegen das Kapital sich entfaltenden Arbeiterklasse ehrlich stellen. Darüber würden wir uns sicherlich einigen können: daß gerade die revolutionäre Intelligenz, daß gerade die Neue Linke in der BRD sich nicht in einem Zustand befindet, in dem sie ein möglicher Bündnispartner für ein sich heranbildendes Proletariat wäre. Entgegen mancher anderen Annahme bin ich jedenfalls der Ansicht, daß wir uns solche Bündnisqualitäten nur durch konsistente und konsequente Politisierung im eigenen Lebens- und Arbeitsbereich und durch Kritik und Entwicklung autochthoner Lebenstätigkeiten der Intelligenz erwerben können. Auch die Frage nach unserer Glaubwürdigkeit für die Arbeiterklasse hängt also letztlich davon ab, ob wir es schaffen, uns unter unseren Produktionsbedingungen und unseren Lebenszusammenhängen parteilich und solidarisch zu organisieren, oder nicht. (starker Beifall)

(Auf einen Zwischenruf:) Hast Du mich gefragt: "...aber wie"? - Ich bin der Ansicht, daß der Kongreß seine Arbeit daran setzen soll, solche Alternativen zu entwickeln... Mensch, sei doch kein Konsument, der erwartet, daß ich ihm hier welche vortrage! (starker Beifall)

Ein Satz zum Abschluß: Viele von Euch werden sich noch an einen alten Schlachtruf erinnern: venceremos, wir werden siegen. Der kann natürlich gegenwärtig nicht mehr sein als Erinnerung an Zeiten, in denen wir zweifellos alle solidarischem und entschiedenem Handeln und politischer Innovationsfähigkeit näher waren als heute. Mir scheint, die Kritiker der Studentenbewegung sollten uns dies erklären. Unser eigenes Bewußtsein scheint mir gegenwärtig das dringlichste Feld von Praxis zu sein, das es für uns gibt.(6)

Anmerkungen

1) Ich erinnere nur an die Diskussion über Notstandsgesetzgebung und an die Re-

militarisierung der BRD in der Adenauer-Ära.

2) Johannes Agnoli: Die Transformation der Demokratie; in: Agnoli/Brückner: Die Transformation der Demokratie, Fft 1968, S. 53

3) a.a.O.

4) eine Formulierung der "Gauche Proletarienne".

5) "il manifesto": Thesen zur Schul- und Hochschulpolitik; IMD 25, Merve-Verlag Berlin 1972, S. 62.

6) Vgl. zu diesem Beitrag auch: P.Brückner/A. Krovoza: Staatsfeinde; Berlin 1972 (Rotbuch 40)

JÜRGEN SEIFERT

ZUR KRIMINALISIERUNG DER LINKEN (Korreferat zu Brückner)

Ich möchte hier gleich vorherschicken, daß ich es in Anbetracht der fortgeschrittenen Zeit unzumutbar finde, wenn ich hier ein ganzes Referat halte, und möchte deswegen nur, als Ergänzung zu Peter Brückner, einige Diskussionspunkte anschneiden.

Man hat mir gesagt, ich sollte über die Kriminalisierung der Linken sprechen, und ich hatte mir einige Punkte notiert über die Kriminalisierung nicht des Rechts, sondern die Kriminalisierung durch bestimmte Verfahrensweisen. Hier sind viele Dinge vom Genossen Ströbele vorgetragen worden, und ich glaube, daß diese Systematisierung hier eigentlich jetzt unterbleiben kann. Wir haben gesehen, wie kriminalisiert wird im vorprozessualen Bereich. Ich glaube, es gibt genügend Beispiele, wie kriminalisiert wird im prozessualen Bereich und es gibt unendlich viele Texte, die man heranziehen könnte als Beleg dafür, wie kriminalisiert wird im außerprozessualen Bereich, in den Meinungsmedien und ähnlichen Institutionen. Ich möchte diesen ganzen Aspekt hier beiseite lassen, obwohl da natürlich einige Dinge verloren gehen.
Ich möchte zu der Frage, die Peter Brückner angeschnitten hat, zur inneren Feinderklärung, zwei Ergänzungen vortragen. Die eine, die ökonomische Frage, die Peter Brückner m. E. etwas zu wenig behandelt hat, die Frage, warum kommt es im Augenblick zu dieser - Carl Schmittscher Begriff -"inneren Feinderklärung". Warum braucht das Kapital heute einen inneren Feind? Und da meine ich, daß es auf der einen Seite die Angst vor Basisaktivitäten ist, das hat Peter Brückner gesagt, daß es auf der anderen Seite aber auch heute angesichts der niedrigen Wachstumsrate die Notwendigkeit des Kapitals ist, daß man hier bestimmte Maßnahmen, die das Kapital braucht, politisch absichert. Das geschieht einmal durch eine ganz bestimmte Außenpolitik. Und insofern stehen die Brandtsche Ostpolitik und die Unterdrückungsmaßnahmen m.E. nicht in einem Widerspruch, sondern sie sind eine Ergänzung.
Wir können ein anderes Beispiel heranziehen: die Reise von Brandt nach Persien, wo er im Grunde Kapitalinteressen absicherte. Das ist ein Aspekt.

Andererseits meine ich, wir sollten nicht nur über die Unterdrückungswelle gegenüber Intellektuellen sprechen, sondern auch über die Unterdrückungswelle gegenüber dem Proletariat oder gegenüber der aktiven Linken im Proletariat. Es geht heute darum, daß man wirklich die Lohnbewegung unter allen Umständen möglichst niedrig halten will. Und da sind Intellektuelle, da sind Aktivkader, die an der Basis arbeiten oder zumindest Anregungen dafür geben können, die gefährlichen Feinde, die das Kapital nicht dulden will. Und deswegen ist auch ein Ernest Mandel, der ein Symbol für solche Basisaktivität verkörpert, eine Gefahr für die Bundesrepublik. (Beifall) Eine andere Frage ist - und das scheint mir auch für die Analyse dessen, was wir tun können, nicht ganz unwichtig -, daß wir uns nichts vormachen, indem wir sagen, das ist d e r Staat, das ist nur e i n Block.

Ich glaube, wir müssen analysieren: Wo gibt es da Einbruchstellen? Wie kommen beispielsweise Sozialdemokraten dazu, diese innere Feinderklärung zu vollziehen? Und da meine ich, daß es nützlich ist, sich die Entstehungsgeschichte einmal anzusehen; daß es im Grunde der Druck der CDU gewesen ist, der Druck, der beispielsweise in der Rede zum inneren Frieden von Barzel ausgegangen ist, als die Ankündigung kam, Brandt kriegt den Nobelpreis. Da sprach er von einer Einheitsfront und einer gemeinsamen Front gegen die Radikalen in der Linken. Man habe zunächst einmal gegen die Radikalen rechts gekämpft, jetzt käme es darauf an, gegen die Radikalen links zu kämpfen, und er sagte damals im Bundestag sehr genau - und ich glaube, daß diese Gruppe genau gewußt hat, um was es bei dieser Feind-Erklärung geht - das würde 'das gesamte innenpolitische Klima, und nicht nur das Klima hier im Hause', verändern. Das scheint mir wichtig zu sein; man braucht gerade in einer Zeit, wo es scheinbar zu einer Polarisierung der Interessen kommt zwischen CDU/CSU auf der einen Seite und SPD/FDP auf der anderen Seite und wo für die CDU in Gefahr steht, daß das - tendenziell jedenfalls - den Charakter einer Klassenauseinandersetzung annehmen könnte, einen inneren Feind, gegenüber dem man wieder die Einheit dieses Staatswesens bewahren kann. Und deswegen braucht man gerade in dieser Situation die Linke, braucht man nicht nur die Baader-Meinhof, sondern man braucht uns alle als kriminalisierten Feind, den es zu bekämpfen gilt.

Es gibt noch einen anderen Aspekt, wenn man z. B. das Protokoll der Sitzung im Hamburger Bürgerschaftshaus sieht, das in dem Buch: "Wie links dürfen Lehrer sein" (1) teilweise mit abgedruckt worden ist. Man muß dort das Klima sehen, was in Hamburg herrschte; das ist nicht nur bestimmt durch die gemeinsamen Interessen der Sozialdemokraten mit der CDU, sondern da gibt es auch unmittelbare Ängste auf seiten der Sozialdemokraten vor Basisaktivitäten; gerade die Sozialdemokraten, die sich auf ihren Einfluß in Massenmedien verlassen und immer mehr den Kontakt zur Basis verlieren, reagieren am ängstlichsten mit administrativen Maßnahmen gegenüber der Linken insgesamt.

Damit sind wir eigentlich schon bei der Frage des Berufsverbots, was hier ein paarmal durch Zwischenrufe gefordert wurde. Was kann man dagegen tun? Vielleicht darf ich einen Augenblick mal genauer analysieren und auch einige Zitate bringen. Es wird ja immer wieder gesagt, es komme darauf an, hier

den absolut rechtsstaatlichen Weg zu bewahren; so hat das Peter von Oertzen im Niedersächsischen Landtag gesagt: "Wir müssen mit allem Nachdruck und zwar nicht aus falsch verstandener Toleranz und nicht aus Knieweichheit und nicht aus Sentimentalität, sondern um unserer selbst willen und um des Fortbestands dieser staatlichen Ordnung willen, davor warnen, im Kampf mit verfassungsfeindlichen oder für verfassungsfeindlich gehaltenen Kräften den eindeutig definierten rechtsstaatlichen Weg auch nur um Haaresbreite zu verlassen". Das ist ein schönes Postulat. Aber gerade das, was nun eindeutig definiert sein sollte, das gibt es m. E. nicht. Darüber, daß in jedem Fall der Rechtsweg gegeben sein müßte, besteht kein Zweifel. Doch die einen, so der Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein, Stoltenberg, sagen: "vom Bewerber selbst ist der Nachweis zu erbringen, daß die rechtlichen Voraussetzungen für die Beschäftigung trotz seiner Mitgliedschaft in radikalen Organisationen gegeben sind." Hier wird schlicht die Beweislast umgekehrt. Für Mitglieder sogenannter radikaler Organisationen soll es nicht mehr heißen "in dubio pro reo", sondern im Zweifel gegen das DKP-Mitglied, gegen das Mitglied irgendeiner linken Gruppe.

Die anderen, so die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, sagen im Beschluß vom letzten Oktober: "Für die Weigerung, einen Bürger im öffentlichen Dienst zu beschäftigen, darf aber nicht der Verdacht ausschlaggebend sein, er könne verfassungsfeindliche Auffassungen haben oder Verfassungsverletzungen begehen. Der Ausschluß von einer Tätigkeit im öffentlichen Dienst muß sich auf konkrete und bestimmte nachweisliche Tatsachen oder Handlungen gründen. Genau wie bei den bereits im öffentlichen Dienst befindlichen Beschäftigten, muß auch den aus Gründen der Verfassungsfeindlichkeit abgelehnten Bewerbern der Rechtsweg zur Überprüfung der vorgebrachten Tatsachen, Behauptungen uneingeschränkt eingeräumt werden." So dieser an sich sehr lobenswerte Beschluß. Unklar ist aber auch eine andere Frage, und die scheint mir relevant zu sein. Da haben Studenten am letzten Freitag Peter von Oertzen in Hannover zumindest zu einigen Zugeständnissen gebracht; ob er die realisiert, wird die Zukunft zeigen. Unklar ist: Wie sieht es eigentlich aus mit den sogenannten "belastenden Tatsachen"? In welchem Stadium des Verfahrens erfährt man sie?

Zu rechtstaatlichen Prinzipien gehört an sich das Recht - darum hat man ja jahrzehntelang gekämpft -, in die eigenen Personalakten einzusehen. Die bisherige Praxis stellt jedoch nicht sicher, daß die belastenden Anhaltspunkte für die sog. "verfassungsfeindliche Tätigkeit", die vom Verfassungsschutz zusammengetragen worden sind und die letztlich die getroffenen Entscheidungen bestimmen, den Betroffenen im gleichen Umfang zur Verfügung stehen.
Hier steht auf der einen Seite die von Peter von Oertzen beschworene Forderung, den eindeutig definierten rechtsstaatlichen Weg auch nicht um Haaresbreite zu verlassen, und auf der anderen Seite das Interesse des Geheimdienstes, seine Informanten und seine Arbeitsweise geheim zu halten. Man kann es fast vorhersagen: gegenüber dem vielberufenen Rechtsstaat wird sich auch heute - so wie in der Vergangenheit - die Staatsräson eines Geheimdienstes durchsetzen.

Sozialdemokraten, das ist meine Schlußfolgerung, die sich damit begnügen, auf rechtsstaatliches Verfahren zu achten, machen sich selbst etwas vor. Denn dieser Weg nimmt in der Regel für den Betroffenen Jahre in Anspruch. Wir haben hier einige Beispiele aus anderen Verfahren gesehen. In der Zwischenzeit können den Betroffenen die Subsistenzmittel genommen werden oder die Möglichkeit, in einem bestimmten Arbeitszusammenhang tätig zu sein. Rechtsstaatliche Garantien sind ein zu schwaches und außerdem zu zeitraubendes Korrektiv gegenüber den zur Abgrenzung oder Abschreckung ergriffenen Maßnahmen. Das gilt besonders dann, wenn von politischen Instanzen Erklärungen abgegeben werden, die den Betroffenen gleichsam an den Pranger gestellt haben, was einer Freigabe zur öffentlichen Auspeitschung gleichkommt.
Einige Punkte zu dem Problem, daß man sich m. E. nicht damit begnügen kann, nur rechtsstaatliche Methoden zu fordern, so wichtig das ist, gerade um hier die Leute beim Wort zu nehmen; deswegen habe ich das Zitat von Peter von Oertzen auch gebracht.
Der nächste Aspekt ist die Frage der Solidarität. Es wurde hier immer wieder beschworen, es komme auf die gemeinsame Solidarität an. Auf der anderen Seite muß man doch fragen - und das scheint mir gerade angesichts dieser Postulate wieder notwendig zu sein - wie ist das eigentlich? Wo sind denn die Grenzen von Solidarität? Ich glaube, Solidarität heißt in diesem Fall nicht, daß man dabei die aus ganz bestimmter Analyse und aus einer ganz bestimmten Praxis sich ergebenden Unterschiede zwischen einzelnen Organisationen oder Organisationskernen hier preisgibt. Aber es gibt eine durchaus noch politische Solidarität nicht nur mit Opfern, sondern eine Solidarität, die Widerstand entgegensetzt, gegenüber den erwähnten Maßnahmen,und die versucht, jeden Einbruch auszunutzen, gemeinsam auszunutzen, und alle Möglichkeiten ausfindig zu machen, die es dafür gibt. Da ist die entscheidende Frage, und dazu dient ja wohl auch dieser Kongreß in gewisser Weise: wie steht es eigentlich mit der Öffentlichkeit, mit den Resten liberaler Öffentlichkeit? Wir alle machen uns da, glaube ich, nichts vor. Aber wenn man analysiert, so muß man fragen, wie ist es eigentlich zu der ersten Unterdrückungswelle gekommen? Wie ist es gekommen, daß hier gegenüber Kommunisten Mittel angewandt worden sind, die von Sozialdemokraten als ernste Verletzung des Rechtsstaates angesehen wurden? Dabei stellt man eben fest, daß liberale Zeitungen über all diese Vorgänge nicht berichtet haben, daß all solche Vorgänge, die der Genosse Ströbele hier vorgetragen hat - die auf einer neuen Ebene das wiederholen, was wir alle schon in der ersten Unterdrückungswelle erlebt haben - nicht mehr genügend in den halbliberalen Organen abgedruckt werden. Wir könnten ja diese einzelnen Beispiele nehmen und mal durchgehen, in welchen Zeitungen überhaupt noch davon berichtet wird.

Welche Möglichkeiten einer Gegenöffentlichkeit gibt es? Wie kann man noch Reste liberaler Öffentlichkeit mobilisieren, ohne sich Illusionen zu machen? All das sind Fragen, die auf diesem Kongreß behandelt werden müssen. Und hier würde ich dem Genossen Brückner zustimmen, daß man da nicht von einem erwarten kann, ein Rezept vorzulegen. Ich meine, gerade wenn wir

Öffentlichkeit und den Verfall liberaler Öffentlichkeit analysiert haben, dann ist das fast so etwas, wie ein "Aus-Dem-Sumpf-Ziehen". Aber ich glaube, wir müssen zumindest darauf achten, daß wir in bestimmter Weise noch Gehör finden; und man kann das nicht mit einer Handbewegung einfach abtun. Denn gerade die studentische Protestbewegung, all die antiautoritären Formen, die heute von teilweise rigiden Organisationskernen wieder als überholt angesehen werden, sind gerade deswegen als Instrument entwickelt, um endlich auf irgendeine Weise wieder Gehör zu finden. Das war ihr historischer Stellenwert, und wenn wir heute das verkennen, dann verkennen wir unsere eigene Vergangenheit. (Beifall)
Ich kann hier kein großes Rezept anbieten. Aber wenn wir die Verfolgungswelle - oder jedenfalls das, was sich anbahnt - genau analysieren, dann sind das, und das hat der Genosse Ströbele hier vorgetragen, eigentlich zunächst einmal Propagandaaktivitäten. Es ist noch keine breite Unterdrückungswelle, so hart die Maßnahmen für die einzelnen Betroffenen im Augenblick auch sind. Die Unterdrückungswelle soll einschüchtern, abschrecken; und es wäre m. E. das Verkehrteste, was wir tun könnten, wenn wir angesichts von bestimmten Maßnahmen, die getroffen werden, uns selbst Redeverbote auferlegen würden und nicht mehr das tun, was notwendig in dieser Situation ist.
Und da meine ich, daß wir genau sehen müssen, daß diese augenblickliche Aktivität, diese Feinderklärung auf eine ganz bestimmte Basisaktivität zielt, daß sie diese Basisaktivität aber mit administrativen Mitteln - und das ist, glaube ich, im Augenblick eine Chance - nur schwer treffen kann. D. h., daß eine aktive Gruppe in einem Betrieb, die dort arbeitet, nicht sofort kaputt gemacht werden kann durch generelle Illegalisierungserklärungen, sondern sie müssen immer einzelne herausgreifen und das soll einschüchtern. In dieser Situation scheint mir die Stärke, die wir im Augenblick haben, wirklich das, was man Basisaktivität nennen kann; das ist auch nur eine Verkürzung und ich glaube - und da würde ich mich dem Genossen Brückner völlig anschließen -, daß wir das auch in dem Bereich der Universität voll und ganz zu leisten haben. Nur dann kann man erwarten, daß unsere Aktivität auch eine gewisse Ausstrahlung auf das Proletariat, auf die Arbeiterklasse hat.

Eine abschließende Bemerkung zu dieser Kriminalisierung der Linken. Wenn es richtig ist, daß die Kriminalisierung der Linken durch juristische Verfahrensweisen in einem ganz erheblichen Maße, und das habe ich angedeutet, durch außerrechtliche Einflüsse bestimmt wird, dann wäre es illusionär, wenn man solche Entscheidungen allein der Justiz oder den Juristen überlassen würde. Der Kampf gegen die Kriminalisierung der Linken wird nicht im Gerichtssaal entschieden. Dennoch wäre es falsch, die Justizkritik für unnötig oder hinfällig zu erklären, wie das hier vorhin getan worden ist, und ich halte es für ganz wichtig, gerade wenn man Öffentlichkeit gewinnen will, daß man hier auch die Einzelbeschlüsse, unter denen die einzelnen zu leiden haben, in aller Ausführlichkeit darlegt. Nur dann kann man auch diese Dinge weitertragen und sagen, worum es eigentlich dabei geht. (Beifall) Es geht also nicht darum, jetzt eine Justizkritik durch Gesellschaftskritik oder allein durch politischen

Kampf zu ersetzen. Es kommt vielmehr darauf an, die Justizkritik, und das ist eine Aufgabe dieses Kongresses, in den konkreten Zusammenhang einzuordnen, der sich aus den ökonomischen, sozialen und historischen Bedingungen und politischen Kräfteverhältnissen ergibt. Dabei denke ich nicht so sehr an die Rechtsvorstellungen. Das ist eine ganz kurze Bemerkung zu dem, was der Genosse Preuß gesagt hat. Der Begriff "freiheitlich demokratische Grundordnung" steht nicht im Grundgesetz. Wir sind nicht verpflichtet, einen Eid auf die freiheitlich demokratische Grundordnung abzulegen, sondern wir schwören auf das Grundgesetz, wenn wir Beamte sind oder werden wollen. Und das scheint mir zunächst einmal ganz wichtig zu sein - das hat Preuß ja auch herausgearbeitet -, daß man diesen Kampfbegriff, der gegen uns entwickelt worden ist, erkennt. "Verfassungsfeinde" ist aber was anderes.
Dieses Grundgesetz ist zwar Ausdruck der kapitalistischen Produktionsweise, aber es schreibt diese Produktionsweise nicht vor. Es legt Verfahrensregeln fest, es setzt Ecksteine, in denen unsere Arbeit geleistet werden kann. Deswegen können wir alle guten Gewissens diesen Eid auf das Grundgesetz leisten, und ich meine, daß es nicht gut ist, wenn man hier die Verfassung - und es geht hier im Augenblick nur um die geschriebene Verfassung, auf die wir den Eid abzulegen haben - wenn man diese Verfassung nun von vornherein in eine Kampagne miteinbezieht. Ich glaube, damit erleichtert man es der Gegenseite. Und es ist nicht nur ein taktisches Argument, sondern es ist auch ein politisches Argument, wenn ich sage, daß wir diese Möglichkeiten auszunutzen haben.
All das, was der Genosse Ströbele an Verletzungen von Rechtspositionen hier vorgetragen hat, kann man nur kritisieren, wenn man diese Rechtspositionen analysiert, die in einem ganz bestimmten Maß auch Wertsetzungen sind; darüber sollte man sich keine Illusionen machen. All das kann man nur kritisieren, wenn man sagt, hier wird gegen die damals in der und der Situation entstandenen Wertvorstellungen verstoßen, und man damit das Bürgertum bei seinem eigenen Wort nimmt. Ob das Erfolg hat, das fragt sich. Aber ich meine, manchmal hängt das politische Klima von solchen Dingen ab.

Ich glaube, gerade weil ich gesagt habe, daß dieser Kampf nicht alleine auf diesem Gebiet entschieden wird, sondern daß vielmehr die materiellen Kräfteverhältnisse und auch die politischen Kräfteverhältnisse entscheiden, kann man hier deutlich sagen, daß die juristischen Waffen nicht ohne Bedeutung sind. Aber nur dann wird der Kampf mit langfristigem Erfolg geführt werden, wenn wir nicht diesem juristischen Bereich, der Sphäre der politischen Emanzipation, verhaftet bleiben, wenn es gelingt, die Auseinandersetzung zu einer Stufe zu machen im Kampf gegen die durch die Verfügungsgewalt über Produktionsmittel und das Prinzip der Lohnarbeit bestimmte Ungleichheit in den materiellen Lebensverhältnissen.

EBERHARD WÄSCHE

Genossen und Kommilitonen

Es ist von der Gefahr einer Illegalisierung der sozialistischen Organisationen unter dem Stichwort "Verfassungsfeind" gesprochen worden. Da wurde das wesentliche schon gesagt. Es wurde gesagt, wie gefährlich diese Situation ist. Man denke etwa an den Heidelberger SDS, an das Verbot, das vor nicht allzu langer Zeit durchgeführt worden ist. Man denke an Frankreich, an die Proletarische Linke und Geismar, an jene Verfolgungsaktion, die ohne weiteres über die Bühne gelaufen ist. Das bedeutet, daß wir außerordentlich vorsichtig sein müssen, um uns nicht in eine verfassungsfeindliche Ecke drängen zu lassen.

Ich glaube, daß es im Augenblick nicht allein ausreicht, den gegenwärtigen Konflikt zu beschreiben in Begriffen der Macht und der Klassenauseinandersetzung. Wenn man das tut, dann kann man sich vielleicht unter Sozialisten verständigen. Es ist aber kein Argument für jemand, der kein Sozialist ist. Das ist das Problem. Genau darauf kommt es an in der jetzigen Auseinandersetzung: klar zu machen, auch denen, die noch keine Sozialisten sind, um was es hier geht; nämlich: daß das Kapital versucht, das Grundgesetz, diese Verfassung als Instrument zur Unterdrückung der sozialistischen Opposition zu benutzen.

Ein anderer Gesichtspunkt: wenn man das auf eine reine Machtfrage hier in der Argumentation reduzieren will, dann finde ich es geradezu selbstmörderisch; wenn man einmal die existierenden Machtverhältnisse in diesem Staat betrachtet, so würde bei einem wirklichen Machtkampf unter Einsatz aller verfügbaren Mittel von den Sozialisten wohl kaum etwas übrig bleiben. Dieser leicht einzusehende Tatbestand macht deutlich, daß es von der oben skizzierten militanten Haltung, die nur mit den Begriffen der Machtfrage und des Klassenkampfes arbeitet, kein allzu weiter Schritt ist zur Resignation, nämlich zu sagen, wir haben nicht die Macht, wir schaffen es nicht. Das ist das Problem: das Umkippen in Resignation. Die Gleichung von kapitalistischer Gesellschaft und kapitalistischem Recht, das wurde schon gesagt, ist nicht so ohne weiteres klar. Verfassungen sind Ausdruck gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse und dieses Grundgesetz war eben Ausdruck einer geschwächten Stellung des Kapitals nach der totalen Niederlage des "Dritten Reiches". Es kommt darauf an, den Vertretern der Kapitalinteressen dort auf die Finger zu klopfen, wo sie die Grenzen der Verfassungsmäßigkeit überschreiten. Ich glaube, daß mit dem Fall Mandel und dem Lehrerverbot ein solcher Fall gegeben ist, weil man nämlich sonst der willkürlichen Auslegung gerade der Verfassung Tür und Tor öffnet, wenn man nicht auf dieser Ebene der verfassungsrechtlichen Argumentation verbleibt. Das haben die ersten Beiträge meiner Meinung nach richtig deutlich gemacht.

Ich bin allerdings der Meinung, daß das nicht ausreicht, sondern daß diese ganze juristische Argumentation nur auf einer bestimmten offiziellen Ebene abläuft, daß diese aber gestützt ist von dem, was man so demokratisches Selbstverständnis dieser Gesellschaft nennt. D. h., es muß zusätzlich die Diskussion um das Demokratieverständnis aufgenommen werden, um das es hier geht. Und da bin ich der Meinung, daß die antiautoritäre und sozialistische Studentenbe-

wegung ihre Erfolge genau in dieser Richtung zu verzeichnen hat, indem sie nämlich ganz klar reaktionäre Interpretationen politischer Demokratie in die Defensive gedrängt hat und einen Demokratiebegriff entgegengestellt hat, der sich tendenziell gegen die kapitalistische Herrschaftsordnung wandte.
Die Stoßrichtung muß hier also von vornherein offensiv sein. Nicht die Sozialisten sind die Gegner einer demokratischen Bestimmung der Individuen über ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen, sondern die Kapitalbesitzer und ihre politischen Vertreter, die den Reproduktionszwang der Individuen zum Aufkauf und zur Ausbeutung der Arbeitskraft benutzen können und damit ihre politische und ökonomische Macht immer weiter ausbauen. Nicht die Sozialisten verfälschen den Grundgesetzgrundsatz, daß alle Gewalt vom Volke ausgehen soll, sondern die Kapitalbesitzer und ihre Vertreter, die fortlaufend die größte Propagandamaschine der Geschichte nach den modernsten Erkenntnissen der Massenbeeinflussung einsetzen, um zu verhindern, daß sich der Wille des Volkes artikulieren und durchsetzen kann.
(Einwurf Agnoli: Was Du sagst, ist sehr richtig. Man soll sich nicht in die verfassungsfeindliche Ecke treiben lassen. Aber: wenn Du hier einfach deklamierend sagst, daß nicht die Sozialisten, sondern das Kapital und die Vertreter des Kapitals die Feinde des Grundgesetzes sind, so mußt Du auch erklären, wie es kommt, daß gerade die Vertreter des Kapitals das Grundgesetz gemacht haben.)

Ich war schon einen Schritt weiter. Die erste Argumentationsebene war die verfassungsrechtliche Ebene. Und da geht es darum, sich nicht mit einer offenen juristischen Kriminalisierung angreifen zu lassen. Die zweite Ebene, um die das erste unbedingt ergänzt werden muß, ist das Verständnis von Demokratie und demokratischer Gesellschaftsordnung, um die es zu kämpfen geht. Auf dieser Basis glaube ich allerdings, daß es dann wichtig ist, sofort offensiv vorzugehen und zu sagen: Wenn hier nach kapitalistischen Prinzipien entschieden wird, wie sich die Arbeitslasten und Arbeitsprodukte in dieser Gesellschaft verteilen, und wenn bestimmte Leute, die keinerlei Beitrag zu den Arbeitslasten dieser Gesellschaft leisten, sich den Löwenanteil dieser Arbeitsprodukte aneignen können, dann widerspricht das eben diesem Demokratieverständnis.
Ich habe gar nicht behauptet, daß man mit dem Grundgesetz offensiv gegen den Kapitalismus zu Felde ziehen könne. Sondern ich habe nur gesagt, wir müssen uns davor hüten, in die verfassungsfeindliche Ecke gedrängt zu werden. Wir müssen darauf bestehen, daß wir die politischen Rechte, die in dieser Verfassung garantiert sind, auch für unsere sozialistischen Positionen behalten können und wahrnehmen können. Das habe ich nur gesagt. (Beifall)
Um nur ein Beispiel zu nennen: die freiheitliche Wirtschaftsordnung. Solche Begriffe werden heute wieder aufpoliert, nachdem sie lange sehr lädiert waren. Und worauf läuft das hinaus? Es läuft darauf hinaus, daß der eigentliche Gegensatz zwischen Kapitalismus und Sozialismus in den Köpfen der Leute erscheint als ein Gegensatz zwischen Demokratie und Diktatur. Wobei dann ganz klar ist, daß die Kapitalbesitzer gewissermaßen Gralshüter demokratischer Prinzipien sind, und die Sozialisten sind die bürgerkriegshungrigen und diktaturlüsternen Leute. Wenn wir auf diesem verfälschten Gegensatz unsere Propaganda

austragen, dann glaube ich, daß wir von vornherein hoffnungslos unterlegen sind, und genau hier muß angesetzt werden. Das sollten auch diejenigen Genossen bedenken, die – vorsichtig gesprochen – die Stalin-Frage noch nicht aufgearbeitet haben und die ungerührt von allen historischen Erfahrungen sich den politischen Willensbildungsprozeß in der nach-revolutionären Gesellschaft in dem kurzschlüssigen Muster vorstellen, daß ihre Partei, die sie Partei der Arbeiterklasse nennen, entscheidet, und daß diese Partei deshalb das alleinige Recht zur Entscheidung besitzt, weil sie eben die Partei der Arbeiterklasse ist. Das ist ein ganz billiger Trick (Beifall). Hier wird erst definiert und dann wird hinterher aus der Definition wieder etwas abgeleitet. Dabei ist doch ganz klar, daß dabei ein demokratischer Willensbildungsprozeß in der Arbeiterklasse nicht mehr benötigt wird. Und ich würde dem Genossen Brückner insofern zustimmen, als er gesagt hat: wir bedürfen heute einer Konkretisierung der gesellschaftlichen Alternative. Wir können nicht nur sagen, ja das wird die Arbeiterklasse später selber entscheiden. Wir müssen in etwa angeben können, wie sich der politische und ökonomische Entscheidungsprozeß in einer nicht-kapitalistischen Gesellschaft vollziehen soll. Dafür sind zu viele bittere historische Erfahrungen gemacht worden. (Beifall)
Noch ein Gedanke zum Schluß. Ich meine, diese Ebene der demokratischen Legitimation und der Zerstörung der demokratischen Legitimation des Kapitals reicht auch wiederum nicht aus. Das große Problem, vor dem wir stehen, ist, einer Arbeiterschaft, für die dieser politische Bereich Grundrechte, Verfassung usw. völlig abgehoben ist und dem sie entfremdet und gleichgültig gegenübersteht, klarzumachen, daß in einem Augenblick, wo sozialistische Lehrer und Professoren rausgeschmissen werden, ihre Interessen tangiert werden. Das ist so wahnsinnig schwierig deutlich zu machen. Ich glaube, dieses Problem ist heute nicht gelöst. Ich glaube, ein Gesichtspunkt muß dabei deutlich werden. Wir müssen den Arbeitern und Angestellten ganz klar machen, daß die sozialistischen Intellektuellen, die hier agitieren, nicht diejenigen sind, die später mal als Bürokraten und Technokraten über ihnen sitzen werden und die gesellschaftliche Maschinerie in der Hand haben werden. (Beifall) Nur wenn wir dies Vertrauen gewonnen haben, können wir meiner Ansicht nach Erfolg haben. Ich möchte mit einem Satz von Rosa Luxemburg abschließen: "Wir unterscheiden stets den sozialen Kern von der politischen Form der bürgerlichen Demokratie. Wir enthüllen stets den herben Kern der sozialen Ungleichheit und Unfreiheit unter der süßen Schale der formalen Gleichheit und Freiheit. Nicht um diese zu verwerfen, sondern um die Arbeiterklasse dazu anzustacheln, sich nicht mit der Schale zu begnügen, vielmehr die politische Macht zu erobern, um sie mit neuem sozialen Inhalt zu füllen."

DIETER (KSV)

Genossen und Kommilitonen
Ich glaube, daß die Interessen der Studenten, die sich von diesem Kongreß bis jetzt erhofft haben, eine konkrete Kampfperspektive im Fall Mandel zu erhalten, bisher geprellt worden sind. Ich möchte den Versuch machen an einem Punkt, an einem Element, das in den Beiträgen zentraler Gegenstand war, nachzuweisen, in welcher Weise der Kampf gegen die politische Disziplinierung konkret am Fall Mandel geführt werden soll. Ein wichtiges Element der Beiträge war die Einschätzung der "freiheitlich demokratischen Grundordnung" der bürgerlichen Demokratie. Hier würde ich im wesentlichen dem zustimmen, was Ulrich Preuß am Anfang ausgeführt hat, indem er nämlich darauf hingewiesen hat, daß der Aushöhlungsprozeß der bürgerlichen Demokratie Hand in Hand geht mit der Entwicklung der kapitalistischen Verhältnisse. Aber, die praktischen Konsequenzen, die aus dieser Einschätzung zu ziehen sind, sind nicht deutlich geworden. Genau das ist der Punkt, an dem sich heute der Kampf zweier Linien abspielt. Ich will Ulrich Preuß diese Position, die ich als die revisionistische bezeichnen würde, nicht unterstellen, sondern ich hebe sie nur der idealtypischen Struktur wegen hervor und vor allem auch deshalb, weil denjenigen, die heute morgen hier anwesend waren, als es darum ging, den Fall Mandel konkret zu diskutieren, diese Theorie vor allem in Gestalt der Adsen entgegengetreten ist. Diese Theorie besagt nämlich, daß das bürgerliche Recht, die freiheitlich demokratische Grundordnung, wie immer sie auch eingeschränkt wird, allein aufgrund der Tatsache, daß sie konsequent im Sinne der Demokratie gehandhabt wird, zu einer Waffe im Kampf für den Sozialismus wird. Das ist im Kern, in nuce, die Theorie, die die Revisionisten vertreten, indem sie z. B. hier auftreten vor der Masse der Studenten und ihre alte Leier von den demokratischen Lehrinhalten drehen. Das ist Verrat am Sozialismus, das ist die falsche Art und Weise, den demokratischen mit dem sozialistischen Kampf zu verbinden (Beifall).
Die falsche Art wäre allerdings auch, auf die Ausnützung dieser demokratischen Rechtsposition zu verzichten. Das haben hier auch mehrere Redner unterstrichen. Ich möchte aber ganz entschieden darauf hinweisen, daß demokratische Rechtspositionen überhaupt nur im Sinne des Sozialismus aufgenommen werden können, wenn sie von vornherein mit der sozialistischen Perspektive verbunden werden. Das ist die richtige Art und Weise, demokratische Rechte für den sozialistischen Kampf auszunutzen.
Ich möchte ein Beispiel geben, wie die Aktionskomitees, die auf Initiative des KSV den Kampf gegen die politische Disziplinierung Mandels führen, dieses Element richtig aufgenommen haben und den demokratischen mit dem sozialistischen Kampf verbunden haben. Zunächst möchte ich noch die Unterstellung eines Herrn der "Sozialen Revolution" zurückweisen, der gemeint hat, der KSV würde nichts gegen die politische Disziplinierung tun. Ich weiß nicht, wo dieser Herr heute morgen war, als der KSV die einzige konsequente Organisation war...(Buhrufe) Dieser Herr hat uns unterstellt, daß es uns gar nicht darum ginge, Mandel hier an die Uni zu bekommen. Ich lese hier einen Satz,

den dieser Herr hier vielleicht noch nicht gelesen hat, aus dem Aufruf des Aktionskomitees vor. Auf Seite 2 heißt es: "Ziel des Streiks ist es nicht, einen Kampf um die Verteidigung der trotzkistischen Ideologie zu führen, sondern unmittelbares Ziel des Streiks ist die Abwehr der Angriffe des Senats. Als eine unserer Teilforderungen werden wir die: 'Für die sofortige Berufung Mandels' stellen." Das dazu.
Wie hat der KSV in der Gestalt der Aktionskomitees den demokratischen mit dem sozialistischen Kampf richtig verbunden? Das dokumentiert sich vor allem in den Forderungen. Es werden Forderungen aufgestellt, von denen ich, da Ihr sie alle kennt, nur die erste verlese: "Sofortige Berufung und Einreiseerlaubnis für Mandel". Gleichzeitig werden sie in diesem Aufruf in den größeren Zusammenhang der sozialistischen Revolution gestellt. (Rhythmisches Klatschen)
Die Aktionskomitees haben das bürgerliche Recht auf Versammlungsfreiheit ausgenutzt, aber von vornherein unter die sozialistischen Parolen gestellt, die hier aufgeführt sind: Kampf der politischen Disziplinierung fortschrittlicher Studenten und Dozenten, gegen den Abbau der demokratischen Rechte des Volkes undsoweiter. Dies, um den Studenten den begrenzten Charakter im Fall Mandel klarzumachen. Es ist in der Tat ein unmittelbares Ziel dieser Aktionskomitees, Mandel an die Uni zu bekommen. Es muß aber das Fernziel sein, d. h. eine Hauptaufgabe in diesen Kampf, das sozialistische Bewußtsein hineinzutragen, den Studenten klarzumachen, daß ihr Kampf nur an der Seite der Arbeiterklasse geführt werden kann. Das ist die korrekte Verbindung von demokratischem und sozialistischem Kampf.

ERICH FRIED

Genossen
Mein Name ist Erich Fried. Ich glaube, ich möchte doch an das, was vorhin Manfred Scharrer und Genosse Brückner gesagt haben, auch polemisch an das, was der Genosse vor mir gesagt hat, anschließen. Besonders handelt es sich um die Form der Kritik und des Auskämpfens von Differenzen zwischen Gruppen, die einander befehden, wie wir das auch in England, wo ich lebe, haben. Ich glaube, aus der Tatsache, daß der Genosse, der vor mir gesprochen hat, von Manfred Scharrer gesagt hat: "dieser Herr", und es vermieden hat, seinen Namen zu nennen, sieht man bereits, was für starre und im wesentlichen unehrliche Verkehrsformen sich dann einbürgern, wenn wir in Gefahr sind, daß unser Marxismus verdinglicht wird. (Beifall) Das gilt natürlich nicht nur für die Genossen in einer bestimmten Gruppe. Wenn Manfred vorhin gesagt hat, diese Gruppen sind nur egoistisch an ihrer eigenen Stärkung interessiert, so müssen wir natürlich sehen, daß die Angehörigen dieser Gruppen überzeugt sind, daß diese Stärkung der Sache des Proletariats und der Sache der Revolution dienlich ist und daß es ihre Pflicht ist, diese Linie zu haben. Nur: zwischen einer Überzeugung, zwischen einem Glauben an die Richtigkeit einer Sache und der Wirklichkeit kann ein Unterschied bestehen; deswe-

gen war es so wichtig, das Leninzitat vorhin noch einmal zu hören, daß eine Theorie desto revolutionärer sein kann, je wahrer sie ist. Ich glaube, wir müssen heute nach 4 Jahren Gruppenkämpfen hier sehen, daß es nicht so geht, daß man jeder Gruppe glauben kann, daß sie das ist, wofür sie sich bei aller Ehrlichkeit und Kampfbereitschaft selber hält (Beifall), und ich sag' das jetzt nicht, um hier eine Spaltung aufzureißen zwischen bösen oder dummen Sektierern und guten oder gescheiten antisektiererischen Linken. Denn die antisektiererische Linke hat sich natürlich selbst z. T. vorzuwerfen, daß es zu dieser Situation kommen konnte, auch durch ihre Resignation, auch durch ihre Schwäche. Es handelt sich jetzt nicht darum, aus unserer scharfen Kritik – um diese scharfe Kritik bringt uns kein Solidaritätsbemühen herum –, aus dieser scharfen Kritik wegzukommen, aber aus dieser scharfen Kritik dürfen wir keine Gehässigkeit machen.

Ich glaube, es gibt in den sogenannten sektiererischen Gruppen, von denen da gesprochen wurde, zweierlei Arten von Genossen. Genossen, die ganz fest davon überzeugt sind, daß sie und ihre Gruppe Recht haben, das sind schwierige Fälle (Beifall). Genossen, die nicht ganz fest davon überzeugt sind, sondern nur eine Chance sehen, daß es auf diese Weise vielleicht geht, und da können die Denkprozesse untereinander, die über die einzelnen Gruppen und über die Sektierer und Antisektierer hinausgehen, ansetzen. Natürlich hat es auch in einzelnen Fällen, immer wenn es etwas besonders Arges gegeben hat, Ansätze zur Solidarität zwischen sektiererischen und antisektiererischen Linken gegeben. Nur: Diese Ansätze sind nicht stark genug. – In dem Maß, in dem man Arbeitsformen finden kann, die die stärkere Verbindung dieser Solidarität ermöglichen, wird es auch psychisch möglich sein, die eigenen Denkprozesse in den einzelnen Gruppierungen einer marxistischen Analyse zu unterziehen, die man nämlich nicht nur auf den Klassenfeind, nicht nur auf andere, sondern auch auf sich selbst anwenden muß (Beifall). Es ist keine Schande, in eine Notsituation gedrängt, manchmal sich an einen Glauben zu halten. Es ist wahrscheinlich sehr arg, wenn es dazu kommt, daß dieser Glauben einem das Weiterdenken, das Weiteranalysieren versperrt. (Beifall) Ich glaube auch, daß wir hier nach 4 Jahren sehen, daß es sich nicht darum handeln kann, jetzt einzelne Programmpunkte der einzelnen Gruppen nur polemisch zu diskutieren; auch wenn ich mit der Gruppe meines Vorredners sehr viele einzelne Dinge polemisch auszusortieren hätte, so würde ich, wenn diese Gruppe wirklich die Arbeiterklasse hinter sich hätte, ganz anders sprechen, aber dadurch, daß man es hofft, dadurch, daß man es wünscht, hat man es leider, leider noch nicht, sonst würden wir besser aussehen. (Beifall)

Ich glaube, daß wir uns davor hüten müssen, daß ein Zustand der Zerstrittenheit, der die Linke in Ohnmacht hält ...daß solche Ohnmacht irgendwo unbewußt auch bei vielen von Euch oder von uns gewünscht werden kann. Denn solange man ohnmächtig bleibt wird uns zwar alles mögliche angetan, aber man hat mindestens die Illusion, daß es zum Kampf ja noch nicht Zeit ist. Ich glaube, um zum Kampf zu kommen, muß man die Ohnmacht überwinden, das ist sehr nützlich, aber das ist auch sehr gefährlich, denn gegen wen wir kämpfen müssen und wie die aussehen, das wissen wir.

ZUSAMMENFASSUNG DER NACHFOLGENDEN DISKUSSION

Die nachfolgende Diskussion brachte zum Thema des Kongresses und zu den Thesen der vorangegangenen Referate keine neuen Gesichtspunkte. Sie geriet vielmehr - unter zuweilen tumultartigen Szenen im Auditorium - zu einem "Parteitribunal" des KSV, wie es der Genosse, der die Diskussionsleitung innehielt, später formulierte.

Die drei Sprecher des KSV drückten insgesamt ihr Unvermögen aus, den Kongreß als ein Forum der Diskussion zu akzeptieren, das die Strategiebildung der Linken weitertreiben könnte. Genosse Werner erklärte, gegenüber der Ohnmacht Peter Brückners, der den Studenten kein Konzept geben könne, wie sie sich zu "Bündnispartnern des Proletariats" heranbilden könnten, hätte der KSV sehr wohl eines anzubieten: Die Demonstration am 1. Mai "an der Seite der Arbeiterklasse" im Wedding.

Genosse Rainer erklärte das ganze Bemühen des Kongresses, eine Strategie zu finden, für sinnlos, denn: Strategie bilde sich "in der Einheit von Untersuchen und Organisieren", "...und diese Einheit ist die Partei, und die existiert nicht im Kopf, sondern arbeitet bereits in drei Regionen der BRD".

Während der ganzen Diskussion wurden die Redner des KSV immer wieder durch rhythmisches Klatschen, heftige Zwischenrufe und Pfiffe unterbrochen, was den mit starken Beifall aufgenommenen Zwischenruf eines Genossen provozierte: "Die Genossen, die jetzt klatschen, sollten doch wirklich lieber versuchen, in den Fachbereichen, wo sie alle ihn anhimmeln, den KSV auseinanderzunehmen."

1. KONGRESSTAG (24. 4. 1972) - 20.00

JOHANNES AGNOLI: RESTAURATIVE TENDENZEN IN DER BRD

Genossen
Ich beschränke mich auf einige Bemerkungen und Präzisierungen, und zwar zu vier Punkten. Erstens zum Thema selbst, ich sollte ja sprechen über die restaurativen Tendenzen in der BRD. Zweitens zu der heute nachmittag angeschnittenen Problematik des Grundgesetzes; das erscheint mir deshalb wichtig zu sein, weil in der Tat im Zuge der Kriminalisierung man versucht, wie heute nachmittag gesagt wurde, uns in die verfassungsfeindliche Ecke zu drängen: Zur Problematik des Grundgesetzes also, - zur Realität und zur materiellen Seite des bürgerlich verfaßten Staates. Drittens will ich versuchen, ergänzend zu dem, was Genosse Seifert gesagt hat, eine materialistische Einschätzung der gegenwärtigen Unterdrückungspolitik des bürgerlichen Staates zu geben. Viertens einige Bemerkungen, sehr flüchtig, sehr unvollständig, zur Frage einer organisatorischen Seite der Kampfperspektive.

1. Die restaurative Tendenz in der BRD

Das Thema selber ist seltsam gegenstandslos und in sich sehr brüchig; ein Thema der 50er Jahre, als Adenauer noch in der BRD zu herrschen schien. Restaurativ und Restauration, materialistischer gefaßt, bedeutet keineswegs Wiederherstellung einer politischen Willkürherrschaft, vielmehr bedeutet die Restauration, daß die punktuell 1945 in die Brüche gegangene kapitalistische Produktionsweise wiederhergestellt worden ist. Was es damals zu restaurieren galt, war also nicht etwa nur ein Staat, der funktionsfähig war im Sinne der Verfassung, im Sinne der bürgerlichen Demokratie, sondern waren in erster Linie die kapitalistischen Produktionsverhältnisse, das System der Mehrwertproduktion und damit verbunden dessen politische Organisationsform, eben der bürgerliche Staat; so gesehen, kann man nicht von restaurativen Tendenzen in der BRD heute sprechen, sondern man muß feststellen: die Bundesrepublik Deutschland war von Anfang an ein restaurativer Staat! Und das bedeutet, daß in der strategischen Einschätzung unseres Widerstands wir nicht etwa uns mit Appellen zur Wiederherstellung eines erneut demokratischen Zustands begnügen dürfen. (starker Beifall)
Nachdem, nach einigen Jahren der Stabilität, die Krisenanfälligkeit des Kapitals sich erneut erwiesen hatte und die immanenten Widersprüche seines Verhältnisses und seiner eigenen Entwicklung deutlich geworden waren, hat sich, bei uns gerade in der Studentenbewegung, die Einsicht in den Klassencharakter von Staat und Gesellschaft zwar verschärft, und es ist auch zur Bildung eines erhöhten politischen Bewußtseins gekommen; es ist auch dazu gekommen, daß ansatzweise eine revolutionäre Bewegung sich organisiert und sich betätigt hatte. Aber dieser Prozeß der Negation berührte die Politik im Grunde nicht so, daß man sagen könnte, daß unter dem Druck dieser ansatzweise revolutionären Bewegung, auch Protestbewegung genannt, der Staat sich so verändert hätte, in einem fortschrittlichen Sinne, daß jetzt der Staat sich wieder rückbilden würde oder rückbilden müßte ad origines der Anfänge der BR. Heute hat die BR,

zeigt die BR keine restaurativen Tendenzen, sondern - das müssen wir eindeutig sehen, weil dadurch bestimmte Appelle hinfällig werden - was heute wieder auftaucht, ist die Reaktion, die ganz offene Reaktion, die hier bei uns in Berlin in der doch etwas schäbigen Gestalt der Notgemeinschaft, der liberalen Aktion ihr altes Haupt erhebt, das seit Metternichs Zeiten politisch einen Namen, eine Bezeichnung hat, nämlich schmutzig. (Beifall)

2. Die Diskussion um das Grundgesetz

Die werden wir wirklich etwas kurz fassen, ausnahmsweise. Ich hatte heute an Genossen Wäsche die Frage gestellt, ob er nicht berücksichtigen und mitreflektieren müßte, daß das Grundgesetz, zu dessen Verteidigung wir uns hier aufschwingen wollen, geschaffen wurde von politischen Vertretern des Kapitals. Für unsere politische Position, um uns nicht in die berühmte verfassungsfeindliche Ecke drängen zu lassen, eine sagen wir verfassungsrechtlich-politologische Bemerkung dazu: keiner von uns ist verpflichtet, ja zum Grundgesetz zu sagen; es genügt ja zu sagen zu Art. 79 des Grundgesetzes. Art.79 sagt lediglich, daß der Artikel 1: "Die Würde des Menschen ist unantastbar" und der Artikel 20, die Regelung also des parlamentarischen Wegs der Politik, nicht verändert werden dürfen. Alles andere am GG darf verändert werden, und es ist für die Entwicklung in der BR von großer politischer Bedeutung, daß diese Veränderung seit 1949 schon begann und immer weiter gegangen ist, aber nicht nach links, sondern nach rechts. (Beifall) So daß in diesem Zusammenhang auch etwas anderes feststeht: auch das Rekurrieren auf diesen berühmten Sozialisierungsartikel des GG hat politisch, machtpolitisch, hinsichtlich der Machtverhältnisse, wenig Sinn, nicht nur etwa, weil die Machtkonstellation es nicht erlaubt, daß heute sozialisiert wird - das ist durchaus nicht der Fall, auch in Italien kann eine christdemokratische Regierung verstaatlichen, wenn das Kapital in bestimmten Sektoren seine Profite nicht mehr einheimsen kann und also die Verlustbetriebe gerne an den Staat abtritt. Wichtiger ist, daß das Grundgesetz, so wie es aufgebaut ist, daß gerade die im Grundgesetz vorgesehenen Institutionen die Passivität der Massen, selbst noch bei Vergesellschaftungsvorgängen in der Produktion, in der Ökonomie, sanktionieren und also unmöglich sich eignen können für einen Weg zum Sozialismus, sofern nämlich der Weg zum Sozialismus immer verbunden ist mit einer Mobilisierung und Aktivierung der Massen. Im Grunde ist die Einführung des Sozialismus per Bundestagsgesetz genauso eine Revolution von oben, wie andere Revolutionen von oben in anderer Weise im Laufe der Weltgeschichte gemacht worden sind.

3. Zur Kriminalisierung

Gewiß ist die Kriminalisierung auch als Vorstufe des polizeilich dann exekutierten Mordes da und die offene Unterdrückung ist auch da. Das Berufsverbot gehört auch zur Unterdrückung. Mandel ist übrigens ein Fall und kein Symbol, wie Genosse Seifert heute sagte, und das Ausbildungsverbot, das jetzt hinzukommt, hier an unserer Universität, - all das scheint durchaus geeignet, Anlaß zu geben zur Schaffung einer breiten Front, die sich eben auf dieses Grundgesetz bezieht. Aber, wir müssen sehen, daß das Grundgesetz zwei klar geschiedene Teile hat. Ein Teil, zu dem wir uns alle ohne Schwierigkeiten bekennen können, enthält den Katalog der Grundrechte. Der zweite Teil aber,

der übrigens viel schlechter geraten ist als etwa die italienische Verfassung, weil dieser zweite Teil kein Resultat des Klassenkompromisses gewesen ist, wie etwa die italienische Verfassung von 48, - der zweite Teil des Grundgesetzes, von Art. 21 abwärts bis Art. 114, 116 usw., hat mit Demokratie, mit der Chance einer Demokratisierung nichts zu tun. Er enthält vielmehr die - übrigens grundgesetzlich veränderbare, zulässig veränderbare - Form, die die kapitalistische Gesellschaft zusammenfaßt und -hält; d.h. er enthält Mechanismen der politischen Machtausübung, die im Grunde die im Katalog der Grundrechte vorgesehene Möglichkeit der "freien Entfaltung der Persönlichkeit" usw. politisch wieder zurücknehmen. Und es ist auch gerade die Funktion dieser Mechanismen, diese Grundrechte zurückzunehmen, denn diese Mechanismen und die Institutionen des bürgerlichen Staates haben keine andere Funktion und auch keine andere historische Legitimation, als diejenige, die äußeren Bedingungen der gesamtgesellschaftlichen Reproduktion zu organisieren und zu garantieren. Die Legitimation des bürgerlichen Staates besteht also nicht darin, daß periodisch das ganze Volk oder die Wahlbevölkerung den Staatsorganen und Parteien ihre Zustimmung gibt, sondern seine historische Legitimation ist, steht und fällt zusammen mit der Fähigkeit, diese kapitalistische gesamtgesellschaftliche Reproduktion zusammenzuhalten. Ökonomisch ist es heute durch die Konzentration in der Ökonomie, durch die Bildung der großen Monopole, umso wichtiger, daß der Staat diese seine Funktion erfüllt. Was ich darunter verstehe, kann ich ganz kurz erwähnen: gerade die große monopolistische Planung verlangt staatliche Institutionen, die in der Lage sind, die politische, ökonomische und soziale Artikulationsmöglichkeit der Massenbedürfnisse soweit wie möglich zurückzudrängen und einzudämmen. Das ist also die Funktion des zweiten Teils des Grundgesetzes, und diesen zweiten Teil - ganz gleich wie - zu ändern, das ist wirklich eine Aufgabe und nicht etwa, diesen zweiten Teil zu verteidigen. (Beifall) Wir befinden uns hier schon in der Nähe des Versuchs, der Idee eines Versuchs, die Unterdrückung, die politische Unterdrückung materialistisch abzuleiten. Genosse Seifert hat etwas sehr Richtiges gesagt: man muß nicht nur die kulturelle Seite und die Ebene des Bewußtseins berücksichtigen bei den Problemen der Unterdrückung, sondern man muß auch berücksichtigen, daß der Rückgang der Wachstumsrate das Kapital gewissermaßen nach dem Staat als dem großen politischen Garanten hat in stärkerem Maße ausrufen lassen. Wir wissen ja, daß der Rückgang der Wachstumsrate oder - um in der zum Teil verdinglichten Sprache unserer Linken zu sprechen - die Schwierigkeit in der Verwertung des Kapitals zunächst zwar eine Lähmung in der Arbeiterklasse verursacht, weil jeder Arbeiter befürchtet, einfach seinen Arbeitsplatz zu verlieren, aber dann, bei der Wiederankurbelung des erneuten Zyklus, dazu führen kann, daß tatsächlich sich Klassenkämpfe entfalten. Hier hat die Unterdrückung eine spezifische, präventive Funktion, und sie kann sich, wie Genosse Seifert mit Recht sagte, durchaus richten gegen die Möglichkeit der Bildung eines revolutionären Bewußtseins; daher Berufsverbot, daher Ausbildungsverbot, daher Mandel als Testfall, den zu verlieren wir übrigens gerade im Begriffe sind. Aber: die rein ökonomische Bewegung des Kapitals produziert allein die Verschlechterung der Existenz- und Reproduktionsbedingungen der

Arbeiterklasse, aber noch nicht den Klassenkampf und ruft auch die Unterdrückung nicht unmittelbar hervor. Es ist also keineswegs so, daß automatisch und unvermittelt durch die ökonomische Entwicklung des Kapitals - eines Kapitals, das die Arbeitskraft zur Passivität verdammt und total subsumiert - der Klassenkampf und also die Notwendigkeit der Unterdrückung und der Präventivmaßnahmen sich einstellen wird. Anders ist es mit einer ganz anderen Gefährdung, nicht etwa der Profite durch eine zyklische Krise, sondern konkret der Gefährdung der Reproduktion des Kapitals in besonderen Situationen. Wir müssen jetzt sehen, wann sich diese besonderen Situationen einstellen, um eventuell erkennen zu können, ob diese besonderen Situationen heute nicht mehr eine Besonderheit darstellen, sondern Situationen sind, die sich in Permanenz reproduzieren mit der Reproduktion der kapitalistischen Gesellschaft.
Wir müssen davon ausgehen, glaube ich, daß, wie Marx in den Grundrissen richtig analysierte, mit dem Wachsen der organischen Zusammensetzung des Kapitals, d.h. mit dem Wachsen, grob gesagt, der Maschinerie, des Maschinenparks gegenüber der lebendigen Arbeit der Arbeiter, für das Kapital sich eine erhöhte Notwendigkeit ergibt, den Produktionsfluß aufrechtzuerhalten. Je mehr Geld in die Maschinen gesteckt wird, um so notwendiger wird es, daß diese Maschinen auch arbeiten. Das bedeutet, daß die Kontinuität des Produktionsflusses, und zwar die planbare Kontinuität - die auch einschließt die Planbarkeit der Unterbrechung der Kontinuität, z.B. durch einen wochenlang vorangekündigten Streik - daß die Kontinuität des Produktionsflusses heute die unumgängliche, die erste Bedingung für die Möglichkeit des Kapitals ist, sich zu reproduzieren. Gerade diese Kontinuität des Produktionsflusses ist im Laufe der letzten Jahre im ganzen kapitalistischen Westeuropa dadurch hart und permanent unterbrochen worden, daß ökonomisch normal sich entwickelnde Kapitalverhältnisse gestört wurden durch den brutalen Einbruch des Klassenverhältnisses in dieses Kapitalverhältnis, des sozialen Kampfes in die Entwicklung der Ökonomie; d.h.: Diese Kontinuität des Produktionsflusses und damit die Möglichkeit des Kapitals, weiter zu existieren und sich zu reproduzieren, wird dann gefährdet, wenn die Arbeiterklasse sich nicht mehr total unter die Verwertung des Kapitals subsumieren läßt, sondern zur Negation, zur Desintegration der Mehrwertproduktion übergeht, und es ist gerade das, was in Westeuropa in den letzten Jahren geschehen ist. Gerade dies, das wir ruhig das Erstarken des subjektiven Faktors nennen können - die Klasse an sich tritt auf den Plan und bricht in das Kapitalverhältnis hinein - , dieses Erstarken des subjektiven Faktors bedroht die Weiterexistenz des Kapitals mehr als zyklische Krisen, mehr als die bloße Wirtschaftskrise, die, wie Marx zeigte, falls das Proletariat subsumiert bleibt, durchaus als Regenerationsmoment für einen erneuten Zyklus des Kapitals dienen kann.
Der reale Prozeß, der heute den bürgerlichen Staat dazu zwingt, seine historische Funktion in stärkerem Maße wahrzunehmen, liegt also darin, daß es durch diesen Einbruch des Klassenverhältnisses zu einer permanenten Störung der Mehrwertproduktion gekommen ist. Und wenn die Mehrwertproduktion permanent gestört wird, hört die Wirksamkeit des friedlich sich gebenden Verfassungsstaates notwendigerweise auf. Denn diese friedliche Art, die Disziplin der Arbeiter zu ge-

währleisten, liegt nur auf der Ebene der Integration und der Manipulation; eine Klasse aber, die sich anschickt, die Mehrwertproduktion zu stören und tendenziell zu zerstören, läßt sich integrativ und manipulativ nicht mehr ohne weiteres bändigen.
Gerade die Explosion der Produktivkräfte-und ein Teil dieser Explosion hat sich in ganz Westeuropa geäußert, in der Tat als studentische Explosion, als "studentische Revolte"-, diese Explosion bedroht die Kräfte und Möglichkeiten der monopolistischen Planung, derjenigen Planung, die schon glaubte, diese Zerstörungsmöglichkeit sich vom Halse geschaffen zu haben auf dem institutionellenWege, nämlich durch den Einbau der Arbeiterklasse in das Verfassungswerk. Gerade diese permanente Störung aber und tendenzielle Zerstörung der Mehrwertproduktion enthüllt nicht nur in Deutschland, sondern noch mehr in den Ländern, in denen die Klassenkämpfe am heftigsten waren, die Funktion des bürgerlichen Staates, präventiv und in Permanenz die Konterrevolution zu erklären.
präventiv und in Permanenz die Konterrevolution zu erklären.
So gefaßt, scheint mir, daß wir uns weder in einer faschistischen noch in einer konstruierbaren Phase des Polizeistaates oder des autoritären Staates befinden, sondern wir sehen uns konfrontiert mit einer permanenten Konterrevolution, die verschiedene Erscheinungsformen haben kann und die nur in bestimmten Situationen tatsächlich zu offenen Repressionen übergeht. Diese offene Repression ist emblematisch: Es ist richtig, daß heute die Repression sich gegen Individuen richtet; aber wir dürfen den terroristischen Charakter dieser Repression gegen Individuen nicht vernachlässigen. Dieser terroristische Charakter liegt gerade darin, daß nicht nur etwa die Bevölkerung eingeschüchtert wird, nicht nur etwa, daß viele Genossen eingeschüchtert werden, die lieber dann den Frieden mit diesem Staat schließen und sich unter das Kapital ohne weiteres passiv subsumieren lassen, sondern ebenso in der Tatsache - das haben wir in Berlin gerade häufig erlebt -, daß die bewußte halbillegale Anwendung z.B. der Polizeigewalt die Bevölkerung manipulativ daran gewöhnt nicht nur, daß die Polizei so vorgeht, sondern daß sie sogar so vorgehen darf.

4. Zur organisatorischen Seite des revolutionären Prozesses

Es ist um so schwieriger, diese Frage zu behandeln, übrigens, als, wie immer nach historischen Niederlagen, heute eben vor allem die Konterrevolution blüht und gedeiht. Mir scheint das Eine wichtig zu sein: daß diese Frage nur aus dem Zusammenhang zwischen konkret vorangebrachter permanenter Störung der Mehrwertproduktion in den Betrieben, wo gestreikt und gekämpft wird, und den konterrevolutionären Präventivmaßnahmen zu klären ist; nur in diesem Zusammenhang ist die Organisationsfrage zu entwickeln, wobei ich gleich sagen muß, ich kann jetzt nicht etwa, da geb ich Brückner recht, sagen, wie Ihr Euch zu organisieren habt. Konsumentenhaltung hin und her, das ist eine Frage, die ein einzelner in keiner Weise lösen kann und die ohnehin nur im Verlauf eines Kampfprozesses gelöst werden kann. Gerade deshalb scheint mir besonders wichtig zu sein, was die Klassenkämpfe, dort, wo sie sich wieder voll entwickelt haben, uns zeigen können, was also diese Erfahrung der Klassenkämpfe, die bei uns in ganz Westeuropa stattgefunden haben, uns sagt hinsichtlich der Organisationsfrage.

Ich greife zwei Punkte heraus, die meines Erachtens den Kern der Sache treffen.

Erstens: Wenn wir uns die Kämpfe in Norditalien, die für mich allerdings eine exemplarische Bedeutung haben, betrachten, sehen wir also, daß der dezentrale, von autonomen Kadern geführte Kampf sowohl unmittelbar der Planungsstrategie des Monopols widerspricht, als auch sich der politischen und polizeilichen Kontrolle durch den Staatsapparat entzieht. Wir haben also als erste Erfahrung, daß mindestens eine erstere Phase der Rekonstruktion der Klasse, der dezentrale Kampf von autonomen Kadern, die Voraussetzung dafür ist, daß zum einen die Monopolplanung durcheinandergebracht wird, und daß zum anderen der Staat dagegen sehr wenig unternehmen kann, denn der Staat, gerade der übermäßig organisierte Staat, mit dem wir es heute zu tun haben, hat es besonders leicht, wenn revolutionäre Bewegungen sich identifizieren und konzentrieren in einer politischen Führungsgruppe, die man staatlicherweise ebenso identifizieren und sofort zerschlagen kann.
Zweitens: Dieser Kampf vollzieht sich organisatorisch in Formen, die auf der einen Seite die kapitalistische Mehrwertproduktion zerstören, zugleich aber versuchen, wie es in den italienischen Kämpfen hieß, eine andere Weise des Produzierens und eine andere Weise der gesamtgesellschaftlichen Organisation zu antizipieren. Das bedeutet, daß, ganz gleich wie eine Organisation, sagen wir technisch, aufgebaut wird, - inhaltlich, von der inhaltlichen Seite her, die Befreiung der Arbeiterklasse und der Inhalt der gesamtgesellschaftlichen Emanzipation von der Organisationsform nicht getrennt werden kann. Anders gesagt: wenn eine Organisationsform sich entwickelt nur an der Zielsetzung der Machtergreifung und der Zerschlagung des bürgerlichen Staates, was an sich sehr wichtig ist, wird dieser Organisationsform das zweite wichtige Element fehlen, nämlich die Rekonstruktion einer freien Gesellschaft nach dem Vollzug des revolutionären Aktes. (Beifall)
Es läßt sich also materialistisch wegen der Notwendigkeit des dezentralen Kampfes gegen die planenden Monopole eine Absage an jede Führungsrigidität ableiten: eine Absage an die Führungsrigidität, die sich verbindet eben mit der Einsicht , daß die Befreiung der Arbeiterklasse, die zugleich die Bedingung ist für die gesamtgesellschaftliche Emanzipation, in dem - sonst immer wieder zerrissenen - Zusammenhang stehen muß, zugleich das System der Ausbeutung zu zerstören, sowie die Tendenz zur erneuten Bildung von verfestigten politischen Führungsgruppen zu stoppen.
Das, was die kämpfenden Arbeiter eingesehen haben, scheint mir, liegt in der immanenten Verbindung, in dem immanenten Verhältnis zwischen der kapitalistischen politischen Form der Organisation und der Bildung von verselbständigten Parteiführungsgruppen der Arbeiterklasse. Damit verbindet sich in diesen Kämpfen auch eine andere Form der Absage, die für uns zwar in dem universitären Bereich keine Bedeutung zu haben scheint, die aber für die Ausarbeitung einer revolutionären Strategie zentrale Bedeutung hat, nämlich die Absage an die klassische, traditionelle Trennung von ökonomischem und politischem Kampf. (Beifall)
In der Klassenanalyse darf man auch eines nicht vergessen, daß in der heutigen Situation - und das läßt sich geradezu empirisch nachweisen - in der BR,

wo der Klassenkampf und die Massenbewegung noch nicht so weit entwickelt sind, wo man diese Massenbewegung erst initiieren muß, - daß gerade in unserer Situation die Trennung von politischem und ökonomischem Kampf in ganz eindeutiger Weise kleinbürgerliche Züge zeigt, denn die Träger des politischen Kampfes sind dann gerade Kleinbürger, denen gegenüber die Massenorganisationen dann funktionsfähig werden sollen. (Beifall) Das, was also eingesehen wurde und was übrigens auch geschichtlich sonst bestätigt wird, ist, daß, wenn man diese Erfahrungen nicht berücksichtigt, wir wiederum Gefahr laufen, daß aus der politischen Klassenführung mit dem Anwachsen der Bewegung sich erneut ein Klassenparasit herausbildet.
Jetzt kurz zur Notwendigkeit, den Widerstand zu organisieren, denn wir sind in der Defensive, das ist heute häufig gesagt worden, wir müssen die Defensive also den Widerstand organisieren. Mir scheint, daß die Organisation des Widerstandes, ganz gleich wie es vor sich gehen soll, nicht getrennt werden kann von dem Versuch - der für uns eine geschichtliche Nötigung darstellt, wenn wir weiterexistieren wollen - eine politische Massenbewegung zu initiieren, die jenseits aller Ansprüche von sich sichernden Gruppen und Gremien jene autonome Bewegung weitertreibt und weiterentwickelt, die den substantiellen Kern der revolutionären konkreten Bewegung seit 68 im ganzen kapitalistischen Europa darstellt. Und das, um wieder auf mein Thema zurückzukommen, und das hat wirklich alles nichts mit Problemen der Verfassung zu tun. Wir sollten uns auf die Diskussion über die Verfassungstreue gar nicht einlassen, denn, was hier zur Diskussion steht, ist letztendlich, über alle Unterdrückung im Universitätsbereich, über alle Zurücknahme der Grundrechte hinaus, nicht etwa die Verfassung, sondern die kapitalistische Produktionsweise.

MLH - (Korreferat zu Agnoli)

Wir wollen noch einmal kurz versuchen, der Diskussion eine etwas andere Richtung zu geben, um es nach Ablauf des Kongresses eher zu ermöglichen, auf die konkrete Hochschulpolitik und auf das, was uns im nächsten Semester erwartet, näher einzugehen. Deshalb noch einmal kurz eine gesellschaftliche Einschätzung, aus der wir versuchen werden, unsere Politik an der Hochschule abzuleiten. In letzter Zeit findet eine weitere Zentralisierung und Militarisierung des Staatsapparats und seiner Exekutivorgane statt. Sie werden durchgeführt durch eine Vielfalt von Mitteln, aber diese Mittel lassen sich zwei Kategorien zuordnen: 1. die inneren Reformen und, falls die versagen, 2. die Gewaltmaßnahmen. Dabei richten sich Notstandsgesetze, Handgranatengesetz, die Verschärfung des Ausländergesetzes, der Ausbau des Bundesgrenzschutzes zu einer Regierungstruppe und die Hamburger Erlasse jetzt noch indirekt gegen die Arbeiterklasse. Sie betreffen zunächst die potentiellen Bündnispartner in den politischen Kämpfen. Die verschärfte Neuauflage des BVG, der Ausbau des Werkschutzes und die Entlassung fortschrittlicher Kollegen zeigen jedoch deutlich die Stoßrichtung dieser Maßnahmen und stellen schon jetzt eine unmittelbare politische Disziplinierung der Arbeiterklasse dar. Die neuerliche Politik der Bourgeoisie hat in der Geschichte der Bundesrepublik einen Vorläufer. Gegen Ende der

40-er Jahre machte das Vorpreschen des westdeutschen Kapitals auf den internationalen Markt eine Einschränkung der Position der Arbeiterklasse, die sie sich seit 1945 erkämpft hatte, notwendig. Im Zuge der Einschränkung der demokratischen Rechte wurden Demokraten und Sozialisten verfolgt und die Gewerkschaften durch die Institutionalisierung des Schlichtungswesens diszipliniert. So sind die Gründung und Festigung der BRD Ausdruck des Sieges der Bourgeoisie über die Arbeiterklasse. Und so ist die Geschichte der Bundesrepublik von vornherein die Geschichte der Verfolgung der fortschrittlichsten Teile der Arbeiterklasse und ihrer politischen Organisation, der KPD. Der Adenauer-Erlaß von 1950 zur Reinerhaltung des Staatsapparats von Demokraten und Sozialisten war der erste Schritt für den umfassenden Angriff auf die demokratischen Rechte.

Alle diese Maßnahmen, die sich direkt oder indirekt gegen die Arbeiterklasse richteten, waren nichts anderes als die sogenannte Kehrseite des Wirtschaftswunders. Für die Arbeiterklasse war dies zunächst mit Lohnstopp und noch lange Zeit mit sehr geringen Lohnforderungen verbunden. Der wirtschaftliche Aufschwung bot der Bourgeoisie jedoch gleichzeitig die Möglichkeit, der Ideologie von der Sozialpartnerschaft eine Basis zu geben und damit das Auseinanderklaffen von Löhnen und Gewinnen zu legitimieren. Bei dem allgemeinen Aufschwung der Wirtschaft war es wichtig, die Arbeiterklasse politisch bei der Stange zu halten. Die Restauration des Kapitalismus und der Aufbau des BRD-Imperialismus hatten nur deswegen durchschlagenden Erfolg, weil sie direkt von außen eingeleitet wurden und weil die SPD- und DGB-Führung trotz mancher Opposition in einzelnen Fragen diese Politik unterstützten. Zu dieser Zeit lief im DGB eine Hinauswurfkampagne gegen alle linken und kommunistischen Gewerkschaftler. SPD und DGB haben alles in ihrer Macht stehende getan, den Antikommunismus in die Massen zu tragen. Demgegenüber bildet die gegenwärtige Verfolgungskampagne von Demokraten und Sozialisten nichts Neues. Ihr liegt zweierlei zugrunde: Einmal die wachsende Krise des imperialistischen Systems, und andererseits das Bestreben des westdeutschen Imperialismus, diese Krise zu seinen Gunsten und im Sinne seiner Expansionbestrebungen zu nutzen. Dies bedingt natürlich zunehmend einen politischen und ökonomischen Druck auf die Arbeiterklasse. Die Tarifabschlüsse, die sich mit erstaunlicher Genauigkeit an den Lohnleitlinien orientieren, und die Neuauflage des Adenauer-BVG bieten ein anschauliches Bild.

Aus der gegenwärtigen Krise kann der westdeutsche Imperialismus nur dann gestärkt hervorgehen ...

(Rhythmisches Klatschen, der MLH-Genosse wird aufgefordert zum Referat Agnolis Stellung zu nehmen)

... Genossen, Genossen! Wir befinden uns in einer konkreten Situation. Das Berufsverbot von Mandel ist eine der vielen Maßnahmen der politischen Disziplinierung, und als Hochschulorganisation sehen wir uns eher dazu verpflichtet, zu diesen Fällen konkret Stellung zu beziehen und unsere Politik daran auszurichten. Ein esoterischer Streit über die Politik in der Arbeiterklasse kann uns in dieser Situation nicht weiterbringen.

Aus der gegenwärtigen Krise kann der westdeutsche Imperialismus nur dann ge-

stärkt hervorgehen, wenn es ihm gelingt, durch Druck auf die Löhne bei gleichzeitiger Steigerung der Produktivität seinen Exportanteil zu vergrößern. Das wird 1972/73 extrem schwieriger sein als 66/67, weil der Imperialismus sich gegenwärtig in einer umwälzenden Krise befindet und weil die westdeutsche Arbeiterklasse seit 66/67 nicht mehr so gefügig ist wie unmittelbar nach ihrer entscheidenden Niederlage zur Zeit der Gründung der Bundesrepublik. Bei der Durchsetzung ihrer Machtposition verwickelt sich die Bourgeoisie zunehmend in Widersprüche. Der Klassencharakter der BRD läßt sich nicht mehr ohne weiteres verschleiern; die Maske der Sozialpartnerschaft ist brüchig geworden.
Die Realität der Klassenkämpfe drängen immer mehr zum Marxismus/Leninismus. (Gelächter)
Diesen Ansatz gilt es für die Bourgeoisie zu zerschlagen. So stehen auch die Universitäten, dieser machtmäßig irrelevante Faktor, zur Zeit im Mittelpunkt der Politik der Bourgeoisie, weil hier die marxistische Theorie Fuß gefaßt hat und Ansätze einer Orientierung großer Teile der Intelligenz an der kommunistischen-und Arbeiterbewegung stattgefunden haben. Insofern ist die Notgemeinschaft tatsächlich ein wichtiges Instrument der Kapitalistenklasse und nicht nur ein Club von Spinnern, und insofern haben faschistoide Stoßtrupps an der Hochschule für die Bourgeoisie auch ihre Funktion. Deshalb ist die gegenwärtige Rechtsentwicklung in Staat und Gesellschaft aber noch nicht als Faschisierungstendenz zu erklären. Eine solche Erklärung würde sich an Analogieschlüssen, die aus der Betrachtung der oberflächlichen Erscheinungsebene resultieren und nicht aus der Analyse der objektiven Bedingungen ergeben, aufhängen. Sie würde damit die reale Bewegung in der Entfaltung der Herrschaft der Bourgeoisie außer acht lassen. Die Gefahr eines neuen Faschismus ist aktuell nicht vorhanden, solange der Kapitalismus ökonomisch nicht grundlegend labil ist, und solange die Arbeiterklasse keine unmittelbare Gefahr für den Fortbestand der kapitalistischen Gesellschaft bildet.
Solange die SPD ihre Aufgabe, die Arbeiterklasse auch ideologisch an das kapitalistische System zu binden, erfüllen kann, reichen die Möglichkeiten der parlamentarischen Demokratie als eine Herrschaftsform der Bourgeoisie über die Arbeiterklasse aus.
Aus dieser Einschätzung kann sich nicht eine vollkommen neue Bündnispolitik der Sozialisten gegenüber den Demokraten ableiten, jedoch ist es die vornehmliche Aufgabe der Sozialisten in dieser Zeit, ihre Isolierung von den Demokraten zu verhindern. Die Momente in den gegenwärtigen Maßnahmen des kapitalistischen Staates sind gerade geschildert worden. Der Charakter und die Form der Maßnahmen zeigen; daß sie nicht nur der direkten Unterdrückung der kommunistischen Bewegung dienen, sondern Zug um Zug demokratischen Rechten Einhalt gebieten. Dies erfordert ein verstärktes politisches Zusammengehen von Demokraten und Sozialisten.
Für uns an der Hochschule heißt das nicht, daß aus der momentanen Situation ein Ausweg in der spontanen Empörung und in einer vorübergehenden Organisierung zu suchen ist. Das Einreise- und Lehrverbot für Mandel ist eine der vielen Maßnahmen des bürgerlichen Staates, die spektakulär ans Tageslicht getreten sind. Gleichzeitig erfolgt an den einzelnen Fachbereichen eine schritt-

weise Zurücknahme möglichst vieler Positionen, die in der Studentenbewegung unter bestimmten äußerlichen Voraussetzungen der Entwicklung von Staat und Gesellschaft erkämpft werden konnten. Diese Entwicklung zeigt, daß demokratische Positionen an der Hochschule und in der Gesellschaft mit ihrer Eroberung langfristig nicht abgesichert sind, sondern daß sie ständigen Angriffen der Bourgeoisie ausgesetzt sind und verteidigt werden müssen; daß die erkämpften demokratischen Positionen darüberhinaus zu dem Widerspruch in Beziehung stehen, der die kapitalistische Gesellschaft konstituiert. Der Widerspruch zwischen Bourgeoisie und Proletariat. Die Maßnahmen der Bourgeoisie lassen ebenso erkennen, gegen wen sich der Stoß richtet. Nur wenn wir uns in diesem Abwehrkampf an den Kämpfen der Arbeiterklasse orientieren, kann der Kampf an der Hochschule langfristigen Erfolg haben. Dieser Kampf findet aber im Augenblick unter ungünstigen Bedingungen statt.
In dieser Situation kann die Hauptstoßrichtung des Kampfes nicht gegen liberalreformerische Kräfte gerichtet sein, wie der KSV es fordert; dies wäre ein fataler Akt der Selbstisolierung sozialistischer Gruppen und böte dem bürgerlichen Staat und seinen Lakaien an der Universität verstärkt die Möglichkeit der Zurückdrängung des Einflusses der Kräfte an der Hochschule. Die Hauptstoßrichtung unseres Kampfes muß vielmehr ausgerichtet sein gegen das Bündnis reaktionärer Gruppen wie der "Notgemeinschaft für eine freie Universität" und deren Wurmfortsatz, die "Liberale Aktion", sowie die CDU- und SPD-Führung, deren Hauptanliegen im Moment die Isolierung und Schwächung der Sozialisten zum Zweck reibungsloser Befriedung der Hochschulen und damit einhergehender Durchsetzung der kapitalistischen Hochschulreform ist. Den Boden für stets neue und verschärfte Disziplinierungsmaßnahmen von seiten des SPD-Senats und verschiedener Universitätsgremien bereitete in den letzten Monaten eine von reaktionären Notgemeinschaften, CDU- und rechten SPD-Vertretern groß angelegte Propagandaoffensive in den bürgerlichen Massenmedien vor. Unter dem Deckmantel scheinbar reformerischer fortschrittlicher Bestrebungen gelang es der SPD und ihrem verlängerten Arm an der Universität, den Reformsozialisten, die Öffentlichkeit und zum Teil auch die demokratischen Kräfte an der Universität selbst über den wahren Charakter ihrer Absichten hinwegzutäuschen und propagandistisch gegen die Sozialisten zu wenden. Angesichts dieser reaktionären Politik des SPD-Senats ist ein Differenzierungsprozess innerhalb der SPD und zwischen Teilen der liberalen Öffentlichkeit zu verzeichnen, der für den Abwehrkampf an der Hochschule von großer Bedeutung ist und an die Sozialisten die Anforderung stellt, diesen Widerspruch mit dem Ziel zu entfalten, aufrechte Reformer und Liberale zu einer punktuellen Aktionseinheit in der jetzigen Situation zu gewinnen.
Da sich die Sozialisten gegenwärtig vor allem vor die Aufgabe gestellt sehen, der Isolierungstaktik der Bourgeoisie entgegenzutreten, deren endgültiges Ziel die Zerschlagung der sozialistischen Organisationen und damit das Ersticken der demokratischen Bewegung ist, muß den entschiedenen Demokraten einsichtig werden, daß im Moment zwar Sozialisten am spektakulärsten von der politischen Disziplinierung betroffen sind, daß diese sich jedoch in dem Maße auch auf die Demokraten auswirkt, wie sie sich aktiv für ihre Interessen ein-

setzen. Die Einsicht der Demokraten in die Notwendigkeit, einen gemeinsamen Kampf hervorzubringen, muß deshalb ein Hauptanliegen der Sozialisten in der gegenwärtigen Phase sein. Die Sozialisten werden in dem sich während der Kampagne und des Kongresses bildenden Streik von Studentenkollektiven, die Ausdruck der unmittelbaren Kampfbereitschaft der Studenten sein können, mitarbeiten und Überzeugungsarbeiten leisten. Sie werden versuchen, den vorübergehenden Charakter dieser Kollektive zu durchbrechen , und die Studenten zu einer langfristigen Organisierung anregen.

ZUSAMMENFASSUNG DER NACHFOLGENDEN DISKUSSION

Nachdem am Nachmittag die verschiedenen Gruppierungen auf die Problematisierung der konzeptionellen Perspektive vornehmlich des Kongreßkomitees gedrungen hatten, wurde am Abend im Anschluß an das MLH-Korreferat dieser Diskussion erneut Raum gegeben - mit dem Appell an die offiziellen Referenten, "die möglichen neuen Gesichtspunkte in ihre Vorträge einzubeziehen".
Zunächst versuchte die Genossin I. Lehmann, das Auditorium an die Radikalität zu erinnern, mit der man in den Tagen der Ablehnung und der darauffolgenden Einreiseerlaubnis Mandels das kommende Semester plante. Davon sei auf diesem Kongreß nichts mehr zu spüren. Es gehe ihr - im Gegensatz zu einer entsprechenden Denunziation des Kongreßkomitees - nicht darum, den Kongreß zum Platzen zu bringen, sondern vielmehr darum, die Kluft zwischen Referierenden und Konsumenten zu schließen, um nicht über "Kapital, Staat und Repression an sich" zu theoretisieren, sondern durch eine zeitlich begrenzte Auflösung des Kongreß-Plenums in Arbeitsgruppen den vielen Studenten, die gekommen seien, um Lernprozesse zu machen, die Möglichkeit einer Reflexion der eigenen Lage als Studierende zu bieten.
Nachdem daraufhin das Kongreßkomitee diesen Vorschlag faktisch liquidierte, indem es mit der Bemerkung: "Gut, wer Arbeitsgruppen bilden will, der soll das tun; wir machen hier jedenfalls weiter" eine vielleicht noch mögliche Realisierung der Arbeitsgruppen durch eine Diskussion darüber verhinderte, wurde in der Rednerliste fortgefahren, ohne daß es den einzelnen Rednern gelang, sich auf vorangegangene Diskussionsbeiträge zu beziehen.
Bevor in dem "offiziellen" Abendprogramm fortgefahren wurde, versuchte der Genosse Schütte an einigen Beispielen das gegenwärtige Dilemma der Linken in Westberlin zu beschreiben, das in diesem Kongreß schon am ersten Tag seinen Ausdruck fand.

SCHÜTTE

Genossen,
Ich möchte mit meinem Beitrag an eine Diskussion anknüpfen, wie sie heute nachmittag durch den Beitrag Peter Brückners, durch einige andere Beiträge und auch heute abend initiiert worden ist, und bei der zunächst durch einen mißverständlich formulierten Geschäftsordnungsantrag versucht wurde, sie nicht zustande kommen zu lassen.

Genossen, der Anlaß dieses Kongresses war die Ablehnung Wolfgang Lefèvres und Ernest Mandels als Lehrkräfte der Freien Universität. Es ist bereits mehrfach darauf hingewiesen worden, daß auf diesem Kongreß die Fälle Mandel und Lefèvre eigentlich eine sehr geringe Rolle gespielt haben und ich glaube, die Frage ist nicht die, hier Klage zu erheben, daß sie eine geringe Rolle gespielt haben, sondern wir müssen uns fragen, warum haben sie eine so geringe Rolle gespielt, und sind wir tatsächlich nicht fähig, unsere Forderungen:"Mandel und Lefèvre an die FU" durchzusetzen; - oder ist unsere Situation nicht die, daß wir uns etwas vormachen, wenn wir eine solche Forderung aufstellen und hier eintägige bis vierwöchige Proteststreiks beschließen?
Wenn dieser Kongreß dazu geplant war, Entwicklungstendenzen zum Polizeistaat darzustellen, dann meine ich, ist die Entwicklung zum Polizeistaat nicht nur eine Tendenz, die aus den Verwertungsschwierigkeiten des Kapitals herrührt oder aus objektiven Tendenzen, sondern diese Tendenz zum Polizeistaat ist gleichermaßen die Schwäche der Linken und damit unsere eigene Situation. Wenn wir uns hinstellen und einen Kongreß abhalten, wo sämtliche Bereiche da sind, wo wir nur noch registrieren wie eine Nachrichtenredaktion: Polizeistaatsterror im Ausland, im internationalen Maßstab, Polizeistaatsterror in der BRD und Sozialdemokratismus in der DDR - auch das war einmal geplant, auf diesem Kongreß vorzubringen - und am allerletzten Tag - völlig getrennt von den anderen Diskussionen - Statements der verschiedenen organisierten Gruppen uns anhören, die dann wieder nur einen Schlagabtausch ergeben und diese Gruppen überhaupt nicht in Frage stellen, d a n n , Genossen, meine ich allerdings, drückt dieser Kongreß ein anschauliches Verhältnis zur Politik aus, zu einer Politik, aus der wir uns als politische Subjekte völlig heraushalten und uns nur als Objekt einer übermächtigen Kapitalbewegung begreifen und als liberale Bündnispartner unseren politischen Stellenwert finden sollen.
(Beifall)
Genossinnen und Genossen, wenn auf unserem Geschäftsordnungsantrag von vorhin, in den Kongreß unsere eigene Situation, unsere eigene Zersplitterung, unsere eigene Isolierung aufzunehmen, geantwortet wird, wir sollen uns hier - wörtlich - nicht auf den eigenen Saft der Universität beschränken, dann meine ich, daß gerade diese Form der Trennung von Polizeistaatstendenz und eigener Situation genau diesen Saft der Universität ausdrückt, viel eher als die Intention, die wir mit unserer Diskussion verfolgen: Kritik unserer augenblicklichen Situation, um damit es erst wieder selbstverständlich werden zu lassen, einen Kongreß zu veranstalten, wo wir nicht nur ein wissenschaftliches Programm abziehen, sondern wo es selbstverständlich ist, daß wir sofort Verbindung zu kämpfenden Genossen in anderen Bereichen- aus Betrieb, Medien, Überbaubereichen- haben.
Genossen, wir müssen uns mit einer politischen Situation auseinandersetzen, wo einerseits ein marxistisches Vokabular eine Theorie bildet, die einen völlig verdinglichten Marxismusbegriff beinhaltet, der sich nur artikulieren kann in objektiven Tendenzen einer objektiven Bewegung und in der wir uns überhaupt nicht mehr als politisch handelndes Subjekt begreifen, wie - und das muß allerdings hervorgehoben werden - es in der Studentenbewegung im Selbstverständnis der

kämpfenden Genossen immer der Fall war. Von daher ist die Studentenbewegung nicht als überwunden zu begreifen im positiven Sinne; vielmehr ist unsere "Flucht in die Organisationen", in denen der politische Fortschritt nur noch begriffen wird als ein quantitatives Wachsen der eigenen Organisation, als Ausweisen des eigenen Führungsanspruchs, demgegenüber als klarer Rückschritt zu begreifen und keinesfalls, wie es immer dargestellt wird, als eine höhere Stufe des Klassenkampfes. (Beifall)

Genossen und Genossinnen, wenn ihr Euch erinnert an die Agitation für die Vietnam-Demonstration, ist klar, daß hier die 'KPD' - und die 'KPD' ist hier nur ein ganz extremes Beispiel - aufgetreten ist und gesagt hat, wir werden diese z w e i Demonstrationen mit allen Mitteln verhindern, wobei klar war, daß die "Demonstration der Kader" von 1.5oo Mann auf jeden Fall durchgeführt werden sollte, und andererseits ein Flugblatt von der Jugendorganisation Spartacus herauskam, wo ganz deutlich war, daß es gar nicht mehr um Vietnam ging sondern um die Vergrößerung von Spartacus; denn der Aufruf zur Vietnamdemonstration endete mit einem auszufüllenden Abschnitt: Name, Anschrift, Adresse, Beruf und der Aufforderung "Ich interessiere mich für Spartacus-Material" - Genossen, so geht politische Arbeit nicht, wenn man die eigene Identifikation mit den politischen Inhalten hinter dem Organisationsegoismus zurücktreten läßt. (Beifall)

Wenn hier heute in mehreren Beiträgen von der "antisektiererischen Linken" die Rede war, dann muß ich allerdings feststellen, daß im Verständnis dieser antisektiererischen Linken bereits wieder ein Sektenbegriff da ist, der die auftretenden Individuen wieder nur begreift als Angehörige einer Sekte, um immer wieder nur mit ihrem eigenen beschränkten politischen Horizont argumentieren zu können, und diesen Horizont in andere politische Individuen hineinprojiziert. (Beifall)

Aber etwas anderes:

Genossen, die antisektiererische Linke, wie sie sich heute in ihren eigenen Beiträgen dargestellt hat, muß in einigen Punkten ganz scharfe Kritik an sich üben; und zwar besteht diese Kritik darin, daß sie es über sehr lange Zeit in ihrer Resignation und politischen Isolierung nicht verstanden hat, über eine Position des kritischen Leninismus hinwegzukommen, und damit eben nur versuchte, den KSV mit dem besseren Lenin zu widerlegen, damit aber auf dieses formalisierte Verhältnis, verdinglichte Verhältnis, von Theorie hereinfällt und diese ironische Einheit von Theorie und Praxis hergestellt, von der Peter Brückner heute nachmittag gesprochen hat: sich nämlich nur noch in einem Glasturm der Theorie zu streiten und die reale Bewegung überhaupt nicht mehr zu sehen. Und zwar die reale Bewegung nicht als irgendeine Kapitalbewegung, sondern als Klassenkampf.

Genossen, im letzten halben Jahr hat es einige exemplarische Aktionen, exemplarische Kampagnen gegeben, die gezeigt haben, wie der Ausweg aus der Sackgasse der Zersplitterung zu führen ist. Ich will auf einige dieser Punkte eingehen. (Zwischenrufe vom KSV) Genossen, es ist makaber, wenn ich hier von einigen exemplarischen Kampagnen spreche, daß bei zwei dieser Kampagnen erst zwei Genossen über den Haufen geschossen werden mußten, damit diese Kampag-

nen überhaupt zustande kamen. Und da schreit Ihr herum : Komm zur Sache.
Die erste Kampagne, von der ich spreche, war die Kampagne nach der Ermordung G.v. Rauchs. In der Aufklärungsarbeit nach der Erschießung G.v. Rauchs hat sich gezeigt, daß es endlich einmal möglich war, daß Gruppen nicht daran gedacht haben, ihre eigenen Reihen zu vergrößern, sondern es Gruppen gab, die der Verschleierung des Berliner Justizapparates und der Polizeiführung nicht aufgesessen sind und in ziemlicher Kleinarbeit herausgefunden haben, daß es sich doch nicht ganz so einfach damit verhält, daß Genossen Feuer auf die Polizei eröffnet haben oder gar von eigenen Genossen umgelegt worden sind; und damit haben wir bewirkt, daß der Apparat immerhin insoweit verunsichert wurde, daß der Neubauer lange Erklärungen abgeben mußte. Es ist also zu fragen, ob es nicht auch wieder an der Schwäche der Linken gelegen hat, daß diese Kampagne nicht weitergetrieben werden konnte. Andererseits gelang es immerhin, in einer weitverbreiteten Stadtteilzeitung diese Aufklärung in die Stadt hineinzutragen.

Der zweite Punkt war die Besetzung des G.v.Rauch-Hauses. Das ist eine Sache, die wesentlich aus den Aktionen des letzten halben Jahres, aus der Diskussion herausgefallen ist. Genossen, die Besetzung des G.v.Rauch-Hauses wurde teilweise noch von Studenten mitgemacht. Als einige Wochen später die Genossen im G.v.Rauch-Haus auf studentische Unterstützung gewartet haben, weil einige Rocker angedroht hatten, das Haus auseinander zu nehmen, da wurde in einigen Roten Zellen so diskutiert: Wenn die ihr Haus nicht alleine halten können, dann sollen sie solche Besetzungen lassen, weil wir nämlich unsere Hochschulpolitik hier machen müssen. Genossen, damit fallen solche Diskutanten hinter einen Anspruch zurück, der einmal das politische Mandat der Studentenschaft erkämpfen wollte, über den eigenen bornierten Universitätshorizont hinauskommen wollte. (Beifall)

Wenn es vor einigen Wochen nicht gelungen ist, die Hausbesetzung in der Lützowstrasse durchzuhalten, wenn mittlerweile dieses Haus bereits abgerissen worden ist, dann müssen wir uns fragen, ob das nicht auch daran gelegen hat, daß die Genossen von der Stadtteilgruppe, die diese Besetzung durchgeführt haben, isoliert waren, gerade weil in der Universität die verschiedenen Gruppen und die verschiedenen Organisationen über ihren bornierten egoistischen Horizont nicht hinausgekommen sind. (Beifall)

Das nächste Ereignis, auf das ich eingehen will, war die Ermordung Thomas Weißbeckers. Es hat hier ziemlich spontan - die 'KPD' und andere Organisationen hatten gelernt -eine Demonstration gegeben, an der sich die verschiedenen Organisationen beteiligt haben: aber Genossen, was war das für eine Demonstration? Vorn ein parteiloser Block, dann ein Lautsprecherwagen der KPD-AO dann ein geschlossener AO-Block; dieser Lautsprecherwagen hat jedoch nicht eine Minute aufgehört, mit seinen abwieglerischen Phrasen den Marschblock hinter sich zu berieseln und damit eine wirklich spontane Entwicklung der Demonstration - ich meine damit gar nicht mal Aktionen, sondern nur eine politische Äußerung zu verhindern. Denn Parolen in dieser Situation, wie "Kampf dem Abbau der demokratischen Rechte des Volkes", benennen überhaupt nicht mehr die makabere Situation, in der sich die Demonstration befunden hat, in der sie gegen den Po-

lizeiterror demonstrierte, dem ein Genosse zum Opfer gefallen ist. (Beifall)

Genossen, ich will noch zu zwei Punkten sprechen. Ich glaube, daß es sehr schnell gehen wird. Der letzte Punkt ist die Vietnam-Demonstration vom vergangenen Samstag. Ich glaube es ist bezeichnend, daß keine der Organisationen zu dieser Vietnam-Demonstration Stellung genommen hat; die Vietnam-Demonstration wird unter den Organisationen genauso totgeschwiegen, wie in weiten Teilen der bürgerlichen Presse. Und das ist bezeichnend. Denn diese Vietnamkampagne hat versucht, das erste Mal seit einigen Jahren, eine Demonstration zustande zu kriegen, die es Bevölkerungsteilen ermöglichen sollte, sich einzureihen und damit gegen den Krieg der Amerikaner in Vietnam zu protestieren, und nicht die Geschlossenheit einer Parteiorganisation zu zeigen. Wenn dann auf "Teufel-komm-raus" in Moabit die Demonstration der "Partei der Arbeiterklasse" stattfinden muß, weil dort das anscheinend richtige Bewußtsein vorherrschend ist, dann, meine ich, ist auch hier wieder exemplarisch aufgezeigt, daß das Organisationsinteresse im Mittelpunkt stand und nicht die Solidarität mit dem kämpfenden vietnamesischen Volk. (Beifall)

Genossen, die Vietnam-Demonstration mit ihren 15.000 bis 20.000 Teilnehmern war keinesfalls ein Endpunkt dieser bisherigen Entwicklung von - meiner Ansicht nach - richtigen Aktionen des letzten halben Jahres, sondern die Vietnam-Demonstration kann nur der Anfang sein, wieder einen Bewußtseinsstand kämpfender Studenten und nicht nur Studenten, sondern Lehrlinge, Arbeiter, Schüler zu erreichen; und diese Vietnam-Demonstration sollte auch als exemplarische Aktion begriffen werden, in Zukunft über Inhalte politische Arbeit zu machen und nicht mehr zu fragen, was können wir für uns dabei herausholen.

Genossen, unter diesem Gesichtspunkt ist auch der Vorschlag mit den Arbeitsgruppen für diesen Kongreß zu sehen. Ich bin mir nicht ganz sicher, ob dieser Vorschlag zu realisieren ist. Genossen, ich habe meine Bedenken vorhin, am Anfang meines Beitrages, geäußert, wie dieser Kongreß durchgeführt wird. Aber was in diesen Arbeitsgruppen zu diskutieren wäre: es kann keinesfalls angehen, in der Kritik der Organisationen, die jetzt ansatzweise in den letzten Wochen einmal geleistet worden ist, darauf zu warten, daß jetzt wieder ein neuer Klüngel auftritt, der die alten kritisiert und neue Parolen ausgibt, sondern die Alternative müssen wir uns gemeinsam erarbeiten. Da liegt auch eindeutig die Schwäche der antisektiererischen Gruppen, daß sie es zwar exemplarisch an einigen Punkten schon geschafft haben, dem Verhalten der Organisationen etwas Richtiges entgegenzusetzen, aber keinesfalls eine Strategie jetzt entwickeln können, sondern das kann nur unter uns allen gehen.

Eine Möglichkeit dazu wären die Arbeitsgruppen, die allerdings noch thematisch zu benennen wären.

ECKART SPOO

MEDIENZENSUR

Ich bin nicht in der Lage, den flammenden Appellen einen weiteren hinzuzufügen, sondern hatte vor, zu dem Thema, das mir gestellt war, einiges sehr Trockenes vorzutragen.

Eine freie Presse ist, wie das Bundesverfassungsgericht einmal festgestellt hat, schlechthin konstituierend für die Demokratie. Das ist klar. Wer nicht die erforderlichen Informationen erhält, der ist auch nicht frei, sich eine eigene Meinung zu bilden; er ist gehindert, seine Interessen bewußt, sachgerecht und wirksam ins soziale und politische Kräftespiel zu bringen und auf Entscheidungsprozesse Einfluß zu nehmen. Selbst das so simple, allgemeine und gleiche Recht, alle vier Jahre auf dem Stimmzettel den Namen einer Partei anzukreuzen, verkümmert, wenn der Wahlberechtigte unzureichend über die anstehenden politischen Probleme und über die tatsächliche Einstellung der Parteien zu ihnen unterrichtet, und daher verschleiernder, desorientierender Propaganda hilflos ausgeliefert ist. Die Presse selbst ist in der Bundesrepublik weitgehend zum Organ solcher Propaganda geworden - vielfach ausgesprochen hetzerischer Propaganda. Viele wichtige Tatsachen bleiben dem Zeitungs- und Zeitschriftenleser unbekannt. Hintergründe, vor allem ökonomische, werden nicht ausgeleuchtet; Unwissenschaftlichkeit ist Methode. Die Welt des Zeitungs- und Zeitschriftenlesers besteht aus lauter Fetzen.

Der Heinrich Bauer Verlag, einer der größten Kommunikationskonzerne, preist seine drei Massen-Medien-Märkteblätter - "Neue Post", "Wochenend" und das "Neue Blatt" (9 Mill. Leser) - gegenüber der werbungtreibenden Wirtschaft mit Worten an, wie - wörtlich -: "9 Millionen, die kaum etwas anderes lesen. So sind MMM-Leser, sie denken mit dem Gemüt und konsumieren alles, alles, was zu ihrem Traum von der heilen Welt paßt. Wir bieten Träume, um sich in einer Welt nüchterner Kälte zu behaupten. Therapeutikum. Blätter der Lebenshilfe, des Aktionsersatzes, mit deutlichem Escape-Charakter. 9 Millionen, die kaum etwas anderes lesen" - so die Eigenwerbung des Heinrich-Bauer-Verlages gegenüber der werbungtreibenden Wirtschaft.

Flucht aus der Wirklichkeit in eine heile Welt wird also zum Programm gemacht; Aktionsersatz, d. h. Träume anstelle eigenverantwortlichen Eingreifens in die Gestaltung der Umwelt. Solche Presse, die das Volk verdummt und entmündigt, ist konstituierend für eine Diktatur, nicht für eine Demokratie. (Beifall) Wer Journalist wird, bringt diesen Zynismus gegenüber dem Leser nicht selber mit. Nach ihrem Selbstverständnis sind Journalisten durchaus kritisch, aufklärerisch. Aber die Produktionsverhältnisse in der Presse sind nicht so. Die öffentliche Aufgabe der Presse fällt dem Kommerz zum Opfer, primär dem Anzeigengeschäft. Ein realistischer Bericht über den Krieg in Vietnam eignet sich nicht dazu, Leser für Coca-Cola Reklame empfänglich zu machen. Der redaktionelle Teil eines Blattes hat als attraktive Verpackung für die Anzeigen zu dienen, auf keinen Fall darf er mit den Interessen der großen Inserenten kollidieren, vor allem nicht mit ihrem Interesse an ungestörter Entfaltung ökonomi-

scher Macht. Die großen Markenartikelfirmen bestimmen den Inhalt der Blätter. Mehr als zwei Drittel der von den Unternehmen der Presse erzielten Umsätze stammen aus dem Anzeigengeschäft. Auf den Leser ist nur insofern Rücksicht zu nehmen, als sich die Media-Planer der werbungtreibenden Wirtschaft den Leserkreis des Blattes möglichst kongruent mit der Zielgruppe wünschen, die sie mit ihren Anzeigen erreichen wollen.
Aufgabe jedes Blattes ist es, bestimmte Konsumentengruppen so zu erfassen, daß der Verleger gegenüber der werbungtreibenden Wirtschaft nachweisen kann, dieser Markt ist ohne Anzeigen in meinem Blatt nicht zu erschließen - also etwa: "9 Millionen, die kaum etwas anderes lesen." Leser, die in diese Konzeption nicht passen, werden möglichst abgestoßen. Eine regionale Zeitung, die sich den Inserenten etwa als Schwerpunktzeitung für Frankfurt, oder was weiß ich, empfiehlt, darf an Lesern im Hamburg und West-Berlin wenig interessiert sein. Nicht so sehr die Gesamtauflage eines Blattes ist wichtig, als vielmehr seine Verbreitung in einzelnen Marktbereichen. Genau gesagt, kommt es auf die Relation zwischen der Gesamtauflage und der Verbreitung in der Zielgruppe an.. Am überzeugendsten kann sich ein Blatt den Media-Planern präsentieren, wenn es die Führungs- oder gar die Monopolstellung im jeweiligen Marktbereich hat. Auto, Touristik und Modeseiten, deren Anteil am redaktionellen Teil der Presse zunimmt, während der Anteil der politischen Seiten abnimmt, spiegeln besonders deutlich die Abhängigkeit von der Markenartikelindustrie. Public Relation statt objektiver Berichterstattung, sagte Klaus Peter Kisker dazu. Ähnliches gilt für die Wirtschafts- und zunehmend auch für die Lokalseiten. Es liesse sich sogar im Feuilleton nachweisen. Im Sportteil ist es so offensichtlich wie die Kommerzialisierung des Sports selbst. Jeder Verleger muß, um seinen Anteil am Anzeigengeschäft zu behaupten und zu vergrößern, laufend investieren. Beispiel: Farbanzeigen. Wer bei der Eroberung neuer Verfahren zur Umgarnung des Konsumenten nicht Schritt halten kann, der bleibt auf der Strecke und muß das Geschäft einem Stärkeren überlassen. Die großen Konzerne - Springer zumal -, die mühelos 7- oder 8-stellige Beträge aus eigener Kraft investieren können, diktieren das Tempo der Pressekonzentration.
Zur Pressekonzentration nur einige kurze Angaben: Seit einigen Jahren hat sie das Stadium der Monopolbildung erreicht. Rund 1/3 der Kreise in der Bundesrepublik sind sog. Einzeitungskreise. In Nordhessen und im südlichen Niedersachsen erscheint allein die "Hessische Allgemeine". Im Raum Mainz-Wiesbaden ist der Verleger Walter Zech publizistischer Alleinherrscher. Im Raum Karlsruhe verfügt der CDU-Stadtrat Bauer mit seinen "Badischen Neuesten Nachrichten" über ein regionales Monopol. In Niederbayern bringt Johann Evangelist Kapfinger - ein enger Vertrauter des CSU-Vorsitzenden Strauß - konkurrenzlos seine "Passauer Neue Presse" heraus. Noch in vielen weiteren Gebieten der Bundesrepublik hat die Bevölkerung keine Wahl mehr zwischen unterschiedlichen lokalen oder regionalen Tageszeitungen.
Vom 1. Juni d. J. an ist die Bevölkerung eines ganzen Bundeslandes auf ein einziges Blatt angewiesen. Der konservative Großverleger Georg von Holtzbrink - Besitzer mehrerer Buchgemeinschaften und Verlage, darunter S. Fischer mit Fischer-Taschenbuchverlag, beteiligt bei Rowohlt und bei Drömer&Knaur, Mehr-

heitsgesellschafter der "Deutschen Zeitung - Christ und Welt" und des "Handelsblatts - Industriekurier", Aufsichtsratsvorsitzender bei der "Saarbrücker Zeitung" - stieg mit 51 % beim Paulinus Verlag ein, der seine "Saarbrücker Landeszeitung" einstellte. Über lokale, regionale und landespolitische Vorgänge können sich die Menschen an der Saar nun ausschließlich aus der "Saarbrücker Zeitung" informieren, und wer ihnen etwas verkaufen will, muß in diesem Blatt inserieren. Politisch geht der Einfluß dieser Zeitung sogar noch weit über die Landesgrenzen hinaus, da noch viele angrenzende Zeitungen in Rheinland-Pfalz von dort aus mit dem politischen Teil versorgt werden. Holtzbrink ist nicht der einzige Großverleger, der ins regionale und lokale Anzeigengeschäft eindringt.

Der Burda-Konzern - "Bild und Funk", "Das Haus", "Burda-Moden", "Freundin", "Freizeit", "Revue" usw. - läßt seine "Bunte Illustrierte" neuerdings mit Regionalseiten erscheinen. Die jeweiligen Verbreitungsgebiete entsprechen den sog. Nielson-Gebieten, in die Westdeutschland von den Marktforschern und Media-Planern der werbungtreibenden Wirtschaft eingeteilt worden ist, seit exakte Ergebnisse von Untersuchungen darüber vorliegen, wie sich Kaufkraft und Konsumgewohnheiten der Bevölkerung regional unterscheiden.
Der Heinrich-Bauer-Verlag - "Neue Revue", "Neue Mode", "Neue Post", "Das Neue Blatt", "Wochenend", "TV - Hören und Sehen", "Deutsche Autozeitung", "Quick", "Bravo", "Praline", "Sexy", "Selbst ist der Mann", "Landserromane" u. a. - kaufte 1970 die "Norddeutsche Rundschau" in Itzehoe, nachdem sich deren Verlag beim Investieren übernommen hatte. Anfang 1972 gründete er in Husum nach gründlichen Marktuntersuchungen mit erheblichem Kapitalaufwand die "Nordfriesische Rundschau", die - auch redaktionell - akkurat auf Marketingkriterien zugeschnitten, über kurz oder lang der eingesessenen "Husumer Nachrichten" das Geschäft verderben wird.
Axel Springer schließlich, der größte von allen, mit "Bild", "Bild am Sonntag", "Welt", "Welt am Sonntag", "BZ" "Berliner Morgenpost", "Hamburger Abendblatt", "Hör Zu", "Funkuhr", "Dialog", Comic-Serien, Ullstein-Büchern, Fernsehkassetten u. a., erwarb ganz oder teilweise die "Bergedorfer Zeitung" die "Elmshorner Nachrichten", die "Lübecker Nachrichten" und die "Norddeutschen Nachrichten".
Zu den großen Konzernen der Bewußtseinsindustrie gehört nicht zuletzt Bertelsmann mit seiner 25%-Tochtergesellschaft Gruner und Jahr, wobei Gruner und Jahr wiederum mit 25 % an Rudolf Augsteins "Spiegel" beteiligt ist, weswegen denn auch Augsteins neues "Jesus-Buch" nicht ganz zufällig bei Bertelsmann erscheint. Bertelsmann gilt aber zugleich als der größte Eierfabrikant in der Bundesrepublik. Neben seinen Hühnerfarmen betreibt er Tulpenzucht, entwickelt Anlagen zum Trocknen und Pulverisieren landwirtschaftlicher und pharmazeutischer Produkte, und stellt selber Quark und Tomatenpulver her. Andere Großverleger haben ihre aus dem Geschäft mit Werbung, Information und Unterhaltung gezogenen Profite in Mietshäuser, Hochseefrachtern und Metallfabriken investiert.

Nichts und niemand entrinnt dem Kommerz. Jedes Ding und jedermann wird als Ware gehandelt. Gruner und Jahr annoncierte Anfang 1972 für die Zeitschrift

"Jasmin" den aktuellen Anzeigenpreis je 1000 Leserkontakte mit den Worten: "Die Jasmin-Leserin ist ab sofort für jeden erschwinglich. Sie ist im Tausend billiger als je zuvor, DM 7,37." Als der Weidener "Neue Tag" zu Jahresbeginn 1972 zwei kleine Zeitungen in der Oberpfalz schluckte, meldete ein Brancheninformationsdienst: "Die Abonnenten werden vom 'Neuen Tag' übernommen." Auch der einzelne Journalist und ganze Redaktionen sind, wie sich bei Konzentrationsvorgängen immer wieder zeigt, Handelsobjekte ebenso wie die Druckmaschinen. Ungefragt werden sie von einer kleinen Heimatzeitung an ein großes Monopolblatt verkauft - wie auch über sie entschieden wird, sie haben sich zu fügen.

Karl Marx sagte, "so gut wie jeder Schreiben und Lesen lernt, muß jeder Schreiben und Lesen dürfen", und er erkannte, "die erste Freiheit der Presse besteht darin, kein Gewerbe zu sein." Es versteht sich, daß die Verleger anderer Ansicht sind. Sie stellen - und das ist herrschende Ideologie - die Gewerbefreiheit als Grundbedingung, ja als Wesen der Pressefreiheit dar. Jeder darf doch hierzulande eine Zeitung gründen, um seine Meinung zu verbreiten; er braucht nur über das erforderliche Kapital zu verfügen. Bucerius sprach einmal von 75 Millionen, die eine regionale Tageszeitung kosten würde. Der liberale Verfassungsrechtler Richard Schmidt kommt in einer vergleichenden Untersuchung von Verfassungstext und Verfassungswirklichkeit zu dem Ergebnis: "daß der eigentliche Inhaber der Meinungsfreiheit in der Presse der Verleger ist, d. h. der Inhaber des Pressebetriebs, und daß die Freiheit der im Anstellungsverhältnis stehenden, und erst recht der freien Mitarbeiter davon abhängt, wieviel dieser Inhaber an Freiheit freiwillig einräumt. So viel dies auch im Einzelfall sein mag, die Eigenschaft als Grundrecht hat diese Freiheit damit verloren." Die rechtliche Stellung der Journalisten gegenüber den Verlegern ist noch schwächer als die anderer Lohnabhängiger gegenüber anderen Unternehmern. Dafür sorgt der Tendenzparagraph des Betriebsverfassungsgesetzes, der die Unternehmer sog. Tendenzbetriebe privilegiert. Er ist bei der Novellierung des Gesetzes Ende 1971 fast unverändert geblieben. Nach wie vor enthält er den Beschäftigten der Presseunternehmen jede wirtschaftliche Mitbestimmung, und sogar das Recht auf Information über Zustand und Planung des Betriebs, vor.

Als die "Westdeutsche Allgemeine Zeitung" den "Duisburger Generalanzeiger" schluckte - sie hat noch viele weitere Zeitungen im Ruhr-Gebiet geschluckt -, wurde den betroffenen Arbeitern und Angestellten der Verkauf dieser Zeitung 3 Minuten nach Mitternacht mitgeteilt. Sie erhielten die Kündigung zum nächsten gesetzlich zulässigen Termin. Obwohl die Ausgabe für den neuen Tag überhaupt nicht mehr gedruckt werden sollte, hatte der Verlag bis dahin die Setz- und Umbrucharbeiten noch fast vollständig ausführen lassen, offensichtlich zu dem einzigen Zweck, den Beschäftigten bis zur letzten Sekunde zu verheimlichen, was über sie beschlossen war. Der Betriebsrat war mit keinem Wort informiert worden.

In Metall- oder Chemiebetrieben wäre ein solcher Fall undenkbar. In der Presse ist er kein Einzelfall. Hier darf der Unternehmer brutal über soziale Schutzbedürfnisse der Journalisten, ebenso wie der Setzer und Drucker, hinweggehen, und sich dabei auf den Gesetzgeber berufen, der mit dem Tendenzparagra-

phen die Pressefreiheit habe schützen wollen. Dieser Paragraph läßt sich in der Tat nicht anders interpretieren, als daß der Gesetzgeber die Pressefreiheit zu einem besonders schutzwürdigen Persönlichkeitsrecht der Kapitaleigner erklärt und damit den ökonomischen Tatbestand der Usurpation der Pressefreiheit durch eine kleine, inzwischen winzig kleine Zahl von Verlegern rechtlich absichert. Gegen Richard Schmidts Kennzeichnung der Abhängigkeiten in der Presse läßt sich lediglich einwenden, daß auch der Verleger nicht wirklich frei ist. Wer etwa als Erbe eines Mannes, der nach dem II. Weltkrieg von der Besatzungsmacht die Lizenz zur Herausgabe einer regionalen Tageszeitung erhielt, jetzt, etwa aus eigener Überzeugung, den Redakteuren eine kritisch-aufklärerische Berichterstattung erlauben würde, der geriete sehr schnell in Konflikt mit ökonomisch und politisch Mächtigeren, denen er sich schwerlich gewachsen zeigen würde. Aber dieser Fall ist hypothetisch. Gerade die jungen Verleger identifizieren sich voll mit ihrer Unternehmerrolle, etwaige bessere Einsicht würde vom Profitinteresse aufgesogen.
Die Konzeption eines Blattes wird - wenn überhaupt - dann nicht nach links, sondern nach rechts hin geändert. Die Redakteure haben dann ebensowenig Mitbestimmungsrechte wie in reinen wirtschaftlichen Angelegenheiten. Ohnehin vollzieht sich eine - von wirtschaftlichen Motiven nie getrennt zu sehende - Änderung der politischen Richtung meist nicht ruckartig, sondern allmählich, häufig mit Mitteln der Personalpolitik, - etwa durch Ablösung des Chefredakteurs. Nur selten geschieht es so abrupt und offen wie bei der "Hamburger Morgenpost", der einzigen Konkurrenz für Springer auf dem hamburger Markt. Die Leitung des sozialdemokratischen Verlags gab der Redaktion Anfang des Jahres bekannt, als Grundströmungen seien nunmehr in allen Teilen des Blattes zu beachten: Mitleid, Tierliebe und Hilfsbereitschaft. Politik dürfe nur auf den letzten drei Seiten, mit vielem anderen gemischt, erscheinen. Mehrere Redakteure kündigten daraufhin spontan. Verständlich, aber wohin sollen diese Journalisten gehen? Zu Springer? Viele Journalisten - nicht die schlechtesten - sind in den letzten Jahren aus dem Beruf ausgeschieden. Die meisten Journalisten glauben, zum Nachgeben gezwungen zu sein, zum Nachgeben gegenüber den Anordnungen des Verlegers, zum Nachgeben gegenüber unmittelbarem Druck von Inserenten, zum Nachgeben gegenüber den gehobenen Augenbrauen der Honoratioren. Journalisten, die einmal Opfer ihrer eigenen "Verwegenheit" geworden sind, die Wahrheit schreiben zu wollen, riskieren nicht so leicht einen zweiten Zusammenstoß mit der Macht des Kapitals und seiner politischen Repräsentanten. Bei hundert Fällen von Nachrichtenunterdrückung oder Tatsachenverdrehung geht nicht mehr als einer auf einen direkten Eingriff von oben bzw. außen zurück. Selbstzensur der Journalisten ist zwar nicht die eigentliche Ursache, aber die häufigste Art und Weise der Manipulation in der Presse, also der Verletzung des Informationsanspruchs der Leser.
Einfluß zu nehmen auf das Denken und Handeln vieler Menschen, diese Möglichkeit der Presse reizt viele junge Leute, den Beruf des Journalisten anzustreben. Aber in Wirklichkeit hat der Journalist nur die Möglichkeit, im Sinne der Behauptung und weiteren Entfaltung der Kapitalmacht auf die Leser einzuwirken. Im gegenteiligen Sinne, d. h. im Dienste demokratischer Interessen die Be-

völkerung aufzuklären und zu mobilisieren, ist ihm untersagt. Er darf aufrufen zu einem sinnlosen "Marsch um den Starnberger See", wie es die Redaktion der "Abendzeitung" alljährlich mit großem publizistischem Aufwand und mit großem Erfolg tut, womit sie die von Medienplanern besonders geschätzte enge Leser-Blatt-Bindung nachweist, aber er darf kein Wort verlieren, das als Ermunterung etwa zu einem Streik gegen noch so krasse Mißstände in einem Großbetrieb aufgefaßt werden könnte. Er darf über diese Mißstände nicht einmal berichten. Die Wirklichkeit innerhalb der Fabrikmauern ist ein Tabu der bundesdeutschen Presse. Über die Gewerkschaften darf er sich nur insoweit positiv äußern, als sie sich einsichtig zeigen, d. h. Lohnforderungen herunterschrauben, ihre Mitglieder auf Partnerschaft mit den Unternehmern orientieren, und in den eigenen Reihen Zweifel an der Kraft der Solidarität ausstreuen. Der lohnabhängige Journalist, abhängiger noch als die Lohnabhängigen in anderen Industriezweigen, ist damit gezwungen, seinen eigenen Interessen zuwiderzuhandeln. Sich darüber klar zu werden, ist schwer für ihn. Als Einzelner schafft er es kaum, Illusionen über seine Rolle in der Gesellschaft zu überwinden. Offene Diskussion am Arbeitsplatz aber, von vielen Unternehmern dadurch behindert, daß sie nach dem Teile-und-Herrsche-Prinzip Mißgunst, Dünkel und Strebertum unter den Beschäftigten anzetteln, und Kommunikation mit Kollegen aus anderen Betrieben tun not, damit aus dumpfer Unzufriedenheit Erkenntnis ausbricht und Bereitschaft zu gemeinsamem Handeln wächst. Der isolierte Einzelne bleibt hilflos, unfähig zum Vertrauen zu sich selbst, fähig allein zu der Menschenverachtung, wie sie sich dann in den Produkten journalistischer Arbeit ausdrückt. Ohne Zynismus - die weit verbreitete Berufskrankheit der Journalisten - wäre die bundesdeutsche Presse nicht so, wie sie ist.

Letztlich erweist sich dennoch, daß die gemeinsamen Interessen der Lohnabhängigen stärker sind. Das System, das sich freie Marktwirtschaft nennt, ist, je mehr sich das Kapital zusammenballt, desto weniger in der Lage, die einfachsten Bedürfnisse der Menschen zu berücksichtigen. Die Mißachtung des Informationsbedürfnisses z. B. lähmt den geistigen und damit auch den wirtschaftlichen Fortschritt. Das System gerät also in Widerspruch zum eigenen Prinzip der Profitmaximierung. In der Bevölkerung ist bereits der Wirtschaftswunderoptimismus der 50er und frühen 60er Jahre verflogen, seitdem höhere Löhne von höheren Preisen aufgesogen werden, und das Steueraufkommen immer weiter hinter den infrastrukturellen und sozialstaatlichen Aufgaben zurückbleibt. Die ideologische Fassade dieses Systems bröckelt. Daß die Gewerbefreiheit vielfältige Information garantiere, dieser Anspruch verliert jede Glaubwürdigkeit, wenn die Konkurrenz schwindet, wenn Monopole entstehen, wenn ein freier Markt also gar nicht mehr stattfindet.

Umdenken ist im Gange. Die Ideologen des Systems registrieren es mit Sorge. Das Deutsche Industrieinstitut appellierte Ende 1971 an die Unternehmer: "Die Existenz des freien Unternehmertums ist gefährdet, und damit auch der Bestand unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Von links-außen nach links-innen reicht die Front der Agitatoren. Die Unternehmerschaft muß sich der Herausforderung stellen und den Kampf um die marktwirtschaftliche Freiheit aufneh-

men, wenn sie nicht eines Tages als unterprivilegierte Minderheit enden will. Die Intensivierung gezielter und geduldiger Öffentlichkeitsarbeit ist die wirkungsvolle Waffe in diesem Kampf." Ähnlich wie das Deutsche Industrieinstitut, dessen Direktor Burkhard Freudenfeld ein systematisches Einwirken auf die Redaktionen ankündigte, äußerte sich der stellvertretende CSU-Vorsitzende und bayerische Minister für Bundesangelegenheiten, Franz Heubl. Er rief Anfang d. J. die Unternehmer zur "zweiten Schlacht um die soziale Marktwirtschaft" auf, die unvermeidlich sei und von den Unternehmern im Interesse ihrer eigenen Zukunftssicherung mit allen verfügbaren Kräften geführt werden müsse. Das Unternehmertum, so klagte Heubl, komme "im gesellschaftlichen Bewußtsein, d. h. in dem für die politischen Machtverhältnisse entscheidenden allgemeinen Meinungsbildungsprozeß zu kurz". Die Konsequenz ist klar. Verstärkter Druck auf die Journalisten, sei es in den öffentlich - rechtlichen Rundfunkanstalten, z. B. mit Hilfe des von der CSU-Mehrheit im bayerischen Landtag handstreichartig geschaffenen neuen Rundfunkgesetzes, sei es in der privatwirtschaftlichen Presse. Der verstärkte Druck richtet sich in erster Linie gegen diejenigen Zeitungs- und Zeitschriftenjournalisten, die sich gewerkschaftlich engagieren, Solidarisierung unter ihren Kollegen bewirken und - legitimiert durch demokratische Wahl in Redaktions- und Gewerkschaftsversammlungen - gegenüber den Verlegern die Forderungen nach Redaktionsstatuten, d.h. nach Regelungen zum Schutz kritisch-aufklärerischer journalistischer Arbeit vor Eingriffen von oben oder außen vertreten. Beim Spiegel z. B. verloren innerhalb weniger Monate folgende Journalisten ihre Anstellung: Bodo Zeuner, gewählter Sprecher des Redakteursausschusses, der bis zum Inkrafttreten eines Redaktionsstatuts die Interessen der Redaktion gegenüber dem Verleger Augstein vertreten sollte. Dann, als Augstein versuchte, die Forderung nach dem Statut durch die Ankündigung einer Beteiligung der Redaktion am Verlag abzufangen, und als die Redaktion zu diesem Zweck einen Treuhänderausschuß wählte, Alexander von Hoffmann, Sprecher des Treuhänderausschusses, und Hermann Grimnitzer, Organisator eines Arbeitskreises, der das Redaktionsstatut vorbereiten sollte. Dann, als die Redakteure die Konsequenz zogen, sich gewerkschaftlich zu organisieren, Dieter Brumm, der gewählte Sprecher der Betriebsgruppe der Deutschen Journalisten Union (DJU) im Spiegel. Ferner Otto Köhler, der in seiner allwöchentlichen Pressekolumne im Spiegel publik zu machen versuchte, wie führende Gewerkschafter bei anderen Blättern ihre Anstellung verloren. Beim Aschaffenburger "Main-Echo" wurde der bayerische Landesvorsitzende der DJU, Jörg Baczinski, unter fadenscheinigen Vorwänden entlassen; bei der "Münchner TZ" Hannelore Messow, Landesvorstandsmitglied der DJU Bayern; bei der "Hildesheimer Allgemeinen" Udo Wolf, kurz nachdem er zum Bezirksvorsitzenden der DJU gewählt worden war. Als sich in Trier ein Ortsverein der DJU bildete, wurden sämtliche beim "Trierischen Volksfreund" beschäftigten Gründungsmitglieder auf die Straße gesetzt. Als die Einstellung der "Saarbrücker Landeszeitung" bekannt wurde, erhielten zunächst nur sechs Redaktionsmitglieder die Zusage, bei der "Saarbrücker Zeitung", der einzigen im Saarland verbleibenden Zeitung, weiterarbeiten zu können. Diese sechs waren die einzigen in der 25-köpfigen Redaktion, die nicht der Gewerkschaft ange-

hörten. Als der Verleger des "Kölner Stadtanzeiger" erfuhr, die Kölner DJU sei Mitveranstalterin einer Diskussion über das Thema "Wer garantiert die innere Pressefreiheit" unter Leitung eines DJU-Landesvorstandsmitglieds, dessen parteipolitische Einstellung ihm nicht zusagte, stellte er dem bei ihm beschäftigten Kölner DJU-Vorsitzenden, Giselher Schöne, schriftlich die Frage: "Ob Sie die Tendenz dieser Veranstaltung mit Ihrer Tätigkeit in diesem liberalen Haus vereinbaren können." Durch zeitweilige Beurlaubung und durch Versetzung gemaßregelt wurde der Kölner-Stadtanzeiger-Redakteur Peter Kleinert, der wenige Tage zuvor zum stellvertretenden Landesvorsitzenden der DJU Nordrhein-Westfalen gewählt worden war. Er hatte seine Arbeitskollegen über die Kündigungen beim Spiegel, durch Aushang eines Zeitungsartikels am Schwarzen Brett, informieren wollen, was ihm mit der Begründung, "das diene nicht dem Betriebsfrieden", untersagt wurde. Im Beurlaubungsschreiben wird ihm vorgeworfen, im Kollegenkreis diese Begründung wahrheitswidrig mit den Worten "das störe den Betriebsfrieden" statt "das diene nicht dem Betriebsfrieden" zitiert zu haben; so die Begründung. Eine Entlassung Kleinerts war allerdings nicht möglich, weil beim "Kölner Stadtanzeiger" einige Zeit vorher ein Redaktionsstatut durchgesetzt und ein Redaktionsrat gewählt worden war, dessen Mitglieder - darunter Kleinert - den gleichen Kündigungsschutz wie Betriebsratsmitglieder haben.

Irgendein Zusammenhang zwischen diesen und weiteren Fällen wurde von den Verlegern stets bestritten. Auf Proteste der Industriegewerkschaft Druck und Papier, der die DJU angeschlossen ist, antwortete der Bundesverband der deutschen Zeitungsverleger mit der Klage, die Gewerkschaft nehme "jede Kündigung eines bei ihr organisierten Journalisten zum Anlaß, dem Verleger eine Einschränkung der demokratischen Rechte dieses Arbeitnehmers und gewerkschaftsfeindliches Verhalten vorzuwerfen." Das lasse befürchten, daß "der von einer ebenso kleinen wie militanten Minderheit der Journalisten geplante Marsch durch die Institution Presse nun durch eine verlegerfeindliche Agitation der Gewerkschaft unterstützt werden" solle. Die Verleger würden sich "mit allen Mitteln dagegen zur Wehr setzen, Tendenzen, die das Interesse des Lesers mißachten, in den Zeitungen, insbesondere aber in den Redaktionen zuzulassen."

Ich komme zum Schluß. Die Reaktionen der Verleger kommen nicht von ungefähr. Sie waren es nicht gewöhnt, daß Journalisten sich gewerkschaftlich organisieren. Die Mitgliederzahl der DJU ist innerhalb dreier Jahre von 1400 auf 3300 gestiegen. (Beifall) Vorher gab es nur verstreute Mitglieder, jetzt ein dichtes organisatorisches Netz von Ortsvereinen und vor allem auch mehr und mehr von Betriebsgruppen, die sich auch tatsächlich regen, z. B. in der letzten Manteltarifauseinandersetzung. Die Verleger bekommen zu spüren die Aktivitäten, z. B. der Redaktionsvolontäre, die nicht länger ausgebeutet statt ausgebildet sein wollen. Sie bekommen zu spüren die Aktivitäten der sog. freien Mitarbeiter, die im Grunde ohne soziale Rechte sind. Die Verleger reduzieren Redakteursstellen, nehmen stattdessen "freie" an, sparen dadurch Sozialleistungen, und können diese Leute jederzeit rauswerfen. Aktivitäten regen sich bei den Zeitschriftenredakteuren, die bis heute nicht einmal über Tarifver-

träge verfügen. Diese miserable soziale Situation vieler Journalisten ist das Ergebnis der Standespolitik, die der berufsständische Deutsche Journalisten Verband jahrelang betrieben hat. Jahrelang war er die Alleinvertretung der Journalisten, ein Verband, dem auch Verleger angehören. Mit diesem DJV konnten die Verleger jahrelang ungestört Partnerschaft praktizieren. Aber nun ist die DJU präsent, organisiert vor allem die jungen Journalisten und hat in der Bewußtseinsindustrie eine Entwicklung in Gang gebracht, die den Verlegern und den politischen Repräsentanten des Monopolkapitals besonders unangenehm ist, die Entwicklung zur Mediengewerkschaft, d. h. zu einer geschlossenen einheitsgewerkschaftlichen Organisation all derer, die von den Herren der Medienkonzerne abhängig sind.

Die Springer- und Strauß-Gazetten versuchten in den letzten Wochen mit aller Gewalt, auf eine Spaltung des Verbandes Deutscher Schriftsteller in Bayern zu orientieren, um so den Gewerkschaftsbeitritt der Schriftsteller zu verhindern; aber das ist mißlungen. Am letzten Samstag, also vorgestern, stimmten in München mehr als 3/4 der Mitglieder des Verbandes deutscher Schriftsteller in Bayern für die Mediengewerkschaft, die sich aus der IG Druck und Papier entwikkeln soll. (Beifall)
Die Solidarisierung bei den Journalisten und Schriftstellern und anderen Berufen wächst. Das zeigte sich gerade auch in einigen der geschilderten Kündigungsfälle. Gewerkschaftliches Engagement und eine spontan entstandene Bürgerinitiative erzwangen z. B. die Wiedereinstellung des bei der "Hildesheimer Allgemeinen" gekündigten Udo Wolf. Nur eine Verstärkung solcher demokratischer Aktivitäten kann letztlich allen Journalisten die Unabhängigkeit verschaffen, deren sie bedürfen, um ihre öffentliche Aufgabe erfüllen zu können.

BODO ZEUNER
ZUR ROLLE UND SITUATION PRIVATER MASSENMEDIEN UND IHRER JOURNALISTEN

Genossinnen und Genossen
Eckart Spoo hat notwendigerweise eine Fülle relevanter Tatsachen hier ausgebreitet, so daß ich sicher bin, mich erheblich kürzer fassen zu können.
Seit Mitte letzten Jahres wird von der Welle der politischen Disziplinierung und Unterdrückung, von dem Versuch, demokratische Positionen zu liquidieren und Sozialisten und Radikaldemokraten durch Entzug der Berufsmöglichkeiten auszuschalten und einzuschüchtern, auch eine Gruppe getroffen, die bei früheren Sozialistenverfolgungen nach 1945 weitgehend ungeschoren blieb und deren Angehörige sich zumeist bislang nicht träumen ließen, daß sie selbst Objekt und nicht nur Beobachter einer organisierten Jagd auf Linke werden könnten: die Gruppe der Journalisten, soweit sie sich nicht ausschließlich als Hersteller austauschbarer und marktkonformer Produkte der Bewußtseinsindustrie, sondern als Interessenvertreter der Lohnabhängigen verstehen.
Das Neue an der von Eckhart Spoo im einzelnen beschriebenen Kündigungswelle in den Massenmedien ist ja nicht unbedingt die Masse dieser Kündigun-

gen und wahrscheinlich auch nicht einmal ihre politische Motivation. Auch in den fünfziger und sechziger Jahren gab es spektakuläre Fälle von Entlassungen linker oder linksliberaler Journalisten - etwa Gert von Paczensky bei "Panorama" - und es gab mit Sicherheit auch Kündigungen für allzu kritische Lokalreporter, für gewerkschaftsfreundliche Ressortchefs und für linke Feuilletonisten, ohne daß damals die Öffentlichkeit davon Notiz nahm.
Neu an der Entwicklung des letzten Jahres sind vielmehr andere Momente: Zunächst möchte ich die ins Auge springendsten bezeichnen:
1. Die Unterdrückungs- und Disziplinierungsmaßnahmen gehen nicht mehr nur von der traditionellen Rechten des politischen Spektrums aus - wie im Fall Paczensky, der durch CDU-Druck abgeschossen wurde -, sondern es beteiligen sich daran auch liberale Verleger wie Augstein und Karl Gerold; die sozialdemokratische "Hamburger Morgenpost" zieht mit.
2. Die Verleger machen offen, ja spektakulär von ihrem Herr-im-Haus-Recht Gebrauch. Augstein etwa ließ dem gekündigten Otto Köhler schriftlich bescheinigen, daß er politisch eigentlich von Anfang an - also rund sechs Jahre lang - nie in den Spiegel gepaßt habe, und Gerold füllte fast eine Seite in der "Frankfurter Rundschau", um Spoos Kündigung zu motivieren. Zwar sind die Verleger dazu auch durch die Proteste linker Kritiker gezwungen worden, und außerdem hat zumindest bei Augstein die Absicht mitgespielt, den großindustriellen Inserenten durch eine demonstrative Säuberung von den Linken zu zeigen, daß der "Spiegel" im Zweifelsfall den Kapitalinteressen die Stange hält. Aber die demonstrativen Kündigungen hatten auch eine andere Funktion: sie mußten und sollten abschreckend und disziplinierend auf andere Journalisten wirken, so wie das Berufsverbot für linke Lehrer abschreckend und disziplinierend wirken soll.
3. Die Kündigungen richteten sich nicht in erster Linie gegen Linke, die als Individuen durch das, was sie schrieben oder schreiben wollten, unangenehm aufgefallen waren, sondern vor allem gegen Journalisten, die begonnen hatten, sich aufgrund ihrer Einsicht in die eigene Lohnabhängigensituation kollektiv zu organisieren und die absolute Verfügungsgewalt des Verlagseigners über die Redaktion infrage zu stellen.
Zusammengefaßt: Zum erstenmal hat sich seit einem Jahr die Klassenfrage auch in den Redaktionen gestellt, und die Verleger reagierten darauf als Bedrohung ihrer Macht. Da sich Verleger, gleichgültig ob sie konservativen, liberalen oder sozialdemokratischen Ideologien anhängen, in ihrem Interesse an der Erhaltung ihrer auf Besitz gegründeten Verfügungsgewalt und an der Ausbeutung ihrer Journalisten nicht unterscheiden, reagierten sie in gleicher Weise.
Aber es ist klar, daß es bei der Disziplinierungswelle für linke Journalisten nicht nur darum geht, daß jene, vielleicht hundert selbständigen Presseverleger, die es in der Bundesrepublik noch gibt, ihre betriebsinterne Herrschaft verteidigen wollten. Daß Pressefreiheit unter den Bedingungen privatkapitalistischer Unternehmensverfassung zur Pressegewerbefreiheit der Verleger degeneriert, hat Eckart Spoo ausdrücklich gezeigt. Der bürgerliche Journalist Paul Sethe hat schon in den 50er Jahren Pressefreiheit als Freiheit von 200 reichen Verlegern definiert, ihre Meinung zu verbreiten.

In Wahrheit sind diese Verleger nicht frei, beliebige Meinungen drucken zu lassen, und sie waren es auch nie. Seit je hat bürgerliche Pressefreiheit einen auf das kapitalistische Gesamtsystem bezogenen Stellenwert, nämlich im Überbaubereich der Bewußtseinsformung und Bewußtseinspflege Orientierungen zur Einordnung aktuellen Geschehens in systemkonforme Denkmuster zu liefern und dadurch Massenloyalität zur bestehenden Gesellschaftsordnung zu sichern. Seit je ist die privatkapitalistische Verfassung der Presse eine Garantie für die Erfüllung dieser Aufgabe: von dem Moment an, wo gedruckte Informationen und Meinungen zu Waren werden, die wie jede andere Ware produziert und mit Profit für den Eigentümer der Produktionsmittel verkauft werden müssen, wurde die Idee der Pressefreiheit zum rein moralischen, in journalistische Ehrenkodizes abgedrängten Postulat, während die Verwertungs- und Akkumulationszwänge des Kapitals in Wahrheit die Grenzen bestimmten, innerhalb derer Journalisten frei waren, ihre Meinung zu schreiben.
Im Spätkapitalismus allerdings erweitern sich die Funktionen, die die Massenmedien im Interesse der Systemerhaltung zu erfüllen haben. Diese Funktionen beschränken sich nun nicht mehr auf den Überbaubereich der Herstellung loyalen Bewußtseins zum Gesamtsystem. Vielmehr werden die Medien zu einem unentbehrlichen ökonomischen Faktor im Verwertungszusammenhang des Kapitals. Massenloyalität als Voraussetzung für die planbare Kontinuität der Reproduktion des Kapitals ist nicht mehr ein nur ideologischer, sondern ein ökonomischer Faktor. Wenn es darum geht, bei verkürztem Reproduktionszyklus des fixen Kapitals und dadurch erforderlicher langfristiger Investitionsplanung der großen Konzerne, die Lohnkosten durch staatliche, konzertierte Einkommenspolitik auf Dauer berechenbar zu halten, dann muß jedes diese Einkommenspolitik störende Element, zum Beispiel Kampfbereitschaft der Arbeiter, eingedämmt werden. Aufgabe der Medien ist es in diesem Zusammenhang, streikbereite Arbeiter abzuwiegeln - und das nicht aus ideologischen, sondern aus ökonomischen Gründen. Wenn "Bild" die Arbeiter mit dem Argument "Macht doch nicht die Wirtschaft kaputt" von einem Streik abzubringen versucht, dann sollte man an diesem Beispiel weniger die ideologische Gefährlichkeit der "Bild"-Zeitung als vielmehr ihre ökonomische, in diesem System notwendige, ja unersetzliche Funktion im Rahmen der Einkommenspolitik, der Lohnleitlinien, der konzertierten Aktion, analysieren.
Noch wichtiger ist der zweite Punkt, an dem die Massenmedien zum ökonomisch notwendigen Faktor für die Verwertung des Kapitals werden: Weckung und Pflege von Konsumbedürfnissen durch Werbung im Interesse der planmäßigen Sicherung des Absatzes von Produkten. Der Kapitalismus kann ohne systematische Produktion neuer Bedürfnisse nicht überleben; das heißt, er kann ohne werbende Massenmedien nicht überleben.
Das heißt also: Die Massenmedien sind heute zunehmend, wahrscheinlich schon überwiegend ein unverzichtbarer Faktor, der ständig in Funktion gehalten werden muß, wenn das System nicht ökonomisch zusammenbrechen soll. Die Funktion der Massenmedien ist, wenn auch nicht gleichwertig, so doch durchaus ver-

gleichbar mit der von den Theorien des staatsmonopolistischen Kapitalismus betonten Funktion des Staates bei der Absicherung von Profitchancen der Monopole.
Der integralen Funktion der Massenmedien für den Kapitalverwertungsprozeß entspricht eine integrale Bindung dieser Medien an die Interessen des Kapitals.
Der Warencharakter der gedruckten Information und Meinung und das Klasseninteresse der privaten Verlagsunternehmer sichert zwar die allgemeine Systemloyalität der bürgerlichen Presse, nicht aber unbedingt und zu jeder Zeit die Erfüllung ihrer konkreten ökonomischen Funktion. Diese wird vielmehr durch eine sehr kurzgeschlossene, direkte Abhängigkeit der Pressekapitalisten von anderen Kapitalisten gesichert: durch das Angewiesensein auf Anzeigen. Diese Entwicklung hat ein solches Stadium erreicht, daß aufgeklärte Medienmanager ganz offen die Schutzideologie von der Unabhängigkeit des redaktionellen Teils von den Anzeigen fallenlassen.
So stellt der Amerikaner Philip Dougherty in der sich gern als Hort eines unabhängigen Journalismus verstehenden "New York Times" fest: "Eine Zeitschrift ist trotz des Hauchs von Romantik, der sie umgibt, ein Produkt - genau wie ein Stück Seife. Um Erfolg zu haben, muß eine Zeitschrift auf vier Gebieten stark sein - im Redaktionellen, in der Auflage, im Anzeigenaufkommen und in der Unternehmensführung." Das Redaktionelle ist also nur einer von vier wichtigen interdependenten Erfolgsfaktoren, nicht etwa, wie eine bürgerliche Ideologie uns weismachen will, ein unabhängiger hehrer Bereich, der vor Einflüssen aus anderen Bereichen, etwa dem des Anzeigenaufkommens, abgeschirmt wird. Im Gegenteil: Dougherty weist in einer Analyse der amerikanischen Zeitschriften nach, daß bei den großen Publikumszeitschriften das Anzeigenaufkommen der unsicherste Erfolgsfaktor ist und daß sich daraus bestimmte Konsequenzen für den redaktionellen Teil ergeben. Schlüsselfiguren dabei sind nach Dougherty die Media-Planer, "jene Fachleute in den Werbeagenturen, die Medien als Werbeträger auswählen". Dougherty hat die amerikanischen Media-Planer befragt. Sie verlangen von Zeitschriften "einen modernen und einzigartigen redaktionellen Teil". Viele sind auch der Meinung, daß ein redaktioneller Teil, der auf ein Massenpublikum zugeschnitten sei, überhaupt keine Chance bei Zeitschriften hat; anzeigenträchtiger seien Blätter, die bestimmte Spezialgruppen, wie wirtschaftliche Führungskräfte oder die an Psychologie Interessierten, ansprechen, denn in solchen Medien könnte die werbende Industrie die Wirkung ihrer Anzeigen genauer kalkulieren. Wie dem im einzelnen auch sei - klar ist, daß unter den Bedingungen des Spätkapitalismus der Spielraum redaktioneller Freiheit nicht nur vom Profitinteresse der Verleger, sondern auch und vor allem von den Erwartungen großindustrieller Inserenten beschnitten wird. Zeitungsschreiber werden unter diesen Bedingungen fester denn je in die Rolle von PR-Agenten der herrschenden Klasse eingebunden.

Ich möchte versuchen, diese Thesen am Beispiel eines Presseerzeugnisses zu demonstrieren, das ich von innen kenne und das mit einem gewissen Recht bestreitet, den herkömmlichsten und markantesten Formen der Anzeigenabhängigkeit unterworfen zu sein: am Beispiel des "Spiegel". Der "Spiegel" behauptet

mit Recht, von Pressionen einzelner inserierender Großunternehmen unbeeindruckt zu bleiben. Normalerweise kann ein einzelner Konzern nicht verhindern, daß im "Spiegel" eine ihm unangenehme Geschichte erscheint. Die "Spiegel"-Inserenten sind breit genug gestreut, so daß der Entzug *eines* Werbeetats durch *ein* Unternehmen nicht ins Gewicht fällt. Zuweilen riskiert der "Spiegel" auch den Unwillen ganzer Branchen, etwa der Alkohol-Produzenten, wenn er in Titelgeschichten die Gefahren des Wohlstandsalkoholismus darstellt, obwohl der Anteil der Alkoholbranche am Anzeigen-Umsatz 1971 11 % betrug. Derartiges leistet sich der "Spiegel" allerdings nur alle paar Jahre. Anders wird es dagegen, wenn die Unternehmer beschließen oder den Anschein erwecken, sie wollten dem "Spiegel" wegen dessen unternehmerfeindlicher und kapitalismuskritischer Linie Anzeigen entziehen. Dazu hatten die Unternehmer bis 1969 keinen Grund: Der "Spiegel" war bei partieller Kritik an der reaktionärsten Fraktion des Kapitals ein eifriger Prophet der "sozialen Marktwirtschaft". Erst als sich 1970 und 1971 Titelgeschichten und Reports häuften, in denen Teilaspekte kapitalistischer Herrschaft kritisiert wurden (z. B. über die Macht der Banken, industrielle Umweltverschmutzung, Betriebsverfassungsgesetz) und in denen der Zusammenhang mit Grundwidersprüchen des kapitalistischen Systems wenigstens ansatzweise hergestellt wurde, versuchten die Unternehmer einen politisch motivierten Anzeigenboykott. Die "Spiegel"-Anzeigen gingen, gemessen in Seitenzahlen, im Jahr 1971 um rund 20 Prozent gegenüber dem Vorjahr zurück, im Januar 1972 erneut um 20 Prozent gegenüber dem eh schon schlechten Vorjahr. Chefredakteur Günter Gaus schätzte den Anteil des sogenannten "P-Faktors" (politische oder persönliche Motivation durch verärgerte Unternehmer) am Gesamtrückgang auf zwischen 10 und 30 Prozent. Das reichte, um die Schutzbehauptung von der Anzeigen-Unabhängigkeit des "Spiegel" ad absurdum zu führen. Der "Spiegel" entließ demonstrativ einige Linke und änderte behutsam seinen Kurs. Die Chefredakteure monierten nun plötzlich den Gebrauch des Wortes "Profit" und verlangten, stattdessen müsse es "Gewinn" heißen; Chefredakteur Gaus regte an, bei Berichten über Bürgerinitiativen gegen Industrieansiedlung doch die Interessen der Industrie nicht zu vernachlässigen. Vor allem: zur Sozialistenverteuflung und Verfolgung, zum Berufsverbot und zur politischen Unterdrückung, zu den Problemen, die diesen Kongreß beschäftigen, druckte der Spiegel zwar Heinrich Böll und Horst Mahler, war aber unfähig, in eigenen Beiträgen Stellung zu beziehen.

Insgesamt zeigte sich, daß der "Spiegel" zwar dem Druck einzelner inserierender Unternehmer, möglicherweise auch ganzen Branchen, nicht aber dem Druck des Gesamtkapitals standhalten kann. Sobald ein solcher Druck auch nur im Ansatz sichtbar war, wurden in der Redaktion und im redaktionellen Teil Konsequenzen gezogen.

Aber diese direkte Pression ist noch nicht einmal die wichtigste Form der Anzeigenabhängigkeit des "Spiegel". Wichtiger ist, daß der "Spiegel" durch die Erwartungen der Inserenten auf eine bestimmte Leserstruktur festgelegt ist. Der "Spiegel" erreicht mehr Leser mit Abitur und mit Hochschulbildung, mehr Leser der höheren Einkommensgruppen und mehr leitende Angestellte als zum Bei-

spiel die drei wichtigsten überregionalen Tageszeitungen zusammen. Das heißt für die Inserenten von Produkten des Luxuskonsums, für die PR-Werbung der Unternehmen und für die Investitionsgüter-Werbung, daß sie bei keinem anderen Werbeträger eine solche Zusammenballung der Zielgruppe finden, die sie ansprechen wollen. Im Werbejargon gelten die konsumkräftigen "Spiegel"-Leser als Publikum der "Güteklasse A". Deshalb würde es dem "Spiegel" geschäftlich nichts nützen, sondern eher schaden, wenn er seine Auflage zu steigern versuchte, etwa um Arbeiter, Schüler, Lehrlinge, linke Studenten. Denn für die Werbekunden würde sich dadurch das Publikum, wie sie sagen, "verschlechtern"; die, wie es in ihrem Jargon heißt, "Streuverluste" bei den Anzeigen würden zu groß. Im "Spiegel" gilt deshalb die Maxime des Verlagsdirektors Hans Detlev Becker: "Wir machen keinen Spiegel für Straßenbahnschaffner." Wie gesellschaftskritisch der "Spiegel" auch immer berichtet, er kann bei der gegebenen Anzeigenstruktur immer nur über Arbeiter, nie für Arbeiter schreiben – er kann dabei den Privilegierten nur Geschichten aus einer ihnen fremden Welt erzählen. Ich habe den "Spiegel" als Beispiel gewählt, weil sich an ihm Formen der Anzeigenabhängigkeit zeigen lassen, die weniger spektakulär sind als die Fälle von Einzelpressionen, an die jeder beim Stichwort Anzeigenabhängigkeit zunächst denkt. Formen, die deutlich machen, wie fest die Einbindung der privatkapitalistisch verfaßten Presse in die Interessen des Kapitals auf dem Wege über die Anzeigen geworden ist. (Beifall)

Ich habe versucht, Funktion und Entwicklung der privatwirtschaftlich verfaßten Massenmedien unter den gegebenen ökonomischen Bedingungen zu skizzieren. Was bleibt in dieser Situation zu tun – für linke Journalisten, für sozialistische Studenten, die sich überlegen, ob Journalismus für sie eine Berufsperspektive sein kann, und für Sozialisten und Demokraten überhaupt, die ja auf die vom Kapital beherrschten Medien angewiesen,bleiben, die gerade bei dem Trend zu einem neuen McCarthyismus von den Nachrichten- und Meinungsmanipulationen der Presse unmittelbar betroffen sind und deshalb darum kämpfen müssen, daß die bürgerliche Presse über sie wenigstens zutreffend berichtet.

In den letzten Jahren sind in den Zeitungsredaktionen einige Erfahrungen gemacht worden, deren Quintessenz sich auf die Formel bringen läßt: Das System der Einordnung der Presse in die Verwertungsinteressen des Kapitals kann dann und nur dann unterlaufen werden, wenn Journalisten beginnen, sich als Lohnabhängige zu begreifen, sich dementsprechend kollektiv organisieren und kollektiv in den Redaktionen und im Rahmen der Gewerkschaften den Kampf gegen die Macht der Verleger aufnehmen. (Beifall)

Eine solche Strategie ist insofern nicht voluntaristisch, als sie sich auf einen realen Widerspruch der kapitalistischen Entwicklung gründet: Im Zuge der Indienstnahme der Presse für die Interessen des Kapitals verliert die Tätigkeit des Journalisten zunehmend jene Attribute, die früher die Basis für journalistische Standesideologien bildeten und dem abhängigen Lohnschreiber seinen wirklichen Status verschleierten. Im journalistischen Produktionsprozeß drängt die marktgerechte Verpackung von Informationen und Meinungen immer mehr den Inhalt zurück. Die Freiräume, in denen der einzelne Journalist schöpfe-

risch gestalten konnte, nehmen ab, der Produktionsprozeß wird arbeitsteiliger, hierarchische Kontrolle durch Ressortchefs und Chefredakteure ist immer weniger Kompetenzabgrenzung für Zweifelsfälle, immer mehr integraler Bestandteil des Produktionsprozesses selbst. Die Illusion, sich in einem journalistischen Produkt selbst verwirklichen zu können, nicht-entfremdete Arbeit zu leisten, verliert an Nährboden. Die Zunahme der sogenannten Teamarbeit entzieht der standesüblichen Eitelkeit die Grundlage: Der Anteil des einzelnen am journalistischen Gesamtprodukt ist häufig schon redaktionsintern kaum noch zu identifizieren, erst recht tritt er nach außen hin nicht in Erscheinung. Im hochgradig arbeitsteiligen "Spiegel"-Journalismus zum Beispiel führten die genannten Prozesse dazu, daß die Mehrheit der einfachen schreibenden Journalisten keine grundlegenden Unterschiede des Status zu den nicht-schreibenden, sondern verifizierenden Dokumentationsjournalisten mehr sah und deshalb, auch gegen die Widerstände von Ressortchefs und Verlagsleiter, darauf bestand, mit den Dokumentaristen eine gemeinsame Gruppe "Redaktion" zu bilden. Wenn, wie seit einigen Wochen bei der "Hamburger Morgenpost", der Cheflayouter bestimmt, in welcher Aufmachung und Länge politische und andere Nachrichten erscheinen, dann wird es auch standesbewußten Journalisten immer schwerer, zu definieren, worin sie sich objektiv noch von anderen Kollegen wie Setzern und Korrektoren unterscheiden, die ebenfalls arbeitsteilig zum Gesamtprodukt beitragen. Hinzu kommt, daß aufgrund der Pressekonzentration die Chancen des Arbeitsplatzwechsels für Journalisten geringer werden. Die Hoffnung, als Individuum seine Arbeitskraft durch Auswahl unter konkurrierenden Abnehmern zum Höchstpreis verkaufen zu können, erfüllt sich für die meisten Journalisten nicht. Diese Veränderungen des realen Berufsbildes führen nun nicht automatisch zu einem Lohnabhängigen-Bewußtsein bei Journalisten. Ein Teil der Betroffenen reagiert nach dem Muster des deklassierten Mittelstandes: Je mehr sie objektiv in eine Lohnschreiber-Rolle geraten, umso mehr entwickeln sie zur Kompensation Standesideologien, die ihr tägliches Tun überhöhen, und umso gereizter reagieren sie auf jene Gruppen, die versuchen, ihnen ihre wahre Klassenlage klarzumachen. Die Verleger fördern diese Statusideologien nach Kräften, sie versuchen den Journalisten einzureden, sie seien Handwerker oder gar Künstler, die Unverwechselbares produzieren. "Spiegel"-Verlagschef Becker zum Beispiel verschickte im Juni 1970 an alle "Spiegel"-Journalisten den Artikel eines Feuilletonisten namens György Sebestyen, in dem das Selbstverständnis der Journalisten mit Sätzen charakterisiert wird wie: "Journalismus ist kein Beruf, sondern eine unheilbare Krankheit"; "Der Journalist ist ein Gelegenheitspoet der Fakten"; "Er kann, scheinbar, den verschiedensten politischen Richtungen dienen, da er in Wirklichkeit immer nur der Wirklichkeit dient ..."; und, am deutlichsten: "Enthaltsamkeit im Nachdenken über das eigene Tun ist für den Journalisten ... ein Gebot der seelischen Hygiene und, was vielleicht ebenso wichtig ist, eine Vorbedingung der Arbeit."

Immer mehr Journalisten begreifen, wem die von den Verlegern gewünschte Enthaltsamkeit im Nachdenken über das eigene Tun nützt. Mit mehrjähriger Verspätung ist die von der Studentenrevolte ausgehende Emanzipationsbewegung auch in den Zeitungsredaktionen wirksam geworden. Die vor allem durch das beschrie-

bene Standesbewußtsein und zum Teil durch materielle Korruption bedingte Verspätung hat ihr Gutes: Die Journalisten beginnen zu einem Zeitpunkt zu revoltieren, zu dem alle Illusionen über die Rolle der Intellektuellen als Ersatzproletariat ad acta gelegt sind. Linke Journalisten wissen heute - zum Teil haben sie es in den Kämpfen für Redaktionsstatute gelernt -, daß ihr Kampf für redaktionelle Mitbestimmung, für Einschränkung von Verlegerwillkür nur Erfolg haben kann, wenn er gemeinsam mit anderen Lohnabhängigen gewerkschaftlich geführt wird. Zugleich haben sie begriffen, daß Redaktionsstatute nur dann Sinn haben, wenn sie erkämpft werden und wenn sie die Verfügungsgewalt der Verleger und Chefredakteure tatsächlich einschränken - etwa durch Veto-Rechte bei Personalentscheidungen. Fehlt eine dieser beiden Bedingungen, wird etwa, wie bei der Illustrierten "Stern" ein inhaltlich fortschrittliches Redaktionsstatut von oben gewährt, dann fällt es schwer, die formal bestehenden Mitbestimmungsrechte auch zu nutzen, weil die Redakteure keine Kampferfahrung und kein Bewußtsein ihrer zu den Verlegerinteressen in antagonistischem Widerspruch stehenden eigenen Interessen gewonnen haben.
Zur Zeit stagniert die Redaktionsstatutenbewegung: Einige Zeitungen haben Redaktionsstatute, die aber inhaltlich keine realen Mitbestimmungschancen der Journalisten vorsehen, sondern sich mit Konsultationsrechten begnügen - also von Partnerschaftsideologien ausgehen und dazu geeignet sind, die Herrschaft der Verleger zu verschleiern, weil diese bei Konflikten die Ausbeutung der Abhängigen an die Vertreter der Ausgebeuteten delegieren können. Die meisten Zeitungen und Zeitschriften haben überhaupt kein Redaktionsstatut, und es zeigt sich, daß der Widerstand der Verleger nur durch Streiks gebrochen werden könnte. Solche Streiks sind aber zur Zeit bei der Lage auf dem journalistischen Arbeitsmarkt und bei dem noch geringen gewerkschaftlichen Organisationsgrad der Journalisten nicht in Sicht. Andererseits haben die spektakulären Kündigungen des letzten halben Jahres sowohl die Zahl als auch die Kampfbereitschaft der in der DJU gewerkschaftlich organisierten Journalisten erhöht.

Die Massenmedien können ihre Funktion im Verwertungsprozeß des Kapitals nur erfüllen, wenn die Journalisten mitspielen. Die objektiven Entwicklungstendenzen im Produktionsprozeß der Medien drängen aber den Journalisten die Erkenntnis auf, daß sie Lohnabhängige wie alle anderen sind und daß sie sich nur durch kollektive Organisation aus dieser Abhängigkeit befreien können. Um diesen Erkenntnisprozeß voranzutreiben, müssen auch Sozialisten weiterhin als Journalisten in die vom Kapital beherrschten Massenmedien hineingehen. (Beifall) Die Verengung der Diskussion um sozialistische Berufsperspektiven auf den Bereich der Ausbildung und Sozialisation scheint mir deshalb fatal zu sein. Allerdings kann es nach den Erfahrungen des letzten Jahres, nach den Disziplinierungsversuchen der Verleger, im Bereich der Massenmedien noch weniger als in irgendeinem anderen Bereich um eine *lebenslange* Berufsperspektive gehen. Dennoch bleibt es Aufgabe sozialistischer Intellektueller, im Bereich der Massenmedien, in dem intellektuelle Fähigkeiten sehr viel konkreter, direkter und - jedenfalls kurzfristig - wirksamer im Interesse des Kapitals ausgebeutet werden, den Kampf gegen das kapitalistische System aufzunehmen und weiterzuführen.

JAKOB MONETA (IG Metall)

DIE POLITISCHE OFFENSIVE DES KAPITALS IN DER IGM - TARIFRUNDE IN BADEN - WÜRTTEMBERG

Genossen,

Ich möchte Euch gleich in einem Punkt enttäuschen; eben bin ich hier als "Autorität" genannt worden. Ich möchte hier nur meine eigenen Gedanken beitragen, - nicht als Autorität sprechen.

Im bedeutendsten Arbeitskampf der Nachkriegszeit vom 22. November bis zum 14. Dezember 1971 zeichnete sich ein politisches Konzept in der Unternehmerstrategie ab, das bisher viel zu wenig beachtet wurde. Es ging nicht nur darum, die Lohnforderungen der IG Metall abzuwehren oder erheblich zu reduzieren. Es ging nicht nur darum, durch eine Massenaussperrung die IG Metall finanziell so zu schwächen, daß ihre Kampfkraft beeinträchtigt wird. Eines der wichtigsten Ziele - wenn nicht gar das wichtigste Ziel der Unternehmerstrategen war es, diese Regierung unmittelbar zum Büttel gegen die Gewerkschaften zu machen, oder ihr zumindest durch eine politische Schlichtung die Verantwortung zuzuschieben, falls ein Ergebnis zustande kommen sollte, das nach Auffassung der Unternehmer "stabilitätsgefährdend"ist.

Am 18. November, zwei Tage vor dem Beginn des Streiks im Tarifgebiet Nordbaden-Nordwürttemberg hatte der SPD-Parteitag den Initiativ-Antrag einer kleinen Gruppe angenommen, in dem den Arbeitgebern "Uneinsichtigkeit" vorgeworfen wurde, weil sie den Tarifkonflikt auf die Spitze getrieben hatten. Die IG Metall wurde für ihre "verantwortungsvolle Haltung" gelobt. Der Gesamtverband metallindustrieller Arbeitgeberverbände (Gesamtmetall) reagierte ungewöhnlich scharf. In einer Verlautbarung von Gesamtmetall hieß es, durch diese grobe Einmischung mache sich die Partei, die offiziell behaupte, überzeugte Verfechterin einer Politik der Stabilität und der Tarifautonomie zu sein, unglaubwürdig.

Es ist vielleicht noch erinnerlich, daß während des Arbeitskampfes - es war in der Nacht vom 7. auf den 8. Dezember - tatsächlich eine Zusammenkunft zwischen Vertretern der IG Metall, von Gesamtmetall und Vertretern der Bundesregierung zustande gekommen ist. Die "Junge Wirtschaft" (Nr.1.Januar 1972) veröffentlichte in einem Protokollauszug Notizen aus dieser Tarif-Diskussion im Bundeskanzleramt. Herbert von Hüllen, der Vorsitzende von Gesamtmetall, erklärte dort: "Wir haben uns das Angebot von 4,5% sorgfältig erarbeitet - es sei fast schizophren, daß die Unternehmer den Kampf für die Stabilität unter großen Opfern führten. Sie glaubten, mit ihrem Verhalten die Bundesregierung zu unterstützen." Hätte die Regierung sich darauf eingelassen, der IG Metall in irgendeiner Weise, diese von Gesamtmetall "sorgfältig erarbeiteten" 4,5% aufzudrängen, dann hätte sie das ebenso unterstützt wie der Strick den Gehängten.

Ein Nachsatz zu dem "Protokollauszug" aus den Gesprächen im Bundeskanzleramt lautet denn auch lakonisch: "Das Gespräch blieb ohne Ergebnis. Die Tarifparteien einigten sich drei Tage später unter sich."

Wie von seiten der Unternehmer, oder der ihnen nahestehenden Publikations-

organe, der Ausgang des Konfliktes politisch gewertet wurde, zeigen zwei Stimmen:

Rudolph Bernard, Chefredakteur der "Stuttgarter Nachrichten" schrieb: (8.12.71) "Die auf die Dauer wichtigste Grundsatzlektion dieses Tarifkampfes liegt mehr im politischen als im wirtschaftlichen Bereich, soweit man das eine vom anderen überhaupt trennen kann. Wir haben gemeint, eine sozialdemokratische Regierung werde mit den Gewerkschaften besser fertig als eine Regierung mit einem CDU-Kanzler...Unter Willy Brandt müssen wir lernen, daß eine SPD-Regierung keinen grösseren Einfluß auf die Gewerkschaften hat als jede andere Regierung. Willi Bleicher (der IGM-Bezirksleiter von Stuttgart) und seine Genossen haben weder auf die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Industrie, noch auf die politischen Nöte der Bundesregierung Rücksicht genommen." Die zweite Stimme kommt vom Gesamtmetall-Vorsitzenden Herbert van Hüllen selbst.

Sie lautet:

"Die Verbände der Metallindustrie haben sich politischem Druck nicht gebeugt. Sie sind bis zuletzt unbeirrt für eine kosten- und preisstabilisierende Lohnpolitik eingetreten. Dieses Ziel haben wir nicht erreicht, konnten wir nicht erreichen, nachdem die Bundesregierung im entscheidenden Augenblick der Kompromiß wichtiger war." (Süddeutsche Zeitung, 4.1.1972)

Dieser Kurs einer begrenzten "Konfrontation" der Unternehmer mit der Regierung wurde übrigens auch nach Streik und Aussperrung weitergetrieben. So hat die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände fast zur gleichen Zeit, in der sie auf die angeblichen Gefahren der Gesamtschule und der Universitätsreform hinwies, über ihren Präsidenten Otto.A.Friedrich in einem Schreiben vom 27. März dem Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen mitgeteilt: "Das Präsidium der Bundesvereinigung (hat) auch Ihre Feststellung vor dem Deutschen Bundestag...entschieden kritisiert, daß sich die Tarifpolitik der Gewerkschaften dem Konjunkturverlauf angepaßt habe und daß der Weg zu einer kostenneutralen Lohn- und Gehaltspolitik nun endlich durch eine entsprechende Unternehmenspolitik bei den Endverbraucherpreisen honoriert werden sollte."

Ehe wir versuchen aufzudecken, worauf eigentlich das deutsche Großkapital hinauswill, was das eigentliche Ziel der oft unerhört übertriebenen, maßlosen Angriffe gegen die Regierung ist, die ihnen bisher doch noch gar nicht weh getan hat, wollen wir noch einige Tatsachen zusammentragen, die beweisen, daß den Unternehmern offenbar die ganze Richtung einfach nicht paßt.

So hat zum Beispiel Herr Franz Heinrich Ulrich - Sprecher des Vorstandes der Deutschen Bank und Nachfolger des Herrn Abs - erklärt, die neuen Formen der Einkommensverteilung zwischen den Sozialpartnern hätten bereits "enteignungsähnliche Züge" angenommen. In den "Streiknachrichten" der IGM-Bezirksleitung Stuttgart (8.12.71) wurde darauf ironisch erwidert: "Wäre das wirklich so, dann müßte es für das deutsche Großkapital doch eigentlich leicht sein, auch auf das restliche Bißchen, das diesen Armen verblieben ist, zu verzichten, womit sie dann endlich ihren Frieden und wir unsere Ruhe

vor ihnen hätte. (Beifall) Aber wer sieht denn im Ernst die Flick und Quandt und Thyssen, und wie sie alle heißen mögen, die Milliarden Konzerne, die unsere Wirtschaft beherrschen, bereits enteignet?"
In dem gleichen Artikel der "Streiknachrichten" wird darauf hingewiesen, daß im Jahresbericht der Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände, der damals gerade vorgelegt wurde, nicht nur Kritik geübt wird am Verhalten der Bundesregierung im Bereich der Wirtschaftspolitik, sondern auch festgestellt wird, "daß Symptome weltweiter wirtschaftlicher Rezessions- und Inflationserscheinungen verbunden seien mit deutlichen Anzeichen 'politischer Schwäche'"

Hier taucht also bereits deutlich der später so oft erhobene Vorwurf des "schlappen Staates" auf. Und es liegt denn auch auf der gleichen Linie, wenn der Präsident der Bundesvereinigung, Dr. Friedrich "neue Hoffnung aus der Person und der Rede" des starken Mannes Franz Josef Strauss schöpfte, der auf der Jahreshauptversammlung der BdA mit frenetischem Beifall begrüßt wurde.
Angesichts der Tatsache, daß es der Unternehmer-Lobby gelungen ist, die "Steuerreform des Jahrhunderts" ebenso zu Fall zu bringen wie die Vermögensabgabe, daß von der ihnen unsympathischen Bildungsreform nur Bruchstücke übrig geblieben sind, daß der Bundeswirtschafts- und Finanzminister, der für ihre Leiden und Nöte doch gewiß ein Ohr hat, nicht einmal die sonst so gepriesene Wettbewerbspolitik oder die Strukturpolitik durchsetzen konnte und sich die Macht der Kartelle vor allem bei der Festsetzung von Preisen immer deutlicher zeigt, muß man sich fragen: worauf beruht eigentlich die "Verunsicherung" der Unternehmer und ihrer Verbände? Woher rührt ihre Sorge, daß "die machtpolitischen Strukturen unserer Gesellschaft verschoben" werden könnten, wie es im Jahresbericht des BDA heißt? Die machtpolitischen Strukturen einer Gesellschaft übrigens, in der 136 Unternehmer und ihre Manager einfach beschließen können, 360.000 Arbeiter aus den Betrieben auszusperren!
Woher auch rührt ihre Bestürzung über die Bewegung, die ins Kräftefeld der großen Machtblöcke gekommen ist? Warum sind sie ängstlich, wenn die Bundesrepublik an der Nahtstelle von Ost und West unmittelbar im "Sog dieser Ungewißheiten" steht, wie man ebenfalls im BdA-Jahresbericht lesen kann?
In der Antwort auf diese Fragen, möchte ich mich nicht auf eine von marxistischer Seite kommende Analyse stützen, sondern auf eine Diagnose und auf Therapievorschläge, die von einem Manne stammen, der offensichtlich zu den klarsichtigsten Apologeten der Unternehmerinteressen gehörte, den inzwischen verstorbenen Prof. Dr. Walter Besson.
Vor zwei Jahren (14/15 Mai 1970) war er als Gastredner auf der Geschäftsführerkonferenz der Deutschen Arbeitgeberverbände in Berlin. Die Praktiker der BdA waren damals noch auffallend zurückhaltend der Regierung gegenüber, und sie setzten offensichtlich noch auf die Kraft der Reformen.
So erklärte damals BdA-Präsident Dr. Friedrich: "Die unternehmerischen Verbände haben das Angebot der Bundesregierung auf kritische Partner-

schaft angenommen." Und Dr. Eichler, Geschäftsführer des BdA wandte sich gar gegen die "billige Kritik, die die Arbeitgeberverbände zu den ewig Gestrigen zählt, zu dem 'verstaubten Establishment', dem nichts besseres einfällt als an dem Althergebrachten so lange festzuhalten, bis es ihnen von der Gewerkschaft oder der Politik abgenommen wird." Derselbe Dr. Eichler erklärte noch selbstbewußt: "Die Jugend fragt nicht nach dem was ist, oder was war, sie stellt mit nicht zu überhörendem Drängen die Frage, wie die ordnenden Kräfte von heute sich die Ordnung in den nächsten 20 Jahren vorstellen."

Diese Ordnung stellte dann als 'Gastredner' Prof. Besson vor, indem er zunächst einen kurzen historischen Rückblick gab, der sich zusammengerafft so wiedergeben läßt: Die fünfziger Jahre wurden vom liberalen Modell des Staates beherrscht. Dieses beruht auf dem Dualismus zwischen Staat und Gesellschaft, auf individueller Freiheit und sozialer Harmonie. Hinter dem amerikanischen Schild konnte man sich auch einen schwachen Staat erlauben. Da alle gesellschaftlichen Gruppen in der Periode des Wiederaufbaus an der Konjunktur teilhatten, stellte sich auch ein stabiles gesellschaftliches Gleichgewicht ein. In diesem relativ spannungslosen Zustand mußten die Parteien, wenn sie erfolgreich sein wollten, zu Volksparteien werden. Jetzt aber ist all das zu Ende: die Grenzen zwischen Staat und Gesellschaft sind fließend geworden.

Der Prozeß der Entideologisierung geht dem Ende entgegen. Transzendente Zielsetzungen gewinnen an Boden. Die SPD hat sich lange bemüht, eine bessere CDU-Volkspartei zu werden. Jetzt aber wird die Volkspartei selbst problematisch, denn die Jugend ist gegen jede verwaschene Zielsetzung. Das ist nicht nur Narretei, denn die Volkspartei verhindert das Engagement der Bürger.

Spontaneität fehlt sowohl in den Parteien als auch in den Verbänden - weil diese nur noch von Oligarchien beherrscht werden. Diese Verbände bieten nur noch die Fassade von Apparaten mit lethargischen Mitgliedern. Für die Gewerkschaften gilt das ebenso wie für die Kirche. - So weit die Diagnose von Prof. Besson.

Wie aber sieht seine Therapie aus?

Nur eine Führerpersönlichkeit - "Denken Sie nicht an Hitler, meine Herren, auch Kennedy, Roosevelt und Churchill waren schließlich Führerpersönlichkeiten," -sagte Prof. Besson -"kann eine neue Bindung zum Volk herstellen, auf freiwilliger Basis den Konsensus schaffen."

Jedem, der damals an der Tagung teilnahm, war klar, daß Prof. Besson in Franz Josef Strauß - der übrigens zusammen mit ihm einem jener kleinen "Kreise" angehörte, in denen große politische Entscheidungen theoretisch vorbereitet werden - den charismatischen Führer sah, der die unmittelbare Verbindung zum Volk herstellen kann. Oder, wie Prof. Besson es ausdrückte, jenen "persönlichen Kristallisationskern der neuen politischen Ordnung der sieb-

ziger Jahre."
Trotz des starken Beifalls, den Prof. Besson erhielt, hatte offensichtlich ein großer Teil der anwesenden Geschäftsführer oder Unternehmer, die sehr oft ebenso unpolitisch sind wie der Durchschnitt der Bürger, die Tragweite dieses Konzepts noch gar nicht richtig verstanden. Prof. Besson selbst allerdings und ein kleiner Kreis von Eingeweihten wußte ganz genau, welcher Sprengstoff hier hineingetragen wurde. Es ist darum auch kein Zufall, daß den anwesenden Journalisten damals ausgerechnet diese Rede nicht ausgehändigt wurde, weil sie angeblich völlig frei gehalten wurde und keine Bandaufzeichnung vorhanden sei.
Aber dieses Konzept von Prof. Besson entspricht den eigenen Vorstellungen der Unternehmer über ihre "charismatische" Führungsrolle im Betrieb nur allzugut, als daß es nicht die allerbeste Chance hätte, auch zu ihrer Modellvorstellung über den Staat zu werden, der am besten ihren Interessen dienen kann. Diese Wahrscheinlichkeit einer Hinwendung zum "Bonapartismus", zum starken Staat mit einem starken Mann an der Spitze, ist umso größer als sich die deutsche Bourgeoisie tatsächlich auch in einer ideologischen Krise befindet. Und hier müssen wir etwas zurückgreifen:
Nach dem verlorenen Krieg, in dem ihnen nicht nur die Beute der Arisierungen und Germanisierungen entgangen war, sondern die "Wirtschaftsführer" und die Herren der Großkonzerne obendrein ins Gefängnis wanderten oder als Kriegsverbrecher verurteilt wurden, war ihr Selbstvertrauen zunächst gebrochen. Sie gewannen es langsam wieder, als sie im "Kalten Krieg" wieder gebraucht wurden und der wirtschaftliche Aufschwung ihnen neue Hoffnung gab. Die Idee des "christlichen Abendlandes" war die erste Form, in der sich das Zugehörigkeitsgefühl zum "Westen" und die Beendigung der Quarantäne gegen sie ausdrückte. Gleichzeitig war diese noch halb religiös gefärbte Vorstellung - die Religion ist bekanntlich nach Marx der Seufzer der bedrängten Seele - ein Mittel, die Not und das Elend der Nachkriegsjahre ein wenig zu verklären.
Der Nationalismus war als Ideologie durch den Nationalsozialismus und die Niederlage desavouiert. Da es außerdem das Ziel der Adenauerschen Politik war, die deutsche Frage durch die Integration in der EWG von allen westeuropäischen Staaten adoptieren zu lassen, um mit ihnen und den USA gemeinsam die "roll back"-Poltik zu betreiben, konnte man nicht gut "Europäisierung" und "Nationalismus" gleichzeitig als ideologischen Motor benutzen.
Die Ideologie des "christlichen Abendlandes" wurde allmählich abgelöst von der "sozialen Marktwirtschaft", die in der langen wirtschaftlichen Aufschwungphase besser der objektiven Entwicklung entsprach und ihre "Integrationsfunktion" glänzend erfüllte.
Was aber jetzt tun, wo durch die Verringerung der Wachstumsraten auf die Dauer der Schein sich als trügerisch erweisen muß, daß durch die stete Aufwärtsentwicklung alle profitieren, wenn auch in ungleichem Maße? Ein weiteres Ele-

ment der Verunsicherung ist es, daß sich häufig die Kinder von Managern und sogar Unternehmern, die von der Studentenrevolte an den Universitäten erfaßt wurden, die mit als erste durchschaut haben, wie hohl die Phrasen von der "sozialen Marktwirtschaft" sind, nicht nur gegen die Heuchelei ihrer Eltern, sondern auch gegen eine verlogene Gesellschaftsordnung aufbäumen. Genau aus diesem Grunde serviert man uns in letzter Zeit immer mehr die soziale Marktwirtschaft nicht mehr als ideologische Verklärung eines, wenn auch widersprüchlichen Tatbestandes, der immerhin noch einer gewissen Realität entsprach, dem ununterbrochenen zwanzigjährigen Aufschwung, sondern als Dogma, als Tabu, das man bei Strafe des Ausschlusses von den verfassungsmäßig garantierten Rechten nicht mehr durchbrechen darf.

Auf der Unternehmertagung, die am 21. März in Düsseldorf abgehalten wurde, deren Gastredner Axel Cäsar Springer mit einem Referat über "Freie Meinung - freie Gesellschaft" war (Gelächter), hat Springer erklärt: "Sie wissen vielleicht, daß wir uns in meinem Verlagshaus Richtlinien, Grundsätze gegeben haben. Alle haben mehr oder weniger mit Freiheit zu tun. Einer dieser vier Grundsätze verpflichtet mich, meine Blätter und all meine Mitarbeiter zur Verteidigung des Systems der sozialen Marktwirtschaft".

Es wird wahrscheinlich schwer sein, Herrn Springer klar zu machen, daß er damit "all seinen Mitarbeitern" die Freiheit einräumt, entweder die Grundsätze anzuerkennen, die Springer und seinesgleichen zu Milliardären gemacht haben, oder aber frei zu sein, überall dort, wo man diese Grundsätze als Zwangsverpflichtung auferlegt, nicht arbeiten zu können. (Beifall) Herr Springer tut hier im Bereich seines Betriebes genau das, was Herr Genscher im Rahmen der Verfassung tut, wenn er die dort garantierten demokratischen Rechte nur denen zukommen lassen will, die sich systemkonform verhalten. (Beifall)

Auf der gleichen Unternehmertagung hat der Vorsitzende der Landesvereinigung der industriellen Arbeitgeberverbände Nordrheinwestfalens, Dr. Friedrich A. Neumann erklärt: "Wir müssen uns entschieden dagegen wehren, daß unter dem Etikett Reformpolitik de facto systemverändernde oder sogar systemüberwindende Reformen praktiziert werden. Dagegen verdienen Reformen, die einen echten gesellschaftlichen Fortschritt bedeuten und gleichzeitig die Integrität sowie Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaftsordnung und Gesellschaftsordnung stärken, unsere nachdrückliche Unterstützung. Den besten Beitrag, den wir als Unternehmer zur Reformpolitik leisten können, besteht in der Erhaltung und Kräftigung der betrieblichen Leistungsfähigkeit. Diese Aufgabe darf nicht durch politische, wirtschaftliche und soziale Experimente unmöglich gemacht werden."

Wenn man aber weiß, daß sogar eine solche geringfügige soziale Reparatur, wie die Herabsetzung des Rentenalters auf 63 Jahre bei Verlust eines Teils der Rente für die beiden Jahre, in denen man keine Beiträge leistete, den Unternehmern als allzu gefährliches Experiment gilt, dann fragt man sich, welche Reform denn eigentlich für die "betriebliche Leistungsfähigkeit",

sprich für den Profit, noch ungefährlich ist.
Läßt sich aber eine Regierung in die Rolle drängen, Reformen, die versprochen wurden, zu streichen, läßt sie sich obendrein als Büttel gegen die Gewerkschaften benutzen, wie es die britische Labourregierung getan hat, als sie die Antigewerkschaftsgesetze entwarf, die jetzt von den Konservativen praktiziert werden, oder praktiziert sie Berufsverbote gegen "Linke" und Marxisten, wie es jetzt in einigen Ländern der Bundesrepublik geschieht, dann wird sie selbst zum Steigbügelhalter jener Kräfte, die den starken Staat und einen starken Mann zur Erhaltung ihrer Macht brauchen.
Es ist ein gefährlicher Irrtum zu glauben, man könne sich durch Anpassung, durch Integration freikaufen von dem Verdacht, die Gesellschaft letzten Endes doch verändern zu wollen, wenn man Gewerkschafter oder auch Sozialdemokrat ist. (Beifall) Der a priori-Konsensus, den die deutschen Unternehmer mit der CDU/CSU zwanzig Jahre lang hatten, läßt sich - wie sehr es auch manche Sozialdemokraten oder Gewerkschafter möchten - mit ihnen nicht herstellen. Wenn sie sich heute dazu verleiten ließen, Wegbereiter eines "starken Staates" zu sein, so wird dieser nicht mit ihnen sondern gegen sie verwirklicht werden. (Beifall) Wer das nicht glaubt, sollte sich nur die Publikation der Landesvereinigung Industrieller Arbeitgeberverbände von Nordrhein-Westfalen ansehen, die sie auf ihrer Tagung in Düsseldorf verbreitete.
"Unternehmer hört diese Signale" heißt es dort in Riesenlettern. (Gelächter) Darunter steht: 'principiis obsta! - 'Wehret den Anfängen'. Und dem ganzen ist ein Foto unterlegt nicht von Linksradikalen, nicht von demonstrierenden Studenten oder Hausbesetzern, sondern von der gewaltigen Protestversammlung der IG Metall in Stuttgart während des Streiks und der Aussperrung. (Beifall)
Das sind die Anfänge, denen sie wehren wollen. Und wir haben nicht vergessen, daß dem Aufruf, die Signale zu hören, ein zweiter folgt: "Auf zum letzten Gefecht!" Wenn die Unternehmer andeuten wollten, daß sie hierauf vorbereitet sind, dann dürfen sie auch uns nicht unvorbereitet treffen.

2. KONGRESSTAG (25.4.72) - 14.00

ELMAR ALTVATER

KAPITALISTISCHE BILDUNGSPOLITIK

"Und noch was: Die Kunst, die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei. Ich glaube, wir brauchen da die Schranken von vorhin nicht hereinzusetzen. Wer hängt sich schon solch einen Riesenschinken auf, wenn nicht der Staat, und der kann sich ja überlegen, was er kaufen will und was nicht." (Bertolt Brecht, Der Tui-Roman, Werke, Band 12.)

Daß viele Forderungen der Studentenbewegung bis 1968 sich in den technokratischen Bildungsreformen wiederfinden - Abbau der Ordinarienherrschaft, Demokratisierung im Hochschulbereich, größere Durchlässigkeit des sekundären Bildungsbereichs usw. -, hat den Blick dafür versperrt, welchen politischen Charakter die scheinbar neutrale, scheinbar an Gesichtspunkten des Gemeinwohls orientierte Bildungsreform hat. Doch auch als scheinbares Neutrum von Effizienzsteigerung und Modernisierung bleibt sie Bildungspolitik in einer kapitalistischen Gesellschaft, und mit der Zuspitzung gesellschaftlicher Widersprüche bröckelt die Fassade des Neutralen ab; die Herrschenden in der kapitalistischen Gesellschaft tun alles, um den Ausbildungssektor, der ja eine wichtige Funktion im Reproduktionsprozeß der Gesellschaft hat, auf Linie zu halten oder wieder darauf zu bringen. Daß dies nicht ohne Repression abgeht, hat die Erfahrung der vergangenen Jahre mehr als deutlich gemacht. Die "Modernisierung" erweist sich als kapitalistische Modernisierung: Mit den unzähligen versteckten und halb offenen Disziplinierungen im Alltagsleben des Ausbildungssektors, einer Auslese des Personals nach Loyalitätskriterien gegenüber dem Staat, mit einer Politik der sich gar nicht mehr verhüllenden Unterdrückung sozialistischer und demokratischer Positionen, mag sie sich nun im sogenannten Berufsverbot, in der politisch motivierten Ablehnung unliebsamer Personen (Mandel, Lefèvre), eindeutig inszenierter Rufmordhetze gegen Gesellschaftskritiker (Brückner), Versuchen zur Verschiebung der Marxisten in ein kontrollierbares Getto (OSI) oder auch in der polizeilichen Zerschlagung neuer Formen kollektiven Lebens (Georg-von-Rauch-Haus) ausdrücken. Die Reform des Ausbildungssektors ist immer auch Gegenreform, sobald die Initiative nach der Studentenrevolte auf die Staatsbürokratie übergeht. Diese Erscheinungen, von denen wir alle betroffen sind, gilt es nun zu analysieren.
Im Ausbildungssektor reproduziert sich die Struktur der kapitalistischen Gesellschaft. Er ist folglich den gleichen Widersprüchen wie diese Gesellschaft insgesamt, wenn auch in spezifischer Weise, unterworfen. Mit der Erziehung und Ausbildung der Intelligenz, der Vermittlung von Kenntnissen und der Produktion von Wissen wird nämlich gleichzeitig auch die Klassenspaltung der Gesellschaft reproduziert und strukturiert. Niedrige, funktionale Bildung für die zukünftigen Arbeiter, höhere Bildung für die angehenden "Führungskräfte", Wissen, das unter den spezifischen Bedingungen der kapitalistischen Produktion verwertbar ist. Also schlägt sich der Klassencharakter der Gesellschaft in den Institutionen, deren Inhalten, Zielen und im Personal des Ausbildungs-

sektors nieder. Schule und Universität als - wie Manifesto in seinen Hochschulthesen formuliert - "Selektionsinstrumente für hierarchische Rollen" sind aus dem gesellschaftlichen Produktionsprozeß ausgesondert, was für die Schüler und Studenten bedeutende Konsequenzen hat: denn abgesondert vom produktiven Produktionsprozeß wird der Ausbildungsprozeß selbst zu etwas Luxuriösem und - auf seinen höheren Stufen - per se bereits Privilegierendem; eine Privilegierung, die durchaus als Einübung auf die Wahrnehmung der späteren Privilegierung als Angehöriger der herrschenden Klasse verstanden werden kann.

Allerdings haben sich einige Veränderungen zugetragen, die mit der internationalen Studentenrevolte offenkundig geworden sind. Solange im Bildungssystem ein verkappter numerus clausus dergestalt herrschte, daß aufgrund der direkten und indirekten Kosten des Ausbildungsprozesses nur die herrschende Klasse ihren Kindern den Zugang zu seinen "höheren", d. h. kostspieligeren Einrichtungen erkaufen konnte, war mit dem Besuch der Ausbildungsinstitution bereits der Einstieg in die Stufe der gesellschaftlichen Klassenhierarchie definiert. Der Volksschüler blieb "Volk", der höhere Schüler war zu was Besserem bestimmt und gar der Student - oder wie er bei Zimmerwirtinnen vor noch nicht einmal 15 Jahren noch hieß: der "Herr Student" - war einer Herrschaftsposition sicher, vorausgesetzt, er schaffte das Examen, in dem ihm neben quasi-neutralem Wissen auch Anpassung an die gesellschaftlichen Verhältnisse bestätigt wurde. Aber diese Zeiten sind vorbei, und heute ist nicht mehr selbstverständlich mit der Hierarchie der absolvierten Ausbildungsinstitution die Einstiegsstelle in die Klassenhierarchie der Gesellschaft bezeichnet.

Die Proletarisierung der Intelligenz ist nicht schon dadurch bezeichnet, daß die beruflichen Möglichkeiten insbesondere für Sozialwissenschaftler auf ihrem studierten Gebiet relativ gering sind, sondern vor allem dadurch, daß der Akademikertitel nicht mehr als Anrechtsschein auf Mitgliedschaft in der herrschenden Klasse und ihren Einrichtungen fungiert. Als akademisches Proletariat bezeichnet das Deutsche Industrieinstitut daher "solche Gruppen von Intellektuellen ..., denen es nicht gelingt, sich in die Gesellschaft zu integrieren, deren Einkommensentwicklung im Vergleich zu anderen Schichten zurückgeblieben ist und die daher eine Kampfstellung gegen Staat, Wirtschaft und Gesellschaft eingenommen haben, weil sie keinen anderen Weg sehen, aus ihrer Lage herauszukommen".

Es wird hiermit doch nichts anderes ausgedrückt, als daß die "deutsche Industrie", womit immer die oberen Positionen in der ökonomischen Hierarchie gemeint sind, nicht mehr alle Akademiker verkraften kann. Der Grund: Zweifel an der Loyalität und Schwierigkeiten bei der praktischen Anwendbarkeit der Intelligenz. Die Forderung nach mehrjähriger Schließung der Universitäten liegt bei solch einer Analyse nicht mehr weit. Auch der Akademiker merkt so, daß er, wie der einfache Arbeiter, seine Arbeitskraft zu Markte trägt und den vom Kapital gesetzten Bedingungen des Arbeitsmarkts unterworfen ist. Seine Bildung ist nun nicht einfach mehr etwas Höheres, sondern ordinärer Bestandteil seiner Ware Arbeitskraft.

Was zeigt sich aber daran? Eigentlich nichts anderes, als daß - ganz allgemein gesprochen - die durch die Entwicklung der Produktivkräfte geforderten

hochqualifizierten Ausbildungen mit der bornierten Hierarchie kapitalistischer Herrschaftsverhältnisse konfligieren; oder - konkreter gesprochen - daß der Kampf gegen die hierarchischen Strukturen im Ausbildungssektor und der relative Erfolg des geforderten Egalitarismus im Ausbildungssektor sich an den vom Kapital bestimmten Erwartungen an Absolventen der verschiedenen Stufen des Ausbildungssektors bricht. Die Funktionalität des Abbaus überkommener, obsoleter Strukturen im Ausbildungssektor -mag es sich dabei um die tendenzielle Beseitigung des dreigliedrigen Schulsystems, die verbesserte Durchlässigkeit, die Beseitigung feudaler Lehrverhältnisse, die Entpersonalisierung universitärer Ausbildungen und Abhängigkeiten usw. handeln - stellt sich in bezug auf die Gesamtgesellschaft und deren nicht veränderte Strukturen als dysfunktional heraus. Was also bezogen auf den Ausbildungssektor als abgesonderten Bereich der Gesellschaft rational, sinnvoll und richtig erscheinen mag, stellt sich bezogen auf die Gesellschaft als Ganze, die Gesamtbedingungen ihrer Reproduktion, als irrational, dysfunktional, konfliktreich dar, gerade weil der Ausbildungssektor eine vom Produktionsprozeß abgesonderte Institution ist.

Daraus folgt, daß alle Erfolge der Studentenrevolte im Ausbildungssektor, weil sie sich nur auf einen vom Produktionsprozeß abgesonderten Bereich beziehen, sich totlaufen, solange nicht im Ausbildungssektor selbst eine Strategie entwickelt wird, diese seine abgesonderte Existenz infrage zu stellen. Die innovative Potenz der Studenten- und Schülerrevolte wird im Rahmen des Systems insgesamt gehalten, solange sie nur im Ausbildungssektor entwickelt und abgewickelt wird. Die Absonderung des Ausbildungssektors von der Produktion ist nicht nur in der Hinsicht für das Kapital funktional, als nicht jedes Einzelkapital, nicht jedes einzelne Unternehmen, sich die benötigten qualifizierten Arbeitskräfte selbst heranzubilden braucht und einfach auf den vom Ausbildungssektor beschickten Arbeitsmarkt zurückgreifen kann, sondern auch dadurch, daß der Ausbildungsbereich tatsächlich - wie es auch Manifesto darstellt - zu einer Art "Parkplatz für die Jugend", zu einer Art "Spielwiese für reformerisches Engagement" werden kann, wodurch er aus dem Verkehr wirklich fundamentaler, sich auf den Produktionsprozeß beziehender Veränderungen gezogen ist.

Allerdings wäre es eine grobe Vereinfachung und Verzerrung der wirklichen Verhältnisse, würde man davon ausgehen, daß die kapitalistische Form des Verhältnisses von Ausbildungssektor und Produktionsprozeß, als zwei voneinander abgetrennten Bereichen, auch eine erfolgreiche Hermetisierung der gesellschaftlichen Strukturen gegenüber den politischen Tendenzen im Ausbildungssektor ermöglichen würde. Der Ausbildungssektor kann zwar als Parkplatz für die Jugend oder als Spielwiese interpretiert werden, nicht jedoch als Quarantänestation. Die Auflösungserscheinungen der bürgerlichen Ideologie von Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit, Demokratie, der Legitimität und Selbstverständlichkeit bürgerlicher Verkehrsformen (Eigentumsdelikte, bürgerliche Befreiung der Sexualität), der materiellen Bedingungen kapitalistischer Produktion im Maße wie die Produktivkräfte sich entwickeln, ergeben sich aus der Widersprüchlichkeit kapitalistischer Entwicklung selbst; die Bewegungen im Ausbildungssektor wirken hier lediglich als Katalysator. Diese Wirkung, die einen Höhepunkt in der Intelli-

genzbewegung der zweiten Hälfte der sechziger Jahre hatte, aber ist es, die der bürgerliche Staat abzublocken versucht, aus existenziellen Gründen als bürgerlicher Klassenstaat abzublocken versucht. Denn mit der Revolte gerade in den höheren Institutionen des Ausbildungsbereichs ist die reale Gefahr für die Herrschaft des Kapitals entstanden, daß die personelle Reproduktion der herrschenden Klasse, mag es sich dabei um Technologen, Ideologieproduzenten oder politische und ökonomische "Führungskräfte" handeln, nicht mehr gesichert ist: Hochschuldozenten, die die Herrschaftsstruktur der Gesellschaft fragwürdig machen und wissenschaftlich die Bedingungen für die Befreiung der Arbeiterklasse untersuchen; Lehrer, die nicht nur emanzipativen Unterricht im Sinne der Angleichung an bürgerliche Kommunikationsformen betreiben, sondern diese selbst problematisieren und damit als selbstverständliche, weil natürliche destruieren und nichtbürgerliche, antikapitalistische Kommunikationsformen anstreben; Sozialwissenschaftler, die sich nicht als Sozialtechnologen einsetzen lassen; Techniker, die nicht nur an den technischen Bedingungen der Produktion interessiert sind, sondern auch nach Sinn und Verwendung ihrer Arbeit und Arbeitsergebnisse fragen - alle sie sind in jeder Beziehung zersetzende Elemente in der herrschenden Klasse, die sie ehemals wie selbstverständlich personell bildeten. Der Lehrer als Staatsbeamter gehört zum Personal des Staates als Herrschaftsinstrument der bürgerlichen Klasse, auf das sich in wachsendem Umfang der Staat nicht mehr wie selbstverständlich verlassen kann. Seine politische Basis, die Loyalität der Massen, wird untergraben durch die über den Ausbildungssektor hinausweisenden Aktivitäten der kritischen Intellektuellen, zum großen Teil vermittelt über ihren Beruf.

Wenn die Moral verfällt und eine Armee zu desertieren beginnt, dann bleibt nur noch die Kapitulation oder die verstärkte Repression. Der bürgerliche Staat kapituliert nicht, solange er noch über ausreichendes Machtpotential verfügt; und niemand wird bestreiten wollen, daß der westdeutsche Kapitalismus und sein Staat in beinahe jeder Hinsicht noch ausgesprochen stark sind. Repression ist somit die Antwort des Staates, Repression, die in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens der bürgerlichen Gesellschaft, insbesondere in den Betrieben, zur Natur der Klassengesellschaft gehört, die aber in bezug auf den Ausbildungssektor jetzt besondere Formen und Zielrichtungen annimmt. Aus unserer kurzen Analyse ergibt sich ja, daß er in seiner Funktion als Reproduktionsbereich der gesellschaftlichen Klassenstruktur fragwürdig, wenn auch in bezug auf die Erfordernisse des Arbeitsprozesses umso notwendiger geworden ist, daß seine Unterworfenheit unter die Bedingungen der kapitalistischen Produktion nicht mehr einfach hingenommen wird, daß in der Ausbildungsphase Lebens- und Denkformen entwickelt werden, die sich gegen die Subordination unter das Regiment des Kapitals in der Berufsphase sträuben. Staatliche Repression im Bereich des Ausbildungssektors wird daher hauptsächlich gegen alle Entwicklungen gerichtet sein, die die Auflösungserscheinungen bürgerlicher Verkehrsformen beschleunigen, gerade auch, um die technokratischen Elemente der Bildungsreform im Prokrustesbett kapitalistischer Bedingungen zu halten und somit im kapitalistischen Sinne zu effektivieren. Erst in dem Maße, wie das Erreichen dieses Ziels gefährdet wird, wird die alltägliche Repression in Form restriktiver Arbeitsbedin-

gungen, in Form von institutionellem und ökonomischem Druck, zur sich offen äußernden politischen Unterdrückung im Ausbildungsbereich. In dieser Phase allgemeiner und zugespitzter Repression gibt es die große Zeit der Denunzianten, die als Schreibtischtäter der Staatsbürokratie scheinwissenschaftliche Begründungen für Berufsverbot und Marxistenhetze liefern.

Wenn wir uns die repressiven Maßnahmen ansehen, dann erkennen wir deren politische Zielrichtung: am relevantesten sind momentan die gegen einzelne Personen gerichteten Disziplinierungsmaßnahmen, um mit den Personen bestimmte politische Inhalte, Kritik an der bürgerlichen Gesellschaft, vom Ausbildungssektor fernzuhalten. Aber die Bildungspolitik des bürgerlichen Staates bedient sich weiterer Mittel, deren Wirksamkeit nicht zu unterschätzen ist: Festlegung bestimmter politischer Inhalte in Lehre und Forschung durch Rahmenpläne in den Schulen und damit die Verhinderung gesellschaftskritischen Unterrichts, die Abwürgung von kritischen Versuchen der Gesellschaftsanalyse durch intendierte Fachaufsicht über die Universitäten, insbesondere in Verbindung mit strikten Reglementierungen inhaltlicher Art bei Ausbildungsgängen. Auch die Einführung des numerus clausus, wie erst jüngst am Otto-Suhr-Institut gefordert wurde, ist als repressive Maßnahme einzustufen, wird doch hiermit nicht nur das bürgerliche Recht der freien Studienwahl eingeschränkt, sondern zugleich auch ein Ausleseprinzip installiert, das durchaus gegen politisch Mißliebige angewendet werden kann; dem "Berufsverbot" würde dann ein "Ausbildungsverbot" folgen – was ja von seiten der Herrschenden nur konsequent wäre.

Die politische Unterdrückung im Ausbildungssektor stellt sich also als äußerst vielseitig dar; die aktuellen Fälle der Nichtberufung von Mandel und Lefèvre, des Prüfungsverbots, der Reglementierung der Themenwahl bei Prüfungen usw. sind nur die Spitzen eines Eisbergs, der dem Feuer der Studentenrevolte den Garaus machen soll. Eine gegen die Repression im Ausbildungssektor gerichtete Strategie muß daher alle diese verschiedenen konkreten Ebenen berücksichtigen und darf neben der Spitze vor allem den Eisberg nicht vernachlässigen. Daher geht es schon jetzt darum, nicht nur die Formen der Repression zu analysieren, sich nicht nur auf die spektakulären Fälle einzuschießen, sondern auch zu erarbeiten, welche Formen kollektiven Sich-zur-Wehr-setzens möglich sind, nicht nur in der Ausbildungsphase, sondern vor allem im Berufsleben. Hier stellt sich die Frage nach der Bedeutung der Gewerkschaften als Abwehrorganisationen gegen die Übergriffe des Kapitals und des bürgerlichen Staates gegen Arbeiterklasse und Intellektuelle, worauf in späteren Beiträgen noch ausführlich eingegangen wird. Aber auch allgemein gilt es, Konsequenzen zu ziehen: Die Gegenreform der letzten Jahre, die Zusammenschlüsse von Reaktionären und Denunzianten à la "Notgemeinschaft", "Bund Freiheit der Wissenschaft", "Liberale Aktion" usw. haben nur deshalb den großen Erfolg einheimsen können, weil die sozialistische Bewegung im Ausbildungssektor sich zunehmend unter dem Vorwand, Parteien aufbauen zu wollen, in die Isolation begab, nicht nur auf Unverständnis bei der Arbeiterklasse, sondern bei den Studenten im Ausbildungssektor selbst stieß. (Ich betone die subjektiv zu verantwortenden Fehler, daß die objektiven, schwierigen Bedingungen oft genug Gegenstand der Diskussion waren.) Dabei geriet dann auch in Vergessenheit, daß der Erfolg der Studenten-

bewegung in ihrer propagandistischen Kraft bestand - womit ich nicht die Anzahl der verteilten Flugblätter, gegründeter Komitees und Zeitungen meine, sondern die im materiellen Sinn beispielgebenden Aktionen für andere unterdrückte Schichten wie Schüler, Lehrlinge, Jungarbeiter. Auch wurde vergessen, daß das letzte Ziel der sozialistischen Bewegung im Ausbildungssektor nur darin bestehen kann, seine abgesonderte Position in der kapitalistischen Gesellschaft zu durchbrechen, d. h. seine Funktion als Institution zur Einübung von Fähigkeiten und Kenntnissen für und im Interesse von kapitalistischer Berufspraxis zu unterlaufen und stattdessen Einübung von und Vorbereitung auf Formen der Kollektivität im Arbeitsleben zu betreiben. Dies betrifft sowohl die Ebene der wissenschaftlichen Inhalte, als auch die Formen des Studiums, des Lernens generell, die auch das Verhalten im Beruf prädisponieren. Unser Kampf gegen die Repression im Ausbildungssektor kann nur als ein langfristiger angelegt sein; Hauruck-Lösungen gibt es solange nicht, wie der Kapitalismus in Westdeutschland ausgesprochen lebensfähig ist. (Ich will allerdings nicht abstreiten, daß in bestimmten Situationen Hauruck-Lösungen die Entstehung einer politischen Bewegung beschleunigen können, in manchen Fällen aber dienen sie eindeutig der Reaktion.) Aber als Ziel eines solchen Kampfes kann eigentlich nur formuliert werden, den Ausbildungssektor als Reproduktionsbereich der herrschenden Klassenverhältnisse praktisch zu negieren. Und nur auf dieser ernst genommenen Ebene wird sich auf die Dauer - allerdings auch nicht im Hauruck-Verfahren - die Einheit zwischen Studenten und Arbeitern zur Überwindung des Kapitalismus herstellen lassen.

MATTHIAS ALBRECHT (VDS)

AUSBILDUNGSPOLITIK IM KAPITALISMUS (Korreferat zu Altvater)

Die Geschichte der Entwicklung des Ausbildungssektors ist natürlich, das ist im Referat des Genossen Altvater schon deutlich hervorgekommen, unmittelbar verknüpft mit der ökonomischen und gesellschaftlichen Entwicklung in der BR insgesamt. In der Phase des "Wirtschaftswunders", in der für wissenschaftliche Ausbildung, Infrastrukturmaßnahmen usw. aufgrund der extensiv erweiterten Reproduktion Bildungs- und Wissenschaftsausgaben untergeordnete Bedeutung besaßen, waren natürlich auch Investitionen für den Hochschulbereich, für den Schulbereich unwichtig; wurde der Wachstumsprozeß des Kapitals notwendigerweise primär unter dem unmittelbaren Aspekt der Profitrealisierung gesehen. Vor allen Dingen mit dem Ende dieser Phase verschärften sich die Widersprüche im Ausbildungsbereich. Die Maßnahmen seitens der CDU/CSU-Regierung konnten in keiner Weise die objektiv, ökonomisch und gesellschaftlich, erforderlichen Kapazitäten, Ausbildungsinhalte, Umstrukturierungs- und Modernisierungsmaßnahmen erfüllen. Man muß vor diesem Hintergrund, auf den der Genosse Altvater eingegangen ist, sehen, daß diese Entwicklung zu verschärften, krisenhaften Prozessen im Ausbildungsbereich geführt hat und daß alle Maßnahmen, die ergriffen wurden, um die Modernisierung und Umstrukturierung zu erreichen, keineswegs zu einer Befriedung der Situation im Ausbildungsbereich geführt haben, sondern nur zur Verschärfung der Situation, zur Aktivierung eines

breiten Widerstandspotentials von demokratischen und sozialistischen Studenten.
Vor allen Dingen erkannten diese Studenten in ihrem Kampf gegen Vietnamkrieg, Notstandsübungen, Springer usw., daß ihre Probleme in der Ausbildungssituation unmittelbar nicht zu lösen sind, nicht ohne Einwirkung auf den gesamtgesellschaftlichen Bereich, nicht ohne Veränderung des gesamtgesellschaftlichen Kräfteverhältnisses zugunsten derjenigen gesellschaftlichen Kräfte, die in der BR unterprivilegiert, die in der BR unterdrückt gehalten werden.
Man kann feststellen, daß bereits in der Großen Koalition die wesentlichen Maßnahmen angelegt wurden für die zentrale Umstrukturierung des Ausbildungsbereichs; so etwa Finanzreform, Stabilitätsgesetz und die Änderung der Grundgesetzartikel 91 a und b, 75, die zur Errichtung der zentralen Institutionen und Lenkungsapparate der Bund-Länder-Kommission des Planungsausschusses nach dem Hochschulbauförderungsgesetz führten. Wir müssen dies mit berücksichtigen, wenn wir die gegenwärtige Hochschulsituation einschätzen wollen.

Der Versuch der Umstrukturierung, der vorgeblich sozialen- und Ausbildungsreformen seitens der SPD/FDP-Regierung sollte nicht nur quantitative Erweiterung und Umstrukturierung des Ausbildungssektors herbeiführen, sondern auch entsprechende qualitative Veränderungen, Veränderungen der zu vermittelnden inhaltlichen Fähigkeiten und Fertigkeiten, vor allen Dingen auch ein Überbordwerfen der alten ideologischen Leitbilder und Ausbildungsziele, wie sie in den Nachkriegsjahren in der BR vorherrschend gewesen sind; sollten vor allen Dingen aber die notwendige Umstrukturierung der erforderlichen Qualifikationen für das Kapital, für den Staatsapparat erreichen. Man kann den Charakter dieses Prozesses nur dann richtig würdigen, wenn man sieht, daß er unmittelbar in Zusammenhang steht mit Veränderungen von Qualifikationsanforderungen im unmittelbaren Produktionsbereich, mit Veränderungen von Qualifikationsanforderungen im Staatsapparat, bei Lehrern, bei Ärzten usw. usf. Wir können einige sehr symptomatische Grundtendenzen innerhalb dieses Formierungsprozesses von Wissenschaft und Ausbildung herausarbeiten, die deutlich machen, daß mit der Indienstnahme des Ausbildungssektors unter die Interessen des Kapitals einige Prozesse, wie Marx sie bei der Analyse der kapitalistischen Gesellschaft herausgefunden hat, sich in ähnlicher und vor allen Dingen dann auch spezifischer Form im Hochschulsektor wieder herausfinden lassen.

Eine dieser charakteristischen Haupttendenzen besteht in dem gesetzmäßigen Drang des Kapitals nach Ökonomisierung und Rationalisierung, wie er sich im Hochschulbereich vor allen Dingen widerspiegelt in dem Drang nach Verkürzung der Ausbildungszeiten, in dem Drang etwa nach Verlängerung der Vorlesungszeit, in dem Drang nach Stufung der Ausbildung auf allen Stufen des Bildungswesens von der Schule bis zur Hochschule, um hier diese Ökonomisierungsprozesse durchführen zu können. Eine zweite Tendenz besteht vor allen Dingen in der zunehmenden Tendenz zur Verstaatlichung und zur Zentralisierung aller Entscheidungsprozesse, was darin zum Ausdruck kommt, daß z. B. in Zukunft nach den Plänen des Hochschulrahmengesetzes und der Bund-Län-

der-Kommission Entscheidungen über Reformstudien - und Prüfungsordnungen unmittelbar auf zentraler Ebene im Bundesmaßstab gefällt werden und dort auch die inhaltlichen Vorschriften festgelegt werden sollen. Das gleiche gilt etwa für den Hochschulausbau durch den Planungsausschuß oder für die Bildungsplanung insgesamt durch die Bund-Länder-Kommission. Diese Maßnahmen und diese Tendenzen spiegeln zwei Seiten wider in der Formierung von Wissenschaft und Ausbildung: Auf der einen Seite die objektive Tendenz zur Zentralisierung von Entscheidungen und notwendiger Planung und auf der anderen Seite natürlich auch die politische Seite der beabsichtigten Ausschließung jedes demokratischen Einflusses, jeder Einflußnahme von seiten der werktätigen Bevölkerung, von seiten der Auszubildenden und der Betroffenen.
Eine letzte Tendenz, die besonders in der gegenwärtigen Phase sehr kennzeichnend ist, ist die Tendenz zur Militarisierung von Ausbildung und Wissenschaft, wie sie gegenwärtig mit der Diskussion zur Installierung von Bundeswehrhochschulen, wie sie mit der Einführung der Wehrkundeerlasse in Schulen u. ä. sich durchzusetzen beginnt, was zur Folge hat, daß in Wissenschaft und Ausbildung zunehmend auch militaristische Inhalte, militaristische Tendenzen hineinversetzt werden, die natürlich auch unterstützt würden etwa durch die Seite der Forschung,* wo gegenwärtig schon etwa 120 Hochschulinstitute in der BR unmittelbar mit Kriegsforschung beschäftigt sind und auch dort Tendenzen sichtbar sind, die darauf hinauslaufen, ähnliche Zustände wie in USA herbeizuführen. Eine letzte Tendenz, die ich ansprechen möchte, ist die - und die geht dann spezieller auf die Ausbildungsbedingungen der Studenten selbst ein -, daß die Formierung von Wissenschaft und Ausbildung auch zu einer verschärften Technisierung und Mechanisierung von Ausbildung und Forschung führt. Sie schlägt sich darin nieder, daß die Arbeitsweise der Studenten in der Ausbildung selbst stärker aufgehoben wird, zugunsten von kollektivem modernen "team-teaching" oder ähnlichen Formen der Wissensvermittlung, die mit dem Einsatz von Übermittlungstechniken im Unterricht selbst verbunden sind; ähnliche Tendenzen, etwa "Fernstudium im Medienverbund" u. ä., - dies sind unmittelbar sichtbare Tendenzen, die sich in den nächsten Jahren noch sehr viel stärker durchsetzen werden.
Man darf auf dem Hintergrund dieser Tendenzen allerdings nicht vergessen - und das zeigt die gegenwärtige Phase der Hochschulpolitik -, daß die gesamte Hochschulformierung vor dem Widerspruch zwischen dem Programm der herrschenden Klasse, die Umstrukturierung im Hochschulsektor qualitativ und quantitativ vorzunehmen, steht und den Realitäten - dem, was real durchgeführt werden kann; was sich dann niederschlägt etwa in den Kürzungen der Ausbauzahlen im Bund-Länder-Kommissionspapier oder im Baustop für die Universitäten Oldenburg und Osnabrück und was sich auf der anderen Seite vor allen Dingen in dem Versuch niederschlägt, organisierte Kritik, organisierte Veränderung der Ausbildung selbst, der Ausbildung für den Verkauf der Ware Arbeitskraft im späteren Beruf, zu unterbinden mittels einer breiten Palette von politischen repressiven Maßnahmen, angefangen vom Berufsverbot bis hin zu einzelnen Berufungsverboten usw. usf.
Ich möchte nur da auf einen Aspekt eingehen, der mir besonders wichtig er-

scheint. Dies ist der Aspekt, daß wir nach meiner Ansicht auch immer mit im Auge behalten sollten das Problem der institutionellen Kampfmöglichkeiten an unserem Ausbildungsort, an der Hochschule selbst, d. h. die Frage der Auseinandersetzung mit dem Hochschulrahmengesetz. Hier ist eindeutig festzustellen, daß das Hochschulrahmengesetz in den letzten Monaten-vor dem Hintergrund des Erlasses der Berufsverbote, vor dem Hintergrund der verschärften sozialen Auseinandersetzung, Metallarbeiterstreik und ökonomischer Schwierigkeiten dieses Kapitalismus-, daß das Hochschulrahmengesetz wie auch einzelne Ländergesetze - da verweise ich insbesondere auf das bayrische Hochschulgesetz - mehr und mehr den Charakter eines "lex-Marxismus" bekommt, d.h. eines Gesetzes, das nur noch unmittelbar der politischen Disziplinierung dient.
Ich möchte versuchen, an einem Beispiel darzustellen, wie dies unmittelbar mit der Frage der Berufsverbote zusammenhängt: Wenn etwa in den letzten Entwürfen und Ausschußberatungen Paragraphen und Formulierungen enthalten sind, wonach das Hochschulstudium, "auf der Grundlage der Freiheit von Leh-hre und Forschung" heißt es, ich zitiere, "im Bewußtsein der Verantwortung vor der Gesellschaft auf der Grundlage der verfassungsmäßigen Ordnung zu nutzen und zu wahren" sei, und dies ergänzt wird durch Bestimmungen, die aussagen, daß alle Hochschulmitglieder die Pflicht haben, konstruktiv an der Hochschule mitzuarbeiten, Frieden zu wahren, usw. usf., dann sind das natürlich Anlagen, d. h. gesetzmäßige Voraussetzungen und Generalklauseln, die später verwandt werden gegen diejenigen, die organisiert in den Instituten und Seminaren die Veränderung der Wissenschaft und Ausbildung selbst, die Organisation der kollektiven Vorbereitung auf die Berufspraxis voranzutreiben versuchen, und die auch ganz deutlich machen, daß sie es nicht in irgendeinem wertneutralen Sinne meinen, sondern im Interesse der Arbeiterklasse, und versuchen, dies auch an praktischen Beispielen entweder durch ihre Arbeit in Gewerkschaften, wie der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, oder durch die Orientierung auf die Zusammenarbeit mit diesen Organisationen der Lehrer deutlich zu machen. Und dies hört sich dann bei Leuten wie Herrn Friedrich vom Bundesverband Deutscher Arbeitgeberverbände so an: "Den Linken dient das Demokratisierungspostulat im letzten dazu, auf der Basis einer allgemeinen Verpolitisierung ihre totalitären Zielvorstellungen zu realisieren. Nur zu deutlich manifestiert die straffe und autoritäre Organisation linker Kadergruppen deren Demokratieverständnis." Oder: In einem Papier von Herrn Dichgans, CDU und Gesprächskreis Wissenschaft und Wirtschaft, wird gefragt, was man, "wenn sich in einem Fachbereich ein Kollektiv marxistisch denkender Lehrerstudenten zusammenfindet", dann tun könne, um zu gewährleisten, daß diese niemals die Chance haben, an irgendeiner Schule auch tatsächlich ihre Kenntnisse und Fähigkeiten im Interesse der Schüler, im Interesse der Arbeiterklasse einzusetzen.
Diese generalklauselartigen Bestimmungen im Hochschulrahmengesetz, wie sie verschärft auch noch auftauchen in der offiziellen bundesweiten Verankerung des Ordnungsrechts mit der Verbannung von sog. Störern bis zu 4 Jahren von den Hochschulen, werden dann ergänzt durch die Drohung im bayrischen

Hochschulgesetz, die ich wirklich wörtlich zitieren möchte: "Ist die Ordnung und Sicherheit an einer Hochschule in einem solchen Ausmaß gestört, daß die Hochschule nicht mehr zur Erfüllung ihrer gesetzmäßigen Aufgaben in der Lage ist, kann das Staatsministerium für Kultur und Wissenschaft die Hochschule vorübergehend schließen, in dringenden Fällen kann die Hochschule ..." usw. usf. Das heißt, wir haben hier eine sehr breite Maßnahmenpalette der herrsehenden Klasse - ihrer reaktionärsten Vertreter CDU/CSU, ihrer Vertreter in der SPD-Regierung - gegenwärtig, die zum Ziel hat, nicht nur aktuell wirkende Maßnahmen gegen einzelne Personen, gegen Marxisten, gegen Sozialisten zu starten - wie sie im Berufsverbot zum Ausdruck kommen und dadurch auch natürlich langfristig bestimmte Einschüchterungswirkung erzielen sollen -, sondern auch gegen den Ausbildungsprozeß selbst, und gegen jede Tendenz zur organisierten Veränderung dieses Ausbildungsprozesses, Maßnahmen in den entsprechenden institutionellen Verankerungen, in den Hochschulgesetzen festzulegen. Ich will es bei diesem Bespiel bewenden lassen und möchte abschließend sagen, daß nach meiner Ansicht in der gegenwärtigen Situation wir nur dann in der Lage sein werden, aus dieser defensiven Position an den Hochschulen herauszukommen - die nicht nur durch das Wirken des "Bundes Freiheit der Wissenschaft" oder durch Gesetze, Berufsverbote oder "Notgemeinschaft" gekennzeichnet ist, sondern natürlich auch dadurch, daß innerhalb der Studentenschaft Gruppen, organisierte Gruppen auftreten, die die Politik der herrschenden Klasse nicht mehr irgendwie fortschrittlich oder mit einem Reformmäntelchen verbrähmen, sondern unmittelbar und offen reaktionär vertreten; dies ist in Westdeutschland etwa eine Organisation, die sich "Student und Gesellschaft" nennt und unmittelbar von Abs bis Flick hin bezahlt wird und an den Hochschulen auch so auftritt. Wir werden diese Situation also nur verändern können, wenn wir, wie der Genosse Altvater eben schon sagte, den Zersplitterungsprozeß innerhalb der linken Organisationen und Studenten an den Hochschulen überwinden, jedenfalls soweit überwinden, daß es weiterhin oder wieder möglich wird, gemeinsame Aktionen, gemeinsame Teilziele zu vertreten und durchzusetzen, und wenn wir auf der anderen Seite für die Masse der Studenten, für die fortschrittlichen Studenten nicht nur Ansatzpunkte ihrer späteren Organisierung in den Organisationen der Arbeiterklasse, in den Gewerkschaften, in der GEW usw. geben können, sondern wenn wir auch bereits während der Ausbildung dazu gelangen, für die Masse der Studenten konkrete Kooperationsmöglichkeiten mit diesen Gewerkschaften, mit den Organisationen der Arbeiterklasse aufzuzeigen und dies auch in vorsichtigen Schritten versuchen in die Realität umzusetzen, etwa wie es versucht worden ist an der Universität Bremen mit einem Kooperationsvertrag zwischen der dortigen Arbeiterkammer und der Universität. Dies ist ein Beispiel dafür, wie versucht werden sollte, diese Isolierung an der Hochschule zu überwinden, und im Bündnis und unter realer Anerkennung der Bündnisfähigkeit und der Bündnismöglichkeit, die wir gegenwärtig mit den Gewerkschaften als fortschrittliche Studenten und Organisationen haben, diese Ansätze voranzutreiben. Dann, glaube ich, wird es uns möglich sein, unsere gegenwärtige defensive Lage wiederum zu unseren Gunsten auch langfristig zu verändern.

MARGHERITA VON BRENTANO

PLURALISMUS ALS KAMPFBEGRIFF

Genossen

Eine kleine Korrektur zu Anfang. Auf das im Programm angekündigte Thema "Pluralismus als Kampfbegriff" werde ich allenfalls am Ende meines Beitrags zu sprechen kommen. Denn erstens wiederholt man sich nicht gern, und zweitens lag auch bei dem, was zu jenem Thema in der letzten Zeit zu sagen war, der Schwerpunkt nicht in der Pluralismusforschung, sondern auf dem "Kampfbegriff", also in der Untersuchung von Kampf- und Absicherungsstrategien; diese wechseln. Der Genosse Preuß hat gestern die Formel "freiheitlich demokratische Grundordnung" einen Kampfbegriff genannt und sie nach der Art ihrer Verwendung in den Ministerpräsidentenbeschlüssen als 'Ausschaltungsinstrument' bezeichnet. Das ist richtig, wir sind in der Tat zur Zeit mit dem Übergang von einer indirekten, mit Wissenschaftsbegriffen operierenden Eindämmungsstrategie zu einer direkten Ausschaltungsstrategie gegen Sozialisten konfrontiert. Ich will also mit diesen aktuellen Strategien und Kampfbegriffen anfangen.

Die Ministerpräsidentenbeschlüsse stellen eine neue Stufe und Qualität politischer Unterdrückung dar - das ist hier schon mehrmals in verschiedenen Varianten gesagt worden. Das ist zwar richtig, aber nur, wenn man es genau bestimmt. So allgemein gesagt, ist es falsch. Warum? Aus dem ganz banalen Grunde, weil die Unterdrückung und Sanktionen, die z.B. seit zwanzig Jahren Arbeiter, die aktive Kommunisten waren, getroffen haben, härter und folgenreicher sind als alles, was jemanden aus dem Bereich, auf den die jetzigen Beschlüsse zielen, treffen kann. (Beifall) Um es noch banaler zu sagen, am Beispiel Berufsverbot: wenn jemand aufgrund der Ministerpräsidenrenbeschlüsse vom Beruf des Studienrats oder Universitätslehrers ausgeschlossen wird, so kann er notfalls immer noch Arbeiter werden. Arbeiter, die als Kommunisten ihren Arbeitsplatz verloren und auf die schwarzen Listen kamen, konnten nicht notfalls Studienrat oder Hochschullehrer werden; sie waren nicht aus bestimmten qualifizierten Berufen ausgeschlossen, sondern unter Umständen von jeder Möglichkeit, sich und ihre Familien zu unterhalten. (Beifall) Ich sage das nicht, um abzuwiegeln, - aber wir neigen natürlich dazu, Repressionsmaßnahmen, die uns betreffen, in zu allgemeiner Weise und nicht nüchtern genug in ihrem spezifischen Kontext zu bewerten. Man muß also, wenn man, in der Tat mit Recht, von einer neuen Stufe und Qualität der Reaktion sprechen kann, genauer sagen, was das Neue an diesen Beschlüssen ist und was ihre Qualität ausmacht. Und dazu muß man sich klarmachen, welchen Bereich sie absichern sollen, und wovor. Das liegt zwar auf der Hand - aber die Formulierung der Beschlüsse verschleiert es zugleich; sie faßt den abzusichernden Bereich sehr weit, worauf die Öffentlichkeit hereinfällt, und faßt, wovor und vor wem gesichert werden soll, sehr eng, worauf einige unter uns hereinfallen..

Der Text der Beschlüsse spricht ja vom "Öffentlichen Dienst" insgesamt und von Beamten, Arbeitern, Angestellten in demselben. Das haben, wie Sie vielleicht dem "Spiegel" entnommen haben,, einige Adressaten, z.B. Behördenchefs

in Nordrhein-Westfalen wörtlich genommen, also mißverstanden, nämlich das Problem erörtert, ob sie nun für die Einstellung jeder Raumpflegerin einen Persilschein vom Verfassungsschutz benötigen. – Herr Kühn hat sich dann über solche Naivität verwundert. Natürlich meinen die Beschlüsse vornehmlich den Ausbildungssektor; aber natürlich hat es seinen Grund, daß sie vom "Öffentlichen Dienst" überhaupt sprechen, denn unter anderem besteht ihre Funktion darin, Wissenschaft, Forschung, Lehre, Ausbildung, als "Öffentlichen Dienst" zu qualifizieren und darauf zu reduzieren (was sie zwar auch sind, aber nur sekundär, kontingent, weil ein staatliches Monopol auf diesen Gebieten besteht, nicht aber ihrer primären Funktion nach sind), mit allen restriktiven Folgen.
Es geht aber nicht um den Öffentlichen Dienst überhaupt, gewiß nicht um Fensterputzer bei der Bundespost, sondern um den Bereich von Wissenschaft, Forschung, Lehre. Und auch nicht um ihn insgesamt, sondern speziell und spezifisch um den Ausbildungsbereich. Man muß es noch genauer sagen: um um den Bereich der Ausbildung, der allgemeine Ausbildung ist, Grundlegung und Ausbilder-Ausbildung. Also insbesonder um die Schule, in ihr besonders um die Stufen, die früher "höhere" genannt wurden, und in der Universität insbesondere um die Lehrerbildung. Dieser Bereich soll nun offenbar mit direkten politischen Maßnahmen diszipliniert und gesichert werden. Gegen wen, was, welche Gefahr?
Auch hier würden wir auf Formulierung und Taktik der Beschlüsse hereinfallen, wenn wir meinen: gegen erklärte Kommunisten. (Darauf, daß sie auch gegen rechts zielen, ist wohl ohnehin keiner hereingefallen.) Denn macht Euch klar: erklärte und erkennbare Kommunisten aus dem Ausbildungssektor herauszuhalten, hätte es der Beschlüsse nicht bedurft. Die kamen bisher schon nicht hinein, und da hat man andere Mittel. Wenn das zynisch klingt, so handelt es sich nicht um meinen Zynismus, sondern um die Feststellung eines zynischen Sachverhalts und Verhaltens. Vorsicht also beim Gebrauch des Ausdrucks "Berufsverbot". Die Beschlüsse sind Berufsverbot für einzelne nur sekundär, als Mittel für den primären Zweck der Disziplinierung Mehrerer, von denen man fürchtet, daß sie die Mehrheit, potentiell alle werden könnten. Sie sind Disziplinierung der in diesem Bereich schon wirksam werdenden, keineswegs übrigens nur sozialistischen, sondern gerade auch radikaldemokratischen Intelligenz, – und zwar auf deren eigenem Felde.
Das Neue, die veränderte Qualität scheint mir darin zu liegen:
Zum ersten Mal werden *direkte*, *politische* Maßnahmen getroffen gegen nicht mehr einzelne, sondern potentiell massenhafte Teile der Intelligenz *als Intelligenz*, d.h. in ihrem *eigenen* Gebiet, insofern dies ein für das Funktionieren der bestehenden Gesellschaft wichtiges Gebiet ist.
Ich wundere mich , daß niemand protestiert: es wurden ja Studenten diszipliniert, verurteilt, erschossen. Ja – aber man muß sich klarmachen, daß das Maßnahmen gegen einzelne waren; zwar Studenten oder Intelligenz, aber gegen sie als Demonstranten, Störer, vermeintliche oder wirkliche Widerstand leistende, Brandstifter, Terroristen, Bandenmitglieder.
Nicht gegen sie als Gruppe in ihrer spezifischen Funktion als Intelligenz.

Das geschieht jetzt und ist neu. Was bedeutet es, was folgt daraus für die Einschätzung unserer Situation, was für Konsequenzen können wir ziehen?

– Eine Nebenbemerkung dazu: Für die Analyse der eigenen Situation, Chancen und Aufgaben ist das Studium von Verhalten des Gegners, seiner Einschätzung dieser Situation sehr nützlich; man kann daran die Selbsteinschätzung korrigieren, etwas über eigene Schwächen, aber auch Stärken lernen. –
Das Faktum, das zugrundeliegt, ist zunächst der Rückzug der oppositionellen Bewegung in den eigenen Bereich von Wissenschaft, Ausbildung, und hier besonders in den Bereich, der nicht direkt der Produktion und Reproduktion dient, sondern deren allgemeinen Bedingungen: also der Sozialisationsprozeß, die Grund- und Allgemeinbildung, die Einübung von Rationalität, Anpassung, Fungibilität. Wenn die Ministerpräsidentenbeschlüsse nun diesen Bereich und insbesondere seine höheren Etagen durch direkte Eingriffe absichern, dann zeigt das, daß in ihm eine Veränderung im Gange ist, die seine bisherige Funktion bedroht. Welche? Die eben genannte, aber nicht schlechthin, sondern insofern sie zugleich Verteilerfunktion ist. Die höheren Stufen der Allgemeinbildung und Grundausbildung sind zugleich – Elmar Altvater hat vorhin schon einiges dazu gesagt – Garantie und Reproduktion von Elite, Oberschicht, Herstellung der Fähigkeiten und Verhaltensweisen, die für Leitungspositionen prädisponieren, zugleich Herstellung des richtigen Bewußtseins für Leitungsfunktionen. Auf der höchsten Etage, der Ausbilder-Ausbildung, also vor allem der ehemaligen Philos. Fakultät, aber auch der anderen, insofern sie ihren eigenen Nachwuchs ausbildeten, war die Funktion zugleich die der Legitimation für all dies. Diese wechselte und wechselt noch in ihren Figuren, und zwar je schneller, umso schwieriger das Geschäft der Legitimation dieser Gesellschaft wird. Die derzeit gängigen Figuren sind nur noch formal, Leerformeln, wie System, Struktur, Effizienz, Funktion, Wissenschaftlichkeit etc., und die entsprechenden Theorien. "Wissenschaftspluralismus" gehört als neuerdings gängige Formel dazu – das zum Zusammenhang jenes Themas mit dem heutigen.
Zu dieser Funktion der "spezifisch allgemeinen" Ausbildung und besonders zu ihren Legitimationstheorien gehört – das ist hier bereits gesagt worden, muß aber für diese Überlegung wiederholt werden –, daß sie mindestens teilweise blind, selbstverständlich, dadurch glaubwürdig geschieht, daß die Funktion verschleiert wird, – zur Zeit, wie gesagt, durch Selbstinterpretationen mittels der Begriffe Neutralität, Objektivität, Rationalität, "Wissenschaftlichkeit". Zwar mußte auch bisher dies Funktionieren trotz und gerade wegen seiner Bewußtlosigkeit abgesichert werden. Die Gefahr der Emanzipation, die in noch so denaturierter Rationalität und Wissenschaft liegt, mußte bekämpft werden. Aber bis gestern konnte die Sprengkraft dieses Bereichs eingedämmt werden mit Methoden, die eine Art Mimikry waren, Mittel dieses Feldes selber, die bloß zweckentfremdet wurden. Ich meine eben den Vorgang, in dem Elemente bestimmter Wissenschaftstheorien als Versatzstücke herumwandern, in den schon gänzlich theorielos gewordenen Winkeln bürgerlicher Wissenschaft als Legitimationsfigur aufgegriffen werden, in der Wissenschaftspolitik zur Monopolisierung der zugelassenen Denkweisen als Wissenschaft schlechthin und zum Kampf

gegen Theorien, die die Verschleierung durchbrechen, verwendet werden.

Wenn das nun nicht mehr ausreicht, wenn nun mit direkten Eingriffen und offen politisch diszipliniert werden soll, so zeigt das mindestens ein für uns Wichtiges. Was von manchen Gruppen hier für Resignation, Rückzug gehalten wird, wird von denen, die allen Grund haben, sich hier nicht zu irren, für eine wirkliche politische Gefahr gehalten, so sehr, daß ihr zum erstenmal im Bereich der Intelligenz direkt politisch begegnet werden muß. In einem viel banaleren, aber dafür konkreteren, nämlich auf hier und jetzt bezogenen Sinne scheint richtig, was Adorno gesagt hat, daß nämlich Theorie unsere Praxis ist. Daraus folgt: nichts wäre falscher als aufzugeben, was gerade erst begonnen hat, was als dritte Phase der Studentenbewegung bezeichnet wird, nämlich die Arbeit in und an der Wissenschaft, insbesondere dort, wo sie der Zurichtung der Menschen für den Kapitalismus indirekt, aber wirksam gedient hat und diesem ihrem Mißbrauch entzogen werden kann. (Beifall)
Das ist alles andere als 'Abschaffung' oder 'Zerschlagung' der Wissenschaft - auch wenn solche herumschwirrenden Worte ganz nützlich sein mögen, wenn man sieht, wie hoffnungsvoll die andere Seite sie zitiert. Das ist auch nicht - und da muß man wirklich mal genauer werden - Einführung einer besonderen Spielart von Wissenschaft ins pluralistische Konzert, nämlich einer "sozialistischen Wissenschaft", die man dann dosiert zulassen kann und, wenn sie stört, in die Pockenstation, in Quarantäne, nämlich in den Fachbereich 11, sperrt, wie es ja den Genossen vom OSI jetzt blüht. Ich kann Euch übrigens versichern, daß der Fachbereich 11 da nicht mitmacht.
Auch wenn hier manchmal abgekürzt und vereinfacht von "sozialistischer Wissenschaft" gesprochen wird, so ist das Gemeinte, das, was wir tun können und versuchen, mehr oder weniger, jedenfalls anderes, als das öffentliche Ge- Geschrei unterstellt.
Was nötig und möglich ist: z.B. Wissenschaftskritik, Entlarvung von Legitimationsfiguren, Aufstechen von Seifenblasen, Aufhören mit dem Dreschen leeren Strohs und zeigen, wo und warum das passiert.
Aber auch: Ansätze zu besserer, wissenschaftlicherer Wissenschaft, die ja auch, unter anderem, zur Produktion von Erkenntnissen statt von Verschleierung benutzt werden kann.
Die abkürzende Formel ist nicht einfach falsch - Sozialismus und Wissenschaft haben viel miteinander zu tun. Sie meint vielleicht im Augenblick noch am wenigsten das, was Brückner gestern ein bißchen utopisch und vorweg genannt hat, Herstellung einer Theorie der 'richtigen' sozialistischen Gesellschaft. Das hat noch Zeit; dazu muß wohlgemerkt die Gesellschaft selber erst hergestellt werden. Sie meint gewiß auch: Kenntnisnahme der marxistischen Klassiker, Marx-Lektüre z.B. (Die Verwunderung darüber, daß so viele Studenten Marx lesen, verrät wohl bloß, daß die sich Wundernden ihn nicht gelesen haben.)
Aber nicht nur das. Die Formel meint:
Überprüfung, Sichtung, Benutzung aller Elemente der Wissenschaft in ihren verschiedenen Disziplinen und ihrer beruflichen Anwendung daraufhin, wieweit sie auch schon in einer kapitalistischen Gesellschaft aus der völligen Abhän-

gigkeit von Profit- und Herrschaftsinteressen gelöst und mehr als bisher den Interessen der arbeitenden Mehrheit nutzbar gemacht werden können. Sie meint auch: Veränderung der organisatorischen Formen und Prozesse von Wissenschaftsproduktion, -vermittlung und -verwendung daraufhin, daß möglichst viele, potentiell alle, daran beteiligt werden können, ohne den Preis des Korrumpiertwerdens dafür bezahlen zu müssen. Nur das kann hier und jetzt konkret der Inhalt der Formel "sozialistische Wissenschaft" sein. Es ist nicht unwichtig zu erinnern, daß der Marxismus, der "wissenschaftliche Sozialismus" in seiner Entstehung und klassischen Gestalt Kritik des Kapitalismus durch die Kritik der bürgerlichen Wissenschaft hindurch war (im Titel "Kritik der politischen Ökonomie" bezeichnet "politische Ökonomie" eine Wissenschaft). Das ist er heute noch, denn solange die Gesellschaft kapitalistisch und die Wissenschaft neutral, also bürgerlich ist, kann Sozialismus in gar nichts anderem bestehen als in Kritik derselben, theoretischer und praktischer Kritik, und nicht in Ausmalung einer noch so "richtigen" sozialistischen Gesellschaft. (Beifall).

Vielleicht ist es unklug, was ich hier mache; vielleicht wäre es geschickter, die Leute im Glauben zu lassen, wir bastelten an einem Modell der "richtigen" sozialistischen Gesellschaft und bereicherten die pluralistische Ideenproduktion um diese Variante. Ich halte es aber für richtiger und nützlicher, offen zu sagen, was wir tun wollen und tun sollen, und darauf zu bestehen, daß dies nicht verfassungswidrig ist.

Damit komme ich nochmal auf die Kampfbegriffe zurück und auf den Gebrauch der Formel "freiheitlich demokratische Grundordnung"' als Kampf- und Ausschaltungsinstrument. Sie war es nicht immer, wie Preuß gesagt hat; nicht immer hat dies Wort im Verfassungstext diese Funktion gehabt.

Man sollte den Text des Ministerpräsidentenbeschlusses mit dem Verfassungstext vergleichen. Im Artikel 5 GG wird die Freiheit von Wissenschaft, Forschung und Lehre garantiert mit dem Zusatz, daß sie "nicht von der Treue zur Verfassung" entbindet. Das heißt garnichts anderes,, als daß die Freiheit der Wissenschaft, Forschung und Lehre die Geltung von Gesetzen und Verfassung nicht einschränkt, den Wissenschaftler nicht privilegiert; es ist eine Selbstverständlichkeit. Zwar stellt Art. 18 den Mißbrauch auch dieses Grundrechtes "zum Kampf gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung" unter Sanktion; die Formel erscheint also schon im ursprünglichen Text des GG, aber mit anderem Stellenwert als heute. Denn da heißt es ausdrücklich – und es ist schlimm, daß man solche Banalitäten heute ausdrücklich verkünden muß, aber ich habe in den gesamten öffentlichen Diskussionen über die Beschlüsse diese Selbstverständlichkeit bloß ein einziges Mal erwähnt gehört, und zwar von Alfred Grosser, der Ausländer ist und sich deshalb noch traut, es zu sagen –, also es heißt im Art. 18, daß Mißbrauch und die Feststellung, was Kampf gegen die Grundordnung ist, vom Verfassungsgericht getroffen wird. Nach dem Grundgesetz also ist der Verfassungstext Kriterium für Feststellung von Verfassungsfeindschaft. Der Verfassungstext liegt vor. Der des Mißbrauchs oder der Verfassungsfeindschaft Angeklagte kann sich also verteidigen, sich auf vorliegende Texte berufen, die diskutiert und interpretiert werden können. In dem jetzt aktuellen

Gebrauch der Formel "freiheitlich demokratische Grundordnung", insbesondere in den beiden Texten vom 28. Januar (Beschluß und Gemeinsame Erklärung) wird das Verhältnis umgekehrt. Ich rede nicht von philologischen Finessen. Was nämlich der Inhalt jener Formel sei, zu dem fortan - und nun zitiere ich aus beiden Schriftstücken - der Beamte, also auch Lehrer und Wissenschaftler sich "positiv zu bekennen" habe, für die er "Gewähr bieten muß, einzutreten" und zwar "jederzeit", für die er verpflichtet ist, "sich innerhalb und außerhalb des Dienstes einzusetzen", wird nicht definiert; es wird, sozusagen, jeder Definition, also auch Kontrolle enthoben durch den vagen Zusatz: "freiheitlich demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes". Was das Grundgesetz ist, weiß ich ch; was "der Sinn" des Grundgesetzes ist, weiß niemand genau, weil jeder sich etwas anders darunter vorstellen kann; die Arbeitgeberverbände zum Beispiel den Kapitalismus, obwohl ich nichts von ihm im Grundgesetz lese. Es gibt in den Beschlüssen vom 28. Januar nur einen einzigen Satz, der die Formel konkretisiert, nämlich der Satz: "Verfassungsfeindliche Bestrebungen stellen eine Verletzung dieser Verpflichtung dar." Was bedeutet das? Es bedeutet: hier wird nicht mehr Verfassungsfeindschaft an dem Positivum Verfassungstext definiert, sondern umgekehrt der "Sinn" der Verfassung, die mich verpflichtende Grundordnung, an dem Negativum Verfassungsfeindschaft. Verfassungsfeindschaft wird zum Definiens, zum terminus a quo, und was die Grundordnung oder deren "Sinn" ist, das also, wofür wir nun jederzeit, in und außerhalb des Dienstes, positiv eintreten sollen, etc., ist bloß noch bestimmt als das, wogegen die Verfassungsfeinde kämpfen. Diese selbst werden nicht und an nichts mehr definiert (auf die Frage "Wer bestimmt, was Verfassungsfeinde sind" antwortete in einer Fernsehsendung ein sozialdemokratischer Minister: "Na, wir"). Das ist keine Kleinigkeit. Das bedeutet in Wahrheit die Außerkraftsetzung der Verfassung, die Ersetzung ihres geschriebenen Textes durch ihren "Sinn", dem jeder unterlegen kann, was ihm besonders rettenswert scheint. Das ist, was Carl Schmitt den "Ausnahmezustand" nennt und zum Wesen des Politischen erklärt. Aber C. Schmitt, der in diesen Dingen ja keinen Grund zur Verschleierung hat, sagt auch, was diese Wesensbestimmung des Politischen für Freiheit und Demokratie für Konsequenzen hat: sie macht sie überflüssig, kann sie also ruhig als Ideologie entlarven. Wenn auch der Ausnahmezustand nicht "Wesen der Politik" ist, so doch das zu Ende gekommene Wesen der bürgerlichen Gesellschaft, dem er, Schmitt - der Theoretiker der Rechten kann sich das leisten - seine Wahrheit vorhält. Die auf ihr nacktes Wesen, am Ende auf den Ausnahmezustand gekommene bürgerliche Gesellschaft definiert sich am Feind, auch das ist bei Schmitt nachzulesen. Ins heutige Vokabular übersetzt und verwaschen, heißt das dann "freiheitlich demokratische Grundordnung", und wenn einer sagen soll, was sie ist, kann er immer bloß sagen: nicht rechtsextrem und nicht linksextrem. Da nun die Rechten nicht extrem sind, sondern sich heute gerade anschicken, den Staat zwecks Rettung zu übernehmen (Beifall), bleiben nur noch die linken Feinde, an denen sich die bürgerliche Gesellschaft ihren "Sinn" garantieren kann.
Die Kampfbegriffe gleichen sich - die indirekten "wissenschaftlichen" und die direkten politischen -, und sie gleichen sich darin, daß sie dezisionistisch füllbare Leerformeln sind, die sich bloß noch am Gegner, negativ, bestimmen las-

sen, aber eben deshalb jeden Inhalt, noch den schlechtesten, schützen.

Sie sind darin Index für den Zustand der kapitalistischen Gesellschaft, und ebenso für den prekären Zustand ihrer Legitimationsmechanismen. Die Gesellschaft als kapitalistische ist nicht mehr inhaltlich zu rechtfertigen, schon gar nicht mehr mit den Ideen, Theorien und politischen Figuren, unter denen das Bürgertum seine Macht erkämpft und begründet hat - Freiheit, Demokratie, Gerechtigkeit. Jede Konfrontation mit noch so ideologisch verzerrten Werten, auch den historisch eigenen, wäre heute in hohem Maße systemgefährdend. Also muß Ideologiefreiheit, Dezisionismus, Selbstbestimmung am Feind die Legitimationsfunktion übernehmen. Die Theorie, die als Gesellschafts- und Geisteswissenschaft solche inhaltlichen Legitimationen formulierte, kann dies also ebensowenig. Sie muß ihre bloße Form, unter den Titeln System, Wissenschaftlichkeit, Rationalität zur Zeitlosigkeit verklärt, zur Ersatzlegitimation ihrer selbst und des Systems, dem sie eingefügt ist, verwenden.
Wir sind nicht Verfassungsfeinde. Das Nötige darüber hat Preuß gesagt.. Schutz durch die und Schutz der Verfassung,die nicht von uns ausgehöhlt wird, ist Bedingung jeder Veränderung. Direkter Kampf wird unvermeidlich, wenn uns aufgezwungen; wir werden ihn nicht provozieren.
Unsere Aufgabe ist wichtig genug: Analyse, Aufdeckung und Zerstörung der Legitimationsfiguren, mit dem der Kapitalismus, der reale und doch schon lichtscheue Kern dieser Gesellschaft, sich absichern muß, und es schon schwerlich mehr kann. Theorie ist, jetzt und hier, richtige, nützliche und wichtige Praxis.

BERNHARD BLANKE

ZUR SPALTUNG DES OSI (Korreferat zu M. v. Brentano)

Genossen

Wenn hier kurz zur Problematik der OSI-Spaltung oder -Neugliederung etwas gesagt werden soll, dann nicht deswegen, um hier wehzuklagen über die besondere Situation unseres Institutes, sondern um daran anzuknüpfen, was Margherita von Brentano gesagt hat: daß man den Gegner sehr genau studieren muß; denn es zeigt sich sowohl am OSI als auch am Zentralinstitut für soziale Medizin ein Mechanismus der politischen Disziplinierung oder der politischen Unterdrückung von Marxisten in den Institutionen der Ausbildung, an dem deutlich wird, daß es nicht um direkte staatliche Eingriffe geht, sondern daß hier ein Gesamtprozeß von Zuträgertum, Denunziantentum und Mitwirkung von bestimmten politischen Hochschulorganisationen der Professoren in Gang gesetzt ist, der genau studiert werden muß, weil er u. E. sehr exemplarisch ist. Die zur Zeit von einer größeren Anzahl von Professoren - und es ist tatsächlich eine Professoreninitiative - des Fachbereichs 15 angestrengten Versuche, diesen Fachbereich zu spalten, ist in dreierlei Hinsicht exemplarisch.

Erstens exemplarisch deswegen, weil das punktuelle Berufsverbot - d.h. das Berufsverbot für einzelne, die man als Verfassungsfeinde deklariert - hier ergänzt wird - längerfristig gesehen - durch den Versuch, das staatliche Ausbildungsmonopol politisch einseitig auszuüben. Zweitens (oder 1b), weil hiermit zugleich exemplarisch eine Reform abgetötet wird und die Universität in jenem Teilbereich restaurativ neu gegliedert werden soll, der in der Tat einmal exemplarischer Beginn der Hochschulreform 1968 gewesen war.

Weil zweitens nun ein Institut wissenschaftsmethodisch nicht nach wissenschaftlichen Kriterien ausgerichtet, sondern in seiner wissenschaftlichen Arbeitsweise den herrschenden politischen Mehrheitsverhältnissen angepaßt, d.h. gleichgeschaltet werden soll, und weil die Marxisten hier aus einem Institut zunächst einmal institutionell ausgesondert werden, damit man sie später sowohl finanziell als auch in Sachen Berufsausübung einer besonderen Behandlung unterwerfen kann.

Und weil drittens dieser Prozeß der institutionellen Liquidierung des Marxismus an der Universität von Methoden der Diffamierung, der Lüge und des politischen Kräftespiels begleitet wird, die in der Tat nur an die finsteren Zeiten der Demagogen der Sozialisten- oder Kommunistenverfolgung erinnern.

Zum ersten Punkt, was den restaurativen Charakter dieser Neugliederung anbelangt: Restaurativ ist dieser Prozeß deswegen, weil mit einer Neugliederung die gesamte Fachbereichsordnung, d.h. alles, was institutionell und real an Hochschulreformen in den letzten fünf Jahren am Otto-Suhr-Institut durchgesetzt werden konnte -, was eben nicht bloß Reform war, sondern was zugleich institutionell die Möglichkeit gegeben hatte, daß hier der Marxismus in einer eigenständigen Form an der deutschen Universität sich entwickeln konnte -, daß das rückgängig gemacht wird und das alte Ordinarienprinzip schleichend wieder eingeführt werden soll. Das ist nicht nur ein sozusagen elitäres Problem,

oder das Problem einer bestimmten hochschulpolitischen oder ständischen Gruppe; denn es war gerade das Ordinarienprinzip, was dieser Universität es ermöglicht hat, quasi automatisch immer nur die wissenschaftlichen Ansätze oder immer nur die Theorien zu reproduzieren, die geeignet waren, die etablierte Gesellschaftsordnung zu garantieren. Hier hatte die Hochschulreform 1968 am Otto-Suhr-Institut und nachfolgend an vielen anderen Instituten zunächst einmal dieses Monopol aufgebrochen und institutionelle Rahmenbedingungen geschaffen, innerhalb derer es den Marxisten möglich war, sich an dieser Universität den Platz zu schaffen, der ihnen eigentlich zugestanden hätte. Das soll also nun restaurativ wieder abgebaut werden.
Zweitens. Zur allgemeinen Problematik solcher Bewegungen ist eigentlich gestern und heute genug gesagt worden, so daß ich hier nicht nochmal die ganzen Ableitungen bringen muß. Was aber wichtig erscheint, ist, daß der Ausbildungsbereich in seiner ganzen Auswirkung auf die tendenzielle Bildung von Klassenbewußtsein, auf die Bildung eines Wissens, das gegen die kapitalistische Gesellschaft, auf die Durchbrechung der Legitimation gerichtet ist - wie Margherita von Brentano gesagt hat -, daß dieser Ausbildungsbereich der herrschenden Klasse tatsächlich zu entschwinden drohte, und daß nun der Versuch gemacht wird, hier wieder die Politologen, Mediziner oder Soziologen - was auch immer da studiert werden soll - erneut in ihre Funktion, nämlich Ideologievermittler für die herrschende Klasse zu sein, zurückzubringen und alle anderen Tendenzen abzubauen. Und die Gefahr, die hier bestanden hatte oder noch immer besteht und deretwegen solche Neugliederungspläne gemacht werden, hat der Polizeisenator Neubauer einmal treffend und klar vor der Polizei so ausgedrückt (er bezog sich zwar nicht direkt auf die Universität): "Mörder und Bankräuber" - er bezog sich auf die Rote Armee Fraktion - "sind manches, aber sie sind keine Gefahr für unsere 'freiheitlich demokratische Grundordnung'. Die wirkliche Gefahr geht von den Kräften aus, die den 'langen Marsch durch die Institutionen' antreten wollen oder angetreten haben."
In dieser Situation der Gefahr, daß nämlich der Ausbildungsbereich, d.h. ein Teil der Universität, der herrschenden Klasse zu entschwinden droht, erinnerten sich die etablierten politischen, d.h. prokapitalistischen Parteien ihrer Vertreter in den staatlichen Institutionen und der gesetzlich gegebenen Möglichkeiten der Kontrolle, bzw. Ausschaltung sog. Radikaler aus dem Öffentlichen Dienst, wie sie anknüpfend an die Tradition der Sozialisten- und Kommunistenverfolgung nach 1945 auch in das Einstellungsrecht des Öffentlichen Dienstes in der BR eingeführt worden waren. Die angebliche Wendung gegen die Radikalen - das ist heute auch schon gesagt worden - ist natürlich nur eine Farce, weil Rechtsradikalismus immer staatstragend war und ist, während es in der Tat wirklich hier nur gegen den Linksradikalismus geht.
Wenn man aber jetzt noch einmal genauer die Begründungszusammenhänge und die Mechanismen betrachtet, mit denen hier an diesen Instituten, auch beim Zentralinstitut für soziale Medizin, versucht wurde oder versucht wird, die Marxisten institutionell zu liquidieren, dann fallen vier zentrale Behauptungen oder vier zentrale Lügen auf.

Die erste ist die des "dogmatischen Marxismus", der sich dem Gebot des Wissenschaftspluralismus nicht beugen wolle; gemeint ist damit die Tatsache, daß nicht nur an unserem Institut, sondern auch an anderen Instituten ein großer Teil der Dozenten sich nicht mehr an den von den ehemals Ton angebenden Professoren und ihrer wissenschaftstheoretischen Orientierung als "einzig wissenschaftlich" definierten Rahmen hält, sondern unabhängig und eigenständig daran gegangen ist, an die Tradition von Marx anzuknüpfen, die nahezu 100 Jahre verschüttet war. Der "Skandal" ist also nicht eine sog., wie Schwan sagt, "Intransigenz der Marxisten", sondern die Emanzipation des an der deutschen Universität in Lehre und Forschung vertretenen Marxismus von den Fesseln der antikommunistisch geprägten Marxologie.
Zweitens: In der Substanz der Argumentation unterscheiden sich hier alle diejenigen, die spalten wollen - ob sie nun der liberalen Aktion, den Reformsozialisten oder anderen angehören - in keiner Weise. Daß indes hier doch eine Gruppe existiert, wie die Reformsozialisten, die noch versuchen, sich der objektiven Logik ihrer eigenen Handlungen zu entziehen, indem sie a) auch in ihrem Institut sog. kritischen marxistischen Positionen einen Platz einräumen wollen und b) sogar dem zuvor als "dogmatisch" abqualifizierten Marxisten in einem anderen Fachbereich, nämlich dem Fachbereich 11, in der Lehrerausbildung, eine wichtige Aufgabe zuschreiben, liegt an ihrer ambivalenten Position der OSI-Reform gegenüber. Es ist, glaube ich, ganz wichtig, das einmal kurz zu skizzieren; denn diese Gruppen haben einerseits früher unter der Flagge der "Freiheit von Forschung und Lehre" tatsächlich sich an diesen Reformen beteiligt und sie getragen; aber sie stehen zugleich eben als Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei in der Pflicht der Kommunistenverfolgung. Und diese Pflicht der Kommunistenverfolgung gebietet es diesen sog. Reformsozialisten nun, auch ihre eigene Reform zu Grabe zu tragen, die es den Marxisten ermöglicht hatte, den einer wissenschaftlichen Theorie zustehenden Platz an der Universität einzunehmen. Noch spüren sie aber z.T. diesen Widerspruch; und dieser Widerspruch, nämlich einerseits also für Reform gewesen zu sein, andererseits hier in der Pflicht der Kommunistenverfolgung zu stehen, - dieser Widerspruch kann von ihnen nur durch eine weitere Lüge zugedeckt werden.

Das ist die berühmte Lüge von der "Leistungsunwilligkeit der Studenten", oder von der "sinkenden Qualifikation" oder Qualität der wissenschaftlichen Arbeit in Lehre und Forschung. Solche Behauptungen lassen sich natürlich nicht belegen, und sie sind auch völlig falsch. Sie sind aber enorm wichtig, weil das, was durch den "dogmatischen Marxismus", durch die "Leistungsunwilligkeit" dokumentiert wird und was jetzt zu dem dritten Punkt überleitet, nämlich zu der Frage der sog. Reformunwilligkeit , weil das die logischen Schritte sind, in denen hier außerstaatlich - nicht mit dem unmittelbar staatlichen Eingriff - sozusagen die Globke'sche Arbeit geleistet wird. Daß hier genau die Definitionsarbeit geleistet wird, die notwendig ist, um einzelne Leute oder Gruppen aus der Universität herauszuwerfen; daß hier Leute, die in der Universität sind, die mit dem Schein der Wissenschaftlichkeit auftreten, diese Definitionsarbeit leisten, die es überhaupt erst den staatlichen Instanzen ermöglichen , hier le-

gitimiert einzutreten, - das scheint mir das Wichtigste zu sein; die Legitimierung solcher Kommunistenverfolgung durch staatliche Institutionen wird hier in dieser Universität von solchen Gruppierungen geleistet.
Um es noch einmal kurz zusammenzufassen: Diese drei konstituierenden Lügen, erstens des "dogmatischen Marxismus", zweitens der "mangelnden Qualität und Qualifikation" und drittens der "Reformunwilligkeit", sind genauso exemplarisch für den Kampf gegen den Marxismus an der deutschen Universität wie die Methoden, mit denen diese Lügen verbreitet oder allmählich im öffentlichen Bewußtsein derart konsolidiert werden, daß den Opfern, denen in der monopolistisch organisierten Öffentlichkeit kaum eine Möglichkeit der Selbstdarstellung gegeben ist, nur der Schritt zu Mitteln bleibt, die den eingeschränkten Rahmen der einzig geduldeten und als legal definierten Mittel der Darstellung der eigenen Position und Meinung sprengen. Diese Mittel waren und sind an der Universität im wesentlichen die Vollversammlungen, die Streiks, die Kampagnen und die Demonstrationen. Und auch hier hatte die alte OSI-Reform darauf Rücksicht genommen, in der nämlich tatsächlich Vollversammlungen in der Satzung und in der Fachbereichsordnung legalisiert waren, und genau hiergegen geht der vierte Angriff derer, die hier versuchen, die Marxisten institutionell zu liquidieren. Gegen diese Form der Herstellung einer demokratischen Öffentlichkeit und der hochschulpolitischen Willensbildung richtet sich eben folgerichtig dieser letzte Angriff derer, die nach Gründen suchen, die institutionelle Liquidierung zu rechtfertigen. Es wird von einer "Atmosphäre des Terrors" oder auch nur des "Drucks durch nicht legitimierte studentische Vollversammlungen", die zu Handlungsunfähigkeit der Reformer geführt haben sollen, gesprochen, und solche Vorwürfe haben sich in der Zwischenzeit in der öffentlichen Meinung derart verfestigt, daß die Gesamtkette dieser vier Argumente – dogmatischer Marxismus, mangelnde Qualifikation, Reformunwilligkeit, Terror –, daß diese vier Argumente scheinbar herhalten können und scheinbar die Neugliederung und institutionelle Liquidierung garantieren.
Um am Schluß noch eins zu sagen: der politische Skandal der ganzen OSI-Neugliederung und Spaltungsgeschichte ist der, daß hier eine Reform in dem Augenblick zurückgenommen wird, die Restauration in dem Moment einsetzt, in dem eben gerade mittels demokratischer Methoden ein Ergebnis zustandegekommen ist, das nicht im Interesse derer war, die hier als Träger der kapitalistischen Macht an der Universität fungieren, der Professoren und der sog. Reformer. Was ihnen 1968 noch sehr gut in den Kram gepaßt hatte, nämlich die OSI-Besetzung, die Rektoratsbesetzung, die Vollversammlung usw. ; alle diese Mittel der politischen Willensbildung werden heute, 1972, wo sie Ziele artikulieren, die den Reformern nicht mehr in den Kram passen - nämlich das Ziel der fundamentalen Veränderung der kapitalistischen Gesellschaft und die dazu dringend notwendige wissenschaftliche Analyse dieser Verhältnisse, ohne die jeder Versuch der Veränderung zum Scheitern verurteilt sein wird –, werden heute als "Terror" qualifiziert.

EIN KOLLEGE DES AJLE

BERUFSVERBOT UND SCHULREFORM*

I. Der Kollege Laux hat studiert, die 1. Staatsprüfung abgelegt, als Referendar den Vorbereitungsdienst absolviert und die zweite Staatsprüfung als Lehrer bestanden. Die Hamburger Schulbehörde lehnte seine Bewerbung für den Schuldienst ab. Eine Begründung gibt sie nicht. Laux war aktiver und kritischer Sprecher eines Lehrerausbildungsseminars und arbeitete als Nichtmitglied in einer DKP-Lehrergruppe mit. Die Bewerbung der Kollegin Nürnberg für den Schuldienst wurde vom Kultusministerium Rheinland-Pfalz abschlägig beschieden. Sie war in ihrer Studienzeit Mitglied der Studentenorganisation "Spartakus".
Der Kollege Booß wird trotz hervorragenden Examens vom Kultusministerium in Nordrhein-Westfalen nicht in das Beamtenverhältnis übernommen. Booß ist Mitglied der DKP. Aus demselben Grund wird dem Kollegen Fichtner in Nordrhein-Westfalen und der Kollegin Gohl in Hamburg der Zutritt zum Schuldienst verwehrt.
Der Kollege Richter in Schleswig-Holstein wird aus dem Schuldienst entlassen. Er war Mitglied des Flensburger Sozialistischen Zentrums.
Der Kollege Schork wird vom Oberschulamt Nordbaden aus dem Beamtenverhältnis entlassen. Schork war Mitglied des ehemaligen Sozialistischen Patientenkollektivs an der Uni Heidelberg.
Wir könnten die uns für das Referat zur Verfügung gestellte Zeit spielend mit der Nennung anderer bekannter Fälle füllen. Das Sozialistische Büro in Offenbach hat in einer Dokumentation allein 37 Fälle geschildert.
In stärkerem Maße als die Repressionen von Hochschullehrern gehören die Maßnahmen des Staatsapparats gegen Lehrer inzwischen zum Schulalltag. Dabei sind die bekannt gewordenen Nichteinstellungen und Suspendierungen nur die härtesten Maßnahmen, sozusagen die Spitze des Eisbergs. Den Eisberg selbst bilden die ungezählten Repressionen, denen die sogenannten "linken" Lehrer permanent bei der Ausübung ihres Berufes ausgesetzt sind. Doch davon später.

II. Elmar Altvater hat in seinem Referat deutlich gemacht, daß die Entwicklung der Reform des Ausbildungssektors zur technokratischen Reform kein systemneutraler Prozeß ist, sondern repressive Eingriffe des Staates in den Ausbildungssektor notwendig nach sich zieht. Ähnliches läßt sich natürlich für die Schule ebenso dokumentieren.
Wir wollen uns hier der Gesamtschule zuwenden, die als ein Kernstück der demokratischen Schulreform par excellence, als Planspiel der Demokratie unser aller Interesse geweckt hat, und zwar in der verschiedensten Art und Weise.
III. Erinnern wir uns kurz an den Beginn der Gesamtschuldiskussion. Sie wurde beherrscht von den Evers und Rollfs, dem Bildungsrat und dem Wissenschaftsrat, die mit der Schulreform nichts weniger im Sinn zu haben schienen, als

* Das Referat wurde im Auftrag des Bundesvorstandes des AJLE vorgetragen. Dem Berliner Sprecher des AJLE war von der Berliner GEW Redeverbot erteilt worden.

hier die durch den bewußtgewordenen Bildungsnotstand entstandene Mobilität zu nutzen für eine demokratische Umgestaltung des Bildungswesens, in dem es keine reaktionären Schulämter und -direktoren gab, keine hierarchischen Strukturen, das nicht betroffen war von den Interessen der Wirtschaft. Schlagworte wie "Chancengleichheit" und "Bürgerrecht auf Bildung", "Erziehung zum eigenverantwortlichen Handeln" und zum "begründeten Gegenverhalten", "objektivierte Leistungsmessung" beherrschten die Diskussion. Der Erfolg der Revolte im Ausbildungssektor schien auch, was die Schule betraf, gesichert, die Möglichkeit der gesellschaftskritischen Ausbildung mit dem Ziel der Veränderung der Gesellschaft schien erkämpft zu sein.
Doch hatten Forderungen nach "Anpassung des Ausbildungswesens an die Erfordernisse der modernen Industriegesellschaft" - wir wissen heut nur zu gut, was damit gemeint war - uns schon damals mißtrauisch gemacht. Zu Recht!
IV. Schauen wir uns den realen Prozeß der Entwicklung der Gesamtschulreform an, und wir sehen, daß unser Mißtrauen berechtigt war. Niemand wird heute mehr so vermessen sein zu behaupten, diese Entwicklung habe gehalten, was die Diskussion versprach. Im Gegenteil: Die Reform trägt sich auf dem Rücken derjenigen aus, die glauben, sie im Sinne der vielversprechenden Konzeptionen durchführen zu können, und derjenigen, die von der Reform profitieren sollten.
Wir wissen heute nur zu gut, daß das System der "Fachleistungs-" oder "Niveaukurse" der Forderung nach "Chancengleichheit" Hohn lacht. Nichts, aber auch gar nichts täuscht uns darüber hinweg, daß das Kurssystem der Gesamtschule nichts anderes ist als ein riesiges Sieb, das in optimalerer Weise als die Dreigliedrigkeit des alten Schulsystems selektiert und damit das Prinzip der "Durchlässigkeit" aufhebt. Während dieser Anspruch in der Gesamtschule zumindest als Prinzip noch aufrecht erhalten werden konnte, wird er heute durch den forcierten Aufbau von Mittelstufenzentren auch formal abgebaut, indem sie einem Teil der Schüler den Zugang zum Abitur a priori verbauen.

Ein weiteres programmatisches Ziel der Gesamtschulkonzeption war das der Verwissenschaftlichung der Methoden des Lehrens und der Bewertung. Doch die "objektivierte Leistungsmessung", die für Gesamtschule und Mittelstufenzentren gelten soll, dient nicht dazu, die Bewertung der Schüler zu befreien von den Vorurteilen der Lehrer einzelnen Schülern gegenüber, sondern sie stellt viel besser als diese individuelle Bewertung das Drahtgeflecht des Siebes dar und hilft so, die Auslese optimaler zu gestalten.
Wir sehen, daß auch heute die Kinder der herrschenden Klasse und des Mittelstandes in den oberen Kursen dominieren, den Kindern der Arbeiterklasse bleiben die unteren, wie ihnen früher die mehr oder weniger erfolgreiche Absolvierung der Volksschule als notdürftige Ausbildung ihrer Arbeitskraft beschieden war. Die Fluktuation zwischen den Kursen ist gering. So bleibt die Schule als institutionelles Mittel der Reproduktion des Verhältnisses von Lohnarbeit und Kapital in hervorragender Art und Weise erhalten.
Gehen wir über zu einem weiteren Anspruch: Die Mitbestimmung und Kontrolle der Ausbilder und Ausgebildeten über Lehrformen und -inhalte ist degene-

riert zur formalen Mitwirkung an Entscheidungsprozessen in verschiedenen Teilbereichen der Schule. Man vergleiche z. B. das neue Mitbestimmungsgesetz für die Berliner Schulen.
Ein Ziel aber ist aufrecht erhalten: die "Ausschöpfung der Begabungsreserven". Allerdings mit einer ganz anderen Perspektive als die Väter der Reform es geplant hatten. Denn der Nachwuchs der herrschenden Klasse und des Mittelstandes reicht nicht aus, den steigenden Bedarf von Staat und Industrie an höher- und mittelqualifizierten Kadern zu decken. Die Reserven im Proletariat selbst müssen mobilisiert werden, um im internationalen Konkurrenzkampf bestehen zu können.
Wir konstatieren als Ergebnis dieser Entwicklung die technokratische Gesamtschule und nicht die demokratische. Wir erkennen das Kurssystem als das genaue Gegenteil des Prinzips der "Chancengleichheit", nämlich als einen optimalisierten Selektionsprozeß, die "objektivierte Leistungsmessung" als Mittel zur Sicherung dieser Selektion; ferner die "Erziehung zum eigenverantwortlichen Handeln" und zum "Lernen des Lernens" als die Erziehung zur möglichst reibungslosen und schnellen Anpassung an sich ändernde Produktionsprozesse.

Wir sind nicht hierher gekommen, um einen weinenden Grabgesang auf das Scheitern der "demokratischen Reform des Ausbildungssektors" anzustimmen, da wir die Gründe des "Scheiterns" als gesellschaftliche nur zu gut erkannt haben. Deshalb haben wir sie als bekannt vorausgesetzt und uns auf die Schilderung der Erscheinungsformen der Entwicklung der Schulreform beschränkt. Die Frage, der wir uns vielmehr zuwenden wollen, ist, wie sich staatliche Maßnahmen wie das Berufsverbot vermitteln mit dieser Entwicklung.
V. Die Entwicklung der technokratischen Schulreform konnte natürlich nicht widerspruchsfrei verlaufen. Sie gerät notwendig in Widerspruch mit den Interessen derjenigen Lehrer und Schüler, die versuchen, die Gesamtschule als das zu nutzen, als das sie ihnen projektiert war: als Institution zur Emanzipation der Individuen, zur Aufklärung über die Organisation unseres Wirtschafts- und Gesellschaftssystems, die Erziehung zum Widerstand gegen Ausbeutung und Klassenherrschaft, wobei diese Interessen am konsequentesten von sozialistischen Lehrern vertreten werden. Sie stellen den Sand im Getriebe der technokratischen Reform dar, die dysfunktional zu werden droht, sobald in größerem Umfange die Bedürfnisse der Lehrer und Schüler zu Lasten der Effizienzsteigerung sich durchzusetzen drohen.
Können wir davon ausgehen, daß die Gesamtschule in ihrer heutigen Form eindeutig an den Interessen des Kapitals orientiert ist, daß der Staat als kapitalistischer Staat eben diesen Interessen Genüge tun muß, so wird uns deutlich, daß dieser Staat zur Lösung des entstehenden Widerspruchs zwischen den Bedingungen der Kapitalverwertung und den Interessen progressiver und sozialistischer Lehrer bzw. den Interessen der in den Schulen ausgebildeten Arbeiterklasse, daß dieser Staat zu repressiven Mitteln greifen muß in Form des Berufsverbots und des Eingriffs in die Berufsausübung von Lehrern. Es wäre kurzgeschlossen und einfach falsch, diese Maßnahmen als Maßnahmen der "arbeiterverräterischen" Sozialdemokratie zu denunzieren, da dies die Augen verschließen heißt vor dem objektiven Wi-

derspruch, der solche Maßnahmen erfordert, egal ob die Regierung sozialdemokratisch ist oder christdemokratisch.
VI. Doch müssen wir uns eindrücklich vor Augen führen, daß das Berufsverbot nur eine Form der Repression darstellt, sicherlich die schärfste, da sie den betroffenen Kollegen die materielle Basis entzieht. Die Repression nimmt sublimere Formen an unterhalb der Wasseroberfläche der Beschlüsse der Ministerpräsidenten. Sehen wir uns einige Fälle an, bei denen das Berufsverbot bei bereits bestallten Lehrern angewendet wurde, so bemerken wir, daß meist eben solche sublime Formen der Repression praktiziert werden und das Berufsverbot erst dann angewendet wird, wenn sie zur Einschüchterung der Kollegen nicht verfangen.
Die Anwesenden kennen sicherlich den Fall der Kollegen Böttiger, Körber und Kühn, die an der Gesamtschule Fröndenberg Schülern des 6. Schuljahres den entfremdeten Charakter der Arbeit am Beispiel der Fließbandarbeit einer im Orte ansässigen Fabrik bewußt zu machen suchten. Ihre Unterrichtseinheit umfaßte unter anderem die Beschreibung von Konflikten in Arbeiterfamilien, Betriebsbesichtigungen und das Durchspielen simulierter Fließbandproduktion. Sie führte zu einer aktiven Teilnahme der Schüler an der Gestaltung des Unterrichts, dazu, daß ihnen Herrschaftsmechanismen des Betriebes bewußt wurden und sie die Industriearbeit als das erkannten, was sie ist: als Ausbeutung von Lohnarbeitern. Eine konzertierte Aktion der ortsansässigen Unternehmer, der lokalen und regionalen Presse und der Schulbürokratie brachte das Projekt zu Fall. Die Lehrer mußten erkennen, daß die Erzeugung von gesellschaftskritischem Bewußtsein und die Aufdeckung ökonomischer Strukturen an der Gesamtschule nicht gefragt ist. Heute sind diese Lehrer an andere Schulen versetzt.

Sie beschreiben ihre Erfahrung:
"Reformer, Liberale oder Antiautoritäre können sich zwangsläufig nur solange einer Spielwiese in der Erziehung erfreuen, wie der Kapitalismus sich ebensoviele Curriculumenthusiasten leisten kann, wie die Mächtigen früher Hofnarren. Wenn die Krise des Systems sich durch die Vorboten des 'gewöhnlichen Faschismus' ankündigt, ist die Zeit der Hofnarren vorbei. Dieser Zeitpunkt kann erreicht sein."
Die Unterrichtseinheit sei "tendenziös" und "nicht der Wirklichkeit des Arbeitslebens angepaßt", argumentierte der betroffene Unternehmer. So bestätigt sich uns die Erfahrung, daß die von Marx getroffene Feststellung, die herrschenden Gedanken seien die Gedanken der herrschenden Klasse, heute so gut wie zuvor gilt.
Oder nehmen wir den Fall des Kollegen Freitag, der zusammen mit seinem Kollegen Weiler Aktionen von Essener Lehrlingsarbeitsgemeinschaften unterstützt und für Demonstrationen und Flugblätter verantwortlich gezeichnet hatte. Die Lehrlinge hatten die katastrophalen Zustände der Lehrlingsausbildung in Essener Betrieben angeprangert und einen SPD-Abgeordneten "Ausbeuter" genannt. Rolf Freitag wurde auf Betreiben des Oberstudiendirektors an eine andere Schule versetzt.
Ohne Zweifel hat die Schul- und Kultusbürokratie vor der solidarischen Unter-

stützung der Lehrer für Schülerforderungen und -aktionen die größte Angst, da sie den Unterdrückungsmechanismus der Schule durchlöchert. Dieser Vorgang ist nicht neu. Schon 1968 hatte der damalige Berliner Schulsenator Evers - einer der Protagonisten der Schulreform - in einem Rundschreiben bei Androhung disziplinarrechtlicher Maßnahmen die Zusammenarbeit von Lehrern mit politischen Schülergruppen verboten.
Die Feststellung, daß "Erziehung zum demokratisch verantwortlichen Handeln" auch politisches Handeln erfordert, scheint für die Schule nicht zu gelten.
Diese beiden Fälle sollen nur stellvertretend für viele andere dargestellt werden. Wir kennen die Fälle von Nichteinstellung von Lehrern, wissen um die politische Zensierung im zweiten Staatsexamen, beobachten permanent die Zensierung von kritischen Unterrichtsreihen. Die Aufzählung der Formen und Fälle könnte Bücher füllen. Wir müssen uns hier mit wenigen Hinweisen begnügen.

VII. Wenn wir allerdings nicht nur hilflos dieser Entwicklung gegenüberstehen wollen, müssen wir nach den organisatorischen Formen fragen, die uns helfen, ihr entgegenzutreten.
Wir sind heute an den Schulen nicht in der Lage, die Entscheidung eines Schulamtes, einen Kollegen zu suspendieren, ohne weiteres zu verhindern. Jeder Fall erfordert neuen Kampf, erfordert jeweils von neuem unser geschlossenes solidarisches Handeln. Wir sind gezwungen, immer wieder Bündnisse einzugehen mit all denen, die bereit sind, in dem einen oder anderen Fall mit uns zu kämpfen. Und die Auseinandersetzung um die politische Linie muß bisweilen und bis zu einem gewissen Grade zurücktreten gegenüber dem Kampf gegen den gemeinsamen Feind.
Deshalb haben wir es auch für nötig erachtet, hier dieses Referat zu halten und diesen Kongreß zu unterstützen, ohne mit den Gruppen, die ihn vorbereitet haben, bis in die letzte theoretische Sequenz übereinzustimmen. Wir wollten beweisen, daß die Front derjenigen, die gewillt sind, der Repression entschlossen entgegenzutreten, über die Hochschule hinausreicht. Es gilt hier zu demonstrieren, daß es noch Teile in der Gewerkschaft gibt - und sie werden sicherlich nicht kleiner, sondern größer werden -, die bereit sind, die Interessen der Gewerkschaftsmitglieder konsequent zu vertreten. Die Tatsache, daß hier gestern schon andere Gewerkschafter gesprochen haben, zeigt, daß wir nicht alleine stehen. Sicherlich unterstützt die Gewerkschaft in ihrer Gesamtheit nicht diesen Kampf in der Art und Weise, wie wir das für notwendig und wünschenswert halten. Würde sie das tun, die Staatsorgane könnten es nicht wagen, ein "Berufsverbot" auszusprechen. Aber eines ist sicher: ohne die Gewerkschaftsarbeit hätten wir nicht einmal die Erfolge, die wir heute verzeichnen, erreichen können. In vielen Fällen hat die Mobilisierung der Basis der Gewerkschaftsmitglieder die Suspendierung oder Nichteinstellung von Kollegen verhindert. Man vergleiche nur die einschlägigen Anträge und Entschließungen der verschiedenen Untergliederungen der GEW.
Nur die solidarische Unterstützung der Gewerkschaftsmitglieder für unseren Kampf kann zum Erfolg führen. Dazu ist es notwendig, die Basis für die Durchsetzung von Forderungen zu mobilisieren und so die Führung zu zwingen, sich für diese

Forderungen einzusetzen. Es ist aber auch andererseits notwendig, daß die Studenten ihre teilweise gewerkschaftsfeindliche Haltung zumindest noch einmal überdenken, überlegen, wie sie unseren Kampf unterstützen können.

Solidarität ist auch in der Schule unsere stärkste Waffe.

EIN GENOSSE DER MLH-BAU (Korreferat zum AJLE)

Kommilitonen und Genossen
Das Interesse des Kapitals an der Hochschulausbildung bezieht sich - bei aller Widersprüchlichkeit in der konkreten Durchsetzung dieses Interesses - auf zweierlei. Einmal ist das Kapital daran interessiert, mit möglichst geringem Kostenaufwand bestimmte Qualifikationen zu erhalten, zum anderen gehört zur Ausbildung als Berufsausbildung auch das, was wir gerade jetzt in verstärktem Maße erleben: die politische Funktionalisierung für den kapitalistischen Verwertungsprozeß, in dem wir später stehen sollen.
Wenn die Marxistisch-Leninistischen Hochschulgruppen ihre Politik an der Hochschule daher an den Bedingungen der Berufspraxis orientieren, so ist der Grund dafür ein doppelter: Einerseits schafft das Kapital selbst die Grundlage für diese Orientierung durch die direkte fachliche und politische Funktionalisierung der Hochschulausbildung für den Beruf. Andererseits erkennen wir es als unser eigenes Interesse, uns an der Hochschule auf unsere spätere Praxis als Lohnabhängige vorzubereiten. Die Orientierung der Hochschulpolitik an den Bedingungen der Berufspraxis überwindet die Fixierung auf den Staat als Organisator der kapitalistischen Hochschulreform und damit die Fixierung an die schließlich immer refomistischen Grenzen des isolierten institutionellen Kampfes. Bevor wir uns nun fragen, welche Konsequenzen es hat, die Hochschulpolitik an der Berufspraxis zu orientieren, wollen wir kurz auf die für uns entscheidenden Momente dieser Berufspraxis eingehen.
Diejenigen von uns, die in den Forschungs-, Entwicklungs- und Konstruktionsabteilungen der kapitalistischen Betriebe später Wert und Mehrwert für die Kapitalisten schaffen werden, sehen immer deutlicher: ihre Privilegien verlieren an Bedeutung gegenüber drohender Dequalifizierung und Arbeitsplatzunsicherheit; auf der subjektiven Seite zunehmende Gleichgültigkeit gegenüber dem konkreten Arbeitsprozeß. Sind somit die objektiven Bedingungen dafür gegeben, daß wir uns - Konsequenz der Erkenntnis unserer Stellung im Produktionsprozeß - in den kommenden Klassenkämpfen an unserem Arbeitsplatz mit der Arbeiterklasse solidarisieren und vereinheitlichen können, so sehen wir uns dem massiven Versuch des Kapitals gegenüber, diese Solidarisierung zu verhindern.

Im Bereich der Bewußtseinsbildung versucht das Kapital mit allem Raffinement den technischen Angestellten des Mittelmanagements die Illusion zu vermitteln,

sie handelten aus eigenem Antrieb. Das damit verbundene Selbstverwirklichungsangebot - zu dem noch die Illusion hinzukommt, klassenneutrale Bedürfnisplanung zu betreiben und damit die Menschheit zu beglücken - soll die Erkenntnis der Verwertungssituation verhindern und damit auch die Erkenntnis des Kapitals als Klassenfeind. Als Unternehmensziel wird nicht die Profitmaximierung hingestellt, sondern der ökonomische Aufstieg der Firma als ganze. Bekanntes Motto: "Wir sitzen ja alle in einem Boot".
Aber auch politisch versucht das Kapital, diejenigen von uns, die zu dem technisch-wissenschaftlich qualifizierten Lohnarbeitern gehören werden, an der Solidarisierung mit der Arbeiterklasse zu hindern. Ein Beispiel dafür ist das Betriebsverfassungsgesetz, demzufolge Arbeiter und Angestellte nur auf besonderen Antrag gemeinsame Betriebsräte wählen, oder der Versuch vieler Kapitalisten, aktive und qualifizierte Kollegen noch schnell vor den Betriebsratswahlen zu leitenden Angestellten zu ernennen, die dann nicht mehr wählbar sind. Im Bereich der politischen Organisierung kommt zu der Spaltung der Massenorganisationen der Arbeiterklasse im Deutschen Gewerkschaftsbund und der DAG in letzter Zeit das Auftreten reaktionärer Verbände wie der "Union der leitenden Angestellten", die versuchen, sich mit Sprecherausschüssen in den Betrieben als dritte Kraft zu konstituieren; eine dritte Kraft, die bei allen betrieblichen Auseinandersetzungen fest auf Unternehmerseite steht.
Auch für diejenigen von uns, die später als Lehrer beim Staat angestellt oder beamtet sein werden, schlägt die Verschärfung der Arbeitsbedingungen - 60-70-Stundenwoche in der Grundschule -, schlägt die Dequalifizierung, die Aufhebung dessen, was ihnen lange Zeit als Privilegien erschien, immer stärker durch. Parallel zu der Überführung des Dreiklassenschulsystems in ein durchlässig - lenkbares Stufensystem vollzieht sich die Überführung des Dreiständesystems der Lehrer in eine hierarchisch gestaffelte Leistungsbürokratie, in eine Hierarchisierung nach professionellen "Nur-Erziehern" und pädagogischen und technischen Assistenten, bzw. Hilfskräften für Korrektur- und Überwachungsaufgaben. Diese Hierarchisierung soll eine politische Solidarisierung durch Bewertungs-, d.h. Besoldungsunterschiede verhindern. Die konkrete Aufgabe der Lehrer ist es, die Kinderköpfe im Hinblick auf ihre spätere Verwertbarkeit im Produktionsprozeß zu bearbeiten, sie mit Lernzielkontrollen, differenziertem Notensystem, Leistungsanreizen und Testbögen frühzeitig an Akkord, Stoppuhr, Fließband und die objektiven Arbeitsplatzbewertungsverfahren zu gewöhnen.

Da sich demgegenüber das technokratische Geschwätz von "Fortschritt" und "Chancengleichheit" in immer stärkerem Maße als Propagandalüge entlarvt, da die sozialen Privilegien der Lehrer in immer größerem Maße abgebaut werden, da es also auch den staatlichen Lohnabhängigen immer mehr gelingt, den Staatsfetisch zu durchdringen, muß die Bourgeoisie die Zwangsjacke der politischen Disziplinierung enger ziehen, um sich die Loyalität und ideologische Festigkeit ihrer Staatsdiener zu sichern. Die Hamburger Beschlüsse zur Verschärfung des Beamtenrechts sind ein Beispiel für die massiven Versuche der Bourgeoisie, uns politisch einzuschüchtern.
Wie bereiten wir uns nun auf die politische Arbeit im Beruf an der Hoch-

schule vor? In Abkehr von einem, an dem Traum einer revolutionären Berufspraxis orientierten sozialistischen Studium brauchen wir eine an der realen Entwicklung des jeweiligen Berufsfeldes (mit allen seinen anarchischen und widersprüchlichen Tendenzen) ausgerichtete Berufsqualifikation. (Beifall) Diese Ausbildung ist insofern bürgerliches Studium, als sie solche fachliche Qualifikation vermittelt, die der Dequalifikation unserer Arbeitskraft entgegenzuwirken vermag. Es ist klar, daß diese auf die langfristige Sicherung der individuellen Reproduktionsbedingungen angelegten Forderungen im ökonomischen Kampf, z.B. um fortschrittliche Ausbildungsinhalte oder kollektive Arbeitsformen, nur soweit durchsetzbar sind, wie die langfristigen Interessen des Kapitals, bzw. der in dem jeweiligen Ausbildungsbereich einflußreichsten Kapitalgruppe, das zulassen.
Wir müssen aber sorgfältig unterscheiden zwischen den ökonomischen Bedingungen der Kapitalbewegung und den politischen Interessen der Bourgeoisie, in unsere Ausbildung Elemente zu integrieren, die uns im Beruf objektiv und subjektiv von einem Bündnis, bzw. der Vereinheitlichung mit der Arbeiterklasse abhalten sollen. Unsere Ausbildung muß also insofern "antikapitalistisches Studium" sein, als wir lernen, diese politischen Interessen aufgrund der Analyse der objektiven kapitalistischen Entwicklung auch hinter der Fassade der bürgerlichen Ideologie zu erkennen und organisiert zu bekämpfen. Zur materialistischen Ableitung taktischer, d.h. grundsätzlich auch im Kapitalismus durchsetzbarer Forderungen und zur Denunziation der Politik des Kapitals an der Hochschule und in der Berufspraxis stellen wir nach Ausbildungsbereichen spezifizierte Untersuchungen an. Um nur ein Beispiel dafür zu nennen, wie sich auch in der Studienform ökonomische und politische Interessen des Kapitals durchsetzen: Das Projektstudium in der Technikerausbildung beruht einerseits auf der arbeitsmethodischen Notwendigkeit zur Lösung komplexer Probleme, andererseits enthält es die Gefahr der Anpassung an die Interessen der Bourgeoisie durch das Angebot der Identifikation mit dem Arbeitsziel in - bis zu einem gewissen Grad - selbstbestimmter Arbeit. Gelingt es uns aber, diese Mystifikation des Projektstudiums als Abbild der ideologischen Spaltungsversuche des Kapitals in der Berufspraxis zu durchbrechen, so entfaltet sich sein innerer Widerspruch als günstige Voraussetzung für das Hineintragen antikapitalistischer politischer Qualifikation.
Die Orientierung der Politik der MLH-Gruppen an der Berufspraxis ist zwar nicht ausschließlicher Ausgangspunkt, aber materieller Unterbau der Massenarbeit an der Hochschule. Das bedeutet gleichzeitig, daß unsere Politik hauptseitig nicht vom Abwehrkampf gegen die Angriffe des kapitalistischen Staates auf unsere Ausbildungsbedingungen, sondern von einem positiven Aktionsprogramm bestimmt wird; denn es ist klar, daß wir keine der beiden Seiten der Berufsqualifikation, weder die fachliche noch die politische Ausbildung, durch Forderungen an den Staat durchsetzen können. Dadurch, daß die Sozialisten an der Hochschule die Kritik der bürgerlichen Wissenschaft in ihre eigenen Hände nehmen - z.B. durch die konkrete Kritik bürgerlicher Literatur bei den Germanisten oder die Kritik der kapitalistischen Wohnungswirtschaft bei den Architekten -, schaffen sie die wesentliche Voraussetzung für den politischen

Massenkampf gegen die kapitalistische Hochschulreform. (Beifall) Hier wird auch deutlich, was uns in den Kämpfen um eine Institutionalisierung des wissenschaftlichen Sozialismus an der Hochschule abhanden gekommen ist, daß nämlich die fachliche Seite der Berufsqualifikation, vermittelt in der Form der bürgerlichen Ausbildung, notwendige Voraussetzung der Qualifikation für eine an den Kämpfen der Arbeiterklasse orientierte politische Praxis im Berufsbereich ist. (Beifall)
Die Praxisorientierung bestimmt auch die Qualität dieser politischen Qualifikation. Konnten im Hochschulkampf bezeichnenderweise noch Erfolge erzielt werden, als es darum ging, die Beschäftigung mit - von der Erkenntnis der Wirklichkeit zunächst weit entfernten - marxistischen Theorien zu institutionalisieren, ja zog sich die Bourgeoisie durch eine solche Ausbildung z.T sogar leicht integrierbare innovationsfähige Agenten heran, so kann es die Bourgeoisie nicht mehr dulden, wenn die marxistisch-leninistische Theorie mit der politischen Praxis verbunden wird. Eine politische Qualifikation, die die Mystifikationen der Fachausbildung, und allgemein: des Hochschulstudiums als Teil bürgerlicher Sozialisation, zu durchbrechen vermag, kann im Grundsatz nur selbständig und in Verbindung mit den konkreten Hochschulkämpfen von den sozialistischen Studenten organisiert werden. Zu dieser politischen Qualifikation gehört das Erwerben von praktischen Kampferfahrungen und der Fähigkeit, ganz konkrete Schutzmaßnahmen gegen politische Disziplinierung an der Hochschule und im Beruf zu entwickeln. Im Kampf gegen die politischen Angriffe der Bourgeoisie sind isolierte institutionelle Kämpfe im Kern Ausdruck von Hilflosigkeit und Illusionen. Das heißt nicht, daß wir die Kämpfe um Institutionen nicht auch dort weiterführen, wo sie Erfolg versprechen, etwa bei der Einstellung sozialistischer Assistenten. Das Schwergewicht muß hier jedoch in Zukunft woanders liegen: Kollektive solidarische Assoziation auf den verschiedenen Ebenen der Massenarbeit an der Hochschule und im Beruf; gegen politische Disziplinierung: selbständige Organisierung am Studien- und am Arbeitsplatz.

DISKUSSION

WOLFGANG (KPD M-L Neue Einheit)

Ich möchte kurz etwas zu dem Wesen dieser Versammlung sagen: die Versammlung und der ganze Kongreß dient dazu, die Studenten, die schon erkannt haben, daß sie gegen die Unterdrückung, die hier herrscht, z.B. durch Berufsverbot, was schon praktiziert wird (und das weiß jeder), und Ordnungsverfahren, die schon durchgeführt werden, vorgehen müssen, hier im Saal festzuhalten - gestern, heute und morgen -, damit sie praktisch nicht dazu übergehen, schon Kampfmaßnahmen gegen diese Unterdrückung zu unternehmen. Es ist nämlich konkret so, daß z.B. die Leute, die hier gesessen haben, geduldet haben, daß gestern, wo praktisch an vielen Fachbereichen Streikbeschluß war, viele Vorlesungen und Seminare stattgefunden haben, und daß sie sich hier beduseln ließen von irgendwelchen Redebeiträgen, die ziemlich konfuses Zeug von sich gegeben haben. (Gelächter) Ich fordere Euch auf, heute - heute, wo der Streikbeschluß z.B. durch die ADSen verhindert worden ist in vielen Fachbereichen, wo nur gestern gestreikt wurde - auch hier schleunigst zu diskutieren, wie praktisch weitergearbeitet werden kann und wie die Leute, die heute in ihren Seminaren sitzen und praktisch die Unterdrückung noch gar nicht sehen, wie die das erkennen können. Man muß nämlich mit denen diskutieren, und kann sich hier nicht anhören, z.B. das, was Frau von Brentano gesagt hat, daß Theorie schon die Praxis ist. Das ist wirklich der Hohn! Ihr sitzt hier, als ob die Studentenbewegung nicht dagewesen ist, wo ganz klar analysiert worden ist, daß nicht die Theorie Praxis ist, sondern natürlich die Praxis die Praxis ist. Das andere ist vollkommen aberwitzig. (Gelächter) Ich finde gar nicht, was da lächerlich ist, denn das bedeutet noch lange nicht, daß es ins Verkehrte umgedreht wird, z.B. Leute Praxis machen sollen, ohne sich dabei etwas zu überlegen, ohne die konkreten Kampfschritte sich zu überlegen. Aber, daß Theorie Praxis ist, das kann wirklich nur für Leute gelten, die nur aus Gehirn bestehen, und nicht für Menschen, die gegen die Unterdrückung kämpfen müssen. Das müßt Ihr nur einsehen (Beifall) und nicht hier herumsitzen zu 4 000 und abwarten bis Ihr vollkommen unterdrückt seid, und bis in Euch überhaupt kein Gran mehr von Kraft ist, gegen die Unterdrückung überhaupt noch aufzustehen! Wie war es denn in der Studentenbewegung? Da ist man aufgestanden gegen jede Unterdrückung, und hier läßt man sich einen Kongreß vorsetzen, der mit dem Präsidenten ausgemacht ist, wo gerade der Präsident die Unterdrückung angedroht hat. Im Tagesspiegel stand nämlich z.B. in der vorigen Woche, daß, wenn hier Vorlesungen gestört werden - Vorlesungsstörung bedeutet z.B., daß der Dozent nicht mit der politischen Diskussion einverstanden ist -, dagegen durchaus ein Polizeieinsatz gerechtfertigt ist. Diese Androhung, die lassen wir uns hier bieten, sitzen ganz friedlich und sitzen uns praktisch eine Hornhaut auf den Hintern, anstatt gegen die Unterdrückung aufzutreten und den Kampf gegen den Kreibich aufzunehmen, der mit pseudosozialistischen Phrasen noch besser die Studenten unterdrückt als das den Reaktionären jemals gelungen war. (rhythmisches Klatschen)...und die Leute, die jetzt klatschen, die sollen dagegen Argumente bringen und nicht klatschen!

Dann möcht ich noch 'nen Punkt sagen: wer ist hier alles versammelt? Z. B. der sog. Genosse Altvater, der hier schon über ein Jahr in Berlin ist, ich hab den sehr genau verfolgt (Pfiffe und Buhrufe) ... Wenn Ihr etwas zu gegenargumentieren habt, könnt Ihr das machen, die Rednerliste ist für jeden zugänglich. Daß der Genosse Altvater, der schon lange in Berlin ist, zum Kampf der Studenten überhaupt nichts beigetragen hat. Wie war es z. B. beim Streik gegen das Verbot der 3 germanistischen Seminare? Was hat da der Genosse Altvater gemacht? Was hat der Genosse Altvater heute gegen die Unterdrückung gesagt? Er hat gesagt, es gibt Unterdrückung. Und was machen wir mit der Unterdrückung? Die analysieren wir, hat er gesagt. Die gilt es natürlich herauszufinden —aber die gilt es zu bekämpfen und nicht zu analysieren, bis wir tot sind.
Dann die GEW oder die AJLE, die hier heuchlerisch auftritt und sagt, wir sollen uns mit der AJLE verbünden. Das ist eine Frechheit von denen (Gelächter), ja, das können wir uns nicht gefallen lassen! Am Anfang haben sie nämlich gesagt, daß hier ein anderer Kollege von ihnen sprechen wollte, der das aber nicht durfte. Überlegt mal, was mit Euch passiert, wenn Ihr in die GEW geht? Die GEW läßt Redeverbot gegen die Leute ergehen; da ist keine Demokratie; die Vorstandssitzungen sind nicht öffentlich; die AJLE z. B. muß praktisch alles, was sie in der Öffentlichkeit sagen will, genehmigen lassen, sie kann nichts in der Zeitung veröffentlichen, womit der Hauptvorstand nicht zufrieden ist. Da gibt es Tausende von Beispielen. Jeder, der sich mit der GEW beschäftigt hat, der weiß das. Z. B. müßtet Ihr ja auch wissen, daß die GEW selbst vorhatte, das Verbot der Aufnahme in die GEW für Kommunisten zu beschließen und daß der sog. Kollege Schöffer bei einem Gespräch, bei dem ich selbst dabei war, selbst gesagt hat, der Beschluß sei nur deshalb nicht zustande gekommen, weil die Sitzung schon so lange gedauert hatte und andere Punkte wichtiger waren. Der Beschluß stand auf der Tagesordnung. Und z. B. die Heuchelei von Frister, die ist eine reine Heuchelei; der hat nämlich - auch auf derselben Sitzung, von der ich eben gesprochen habe - gesagt: Leute, die gegen das Grundgesetz sind, die haben allerdings in der GEW nichts zu suchen. Und was das Grundgesetz bedeutet, wenn es praktiziert wird, das wißt Ihr alle ganz genau; Ihr wißt, daß in Hessen eine Abstimmung stattgefunden hat, wo über 70 % für die Sozialisierung waren, die dann glatt verboten wurde, was überhaupt kein Wunder ist. Das Grundgesetz ist nicht die Verfassungswirklichkeit und auch nicht die Verfassung, sondern die Verfassung ist z. B. gekennzeichnet durch die Notstandsgesetze. Wenn hier über das Grundgesetz gesprochen wird, dann muß man richtig stellen, in welchem Lichte das Grundgesetz zu sehen ist: daß es nämlich auch ein Disziplinierungsmittel der Massen ist, was die Notstandsgesetze ganz deutlich zeigen. Dann möchte ich noch darauf eingehen, was der Kollege da vom VDS gesagt hat. Er hat ebenfalls propagiert, sich mit der GEW zu verbinden - praktisch, den selbständigen Kampf aufzugeben -, und gesagt, daß man sich dadurch mit der Arbeiterklasse verbindet. Das ist der Hohn! Denn, die GEW ist zwar eine Gewerkschaft im DGB, aber der DGB ist nicht die Arbeiterklasse, und er hat auch nicht die Arbeiterklasse organisiert, noch nicht einmal die fortschrittlichsten Arbeiter. (Kon-

greßkomitee: Wolfgang, darf ich Dich ganz kurz mal unterbrechen und ...) ... Nicht unterbrechen, ich will das zuende führen, was im DGB... (Kongreßkomitee: aber bitte doch mal inhaltlich und nicht nur in allgemeinen Phrasen) ... Das war inhaltlich! Ich habe schon inhaltlich ausgeführt, daß im DGB, das könnt Ihr nachlesen, da z. B. der Vorstand alles bestimmt bis auf die untersten Ebenen. Wenn in Kreuzberg 7 Arbeiter streiken wollen, dann muß selbst zu einer Urabstimmung darüber der Vorstand erst seine Zustimmung geben. Da kann man sich natürlich nicht unterordnen, sondern man muß eine Organisation machen und sich da organisieren, kampfunabhängig von sowas. Man kann sich doch in einem Streik z. B nicht abhängig machen von so einem korrupten Gewerkschaftsvorstand, der selbst vollkommen zum Kapital übergegangen ist, der selber über einen Großteil des bundesrepublikanischen Kapitals verfügt und ganz genau so wie die herkömmlichen Kapitalisten ist. Der VDS betreibt genau dieselbe Politik: die Studenten, die schon aufbegehrt haben und gegen die Unterdrückung kämpfen, will er daran hindern; sie sollen nicht kämpfen, sondern sich in Organisationen begeben und das Gefühl haben, daß schon etwas gemacht wird und daß dadurch, daß sie überhaupt drin sind, auch schon etwas gemacht ist. Da ist allerdings das Gegenteil gemacht. Dann sind sie nämlich abgewiegelt und machtlos. Selbst wenn sie im DGB sind usw., in einer Gewerkschaft, können sie nur dann etwas machen, wenn sie sich lösen von der Spitze und um sich von der Spitze zu lösen, braucht man nicht einzutreten. Das ist widersinnig.
Nun möchte ich noch eingehen auf die konkrete Politik, die jetzt gemacht wird. Ich habe vorhin schon gesagt, daß in verschiedenen Fachbereichen die Leute nicht streiken und noch nicht die Unterdrückung, wie sie hier existiert, erkannt haben und daß Aufklärungsarbeit betrieben werden muß, wir hier möglichst schnell zum Ende kommen müssen, um dann in die Fachbereiche und die Vorlesungen, die noch stattfinden, zu gehen. In der TU z.B. hat sich doch überhaupt noch kein Haar gekrümmt, und hier sind immer ungeheure Massen, die wirklich die ganze Uni praktisch überfluten könnten mit Diskussionen. Wir müssen das in Angriff nehmen, heute schon, soweit das möglich ist, und uns morgen meinetwegen nochmal treffen, oder wir müssen auch heute schon bereden, wie wir morgen weiterverfahren können. Und das auch meinetwegen in den Fachbereichen, wo nur der Proteststreik, der sog. Proteststreik durchgeführt ist; denn das bedeutet noch lange nicht, daß die Studenten jetzt dort ruhig ihre Mathematik oder Chemie weiterkochen sollen, sondern daß die durchaus noch agitiert werden können und praktisch die Unterdrückung doch erkennen können. Wenn sie in der Vorlesung erkennen, daß es unsinnig ist, jetzt eine Vorlesung zu machen - wo gerade in diesem Semester, wie es z. B. im Tagesspiegel vom Stein steht, die Entscheidungsschlacht bevorsteht, wo getestet werden soll, mit Mandelkampagnen usw., ob die Studenten überhaupt noch kampfbereit sind, oder ob nicht nur noch ein paar arme Irre einen Kampf wollen und die Studenten sich vollkommen unterdrücken lassen -, wenn sie das wirklich erkennen, dann werden sie auch sagen: es kommt mir nicht darauf an, ob ich heute ein Reagenzglas mehr oder weniger vollkoche. Sie werden wissen, worauf es wirklich ankommt: sich gegen die Unterdrückung zu wehren, die wirklich jeder spürt

(Beifall) und gerade die Chemiker, die immer beschworen werden von den ADSen als besonders reaktionär. Wer da schon mal dringewesen ist, der rauft sich nur die Haare, was da für eine totale Unterdrückung herrscht, wie die Leute dort mit Zensuren usw. wirklich niedergedrückt werden - das kann man denen auch erklären, die sind ja nicht doof. Und in dem Sinne muß jetzt die Arbeit in Angriff genommen werden. Mein konkreter Vorschlag ist: die Sitzung hier jetzt schnellstens zu Ende zu bringen - was nicht bedeutet, daß nicht Klarheit, was gemacht werden kann, bestehen soll - und dann noch heute anzufangen mit der Agitation der Leute, die noch nicht streiken und das praktisch morgen weiterzuführen; morgen sich meinetwegen wieder im Audimax zu versammeln und zu beraten, wie man durch die einzelnen Institute usw. ziehen kann, um die Studenten zu aktivieren und um zu erkennen, wo die Unterdrückung steckt und wie man sich gegen die Unterdrückung wehren kann. Nämlich nicht dadurch, daß man sich ins Audimax setzt oder in die angeschlossenen Räume und irgendwelchen Theorien zuhört, die man in dem Rahmen hier überhaupt nicht diskutieren kann.

PETER BRÜCKNER

Genossen
Ich befinde mich im Augenblick doch in einer etwas schwierigen Position, die ich Euch kurz erläutern wollte.
Die Beiträge, die wir heute nachmittag gehört haben - mit wenigen Ausnahmen - sind auf die Qualifikations-, bildungsökonomischen, bildungspolitischen Probleme des Kapitalismus und ihre Konsequenzen für Hochschulpolitik, Wissenschaftskritik, usw. eingegangen, und ich hatte eigentlich die Absicht, in einer Stellungnahme auf die sozialpsychologische Seite dieser Angelegenheit einzugehen, weil sie nach meiner Meinung hinführen würde auf die Diskussion von möglichen Quellen, aus denen sich bei einigen von uns zumindestens so etwas wie eine Eröffnung neuer politischer Handlungsmöglichkeiten ergeben könnte. Nun ist aber inzwischen zweierlei geschehen. Der Genosse von der Neuen Einheit (Zwischenruf: Heimat) ... ein Genosse von der Neuen Einheit - und zwar nicht der, der mich mit Unterstellungen als Herr angeredet hat, die ihn selber meiner Meinung nach disqualifizieren, sondern der andere Genosse von der Neuen Einheit -, der hat nun etwas gesagt, über das ich, scheint mir, nicht einfach hinweggehen kann. Er hat nämlich gesagt, er fordert, daß dieser Kongreß, dieses Plenum über mögliche konkrete Kampfschritte in der gegenwärtigen Situation der Studierenden in West-Berlin diskutiert. Wenn ich jetzt also meinen Beitrag so liefern würde, wie ich es wollte, würde ich ungeachtet dieser Intervention sozusagen den Stil des ja auch von anderen Seiten her angefochtenen Kongresses fortsetzen. Mir scheint, daß ich das nicht kann. Mir scheint, daß diese Intervention des Genossen von der Neuen Einheit, daß dieser Beitrag, die Frage Kongreß oder Diskussion konkreter Kampfschritte für die Lage der Studierenden hier, doch im Plenum diskutiert werden müßte. (Beifall) Ich sehe mich sonst außerstande, einfach meinen Beitrag akademisch fortzusetzen.

ZUSAMMENFASSUNG DER NACHFOLGENDEN DISKUSSION

Das Kongreßkomitee schlägt vor, daß die auf der Rednerliste folgenden Genossen, auf die von Brückner vorgebrachte Anregung eingehen. Der Genosse Immanuel (MLH) erklärt, auf die Frage nach den konkreten Kampfmöglichkeiten eingehen zu wollen; davon ist aber in seinem Beitrag nicht die Rede, über einige Punkte, entlang derer die Analyse und Strategiebildung zu verlaufen hätte, kommt er nicht hinaus, und diese Punkte sind in den vorhergehenden Beiträgen schon präziser und besser formuliert worden.
Im Folgenden wird angesichts der zunehmenden Polarisierung im Auditorium von einem Mitglied des Kongreßkomitees (Plogstedt) ein GO-Antrag formuliert, der auffordert, abzustimmen zugunsten einer Diskussion darüber, ob der Kongreß inhaltlich fortgeführt werden, oder ob sofort über konkrete Kampfformen diskutiert werden soll. In einer Gegenrede wird von der Diskussionsleitung (Strassburger) gesagt, daß eine solche Diskussion ruhig geführt werden könne, es jedoch klar zu sein scheine, daß im Auditorium das Bedürfnis vorhanden ist nach Information und Material, aus deren Kenntnis heraus eine Diskussion über Kampfformen erst geführt werden könne. Der hierauf folgende Beifall bestätigt die Vermutung des Genossen Strassburger.
Die dennoch vorhandene Polarisierung gewinnt an Lautstärke; ein Genosse von der "Sozialen Revolution" (Stuckardt) bringt den von ihm selbst als hilflos bezeichneten Vorschlag, "den Kongreß vom abstrakten Niveau" herunterzuholen, ihn von der Erkenntnisakkumulation, die unverbunden mit praktischen Überlegungen nichts als frustrierend sei, wegzubringen, durch eine sofortige Besetzung der WISO, in der in Arbeitsgruppen diskutiert werden, die die Konsumentenorganisation im Audimax aufbrechen würden, und anschließend ein Fest gefeiert werden soll, das die Leute aus der "Scheiß Sitzungsposition" heraushole. Pfiffe und rhythmisches Klatschen negieren diesen Vorschlag, er wird als borniert bezeichnet und die Genossin Ines Lehmann unternimmt einen Vermittlungsversuch. Dieser beinhaltet einen Vorwurf an beide Seiten: die Organisation des Kongresses sei dazu angelegt, die gegenwärtige Konfrontation zu provozieren, man könne angesichts der jüngsten Vergangenheit von Georg-von-Rauch bis zu Mandel nicht eineinhalb Tage so verfahren, wie es auf dem Kongreß geschehen sei; andererseits könne man auch den Konflikt, der entstehe, weil jetzt etwas getan werden müsse, nicht einfach dadurch lösen, daß man irgendetwas besetze. Beides sei falsch. Das Kongreßkomitee habe aus "mangelnder politischer Sensibilität den Hahn überspannt ... Die Stadt und der Senat guckt im Moment auf diese Universität, um zu sehen, wozu wir in der Lage sind. Und - wozu sind wir in der Lage? Wir hören uns etwas über die furchtbare Realität an und keiner diskutiert, was in den nächsten Tagen geschehen kann. Deshalb muß jetzt vermittelt werden, es muß ein neues Podium gewählt werden, das vermittelt, das den politischen Widerspruch zwischen der Analyse hier und der notwendigen politischen Tätigkeit, die wir an der Universität entfalten müssen, vermittelt. Die Trennung, die hier auf dem Kongreß geschieht, ist eine unpolitische."
Die Unruhe hält an und Genosse Altvater gibt zu bedenken, daß man sich

von einem kurzfristigen Bedürfnis nach Praxis nicht dazu hinreißen lassen sollte, die langfristigen Überlegungen abwiegeln zu lassen, die unbedingt notwendig seien, wenn man der zunehmenden Repression wirkungsvoll begegnen wolle. Es sei "keine Methode, dieser Repression begegnen zu wollen, indem man nur die WISO besetzt, um abends ein Fest feiern zu können, und dann nicht weiß, was daraus weiter folgt; wenn man die Konsequenzen nicht bedenkt, die daraus folgen; denn das müßte zumindest gesagt werden." Es wird positiv über folgenden Antrag abgestimmt: "Wer ist dafür, daß dieser Kongreß weiter fortgesetzt wird in der Form, die Elmar Altvater eben formuliert hat?" Ein Zusatzantrag wird ebenfalls vom Auditorium akzeptiert: "daß der Genosse Brückner jetzt inhaltlich ausführt, was er vorher wegen der Unstimmigkeiten im Raum nicht ausführen wollte."

PETER BRÜCKNER

Genossen

Von der "Herrichtung zum Kopflanger", wie Bert Brecht das Schicksal der Intellektuellen in der kapitalistischen Gesellschaft beschrieben hat, von der Herrichtung zum Kopflanger, vom möglichen Entstehen eines akademischen Proletariats, das seine Bildungsbemühungen nicht wird materiell einlösen können, von äußerst unbefriedigenden und frustrierenden Verhältnissen während Eures Studiums selbst -, davon sind sehr viele betroffen, die sich teils von der Frage des Berufsverbots noch nicht betroffen fühlen oder für die sich sogar bestimmte Momente des Qualifikations- und bildungsökonomischen Problems des Kapitalismus gegenwärtig hinter der Diskussion über die Berufsverbotsfrage entziehn. Daher ein paar Bemerkungen zur sozialpsychologischen Lage, die für viele Studierende gegenwärtig an den Universitäten entsteht.
Viele von Euch kommen zur Universität mit einer ausgesprochen, sagen wir bürgerlichen Zeitperspektive. Zeit, Eure Zeit des Studiums, Eure Lebenszeit erscheint Euch als ein Raum qualitativer Veränderung, und Ihr meint, ein Teil dieser qualitativen Veränderung unterstünde sogar Eurer eigenen Kontrolle. Diese Zeitperspektive bringt Euch zumindest in Zeiten einiger politischer Massenbewegungen sehr rasch in die Nähe des Revolutionsbegriffs bei Marx, der ja eben darauf gegründet ist, daß in der Zeit eine qualitative Veränderung unserer Lebensbedingungen möglich ist und daß wir sie unserer eigenen Kontrolle unterstellen können. Was aber erwartet Euch, was trifft Euch wirklich? Ihr könnt sicher sein, daß das, was Euch erwartet, eine relative Monotonie ist, die verdinglichte und quantitative Zeit des Kapitals. Ihr müßt rechnen mit zerrissenen Lebenszusammenhängen, wenn ich heute und später auf Eure Produktions- und Reproduktionsbereiche blicke. Ihr müßt mit einer Vergesellschaftung der Reproduktionsbereiche dieser Gesellschaft rechnen; Eure Privatsphäre wird unter Aneignungsstrategien des Kapitals gebracht. Nun, wenn Ihr gegen diese Entwicklung, die Euch sicher ist als im Kulturschutzpark der Universität kurzzeitig freigesetzte Leichen auf Urlaub, wenn Ihr gegen diese Entwicklung protestiert, Euch dagegen politisch auflehnt, könnte der Eindruck entstehen, als

würdet Ihr nur für die Privilegien einer Bildungselite dieses Bürgertums kämpfen und für sonst nichts. In dieser Situation mag Euch die Frage nach dem proletarischen Lebenszusammenhang und einer proletarischen Öffentlichkeit hilfreich sein – was in der Tat die einzige kritische Alternative zur bürgerlichen und nachbürgerlichen Situation der kapitalistischen Gesellschaft darstellt. Ein proletarischer Lebenszusammenhang, der freilich nicht schlicht eingelöst ist schon von dem, was uns jetzt gegenwärtig als Proletariat begegnet, dessen einzelne Momente aber durchaus konkret und sogar empirisch nachweisbar in der gegenwärtigen Arbeiterklasse antreffbar sind, nur noch nicht autonom, kollektiv organisiert, was sicherlich mit der Struktur der Geschichte, der Konstitution auch der Organisation dieser Arbeiter zusammenhängen wird. Auf diesem Wege wird sich Euch eine Chance bieten, Euch und Eure eigenen Lebensbedürfnisse in diese Alternative und damit zugleich auch in die Zukunftsperspektive der Arbeiterklasse einzubringen. Freilich, das, was ich hier mit proletarischem Lebenszusammenhang und proletarischer Öffentlichkeit eben in einem kurzen Beitrag nur anreißen kann, setzt politisch, während Ihr noch auf der Uni seid, eine Diskussion mit einer Reihe von äußerst verdinglichten Klassentheorien voraus, die gegenwärtig in Schulungen und in anderen Zirkeln uns präsentiert werden. Ein Teil dieser verdinglichten Klassentheorien, gerade unter dem Aspekt der Verdinglichung, auf ihren emanzipativen Gehalt hin zu befragen, das sollte eine Gruppe, ein Zirkel, eine Organisation leisten, in der Ihr versuchen wollt, Eure eigene Lebensperspektive zu verändern. (Zwischenruf: Deine Redezeit ist um, Professor!) ... Ist meine Redezeit zuende? (Kongreßkomitee: Ich habe nicht in Erinnerung, daß wir diesen Beitrag, den wir dazwischengeschoben haben, mit Redezeitbegrenzung beschlossen haben)

Dann laßt mich noch einen Satz, einen etwas längeren Satz zu Eurer eigenen Lage sagen. Es wurde oft gesprochen heute von der Überwindung der Zersplitterung der Linken. Dabei wird vielfach an Zersplitterungen in Parteien, Neue Heimaten usw. gedacht. Es gibt aber einen ganz anderen Typus von Zersplitterung innerhalb dieser Linken, die viele von Euch ihrer realen Emanzipations- und Politisierungschancen an dieser Universität beraubt. Ein ganz anderer Typus von Zersplitterung, nämlich der folgende; – das, was wir benötigen, um die Zersplitterung der Linken zu überwinden und zu neuen Handlungsalternativen zu kommen, und was auch übrigens diesen verdammten Organisationsdebatten vorauszugehen hätte, wäre einzig Folgendes: Wir benötigen politische Spontaneität, aber die Spontaneität ist gegenwärtig zum Merkmal von einzelnen, isolierten Gruppen geworden, die wir dann als "Chaoten" oder sonstwie disqualifizieren (Beifall). Wir benötigen neben dieser politischen Spontaneität zugleich revolutionäre Disziplin, und die wieder ist zum Merkmal von bestimmten rigiden restalinisierenden Gruppen geworden, bei denen ein Traditionalisierungsprozeß unaufhaltsam zu sein scheint (Beifall). Wir benötigen drittens neben Spontaneität und Disziplin auch Wissenschaftlichkeit, und ich wehre mich dagegen, daß wir Wissenschaftlichkeit für den Seminarmarxismus reservieren. Wissenschaftlichkeit ist auch ein

Moment des politischen und organisatorischen Kampfes (Beifall). Und viertens schließlich, wir werden unsere Lage nur dann ändern können, wenn wir wieder daran denken: Kommunismus produziert Verkehrsformen; wenn wir auch an das Umwerfen von Verkehrsformen denken und nicht zulassen, daß auch dieses Merkmal politischer Identität zum Merkmal bestimmter sub-kultureller Sekten wird (Beifall). Wenn wir diesen Typus von Zersplitterung nicht überwinden, dann brauchen wir den Staatsapparat nicht zu unserer Zerschlagung, dann nehmen wir unsere Zerschlagung in eigene Regie.

MICHAEL (KSV)

Genossen und Kommilitonen
Ich glaube gerade anläßlich des letzten Beitrags von dem Genossen Brückner scheint es mir noch einmal notwendig und sinnvoll zu sein, auf die Themenstellung dieses Kongresses einzugehen. Nämlich er hat versprochen, Strategien zu entwickeln im Kampf gegen die Abwehr der politischen Disziplinierung. Und das Fazit des kurzen Beitrags von Brückner und auch das Fazit seines Vortrags von gestern, Genossen und Kommilitonen, was war das Resultat? Das Resultat war nicht: organisiert Euch. Das Resultat war nicht: klärt zuerst die Linie und dann die Organisation. Nein, Genossen und Kommilitonen, das Resultat war: SPONTANEITÄT - SPONTANEITÄT - SPONTANEITÄT. (Pfiffe) Genossen und Kommilitonen, wer von Euch schon einmal eine Demonstration mitgemacht hat, wer einmal der Berliner Polizei gegenübergestanden hat - (rhythmisches Klatschen... Kongreßkomitee: Genossen, laßt bitte den Michael ausreden)...(Zwischenruf: Fatzke von der Bühne!)... Genossen und Kommilitonen, wer von Euch ein einziges mal eine Demonstration mitgemacht hat, nicht nur die zu Zeiten der Studentenbewegung, der wird gesehen haben, daß die Abwehr, der Schutz bei Demonstrationen eine Organisation voraussetzt. Das ist e i n Beispiel, Genossen und Kommilitonen, das ist e i n s i n n f ä l l i g e s Beispiel, in dem die Wichtigkeit dieser Organisation klar wird. Und das ist nur der Auftakt, das ist nur zu begreifen als kleines Element des Klassenkampfes, den die Arbeiterklasse zu führen hat. Die Arbeiterklasse hat nicht nur zu führen einen Abwehrkampf, einen militärischen Kampf, sondern wie Lenin sagt, die Arbeiterklasse hat einen Kampf zu führen nicht nur an der militärischen Front, sondern an der politischen und ideologischen Front. Genossen und Kommilitonen, wie kann diesem Kampf eine einheitliche Stoßrichtung gegeben werden, wenn ihm nicht eine Organisation zugrunde liegt? Und noch eines: wenn ich hier die Position von Brückner angegriffen habe, so nicht deshalb, weil ich gegen Spontaneität abstrakt als Spontaneität bin, sondern weil ich als Leninist ganz klar erkenne, daß die Voraussetzung zur Entfaltung einer richtigen Spontaneität die Organisierung ist.
Genossen und Kommilitonen, zum zweiten möchte ich auf den kleinen Vorfall eingehen. Ich würde meinen, daß der Vorfall, das Empören der Spon-

taneisten oder der Aktionisten, die aufgefordert haben, die WISO zu besetzen, in entlarvender Weise die tatsächliche Funktion und den Charakter dieses Kongresses enthüllt hat und genau die Studenten betrogen hat, die hierher gekommen sind und hier erwartet haben, daß Strategien entwikkelt werden. Genossen und Kommilitonen, der KSV hat von vornherein darauf hingewiesen, daß es nicht möglich sein wird, im Rahmen des Kongresses Aktionsstrategien zu entwickeln, und zwar deshalb, weil es nicht möglich sein wird... (rhythmisches Klatschen) ...Genossen und Kommilitonen, Ihr habt falsche Hoffnungen an das Präsidium, Ihr habt falsche Hoffnungen, wenn Ihr glaubt, daß Individuen in der Lage sind, Aktionsstrategien zu präsentieren. (rhythmisches Klatschen)... Herr Brückner hat gestern gesagt, daß das die Haltung von Konsumenten... Genossen und Kommilitonen, das ist die zynische Replique auf die fortschrittlichen Interessen der Studenten, die den Kampf gegen die politische Disziplinierung aufnehmen wollen.

Genossen und Kommilitonen, ich wollte eigentlich eingehen oder antworten auf eine bestimmte Strategie, die der Vertreter des VDS hier vorgeschlagen hat. Genossen und Kommilitonen, er hat als Formierung der Universität, als Formierung der kapitalistischen Ausbildung, als ein Element, genannt, daß der Ausbau von Hochschulen in letzter Zeit stagniert, und hat besonders auf zwei Beispiele in Oldenburg, wenn ich mich recht erinnere, und in Osnabrück, hingewiesen. Genossen und Kommilitonen, diese Perspektive als eine Kampfperspektive auszugeben ist illusionär, denn es kann sich nicht darum handeln, Genossen und Kommilitonen, unser Studium, das in allen Studiengängen, sei es Medizin, sei es Mathematik, Ökonomie oder Fremdsprachen, das gekennzeichnet ist durch Stagnation und Langeweile, das gekennzeichnet ist durch den Widerspruch von Theorie und Praxis, diese Ausbildung kann nicht verändert werden durch den Neubau von Hochschulen. Genossen und Kommilitonen, das müssen wir klar sehen.

Zu einem zweiten Punkt möchte ich noch Stellung nehmen, nämlich zu dem, was der Redner der MLHBau gesagt hat, nämlich als Perspektive der Studenten, vornehmlich der Lehrerstudenten, hat er angegeben die vorbereitende Universität auf die Lehrerpraxis, um möglicherweise im Lehrerzimmer einen sozialistischen Unterricht machen zu können. Genossen und Kommilitonen, jetzt an der Universität den Studenten zu empfehlen, sich jetzt schon, innerhalb kapitalistischer Verhältnisse, innerhalb der kapitalistisch organisierten Ausbildung auf eine sozialistische Zukunftsperspektive, auf eine ständische Bewegung, ständische Zukunft vorzubereiten, das ist zum zweiten eine illusionäre Vorstellung. (rhythmisches Klatschen. Aufhören! Aufhören!... Kongreßkomitee: Laßt den Genossen noch seine Schlußfolgerungen ziehen und dann...)

Genossen und Kommilitonen, einen Satz noch. Wenn die Vertreter der MLHBau und auch der MLHG, die auch ein lebhaftes Interesse an diesem Kongreß zeitweise gezeigt haben, hier immer wieder von der Berufsperspektive der Lehrer, Lehrerstudenten oder vielleicht auch anderer Bereiche sprechen, so muß ihnen klar die Einsicht Lenins entgegengehalten werden, (Zwischenruf: Wir wollen Deine Einsichten hören) daß es für Kommunisten nicht darauf ankommt, die po-

litische Bewegung auf das Niveau der berufständischen zu drücken, sondern daß es umgekehrt darauf ankommt, die berufständische Bewegung auf das Niveau der politischen zu heben.

ZUSAMMENFASSUNG DER NACHFOLGENDEN DISKUSSION

Die Ankündigung des nächsten Genossen auf der Rednerliste - des Genossen Gerhard vom KSV - provoziert ein Pfeifkonzert im Auditorium, und es erfolgt ein Antrag zur Geschäftsordnung: "Ob die Mehrheit der Anwesenden dafür ist, daß wir uns keine weiteren KSV-Anträge mehr anhören", mit der Begründung: man brauche sich nicht formal an die Spielregeln der Rednerliste zu halten, die vom KSV lediglich dazu ausgenutzt werde, um das, was im letzten Beitrag von Brückner gesagt wurde und was einen neuen Aspekt in den weiteren Verlauf der Diskussion bringen könnte, total zu destruieren, weil das gegen jedes Interesse des KSV stünde, der hier nur seine Linie ausbreiten wolle. Man solle sich ab sofort konkret darüber unterhalten, welche Handlungsmöglichkeiten es gibt, und zwar von der Art, die nicht hinauslaufen auf ein Streikritual - wie beim KSV - mit dem Höhepunkt, "sich der Arbeiterklasse am 1. Mai anzuschließen".
Nach einer Gegenrede vom Genossen Gerhard - der versichert, daß der KSV gerade hier über eine Linie im Kampf gegen die politische Disziplinierung diskutieren wolle und nicht "das Geschwätz des Genossen Brückner" empfehle - und anderen knappen Stellungnahmen, wird der Antrag von der Diskussionsleitung modifiziert, weil sie es für unangemessen hält, dem KSV praktisch Redeverbot zu erteilen: "Ab sofort werden die einzelnen Redner auf der Rednerliste mit der entsprechenden Gruppenzugehörigkeit gekennzeichnet, damit die Möglichkeit gegeben sei, daß das Plenum, wenn mehrere Beiträge ein und derselben Gruppe angekündigt sind, zur Diskussion stellen kann: inwieweit diese Redner gehört werden sollen oder nicht". Die Abstimmung spricht für den Antrag.
Es wird in der Rednerliste fortgefahren mit dem Genossen Gerhard vom KSV.

Sein Beitrag ist ein massiver Angriff auf die vom Genossen Altvater vorgetragenen Thesen über den zunehmenden Proletarisierungsprozeß der Intelligenz und die Möglichkeiten einer Alternative. Er konstatiert, daß "der Elmar Altvater" vergessen habe, daß die Studenten nach wie vor auf Herrschaftsfunktionen im Dienste der Bourgeoisie vorbereitet werden und daß die Studenten bestimmte Privilegien genössen; somit sei die Lage der Studenten mit der der Jungarbeiter und Lehrlinge überhaupt nicht zu vergleichen, die Ausbildungssituation sei in keiner Weise eine Ausbeutungssituation. Nach Meinung des Genossen Gerhard, entlarve der Genosse Altvater ganz deutlich seinen Klassen-

standpunkt, wenn er der "kleinbürgerlichen Studentenbewegung nachtrauere, wenn er dem nachtrauere, daß sie den Lehrlingen und Jungarbeitern heute nichts mehr beibringen könne". Gerhard entwirft die Konsequenzen, die Altvater angeblich daraus zieht, und erklärt:

"...was der Elmar Altvater hier als Perspektive aufweist, das ist 'die Negierung des Ausbildungssektors als Reproduktionsbereich des Kapitalismus'. Die Art und Weise, wie er das machen will, die heißt: fortschrittliche Lehr- und Lerninhalte in das Studium integrieren, die Vorbereitung und die Durchführung von kollektivem Lernen.

Genossen und Kommilitonen, sollen wir denn im Ernst glauben, daß das Einüben von Teamwork und Teamteaching, das mittlerweile sogar vom Bund der deutschen Industrie finanziert wird, ein geeignetes Mittel ist, die kapitalistische Ausbildung zu bekämpfen? Genossen, wer so spricht, der betreibt das Geschäft der Bourgeoisie und nichts anderes..."

Gerhard wird durch Pfiffe und Buhrufe unterbrochen. Er fährt fort, Altvater eines kompromißlerischen Verhaltens zu beschuldigen, wodurch Altvater dazu beihelfe, die von den Studenten bereits erkämpften Positionen zu zerstören (Beispiel OSI):

"Genossen und Kommilitonen, auch wir - der KSV - kämpfen für die Erhaltung von fortschrittlichen Lehrveranstaltungen und Dozenten, das haben wir bislang schon genug bewiesen. Aber wir kämpfen genau für diese fortschrittlichen Positionen, weil diese erkämpften Positionen Stützpunkte im Kampf gegen die kapitalistische Ausbildung überhaupt sind, weil sie den Sozialisten und Kommunisten bessere Möglichkeiten bieten, die Studenten für den Sozialismus an der Seite der Arbeiterklasse zu gewinnen. Das ist genau das Ziel. Das aber heißt genau, die Studenten umerziehen und nicht ihnen eine völlig eigenständige Perspektive dahingehend zu bieten, daß man sagt: wir wollen mal das kollektive Lernen einüben... "Dieser Sentenz folgen Pfiffe und Buhrufe, und Genosse Brückner macht eine Zwischenbemerkung:

"Genossen, ich frage mich, ob der KSV, der offensichtlich seine Legitimationsgrundlage als kommunistische Parteifraktion bei Euch so zerstört hat, nicht in Wirklichkeit die Geschäfte der Bourgeoisie gegen die Linke besorgt. Das ist um so bedauerlicher, Genossen, als der KSV ja durchaus in einzelnen Momenten etwas repräsentiert, was wir für jede revolutionäre Bewegung eigentlich dringend benötigten."

Der Genosse Gerhard fährt unbeirrt fort: "Genossen und Kommilitonen, ich habe noch einen Satz: wer diesen Prozeß, der die Studenten selbst auf die Revolution vorbereiten soll, ersetzt durch das materielle Eindringen von Teilen des Sozialismus - bei Altvater ist das kollektives Lernen -, der entlarvt sich als Reformist und nichts anderes."

KOHLHEPP (GEW)

Ich möchte von der Tatsache ausgehen, daß hier ein Kollege, Helmut Horst, behindert worden ist, auf diesem Kongreß zu sprechen, und zwar ist das kein Zufall, weil das ein Lehrer ist, einer, dessen Arbeitgeber der Berliner Senat ist. Was verlangt unser "Dienstherr", wie das so schön heißt, von uns? Was will er von uns haben? Wir sollen den Widerspruch aufheben, der zwischen dem Stand der Produktivkräfte und der Qualifikationsstruktur besteht. Wir sollen also dazu gebraucht werden, die Ausbildung so zu strukturieren, daß die Leute dazu qualifiziert werden, in den kapitalistischen Produktionsverhältnissen zu funktionieren. Dazu müssen wir uns die Stoffpläne betrachten, die Lehrbücher; welche Ideale da an die Schüler herangebracht werden sollen. Was können wir nun tun? Wie können wir uns gegen diese Art wehren, als Agenten des Kapitalismus gebraucht zu werden? Unsere Berufspraxis steht unter dem Beamtengesetz. Das bedeutet, daß der Berliner Senat ganz direkte Disziplinierungsmittel gegen uns in der Hand hat. Für uns hat das Grundgesetz eine ganz andere Bedeutung als für jemanden, dessen Arbeitgeber nicht direkt der Senat ist. Wir müssen uns auf das Grundgesetz berufen können, auf die demokratischen Rechte, die darin enthalten sind, um überhaupt an unserem Arbeitsplatz bleiben zu können. Da morgen nicht die Revolution stattfindet, hat es keinen Zweck für uns, hier groß revolutionäre Reden zu schwingen und dann aus dem Beruf hinauszufliegen, dann können wir nämlich überhaupt nichts mehr tun. (Beifall)

Was können wir nun in unserer Berufspraxis selber tun? Was bedeutet es, wenn wir uns als Bündnispartner des Proletariats betätigen wollen? Können wir das überhaupt? Wir können das bisher nur individualisiert, voluntaristisch, eben auf dem einzelnen Posten, wo wir stehen; wir können es nicht in einem größeren Organisationszusammenhang tun. Was bedeutet das also für die Kinder des Proletariats - und da müssen wir einmal davon abgehen, den Lehrer erst beim Studienrat anfangen zu lassen -, wir müssen einmal daran denken, daß die Kinder des Proletariats in die Schulen gehen, an denen auch der größte Teil der Lehrer beschäftigt ist: in die Grundschulen und in die Schulen, in die das Herrschaftssystem diejenigen abschiebt, die ihm nicht genehm sind. Wir können dazu beitragen, daß es nicht zu einer weiteren Deklassierung des Proletariats kommt. Wir können dazu beitragen, daß nicht die Kinder, die sich gegen das Schulsystem auflehnen, abgeschoben werden, und daß ihnen jegliche Möglichkeiten genommen werden, sich besser zu qualifizieren. Das bedeutet also, wir können, konkret gesagt, Hilfsschuleinweisungen verhindern. Wir können unsere Gutachten so schreiben, daß diese Kinder weiter gefördert werden. Wir können verlangen, daß in den Grundschulen Förderkurse eingerichtet werden. Das sind ganz konkrete Hilfen, die nicht 'ne große revolutionäre Phrase bilden, sondern die für uns 'ne ganz praktische, deutliche Arbeit bedeuten. Wenn wir diese Aufgaben - allein diese Aufgaben, die ich eben genannt habe - wahrnehmen, dann passiert es uns immer wieder, daß wir darauf hingewiesen werden: wir hätten ja im Sinne der Schule zu handeln, wir hätten den Aufforderungen ganz direkt nachzukommen.

Wenn z.B. Schularbeitszirkel gegründet werden, dann werden diese nur in der Weise gegründet, daß die braven Schüler, gut angepaßten Schüler die Möglichkeit haben weiterzukommen; die werden gefördert. Aber es ist z.B. nicht möglich, eine kollektive Förderung von Gruppen von Schülern zu erreichen; für die einen Schularbeitszirkel zu erreichen, die in der Schule auffällig geworden sind durch ihre oppositionelle Haltung. Wenn Lehrer so etwas tun, wird ihnen die Klasse abgenommen, dann werden sie eben diszipliniert. Wir können z.B., wenn wir aufgefordert werden, ein Gutachten für eine Heimeinweisung eines Schülers zu schreiben, das ablehnen und sagen: ich kann es nicht verantworten, einen Schüler ins Heim einzuweisen. Diese kleinen Sachen werden dann oft schon als Widerstand gegen die Staatsgewalt und ähnliches ausgelegt.

Was passiert nun mit uns, wenn wir durch solche Sachen in Schwierigkeiten geraten sind? Was können wir dagegen tun? Eine Organisierung, wie es in der Universität möglich ist, ist uns weitgehend unmöglich gemacht. Wenn wir durch solche Sachen in Schwierigkeiten geraten und wir kommen zu politischen Gruppen hin, wird uns gesagt: ja, bei welcher Gruppe bist du denn organisiert, und hast du denn das mit der Gruppe vorher besprochen? Dann können wir dir leider nicht helfen. Dann wird uns die Solidarität weitgehend verweigert. Das ist die Sache, an die ich hier anknüpfen möchte und auf die ich hinweisen möchte. Ich würde vorschlagen, daß auf die Sache mit der Teilung in Arbeitsgruppen noch einmal zurückgekommen wird, damit wir in kleineren Gruppen die Strategien für die verschiedenen Sektoren besprechen können; damit wir also besprechen, was wir machen können, wie wir diese Vereinzelung der Lehrer aufheben können. Und jetzt hier ganz konkret: was passiert mit dem Lehrer Horst! Tun wir etwas dagegen, daß die GEW ihm verbietet, hierher zu kommen?

Und noch eine Sache, die nicht direkt nur die Schule, aber auch Beamte betrifft. Ihr habt hier vorhin vom Georg-von-Rauch-Haus gesprochen. Was tun wir nun, was tut Ihr nun, um diesen Leuten im Georg-von-Rauch-Haus zu helfen? Damit, daß Ihr jetzt hier anfangt zu schimpfen, es sei nichts dagegen getan worden, ist weiter noch gar nichts erreicht, sondern Ihr müßt eine Möglichkeit finden, dieses Projekt "Georg-von-Rauch-Haus" in die allgemeine Strategie mit einzubeziehen und nicht nur zu sagen, das sind halt deklassierte Jugendliche, die da irgendwo untergekommen sind (Beifall) ... die Solidarität mit diesen Jugendlichen muß ganz wichtig sein, und wir müssen Wege finden, das einzubeziehen, d.h. z.B., daß hier an der Universität solche Sachen als Forschungsprojekte angegliedert werden, daß z.B. Gelder dafür zur Verfügung stehen und die Leute, die dorthin gehen - die Sozialarbeiter -, nicht dort wieder isoliert herumsitzen, sondern daß sie auch in einem Organisationszusammenhang stehen und auch über ihre eigene Arbeit hier sprechen können und daß da das auch durchgearbeitet wird. (Zwischenruf: Das sind ja uralte Hüte!) Das weiß ich selber, daß das uralte Hüte sind, nur in der Realität scheitern wir an solchen uralten Hüten, da gehen Projekte kaputt, wie z.B. dieses Georg-von-Rauch-Haus (Beifall).

2. KONGRESSTAG (25. 4. 1972), 18.00

INTERNATIONALITÄT DER KONTERREVOLUTION

EIN GENOSSE VON DER IRA: NORDIRLAND

Genossen
Ich möchte Euch danken, daß Ihr mich eingeladen habt, Euch die Repression in Irland zu beschreiben, die heute die schärfste Form der Repression im Gebiet der EWG darstellt. Das wird etwas schwierig sein; denn über die Unterdrückung von heute zu sprechen, heißt über die Unterdrückung von gestern zu sprechen, denn die Repression in Irland ist 800 Jahre alt. Die zweite Schwierigkeit: Meine Übersetzerin spricht englisch; aber ich spreche ein Englisch, das die Engländer nicht verstehen. Aber sie lernen in der letzten Zeit, unsere Sprache zu verstehen, wenn es nachts knallt. (Beifall) Um ganz ernst zu sein, die Repression ist 800 Jahre alt. Ich werde heute abend keine Zeit haben, über die Repression in 800 Jahren zu sprechen. Es ist jedoch notwendig, etwa 50 Jahre zurückzugehen, um die gegenwärtige Repression in Irland zu beschreiben. England hat 800 Jahre in Irland geherrscht. Die Methoden dieser Herrschaft haben sich geändert, aber die Realität ist immer Repression und Ausbeutung geblieben.

1921 versuchte England zum letzten Mal, das irische Problem zu lösen. Diese Lösung sah zwei kleine Staaten in Irland vor. Im Süden wurde der Nationalbourgeoisie ein neokolonialistischer Staat gegeben. Und im Norden konnte die reaktionäre orangistische Bourgeoisie den nordirischen Polizeistaat etablieren. Sie wollte keinen Polizeistaat etablieren - welche Bourgeoisie möchte schon Polizisten bezahlen, wenn es nicht unbedingt sein muß -, aber der Charakter des Staates machte es notwendig, daß es ein Polizeistaat wurde. Denn erstens wurde der Staat gegen den Willen der Mehrheit der Bevölkerung etabliert. Und zweitens war die Mehrheit der Bevölkerung nicht nur gegen die Regierung, sondern überhaupt gegen die Existenz dieses Staates. Sie war gegen den Staat und wollte ihn zu Fall bringen. Aus diesem Grunde unterdrückte der Staat sie und etablierte sich als der konsistenteste und repressivste Polizeistaat in Europa.

1921 sagte Mussolini über den nordirischen Staat: Wenn er die Möglichkeiten hätte, die in Nordirland existierten, dann könnte der italienische Faschismus 1 000 Jahre an der Macht bleiben. 1961 als Verwoerd, dem Premierminister von Südafrika, seine repressive Gesetzgebung vorgeworfen wurde, antwortete er, daß er die ganze Gesetzgebung von Südafrika für nur einen Paragraphen des "North-Ireland special powers act" eintauschen würde. Dieses Gesetz hat so viele Klauseln, daß es den ganzen Abend dauern würde, sie im einzelnen aufzuführen. Die wichtigste Klausel dieses Gesetzes ist die, die es ermöglicht, jede beliebige Person in Konzentrationslagern zu internieren ohne ein Gerichtsverfahren. Eine andere Form der Repression besteht darin, daß seit 50 Jahren den Minoritäten das Recht vorenthalten wird, ihre eigene Stadtverwaltung zu wählen. Die unionistische Partei verschaffte sich Einfluß in der Verwaltung von

Gemeinden, in denen sie keine Mehrheit besaß, und nutzte diesen Einfluß, um Katholiken bei der Vergabe von Arbeitsstellen und Wohnungen zu diskriminieren. Ihr Ziel war es, die Minorität, die gegen die Existenz dieses Staates war, aus Nordirland zu vertreiben.

Diese staatliche Repression in Nordirland ist nichts Neues. Von 1920 - 25, 1930 - 34, 1939 - 47, 1956 - 62 und von 1971 bis heute sind Leute in grosser Zahl verhaftet und in Konzentrationslagern interniert worden, ohne daß ein Gerichtsverfahren stattgefunden hätte. Neu an der jetzigen Situation ist erstens, daß man etwas davon hört, und zweitens, daß die irische Bevölkerung erfolgreich gegen diese Unterdrückung kämpft. (Beifall) Man hört deswegen davon, weil der britische Imperialismus in den Jahren 1965 - 67 versuchte, das nordirische Regime zu reformieren, um es für Südirland eher akzeptierbar zu machen. Das geschah nicht, weil Mutter England ihr gutes Herz entdeckt hatte und ein bißchen netter zu den Iren sein wollte; sondern Mutter England wollte in den Gemeinsamen Markt eintreten, und dazu war es ökonomisch notwendig, zuvor die Wirtschaft Südirlands in die Wirtschaft Englands zu integrieren. Um Nordirland für die südirische Bevölkerung akzeptabler zu machen, versuchte England Reformen im nordirischen Polizeistaat durchzusetzen. Man erwartete, daß wir Mutter England dafür dankbar sein würden, daß sie unsere Lage etwas verbesserte. Die Iren sind zwar ein bißchen dumm, aber so dumm sind sie nun auch nicht. Wir werden niemals dem britischen Imperialismus danken, und wenn man uns den Hals abschneidet. Aber da wir wissen, daß England nichts für uns tun kann, sind wir entschlossen, es selber zu versuchen. (Beifall)

Bei seinem Versuch, das nordirische Regime zu reformieren, hat England die Risse in der Gesellschaft geöffnet, aus denen die massenhafte Bürgerrechtsbewegung hervorbrechen konnte. Diese Bürgerrechtsbewegung gab den Katholiken in Nordirland die Zuversicht, daß sie ihr Schicksal selbst bestimmen können und daß sie die Lage, in der sie sich befinden, selber verändern können. Zu Anfang hat England der Bürgerrechtsbewegung eine große Publizität verschafft und den nordirischen Polizeistaat kritisiert. Denn es wollte die Bürgerrechtsbewegung ausnutzen, um die Restrukturierung in Nordirland voranzutreiben. Hieraus entstanden jedoch Probleme für den britischen Imperialismus.

England hatte seit 50 Jahren den Überbau, auf den sich die Repression in Nordirland stützte, am Leben erhalten. Jetzt wollte es diesen Überbau reformieren. Aber die Apparatschiks, für die dieses System Quelle zahlloser Privilegien war, wollten sich nicht abschieben lassen; sie widersetzten sich der Reform. Sie initiierten Pogrome in katholischen Gebieten, gingen mit Polizeigewalt gegen die Bürgerrechtsbewegung und generell gegen alle Sympathisanten der Bewegung vor. Diese Leute, die in ihrem falschen Bewußtsein glaubten, daß es ihren eigenen Interessen entspräche, den britischen Imperialismus und die Repression in Nordirland zu erhalten, sind vom britischen Imperialismus seit 150 Jahren als Instrument der Repression in Nordirland benutzt worden. Es ist nicht erstaunlich, daß sie sich nun dagegen wehrten, als überflüssig erklärt zu werden. Ihre Gewaltanwendung hatte das Ziel, die Bürgerrechtsbewegung von der Straße herunterzutreiben und den status quo zu erhalten. Das Gegenteil wurde bewirkt. Es ist

wichtig zu verstehen, warum. Das Gegenteil wurde erreicht, weil Methoden, die früher mit Erfolg praktiziert worden sind, in einer Welt angewandt wurden, die sich sehr verändert hat, einer Welt, in der sich das Kräfteverhältnis zu ungunsten des Imperialismus und der Reaktion verschoben hat. Die Iren sehen sich heute in einer Welt, die anders ist als die, in der ihre Väter gegen den britischen Imperialismus gekämpft haben. 1921, zur Zeit unserer Väter, war Großbritannien das mächtigste Imperium der Welt. Heute leben wir in einer Welt, in der Tausende von Iren 1968 das Wiederaufleben der französischen Arbeiterklasse miterlebt haben. Wir haben die Etablierung der kubanischen Revolution miterlebt. Wir haben den heldenhaften Kampf des vietnamesischen Volkes gegen den amerikanischen Imperialismus miterlebt. Und wir haben das Entstehen der Bürgerrechtsbewegung in Amerika miterlebt. All diese Kämpfe sind Vorbilder und Lehren für uns gewesen. Wir konnten uns der Welle der Repression entgegenstellen und dem britischen Imperialismus einen Schlag versetzen. Die Pogrome von 1969 führten nicht dazu, uns von der Straße wieder zurück in unsere Armut, in unsere Löcher, ins Gefängnis zu treiben. Im Gegenteil, wir haben ein freies Derry und ein freies Belfast geschaffen. (Beifall) Die Hauptursache hierfür waren die Veränderungen des Kräfteverhältnisses im Weltmaßstab und auch das Bewußtsein, das die Jugend in Irland von dieser Veränderung hatte.

Ich finde, man sollte auf diesem Kongreß nicht den Eindruck hervorrufen, wir befänden uns in einer ähnlichen Situation wie 1933, sondern wir sollten analysieren, warum die gegenwärtige Repression stattfindet. Der britische Imperialismus kämpft gegenwärtig gegen die irische Bevölkerung, nicht weil er stark, sondern weil er schwach ist. Das gleiche gilt heute für die Repression überall in der Welt und in Europa: Die Bourgeoisie greift zur Repression nicht aus Stärke sondern aus Schwäche. (Beifall) Ich glaube nicht, daß man gegen die Repression in Westberlin kämpfen kann in der Hoffnung, schon morgen ein wirklich freies Westberlin zu schaffen. Aber wenn Ihr eine Lehre aus den irischen Erfahrungen ziehen könnt für Eure Situation hier, so ist es die, daß der beste Weg, gegen die Unterdrückung zu kämpfen, der Kampf gegen die Unterdrücker ist. (Beifall) Ich sage nicht, daß der Kampf hier in Westberlin in Form und Methoden der gleiche sein kann wie in Irland. Aber die wichtigste Lehre, die man daraus ziehen kann, ist die, daß man die progressiven Kräfte, die proletarischen Kräfte in die Offensive gegen die Bourgeoisie führen muß. Das ist die beste Verteidigung gegen den Angriff der Bourgeoisie. (Beifall) So haben wir es in Irland gemacht. Wir haben uns im freien Derry und im freien Belfast nicht auf den Hintern gesetzt und uns damit zufrieden gegeben, daß wir in einem kleinen Teil Nordirlands die Macht des Volkes errichtet hatten. Sondern wir haben diese freien Gebiete benutzt, um den Kampf gegen den britischen Imperialismus zu führen. Wir gehen nicht davon aus, daß der britische Imperialismus leicht aufgeben wird, daß er morgen schon seine Sachen packen und das Land verlassen wird. Wir haben jedoch verstanden, daß es nur einen Weg gibt, gegen den britischen Imperialismus zu kämpfen: nämlich ihn beim Schopf zu packen und zu schütteln, bis er seine Beute losläßt. Das haben die irischen Arbeiter leicht gelernt. Die irische Geschichte ist niemals Mitglied der Pazi-

fistenbewegung gewesen. Die Antwort des britischen Imperialismus war genau so, wie wir sie uns vorgestellt hatten.
Ich möchte jetzt einige Beispiele dieser Antwort beschreiben. Die meisten Leute werden schon davon gehört haben, daß es in Nordirland Konzentrationslager gibt. Aber es ist wichtig zu wissen, daß diese Konzentrationslager Teil einer Antiaufstandspolitik von seiten Englands sind. Die Konzentrationslager von heute ähneln nicht mehr denen von vor 10 Jahren, deren Zweck es war. Gegner des Regimes aus dem Verkehr zu ziehen. Jetzt will man aus den Konzentrationslagern gigantische Waschmaschinen machen, die die Bevölkerung reinwaschen von unseren revolutionären Vorstellungen. Dabei ist es das Ziel, nach und nach die gesamte männliche Bevölkerung von Irland durch diese Waschmaschinen zu treiben; es geht nicht darum, diese Leute immer in den KZs zu halten. Neu ist die Behandlung, die die Internierten in diesen Lagern erfahren. Ihr habt sicherlich davon gehört, daß ein englischer Richter, der über diese Behandlung in den KZs zu urteilen hatte, als englischer Richter nur zu dem Ergebnis kommen konnte, die Behandlung ist o.k.. Unsere Antwort hierzu ist: Was kann man von einem Schwein anderes erwarten, als daß es grunzt! Die Realität läßt sich am besten am Beispiel eines Internierten darstellen. Patrick Silvers war der Wahlagent von Bernadette Devlin bei den letzten Wahlen.
Er ist im August letzten Jahres inhaftiert worden. Er war ein großer, kräftiger Mann. Er war es. Nach seiner Entlassung hat er seine Geschichte erzählt.
Er hat von seinen Erlebnissen erzählt. Aber bevor ich Euch davon erzähle, muß ich Euch sagen, wie er herauskam: Er ist jetzt ein nervöses Wrack und fürchtet sich vor jedem Geräusch, z. B. vor dem Zuschlagen von Türen und vor Autogeräuschen. Diese Verwandlung war das Resultat folgender Prozedur: Man stellte diesen Mann fünf Tage lang mit einem Sack auf dem Kopf vor eine Wand. Er mußte auf den Zehenspitzen stehen. Die ganze Zeit lief eine Geräuschmaschine, die zum Ziel hatte, die Orientierung des Menschen zu zerstören. Nach 5 Tagen nahm man ihm den Sack vom Kopf, stellte ihn vor eine andere Wand, mit dem Ergebnis, daß er anfing, Bilder auf dieser Wand zu sehen. Diese Wand war in Wirklichkeit eine Projektionswand. Von der anderen Seite her wurden Bilder auf diese Wand projiziert, die die Macht des Imperialismus zeigten. Bilder von britischen Tanks, die siegreich durch Nordafrika fahren, Bilder von britischen Soldaten, die durch verschiedene Städte marschieren, und Bilder von britischen Soldaten, die die Köpfe malayischer Patrioten in der Hand halten. Ziel dieser Behandlung ist es, in dem Internierten den Willen zum Widerstand abzutöten. Es soll ihm die Vorstellung eingetrichtert werden, daß der Imperialismus mit Hilfe der modernen Technologie alle Ziele durchsetzen kann, daß er allmächtig ist. Es ist tatsächlich gelungen, diese Vorstellung in den Köpfen einiger Internierter zu verwurzeln. Ich zweifle nicht daran, daß dieses Verfahren bei den meisten Internierten Erfolg gehabt hätte, wenn die Umstände ausserhalb der KZs anders gewesen wären.
Die Realität außerhalb der Lager steht jedoch im krassen Gegensatz zu der Vorstellung, daß der britische Imperialismus alles erreichen könne. Die Realität ist, daß im August letzten Jahres der britische Imperialismus einen Kolonialkrieg

gegen die nordirische Bevölkerung angefangen hat. Und so arrogant waren die britischen Generäle und Offiziere, daß sie der britischen Regierung sagten, sie würden die IRA innerhalb von 2 Monaten schlagen. Und nachdem die 2 Monate um waren, sagten sie: Bis Weihnachten werden wir es geschafft haben. Und als die Weihnachtsdekoration am Picadilly-Circus angebracht wurde, sagten sie: Wir brauchen noch 2 Monate. Als auch diese 2 Monate vorüber waren, sagten die Kommandierenden: Wir gewinnen zwar den Krieg, aber wir brauchen noch mehr Truppen. Der britische Imperialismus hatte eine Lehre aus dem Vietnamkrieg gezogen; man erinnerte sich an General Westmoreland, der gesagt hatte: Wir gewinnen zwar den Krieg, aber wir brauchen noch mehr Truppen. Der britische Imperialismus erkannte, daß weder seine Propaganda noch seine Erfolge bei den Internierten darüber hinwegtäuschen konnten, daß wir, eine kleine Bevölkerung von einer halben Million, so stark sind, daß wir der zweitstärksten imperialistischen Macht in der Welt eine militärische Niederlage bereiten könnten. (Beifall) Aus diesem Grunde redet der britische Imperialismus jetzt davon, die Internierten zu befreien und einige der KZs aufzulösen. Ich bringe dieses als Beispiel, daß der einzige Weg, gegen Repression zu kämpfen, derjenige ist, gegen das System zu kämpfen, das diese Repression verursacht. (Beifall) Im August, als die KZs geöffnet wurden, hatten wir die Wahl; wir konnten zwei Fehler machen: wir hätten mit dem bewaffneten Kampf aufhören und uns darauf konzentrieren können, die Interniertenlager zu öffnen. Der andere Fehler wäre gewesen, daß wir uns ausschließlich auf den bewaffneten Kampf konzentriert und die Notwendigkeit ignoriert hätten, eine Massenbewegung ins Leben zu rufen, die die Weltöffentlichkeit mobilisiert hätte. Wir haben diese Fehler nicht gemacht, und heute ist der britische Imperialismus mit der Lage konfrontiert, daß er eine neue Strategie entwicklen muß, um gegen uns zu kämpfen. Die neue Strategie ist, die IRA zu töten, aber freundlicher zu den Katholiken zu sein. Die lokale repressive Regierung hat man beseitigt und an ihre Stelle den Gauleiter Whitelaw gesetzt, um Nordirland im Sinne des britischen Imperialismus zu regieren. Man hat das orangistische Gesetz abgeschafft und es durch das "White law" ersetzt und glaubt, daß dadurch der Kampf in Irland beendet werden könnte. Ich möchte jetzt schließen, und schließe damit:
Der Kampf gegen die Unterdrückung in Nordirland wird nicht eher erfolgreich sein, als bis wir das System, das Unterdrückung möglich und notwendig macht, den Imperialismus, zerstört haben!

BRIEF AUS EINEM NORDIRISCHEN KONZENTRATIONSLAGER

Ich schreibe an Dich im Auftrag des Martin O'Leary Publican Club. Käfig 3, Long Cash. Concentration Camp. Ich möchte durch Dich an unsere deutschen Brüder appellieren, uns alle verfügbare sozialistische Literatur oder auch Platten mit Liedern der Arbeiterklasse zu schicken. Wir sind entschlossen, uns in der sozialistischen Theorie fortzubilden, damit wir einen Beitrag leisten können im Kampf gegen die Verwirrung, die durch die sogenannte Friedensinitiative von Heath in der Arbeiterklasse entstanden ist. Die Leitung des KZ versucht

mit allen Mitteln, uns am Lernen und an der Selbsterziehung zu behindern, besonders was den Sozialismus betrifft. Seitdem die Internierten hier im Lager sind, haben sie versucht, sich Möglichkeiten zum Lernen zu verschaffen. Über den Vorschlag, daß man einen der Käfige zu einer Mini-Universität machen könnte, hat die Lagerleitung nur gelacht. Mehr als hundert Lehrer, die sich bereiterklärt hatten, uns kostenlos zu unterrichten, wurden jedesmal am Betreten des Lagers gehindert. Vor zwei Wochen befahl einer der drei Stellvertreter des Lagerleiters dem Campcomitee, daß sich alle Männer mit Universitätsausbildung, die bisher über das ganze Lager verstreut waren, ab 18.00 Uhr geschlossen im Käfig 2 einzufinden und dort zu bleiben hätten. Wenn sie das nicht machen würden, würde die britische Armee sie mit Gewalt dorthin bringen. Das Campcomitee gab nach. Es wäre vielleicht interessant gewesen herauszufinden, was die britische Armee mit fast 1 000 zum Widerstand entschlossenen Männern gemacht hätte.
Wir bitten unsere deutschen Genossen uns zu helfen und ihre Beiträge an das Central Citizens Defense Comitee, 39, Fallsidroad, Belfast 12 oder an:
Sean MagShamhrain L. K. 260 Hut 22 Cage 3, Long Cash Concentration Camp zu schicken.

ALAIN KRIVINE (ligue communiste): FRANKREICH

Genossen
Wie Ihr wißt, hat eine Minderheit von Franzogen sich soeben für den Beitritt Englands zum Gemeinsamen Markt entschieden. Das beweist, was die bürgerliche Demokratie ist. Aber trotzdem ist sicher, daß die Bourgeoisie jetzt eine Atempause hat, da sich im Augenblick "ein Europa der Bullen" formiert. Das merken nicht nur die Revolutionäre in Europa sondern auch das Polizeiministerium. Wir haben in Frankreich den Vorteil, einen Minister zu haben, der, obwohl er Polizist ist, dennoch ein gewisses Bewußtsein der augenblicklichen Zustände zu haben scheint. Vor 2 Tagen erklärte er: "Jetzt wo wir dabei sind, Europa aufzubauen, müssen wir die Repression gegen subversive Elemente verstärken."
Nehmen wir das Beispiel Frankreichs, denn es ist besonders aufschlußreich für alle Revolutionäre in Europa. Wir sind nicht mehr in einer klassischen bürgerlichen Demokratie, aber wir sind noch nicht in einem faschistischen Staat. Und viele Bourgeoisien Europas wollen angesichts der steigenden Kampfbereitschaft der Arbeiterklasse das französische Beispiel kopieren. Für die Revolutionäre ist es also wichtig zu sehen, in welchem Rahmen sich diese neue Repression heute in Frankreich und in Europa abspielt. Wir nennen das in Frankreich die Dialektik zwischen Repression und Integration. Das Ziel der Bourgeoisie ist ein zweifaches: Erstens, einen neuen Mai 68 zu verhindern und deswegen, zweitens, die Arbeiterklasse und ihre gewerkschaftlichen Organisationen soweit wie möglich zu integrieren. Aber sie hat verstanden, daß es zu gefährlich wäre, zu dem Zwecke, die Arbeiterklasse zu integrieren, einen klassischen Faschismus anzuwenden. Die französische Bourgeoisie hat verstanden,

daß man mit physischer Ausrottung der Gewerkschaften und der Parteien, die sich auf die Arbeiterklasse berufen, nicht weiterkommt, sondern daß man sich die Politik ihrer reformistischen Führung zunutze machen muß, um die Arbeiterklasse zu integrieren. Deswegen ist die gegen die Arbeiterklasse gerichtete Repression nicht frontal und nicht faschistisch. Es ist eine selektive Repression, die die reformistischen Arbeiterführer dazu bringen will, die Integrationspolitik zu akzeptieren. Und in dieser Hinsicht hat die Bourgeoisie schon einiges erreicht, denn im Moment sind schon mehr als 3000 Verträge zwischen den Gewerkschaften und der Regierung abgeschlossen worden. Das Ziel der Repression ist ein zweifaches: Erstens geht es darum, alle Kämpfe der Arbeiter in einem legalen Rahmen zu halten, der sowohl von der Bourgeoisie als auch von den Gewerkschaftsführern akzeptiert wird. Dieses wird aber durch die Art der Kämpfe, die heute in Frankreich geführt werden, erschwert. Seit 6 Monaten sind die meisten Streiks von Fabrikbesetzungen begleitet. Es sind meistens unbegrenzte Streiks mit Streikposten vor den Fabriktoren. Manchmal werden die Bosse und die leitenden Angestellten auch in ihren Büros eingeschlossen (Beifall), wie z. B. in der Stadt St. Brieuc, wo die Arbeiter mittlerweile seit 6 Wochen streiken. Das zweite Ziel dieser bürgerlichen Repression ist, die Vereinigung zwischen der Arbeiterklasse und den Revolutionären zu verhindern. Denn im Gegensatz zu Westdeutschland und anderen Ländern gewinnen die Revolutionäre allmählich Bedeutung und Einfluß in den Betrieben. Und das ist äußerst wichtig für uns; denn 1968 haben wir begriffen, daß die Revolution nicht allein mit den Studenten gemacht werden kann, sondern daß es notwendig ist, die Mehrheit der Arbeiterklasse auf unserer Seite zu haben (Beifall).

Jetzt einige Beispiele, um zu zeigen, welche Formen die Repression zur Zeit annimmt. Vor einer Woche haben wir in Paris vor 4000 Revolutionären den geheimen Plan für den Kampf gegen die Subversion aufgedeckt. Und da wir hier Internationalisten sind, sollte man einiges darüber sagen. Zunächst über das, was "politische Verteidigung" genannt wird. Sie besteht darin, von Tausenden von Arbeitern Karteikarten anzulegen. In der Nähe von Paris gibt es eine elektronische Kartothek, in der 1 200 000 Franzosen registriert sind. Sobald jemand bei einer Demonstration oder bei einer Versammlung verhaftet worden ist, kann die Polizei innerhalb von zwei Minuten seine Karteikarte zu Rate ziehen. Das zweite Mittel ist das Abhören: 3 500 Telefonanschlüsse in Frankreich werden ständig abgehört. Das dritte Mittel ist, Spitzel in die revolutionären Organisationen einzuschleusen. In einem Polizeibericht wird gesagt, daß es immer schwieriger wird, sich einzuschleichen (Beifall). Deshalb sind 200 Konterspionageagenten für diese Aufgabe abgestellt worden.

In den Betrieben gibt es mehrere Arten von Polizeiterror. In Frankreich werden zur Zeit genauso viele Fabriken von Arbeitern besetzt wie von den C.R.S. Sobald eine Fabrik von den Arbeitern besetzt worden ist, rücken die C.R.S. nach wenigen Tagen nach. Das zweite und schon etwas subtilere Mittel ist die zunehmende Gründung faschistischer Gewerkschaften in bestimmten Fabriken. Die faschistischen Gewerkschaften werden direkt von den Unterneh-

mern finanziert, z. B. bei SIMCA und PEUGEOT. Im allgemeinen versuchen die Unternehmer, die ausländischen Arbeiter zum Eintritt in die faschistischen Gewerkschaften zu zwingen. Die Mitglieder dieser faschistischen Gewerkschaften versuchen jeden Morgen vor den Fabriktoren das Verteilen von Flugblättern sowohl der Revolutionäre als auch der offiziellen kommunistischen Partei zu verhindern. Manchmal haben sie Schlagstöcke; die meisten von ihnen sind ehemalige Offiziere oder Unteroffiziere. Die dritte Form der Repression, die für uns sehr gefährlich ist, ist die Dienstbarmachung der Meister und kleinen Angestellten für die Zwecke der Konterrevolution. Kürzlich haben in Nantes bei einem Streik dreihundert Meister ein Komitee für die Freiheit der Arbeit gegründet. Diese Meister haben die Streikposten angegriffen, und die bürgerliche Presse hat geschrieben: Prügelei zwischen Arbeitern vor der Fabrik. Die vierte Form, die gefährlichste von allen, ist der Aufbau einer Werkspolizei in den Betrieben. Bei Renault gibt es jetzt ungefähr 80 - 90 Leute, die eine von der Unternehmensleitung bezahlte Werkspolizei bilden. Der Führer dieser Werkspolizei hat den maoistischen Arbeiter Overney ermordet (Pfiffe). Aber wir wissen, daß dies kein Einzelfall ist. Wir wissen heute, daß in anderen Betrieben Mitglieder dieser Werkspolizei bewaffnet sind. Ihre Aufgabe ist es, draußen die Fabrik und drinnen die Arbeiter zu überwachen. Die Rekrutierung dieser Polizei ist sehr interessant. In Frankreich gab es, wie in anderen Ländern, Detektivagenturen. Diese Agenturen beschäftigen sich im allgemeinen mit Nachforschungen über Ehepartner. Heute wenden sie sich neuen Aufgaben zu: sie schicken den Fabrikdirektoren Briefe, um ihnen mitzuteilen, daß sie auch in der Lage sind, sich um das private und politische Leben der subversiven Arbeiter in der Fabrik zu kümmern.

Die letzte Form organisierter Repression ist die sog. "police parallèle", d. h. paramilitärische Organisationen, die sich z. B. "Komitee für die Verteidigung der Republik" nennen, mehrere Tausend Mitglieder haben und zwei Arten von Aufgaben erfüllen: sie versuchen, Versammlungen zu stören, vor allem aber durchsuchen sie heimlich Wohnungen von Militanten. So ist z.B. die Kartei der "Roten Hilfe" in einer Nacht verschwunden, ohne daß die Tür geöffnet worden ist. Und als die Polizisten kamen, sagten sie: "Das war gute Arbeit! Wir können uns auf ihn verlassen."

Als letztes möchte ich auf die Frage eingehen: wie kann man auf diese Repression reagieren? Wir sind der Meinung, daß man sich vor allem nicht der Illusion hingeben darf, die Repression im kapitalistischen System ließe sich verhindern. Die Repression ist, wie wir alle wissen, für das Fortbestehen des Kapitalismus absolut notwendig. Aber vor der sozialistischen Revolution ist es möglich und notwendig, die Bourgeoisie selbst an unbedeutenden Punkten zurückzudrängen. Ich habe schon gesagt, daß die Bourgeoisie im Augenblick nicht bereit ist, eine klassische faschistische Diktatur zu errichten; d. h. sie zieht eine weniger sichtbare, weniger spektakuläre Repression vor. Sie versucht, die Arbeiterklasse nach und nach daran zu gewöhnen. Die größte Gefahr für uns ist, daß wir diese Gewöhnung akzeptieren. (Beifall) Sobald man an einem Punkt nachgibt, wird man überall kapitulieren. (Beifall) Der Kampf gegen die Repression wird in Frankreich in folgender Form aufgenommen: Jedesmal, wenn

es einen spektakulären und schwerwiegenden Fall von Repression gibt, versuchen wir, eine möglichst breite Massenaktion dagegen zu organisieren. Am Tag nach der Ermordung des Genossen Overney haben 30000 Revolutionäre in Paris demonstriert (Beifall). Und am Tag seiner Beerdigung gab es die größte Demonstration, die Paris je gesehen hat, größer sogar als im Mai 1968, eine Demonstration mit 200000 Teilnehmern. (Beifall) Bei einer solchen Massenreaktion kann und muß unserer Ansicht nach eine größtmögliche Einheit realisiert werden. Und wenn sich z. B. die P.S.F. (Französische Sozialistische Partei), die nicht revolutionärer ist als die deutsche SPD, bereit erklärt, einen getöteten Arbeitermilitanten zu verteidigen, sind wir damit einverstanden und glauben, daß nicht wir, sondern die P.S.F. damit Konzessionen macht (Beifall). Diese Massenreaktion ist um so notwendiger, als sie es schafft. den Kräften der Bourgeoisie etwas entgegenzusetzen. Ich kann Euch versichern, daß ein Bulle es sich heute sehr überlegen würde, bevor er auf einen Arbeiter schießt.
Aber nicht nur Massenaktionen sind notwendig; in manchen Fällen sind auch Aktionen von Avantgarden notwendig, vor allem dann, wenn sie von den Massen verstanden werden können. Bei Citroen in Rennes z. B hat seit zehn Jahren keine revolutionäre Organisation ein Flugblatt verteilen können, weil es dort eine faschistische Gewerkschaft gab. Die Gewerkschaftsdelegierten wurden in der Fabrik verprügelt. Wir haben am Vorabend der Gewerkschaftswahlen mit den örtlichen Gewerkschafts- und PCF-Funktionären gesprochen und sie gefragt, ob sie bereit wären, ein Flugblatt zu verteilen, und wenn es nur ein Wahlaufruf wäre. Sie haben geantwortet: "Das ist unmöglich! Wir werden uns nicht auf eine linksradikale Provokation einlassen". Daraufhin haben wir 110 militante Revolutionäre, mit Helmen ausgerüstet, vor die Fabrik geschickt, um dort ein Flugblatt zu verteilen. So etwas hatten die Arbeiter dort noch nie gesehen. Diese Art von Aktion ermöglicht es, die Insubordination der Arbeiter in den Fabriken zu verstärken. Und das ist unbedingt notwendig. Avantgardeaktionen sind ebenfalls notwendig gegenüber den faschistischen Organisationen. Gewiß haben die faschistischen Organisationen wie "Ordre nouveau" in Frankreich keine große Bedeutung. Aber wir meinen, daß man Faschisten gegenüber nicht demokratisch sein darf, und daß man mit ihrer Zerschlagung nicht warten darf, bis sie eine Massenbewegung geworden sind. Vor einem Jahr z. B., als die Faschisten in Paris eine große Kundgebung veranstalteten, haben 5000 Revolutionäre versucht, diese Kundgebung zu verhindern. Wir sind nicht in den Saal hineingekommen, weil 5000 C.R.S. davorstanden.
Die dritte Art von Reaktion auf die Repression ist das, was wir die "Arbeiterselbstverteidigung" nennen. Wir meinen, daß es heute bei jedem harten Streik notwendig ist, außerordentlich offensive und organisierte Streikposten zu haben. Die Arbeiter müssen in der Lage sein, ihre Fabrik gegen die faschistischen Gruppen oder die Polizei zu verteidigen. Wenn wir von "Selbstverteidigung der Arbeiter" sprechen, denken wir an einige Beispiele. Als die Arbeiter in einer Fabrik erfahren haben, daß die Polizei eingreifen wollte, haben die Arbeiter selbst beschlossen, die Fabriktore unter Strom zu setzen (Beifall). Und wenn man z.B. den exemplarischen Streik der englischen Bergleute betrachtet: auch dort haben die Arbeiter sehr offensive Streikposten gebildet und die Bourgeois daran gehin-

dert, an die Kohle heranzukommen. In Spanien, wo die Lage nicht ganz mit der unsrigen vergleichbar ist, zeigen uns die spanischen Genossen, was wir vielleicht eines Tages auch tun müssen. Dort werden alle Arbeiterdemonstrationen von der Polizei unterdrückt. Die revolutionären Militanten haben daher Selbstverteidigungsgruppen organisiert, die die Demonstrationen schützen. In bestimmten Ländern, in denen eine vorrevolutionäre Situation besteht, sind die Aktivitäten der Selbstverteidigungsgruppen bereits Teil des revolutionären Prozesses. Nehmen wir das Beispiel der GRP in Argentinien: die Genossen dort haben die Streiks und die Versammlungen in Cordoba mit bewaffneten Arbeitergruppen geschützt.

Die letzte, auch weiterhin sehr wichtige Aktivität ist die politische Aktivität innerhalb der bürgerlichen Armee. Wir dürfen die Hunderttausende von Arbeitern in den Händen der bürgerlichen Offiziere nicht allein lassen. Der antimilitaristische Kampf ist heute eine wichtige Aufgabe der europäischen Revolutionäre.

Damit diese Aufgaben erfüllt werden können, ist unserer Meinung nach die Einheit der revolutionären Militanten und Organisationen unbedingt erforderlich.

In Frankreich wie in Deutschland bedauern viele Revolutionäre, daß es eine solche Vielzahl von Gruppen gibt. (Beifall) Darauf will ich hier nicht näher eingehen. Ich möchte nur sagen, wenn es heute derartig viele Gruppen gibt, so bezahlen wir damit die 40 Jahre, in der eine Diskussion innerhalb der Arbeiterbewegung nicht stattgefunden hat. (Beifall) Und in gewisser Hinsicht ist es besser, 10 oder 15 revolutionäre Gruppen zu haben als keinen einzigen revolutionären Militanten, wie es in der Vergangenheit der Fall war. Aber der größte Dienst, den wir der Bourgeoisie leisten können, wäre das Sektierertum unter den revolutionären Organisationen im Kampf gegen die Repression. (Beifall)

Ich glaube, das deutsche Beispiel selbst zeigt, daß es besser wäre, wenn sich schon heute Maoisten, Trotzkisten, Anarchisten gegen die Repression zusammenschließen würden, anstatt die Einheit erst morgen im Gefängnis herzustellen, wenn es zu spät ist. (Beifall) Unsere letzte Aufgabe ist, einer Repression, die immer europäischer wird, europäische Kampagnen entgegenzusetzen. Der proletarische Internationalismus darf sich nicht nur in Worten äußern. Wir müssen dem Beispiel der belgischen Genossen folgen, die sofort eine Gegendemonstration organisiert haben, als sie erfuhren, daß der Führer der italienischen Faschisten nach Brüssel kommen sollte.

Abschließend möchte ich sagen, daß der Kampf gegen die Repression kein isolierter Kampf sein darf. Und die Militanten, die sich auf die Arbeiterbewegung berufen, es aber ablehnen, diesen Kampf zu führen, wie die Führung der KPF, die nach der Ermordung des Genossen Overney gesagt hat, das sei ein Verbrechen von Linksradikalen, diejenigen also, die heute nicht zum Kampf gegen die Repression bereit sind, werden morgen nicht bereit sein, für den Sozialismus zu kämpfen. (Beifall) Deshalb haben in Frankreich soeben alle revolutionären Organisationen ohne Ausnahme einen Vertrag auf gegenseitige Hilfe geschlossen. (Beifall) Und wir glauben, daß nur durch solche gemeinsamen Initiativen gegen die Repression die berühmte Parole aus dem Mai 1968 verwirklicht werden kann: Ce n'est qu'un début, continuons le combat!

Das war nur der Anfang. Der Kampf geht weiter!

Es ist hier am gestrigen Nachmittag über Faschisierung gesprochen worden und darüber, inwieweit der liberale Staat praktisch seine eigenen Versprechen einhält, inwieweit er seine eigenen Spielregeln beachtet oder nicht. Ich werde jetzt versuchen, insofern einen Beitrag zur Analyse zu liefern, als ich versuchen will, diesen Faschisierungsprozeß und die gegenwärtige Repressionswelle in Beziehung auf Italien zu untersuchen, wo die Lage bestimmt sehr verschieden ist von der der Bundesrepublik, wo auch die soziale Basis, auf der sich das abspielt, eine verschiedene ist; aber wo eine Reihe von Tendenzlinien erkennbar werden, die bestimmt nicht nur für Italien und nicht nur für ähnliche Länder, z. B. Frankreich, ihre Gültigkeit haben, sondern eben tatsächlich immer mehr die Internationalität der Konterrevolution zeigen. Das steht zur Diskussion.

Im Vergleich zu Deutschland ist in Italien der Klassenkampf in den letzten Jahren viel schärfer und auch viel massenhafter geführt worden, ohne Zweifel, und das hat auch dazu geführt, daß die Repression viel schärfer und viel massenhafter durchgreift. Wir weinen sicher nicht darüber, daß der liberale Staat nicht liberal genug ist, und wir erinnern den liberalen Staat nicht an sein eigenes Grundsatzprogramm. Wir wissen, daß der bürgerliche Staat immer dann, wenn der Klassenkampf zunimmt, sein repressives Gesicht deutlicher zeigen muß. Wir sind also in gewissem Sinn überzeugt, daß der Klassenkampf ganz sicher die Rechte auf den Plan rufen wird, denn, wenn etwas geschieht gegen das Kapital, dann verteidigt sich das Kapital. Wir glauben also, daß die Antwort, einfach nichts zu tun, damit wir nicht von der Repression getroffen werden, die falscheste Antwort wäre; denn das würde heißen, daß wir die Repression selbst übernehmen, praktisch, indem wir eben verzichten, etwas zu tun.

Die Repressionswelle, die derzeitig in Italien stattfindet, und man hört immer wieder davon: Tod von Feltrinelli, Verhaftungswellen, Haussuchungswellen usw., ist nicht die erste dieser massiven Art. Es gab sie in der Nachkriegszeit in der ganzen Periode des kalten Krieges unter dem damaligen Polizeiminister Scelba und dann im Jahre 1960, wo es zu schweren Tumulten und Demonstrationen gegen die Regierung gekommen ist, wo es auch sehr viele Tote gab.

Heute befinden wir uns wieder vor einem solchen scharfen Rechtsruck und vor einer solchen scharfen Repressionswelle. Die Ausgangsposition ist dabei eine andere und anders als in der BR. In Italien sind die sozialen Spannungen wesentlich stärker, die Integration der Arbeiterklasse ist wesentlich geringer, die Kräfte, auch die politischen Kräfte sind viel aufgefächerter und viel pluralistischer als in der BR. Die italienische Demokratie ist nicht so rein freiheitlich rechtsstaatlich wie die bundesrepublikanische konzipiert, sondern hat in ihrem Inneren - sagen wir auch nach ihrem eigenen Verständnis - mehr soziale Züge, weil das Gewicht der Linken, der verschiedenen linken Kräfte,

d. h. der revisionistischen Kräfte, nach dem Krieg stärker war, und sie somit ihre Konzeptionen in die Verfassung stärker miteingebaut haben. Bisher war deswegen der Bezug auf die italienische Verfassung immer wieder das Kampfroß vor allem der linksdemokratischen Kräfte und ebenso der revisionistischen und sozialistischen Kräfte.
Der Kampf um die Verwirklichung der Verfassung war also irgendwie ein "linkes Anliegen" in den letzten Jahren, ein "linkes" in dem Sinn, daß es von der KPI vertreten worden ist, von den Sozialisten. Während wir sehen, daß heute immer mehr die Verfassung als das Werkzeug mobilisiert wird, in dessen Namen eben zwischen den Böcken und den Schafen geschieden wird. Die Repression schreitet heute in Italien gegen den Klassenkampf immer stärker durch, u.z. mit einer ganzen Reihe von Mitteln, die ich ganz kurz andeuten werde. Sie reichen bis zur Faschisierung des Staates in einem bestimmten Sinn, den ich mich bemühen werde zu präzisieren. Ich möchte versuchen, die wichtigsten Aspekte ganz kurz anzudeuten.
Ein Aspekt, auf den ich heute nicht näher eingehen kann, weil das nicht in diesem Kongreß zur Diskussion steht, ist der ökonomische Angriff gegen die Arbeiterklasse und die Ausspielung der Wirtschaftskrise. Das bedeutet sehr harte Repression, z. B. wenn eben Leuten mit Entlassung und mit Aussperrung aus der Fabrik gedroht und sie auch durchgeführt wird; wenn Mieten erhöht werden, wenn die Preise so erhöht werden, daß die Leute praktisch zu einer Zweitarbeit gezwungen sind und deswegen immer weniger Zeit haben, ihr eigenes Leben zu organisieren; daß die Nachtschicht nunmehr wieder eingeführt werden soll, usw... Das sind lauter Maßnahmen, die unmittelbar die Kampfkraft und die Kampffähigkeit der Arbeiter treffen, die aber vielleicht in diesem Rahmen weniger zur Diskussion stehen und auf die ich deswegen nicht näher eingehe.
Ein zweites Werkzeug, das heute, besonders in Italien, zur Repression des Klassenkampfes immer massiver verwendet wird, das sind die Faschisten; ein Problem, das sich heute in der BR noch nicht in dieser Weise stellt. Die Faschisten werden heute in Italien sowohl auf parlamentarischer als auch auf außerparlamentarischer Ebene (Faschisten also, die gewaltsamer vorgehen, als es ihre parlamentarische Vertretung offiziell billigt) immer mehr verwendet. Wir sind uns bewußt, daß der Faschismus in gewissem Grad immer die Gefahr, oder, sagen wir, die Möglichkeit in sich birgt, irgendwann auch dem Kapital gegenüber zu einer autonomen Kraft zu werden; d. h. daß der Faschismus zwar prinzipiell ganz bestimmt als ein Werkzeug des Kapitalismus zu begreifen ist und auch als solches von den Unternehmern wieder aufpoliert, finanziert und organisiert worden ist; immer aber auch die Möglichkeit in sich birgt, weiterzugehen oder bestimmte Organisationsinteressen zu vertreten, die nicht streng mit denen des Kapitals zusammenhängen, z. B. einen Staatsstreich zu machen, wo es für das Kapital noch nicht funktional ist oder jedenfalls mehr kostet, als der Gewinn dabei wäre.
Die Verwendung dieser Faschisten zeigt sich heute vor allem in folgender Weise: einmal in der direkten Repression gegen die Avantgarden. Z. B. werden faschistische Arbeiter in Fabriken systematisch und massenhaft eingestellt, um

Streiks zu brechen, um Arbeiter zu denunzieren, um aktive Arbeiter zu prügeln, um jedenfalls in den Betrieben die Solidarität zu verhindern und aktiv auf seiten der Unternehmer zu stehen. Ebenso bei den Studenten: Revolutionäre Militante werden auf der Straße angegriffen, u. U. auch ermordet, es finden Bombenanschläge statt, usw. Also diese eine Funktion der Faschisten ist klar: die direkte Unterdrückung der Avantgarden.
Eine zweite Funktion, die heute die Faschisten sehr stark ausüben, ist die der Unterwanderung, der Infiltration und der Provokation in revolutionären Gruppen. Wir wissen, daß in Italien - Ihr wißt es wahrscheinlich aus den Informationen über den Fall Feltrinelli - diese Gefahr besonders groß ist und daß faschistische Gruppen, daß faschistische Elemente immer wieder versuchen, besonders in jene Gruppen, die wenig unter Massenkontrolle stehen, einzudringen, um dort erstens einmal mindestens sich zu informieren, Denunziation zu leisten usw. und dann auch u. U. Aktionen hervorzurufen und zu übersteigern oder selbst auszuführen, die dann in irgendeiner Weise die Linke gezwungen ist zu decken und die sie diffamieren.
Und schließlich ist in besonders starkem Ausmaß die Verwendung der Faschisten in der letzten Zeit daran deutlich geworden, daß man den Klassenkampf auf der einen Seite gegenüber der faschistischen Gewalt auf der anderen Seite als Gegenextremismus gleichgestellt hat und sagt: gegen diese beiden Arten von Extremismus braucht es wieder einer starken Kräftigung, eben eines soliden Zentrums, einer soliden Mitte. Dieses Ausspielen eines bezahlten provokanten faschistischen Extremismus gegen den "Extremismus" der Arbeiterklasse hat besonders seit 1969, seit den Bomben und dem "Staatsmassaker" von Mailand, an Bedeutung immer mehr zugenommen.
Neben der ökonomischen Repression und den Faschisten ist eine weitere Äußerung der Repressionsstrategie heute in Italien, die nun stärker auch Ländern wie dem der BR vergleichbar ist, die Zunahme der staatlichen Repression, angefangen von der härtesten Verwendung der offiziellen, bereits herrschenden Legalität bis zum massiven und brutalen Delikt, d. h. bis hin zum kriminellen Verbrechen, das der Staat organisiert, gegen seine eigenen Spielregeln.
Einmal greift der Staat ein, natürlich zum Zwecke der direkten Unterdrückung der Kämpfenden. Verhaftungen finden massenhaft statt und sind in Italien auch juristisch leichter möglich als hier. Deswegen gibt es wesentlich mehr politische Häftlinge. Haussuchungen finden statt, Militante werden in jeder Weise behindert, ob sie nun Flugzettel verteilen oder Plakate aufkleben oder unerlaubterweise Lautsprecher verwenden. Die politische Justiz feiert also wirklich ihre Orgien. Großfahndungen finden momentan fast alle Nächte statt und im Laufe einer solchen Fahndung werden im ganzen Staatsgebiet bis zu 160 000 Personen kontrolliert und durchsucht. Politische Prozesse werden immer mehr Sondergerichten zugewiesen, d. h. praktisch bestimmten Sektionen in den Gerichten, wo ganz klar faschistoide und explizit faschistische Richter urteilen. Es werden die Organisationen, besonders stark momentan "Potere Operaio", z. T. auch "Lotta continua", dadurch zerschlagen, daß man militanten Genossen wirkliche oder auch provozierte Delikte vorwirft. Es genügt, einen Stadtplan zu finden, in dem, sagen wir, die wichtigsten öffentlichen Gebäude ein-

gekreist sind, um zu sagen: das war ein terroristischer Plan zur Sprengung des Polizeipräsidiums usw., und die Genossen werden deswegen eingesperrt. Es werden die Avantgarden immer mehr kriminalisiert, ähnlich wie hier in Deutschland, und man versucht, sie dadurch von den Massen zu isolieren. Man versucht, die Theorie von Komplott und Verschwörung zu akkreditieren und zu zeigen, daß praktisch der Staat eben einem linken Terrorismus schon fast zum Opfer fällt, wenn man nicht rechtzeitig etwas dagegen tut. Dazu gehört z.B. in der letzten Zeit immer mehr auch die Kriminalisierung der Anwälte selbst, also der Genossenanwälte, die also die verschiedenen Linken verteidigt haben und die jetzt immer mehr selbst unter Druck gesetzt werden und u. U. ins Gefängnis wandern. Vor allem versucht man momentan eine Reihe von Genossen mit Strafen zu versehen, die zur Bewährung ausgesetzt werden, so daß im richtigen Moment mindestens 3-4000 Genossen, wenn sie gegen ihre Bewährungsbestimmungen verstoßen, ins Gefängnis wandern können. Insgesamt sollen also die revolutionären Organisationen immer stärker in die Illegalität gedrängt werden, und dadurch immer stärker gezwungen werden, selbst dort, wo sie es nicht wollen, auch wo sie es noch nicht subjektiv für notwendig halten würden, zu illegalen Methoden zu greifen. In den Schulen und in den Hochschulen werden immer mehr Leute hinausgeworfen, vor allem Schüler, aber auch Lehrer, und Fälle, die hier in der BRD als eklatant und als schwerwiegend gelten, die passieren in Italien gewissermaßen jeden Tag; also diesbezüglich ist die Repression schon viel stärker, auch weil eben der Klassenkampf viel stärker ist. Und bestimmte Hochschulfakultäten, die eben als Brutstätte linker Elemente gelten, wie z.B. Trient vor 1 1/2 Jahren, werden systematisch gesäubert; ebenso in den Mittel- und Oberschulen usw., sowohl den Schülern als auch den Lehrern gegenüber.
Ein weiteres Werkzeug und ein weiteres Ziel dieser staatlichen Repression ist die Schließung von Lücken im Staatsapparat, d. h. die inneren Widersprüche der Bourgeoisie; daß z. B. Richter, Priester, Lehrer oder Journalisten usw. nicht bei der Stange sind und sich irgendwie mit dem Klassenkampf solidarisieren, - solche Elemente werden innerhalb ihres Apparates immer mehr isoliert. Auch wenn es bei uns noch keine formellen Hamburger Erlasse gibt, werden solche Leute entweder hinausgeworfen oder unschädlich gemacht. Es gibt noch keine Sondergesetze, es genügt, die bestehenden Gesetze anzuwenden.

Ein weiteres Mittel und Ziel zugleich der staatlichen Repression ist die ständige Stärkung der Exekutivgewalt im Staat; Stärkung sowohl zahlenmäßig als auch Stärkung ihrer Befugnisse und ihrer Macht. Die Polizeikräfte, die momentan in Italien im ganzen ungefähr 200000 Mann ausmachen, werden weiterhin noch zahlenmäßig verstärkt. Es werden neue Polizisten und Carabinieri einberufen und ihre Befugnisse nehmen immer mehr zu. Die richterliche Kontrolle über den Polizeiapparat wird abgebaut und die Exekutive nimmt sich mehr Macht, als ihr nach den formellen Gesetzen zusteht. Das Heer wird zunehmend auch gegen den inneren Feind verwendet. Ebenso mobilisiert der Staat immer mehr ehemalige Heeresangehörige, Reservisten usw., die für den Bedarfsfall einspringen sollen und regelrecht geschult werden, nicht nur an Waffen, sondern auch für Notstandsaufgaben, um Leute zu denunzieren. Ferner werden

die Gesetze, die vorhanden sind und die zum großen Teil aus der faschistischen Zeit stammen - z. B. ist das Strafgesetzbuch noch das faschistische Strafgesetzbuch von 1931 - immer mehr verwendet und werden auch aus einer Mottenkiste herausgezogen, wo sie vielleicht 25 Jahre lang ziemlich vergessen geruht haben. Z. B. ist es strafbar, zum Klassenkampf und zum Haß zwischen den sozialen Klassen aufzurufen; das wird jetzt wieder verwendet und ähnliches mehr.

Mehr als das aber noch, und ohne jetzt auf die Einzelheiten einzugehen, beginnt der Staat in der letzten Zeit, auch Verbrechen direkt zu veranstalten, zu organisieren oder zumindest zu decken. Die typischen Beispiele, die wir momentan kennen, sind die Bomben von Mailand - Bomben, die zuerst noch im Jahre 69 als anarchistische Bomben gegolten haben, und für die man dann die Anarchisten freisprechen mußte; die Bomben von Mailand Ende 1969 und der Fall Feltrinelli. In allen diesen Fällen handelte es sich um Delikte, die der Staat, wenn er sie auch nicht persönlich durch Polizisten hat ausführen lassen, so doch so klar deckt und ihre Aufdeckung so klar verhindert, daß man in diesem Fall wirklich mit Recht und ohne zu übertreiben von Staatsverbrechen sprechen kann und sprechen muß. Es nehmen die Fälle immer mehr zu, wo Genossen auf der Autobahn tödlich verunglücken, wo Genossen an mysteriösen Selbstmorden sterben und eben aus Fenstern selbstgemordet werden. Solche Fälle nehmen immer mehr zu, und man spricht heute schon von einer Amerikanisierung des öffentlichen Lebens, weil CIA-Methoden immer mehr auch im italienischen politischen Kampf verwendet werden. Es ist der bürgerliche Staat, der sie anwendet, nicht seine faschistischen Exzesse; deswegen halten wir es für falsch, das nur den Faschisten allein anzulasten.

Ich habe heute vom Genossen Brückner zufällig ein Zitat bekommen, das den nächsten Punkt, den ich besprechen möchte, sehr klar erläutert. Es stammt von der "Gauche Proletarienne": "Der Faschismus von heute bedeutet nicht mehr die Eroberung des Innenministeriums durch rechtsextreme Gruppen, sondern die Eroberung Frankreichs durch das Innenministerium". Das kann genau so heute für Italien gelten. Die Transformation des Staates in autoritärem Sinn braucht heute nicht einen faschistischen Staatsputsch oder eine explizite Notstandsregelung, die heute in Italien noch nicht durchkommen würde und gegen die heute noch eine zu große Mobilisierung stände. Die Verfassungsänderung und die Aushöhlung, sagen wir, der demokratischen bürgerlichen Verfassung, von der man auch de jure spricht - etwa dem Staatspräsidenten mehr Macht zu geben, die Exekutive zu stärken, usw. -, findet faktisch schon dadurch statt, daß immer neue Gesetze entweder erlassen oder in Aussicht gestellt werden, z. B. Antistreikgesetze; daß die außerparlamentarischen Kräfte und Organe des Staates, die nicht unter der Kontrolle des Parlaments stehen, gestärkt werden, z. B. eben Heer, Polizei, Gerichtsbarkeit, staatliche kontrollierte Konzerne usw., und daß sich im ganzen die Staatskontrolle über das Leben der Menschen immer mehr ausweitet. Es ist kein Zufall, daß in den Fabriken die meisten Kontrolleure, die die Arbeiter kontrollieren, ehemalige Carabinieri sind, wo der Staat also die Polizeiausbildung für die Unternehmer unternimmt und sie dann, nach Gebrauch, abgibt.

Deswegen sprechen wir heute in Italien von Staatsfaschismus, oder wie er auch benannt worden ist, von "Fanfaschismus", weil Fanfani der Politiker ist, der diese Tendenz am stärksten repräsentiert. Deswegen glauben wir, daß heute der Staatsstreich, der explizite Rechtsputsch in Italien zwar eine Notlösung darstellt, daß aber dieselben Ziele auch mit anderen Mitteln heute erreicht werden können und daß diese Art von Faschisierung nicht eine Wiederholung des traditionellen klassischen Faschismus bedeutet. Es gibt kein Neuaufleben Mussolinis; aber es handelt sich um einen sozialen Zwangsfrieden, in dem der Staat immer mehr die gesellschaftliche Dialektik, die gesellschaftlichen Spannungen aufhebt und von sich aus eine repressive, teilweise auch reformerische Synthese schafft. Der Staat unterbindet die Spannung zwischen den gesellschaftlichen Kräften und beansprucht selbst von vornherein, die Interessenvertretung und -vermittlung autoritär von oben her vorzunehmen.
Wir glauben, daß das heute eben nicht allein Italien betrifft, sondern daß diese Faschisierung, besonders im Mittelmeerraum, einen internationalen Charakter annimmt, und zwar nicht nur, was explizit faschistische Regierungen, wie Griechenland, Türkei, Spanien usw. betrifft, sondern eben auch nach dem Muster des Gaullismus, das in Italien immer mehr Schule macht. Deswegen sprechen wir heute in gewissem Sinn von einer "präventiven Konterrevolution", die jetzt auch in den Wahlen besonders stark zum Ausdruck kommt. Die Wahlen dienen heute in Italien dazu, diesem Faschisierungsprozeß seine noch nicht vorhandene Massenbasis und seinen noch nicht vorhandenen Massenkonsensus zu verschaffen.

ERNEST MANDEL

GRUSSBOTSCHAFT AN DEN KONGRESS*

Genossinnen und Genossen
Seit der westdeutschen Rezession von 1966/67 hat sich das gesamte sozialökonomische Klima des Spätkapitalismus erheblich geändert. Die durchschnittlichen Wachstumsraten der kapitalistischen Wirtschaft gehen zurück; die internationale Währungskrise verstärkt sich; bedeutsame Industriezweige, wie etwa die Automobilindustrie und die petrochemische Industrie, die die Konjunktur in den letzten beiden Jahrzehnten getragen haben, erleben heute eine permanente Überkapazität. Durch diese Verschlechterung der ökonomischen Weltsituation des Kapitals verschärft sich die internationale Konkurrenz und durch beide Erscheinungen verschärfen sich die Klassengegensätze. Heute gibt es annähernd 10 Mill. Erwerbslose in den imperialistischen Ländern der Welt. Das Ausmaß der Konzessionen, die von den Unternehmern und der bürgerlichen Klasse den Lohnabhängigen gemacht werden können, verringern sich bedeutsam unter diesen Bedingungen. Da aber gleichzeitig die Radikalisierung der Jugend Veränderungen auf dem Gebiet des subjektiven Faktors mit sich gebracht hat und neue Impulse zu antikapitalistischen Kämpfen erst in die Randschichten, in einigen Ländern in breitere Schichten der Arbeiterklasse hineingetragen hat, gewinnt die Verschärfung der Klassengegensätze auch von der subjektiven Seite her ihre eigene Logik.

* Tonbandaufnahme

Wir haben es erlebt, daß unter diesen Bedingungen eines sich wandelnden allgemeinen sozial-ökonomischen Klimas der Umfang der Arbeiterkämpfe in Westeuropa bedeutend zugenommen hat. Wir haben den Mai 68 in Frankreich erlebt mit 10 Mill. Streikenden. Wir haben den sog. schleichenden Mai des Herbst' 69 und Winters 69/70 in Italien mit 15 Mill. Streikenden erlebt. In den beiden aufeinanderfolgenden Jahren 1970 und 1971 sahen wir den historischen Rekord an Streiktagen in Großbritannien gebrochen. Wir haben die riesige Welle wilder Streiks seit 1969 über ganz Europa dahinrollen sehen, die sogar Länder wie Schweden und die Schweiz, die bis dahin als Musterländer des Klassenfriedens galten, mit hineinrissen. Wir haben erlebt, daß in der Bundesrepublik die wilden Streiks vom September 69, die Warnstreiks von 1970 und die radikaler geführten Streikkämpfe der badenwürttembergischen Metallarbeiter 71 der Verschärfung der Klassengegensätze ebenfalls, wenn auch in bescheidenerem Ausmaße, Ausdruck verliehen haben.
In diesem allgemeinen Rahmen, auf dem Hintergrund dieser Änderungen des sozialökonomischen Klimas müssen wir die wachsenden Angriffe gegen die demokratischen Grundrechte der europäischen Arbeiterbewegung, der europäischen Arbeiterklasse begreifen. Das Bürgertum schien nur solange mit dem Heiligenschein der freiheitlich demokratischen parlamentarischen Ordnung versehen zu sein, wie es seine Klassenherrschaft nicht bedroht fühlte. Von dem Augenblick an, in dem es den Eindruck gewinnt, daß diese Klassenherrschaft langfristig bedroht und kurz- oder mittelfristig erschüttert werden könnte, sieht es in wachsendem Maße in der Beibehaltung einer freiheitlich demokratischen politischen Ordnung eine Gefahr für diese Klassenherrschaft. Das Bürgertum sieht klar, daß es in seiner eigenen Legalität zu ersticken droht, und beginnt, diese freiheitlich demokratische Legalität schrittweise abzubauen. Auf dem Hintergrund der Änderung des sozial-ökonomischen Klimas muß man deshalb auch die wachsende Repression gegen sozialistische Gruppen, und zwar sowohl in der BRD als auchh in den anderen Ländern Westeuropas sehen. Man muß verstehen, daß es in Wirklichkeit nicht nur gegen die noch ziemlich kleinen sozialistischen Gruppen geht, sondern gegen Grundrechte der Arbeiterbewegung, gegen die Grundrechte der Arbeiterklasse als solcher. Bestimmt gilt hier auch das Gesetz der ungleichmäßigen Entwicklung. Bestimmt ist die Bedrohung, die unmittelbare Bedrohung der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaftsstruktur in der Bundesrepublik nicht so weit wie in Frankreich, Italien oder Großbritannien, und bestimmt kann aus diesem Grund die erste Stoßrichtung dieser Angriffe gegen die demokratischen Freiheiten der Arbeiterbewegung sich in der BRD vorläufig beschränken auf ausgesprochen sozialistische Gruppen, vor allem unter den Studenten und der Intelligenz. Aber die allgemeine Entwicklung, welches auch die jeweiligen Stadien sein mögen, worin sie sich jeweils befindet, ist die gleiche. Man meint sogenannte Linksradikale; was man in Wirklichkeit bezweckt, ist, die gesamte Arbeiterbewegung und die gesamte Arbeiterklasse zu treffen. Am Beispiel Frankreichs kann man das am deutlichsten sehen.
Im Anschluß an den Generalstreik von 1968 wurde in der ersten Welle nur die Aktionsfreiheit revolutionär-sozialistischer Gruppen eingeengt. Aber etappenweise hat sich dann die Repression gegen radikalisierte Arbeiter ausgedehnt,

wurde sie in die Betriebe hineingetragen und gilt heute bereits bedeutsamen Teilen der linken Gewerkschaften. In Großbritannien erleben wir eine ähnliche Entwicklung, die sog. Antistreikgesetze. Die Gesetze gegen die wilden Streiks, die zuerst von der Wilson-Regierung und dann in viel schärferer Form von der heutigen konservativen Regierung vorgeschlagen oder bereits verabschiedet wurden, haben anfangs nur die sog. radikalen Minderheiten der Gewerkschaften und der Lohnabhängigen bedrohen wollen. Aber nachdem es sich ergeben hatte, daß Solidaritätsstreiks weiterhin trotz des Gesetzes stattfinden, nachdem es sich vor allem ergeben hat, daß der große Bergarbeiterstreik vor einigen Monaten zu einer gewaltigen Kraftprobe und einem bedeutsamen Sieg der englischen Arbeiterklasse geführt hat, fordern jetzt die englischen Unternehmer und die Konservativen eine allgemeine Gesetzgebung auch gegen die Gewerkschaft im allgemeinen, u.a. Aufhebung des Rechtes zur Bildung von Streikposten, Einführung von reaktionären Maßnahmen, die es Familienangehörigen der Streikenden verbieten würden, während eines Streiks Gelder der Sozialversicherung und der Sozialfürsorge in Anspruch zu nehmen. D.h. mit anderen Worten, man droht nicht nur mit physischer Polizeigewalt gegen Streikposten, sondern auch mit dem Aushungern von Frauen und Kindern, um die starke Kampfkraft der englischen Arbeiterklasse zu schwächen.

Sobald sich der Klassenkampf verschärft - das ist die allgemeine Regel -, wirft die bürgerliche Klasse ihre demokratisch-liberale Maske ab und fängt an, das andere Gesicht zu zeigen, mit dem sie historisch auch auftritt: daß sie nämlich der Verteidigung des Profits und des Privateigentums jedwede anderen Gesichtspunkte und Ideale zynisch, systematisch und uneingeschränkt unterwirft und unterordnet. Darum geht es nicht in erster Linie nur und ausschließlich gegen kleine sozialistische Gruppen, sondern gegen die gesamte Arbeiterbewegung. Wir haben die nächste Etappe dieser Entwicklung nicht nur in Ländern wie Spanien zu sehen, wo man auf Streikende jetzt systematisch schießt - es hat praktisch seit einigen Jahren keinen bedeutsamen Streik in Spanien mehr gegeben, ohne daß Streikende erschossen wurden -, sondern man kann dasselbe ebenfalls im Ansatz in Frankreich feststellen, wo eine Art Privatpolizei der Unternehmer, bewaffnete Banden der Unternehmer innerhalb der Betriebe gebildet werden und nicht nur mit legalen Mitteln der Einschüchterung sondern mit physischer Gewalt versucht wird, Arbeiterkämpfe, Streikkämpfe oder sogar das Fußfassen der großen Gewerkschaftsorganisationen in Großbetrieben zu verhindern. Es gibt heute in einigen französischen Automobilfabriken, vor allem Citroen und Simca, Zustände, unter denen eine normale gewerkschaftliche Tätigkeit praktisch nicht mehr möglich ist. Die Unternehmer haben dort ihre gelben Hausgewerkschaften geschaffen, die gestützt auf Banden, die aus allgemein bekannten faschistischen oder halbfaschistischen Individuen zusammengesetzt sind, in engster Zusammenarbeit mit der Polizei versuchen, mit allen Mitteln die Entfaltung einer normalen Gewerkschaftstätigkeit und der elementaren Arbeiterdemokratie, der elementaren politischen Tätigkeit der Arbeiterklasse in diesen Betrieben zu unterbinden. Sogar in den Hochburgen der französischen Arbeiterbewegung, wie etwa in dem größten, stärksten, bestorgani-

sierten französischen Automobilbetrieb Renault gibt es heute eine solche private bewaffnete Werkspolizei. Welche schrecklichen Ergebnisse dies haben kann, beweisen uns die Ereignisse von vor einigen Wochen, als ein junger, sogenannter linksradikaler Arbeiter wegen dem fürchterlichen Verbrechen erschossen wurde, das darin bestand, Flugblätter vor diesem Betrieb verteilt zu haben.

Nochmals: die zentrale Bedeutung dieser gesamten Entwicklung liegt eindeutig darin, daß man versucht, durch eine stete Eskalation repressiver Gesetze und repressiver physischer Gewaltmaßnahmen die Entfaltung der wachsenden Kampfkraft der westeuropäischen Arbeiterklasse zu behindern oder aber ihre Umwandlung aus einer Kraft, die sich nur für Sofortziele einsetzt, in eine zielgerichtete antikapitalistische Kampfkraft zumindest zu verlangsamen, wenn nicht gar zu unterbinden. Unter diesen Bedingungen ist es nicht nur die elementare Pflicht, sondern es liegt im elementaren Interesse sämtlicher Schichten, aller Strömungen, der gesamten Kräfte der westeuropäischen Arbeiterklasse, geschlossen und solidarisch dieser Tendenz zur wachsenden Repression ohne jegliche Konzession entgegenzutreten. Wenn man einmal begriffen hat, daß das eigentliche Ziel der Unternehmer und der bürgerlichen Klasse nicht nur Unterdrückung von noch relativ kleinen sozialistischen Kräften ist, sondern die Einschränkung der Bewegungsfreiheit, der Handlungsfreiheit und der demokratischen Rechte der Arbeiterbewegung insgesamt, dann versteht man auch, daß es vom Standpunkt des Gesamtinteresses der Klasse, des Gesamtinteresses der Gewerkschaften und aller Tendenzen dieser Arbeiterbewegung Selbstmord wäre, kampflos zuzuschauen – ohne zu reagieren, ohne einen Gegenschlag zu führen – wie man mit Hilfe der Salamitaktik zuerst die radikaleren Kräfte der Arbeiterbewegung in ihrer Bewegungsfreiheit einengt, um dann mit verdoppelter Wucht gegen die gemäßigteren Kräfte loszuziehen und schließlich die gesamte Freiheit der Arbeiterbewegung entscheidend einzuschränken.

Ich will nicht behaupten, daß wir heute in der BRD oder sogar in Westeuropa eine Tendenz zur Faschisierung haben, daß eine neue faschistische Diktatur unmittelbar vor der Tür steht. Ich glaube, daß die Arbeiterbewegung in der Geschichte einen zu teuren Preis bezahlt hat für die falsche Einschätzung des Begriffes Faschismus und Faschisierung, um diese verhängnisvollen Fehler des Anfangs der Dreißiger Jahre zu wiederholen. Aber ich meine, daß wir vor einer ganz eindeutigen Tendenz zu einem starken autoritären Staat stehen. Das ist ein Staat, der versucht, mit der Eskalation einer Gesetzgebung, die sich gegen die Gewerkschaften und gegen die Arbeiterklasse richtet, sowie mit Repressionsmaßnahmen, die sich immer erweitern, die Arbeiterklasse einzuschüchtern. Auf diese Weise will man die Offensive, in der sie sich seit Mai 1968 befindet, will man ihre antikapitalistische Stoßrichtung zurückwerfen und die Kampfkraft ihrer Klasse entscheidend schwächen. Gegen diese Gefahr eines starken Staates, gegen die Gefahr der Eskalation, der antigewerkschaftlichen und Antiarbeitergesetzgebung, sowie gegen die physische Repression müssen sich sämtliche Arbeiterorganisationen und alle Tendenzen der Arbeiterklasse geschlossen zur Wehr setzen. Die Lehre und die Warnung, die sich aus der gesamten Geschichte der letzten 40 Jahre für alle Kollegen der Gewerkschaften und für alle sozialdemokratischen

Genossen ergeben, lauten: Verfallt nicht in die Illusion, daß, weil Ihr eine gemäßigte Sprache sprecht, weil Ihr salonfähig geworden seid, weil Ihr Euch an die Sitten und Gewohnheiten der herrschenden Klassen angepaßt habt, diese Euch zutiefst lieben und umarmen. Sie lieben und umarmen Euch nur solange, wie Ihr ihnen dient. Wenn Ihr es zulaßt, daß die wachsende Repression die Kampfkraft der Klasse schwächt, dann werden ihre wirklichen Gefühle und ihre wirklichen Gedanken Euch gegenüber früher oder später zutage treten. Für sie seid Ihr alle Sozialisten, für sie seid Ihr alle ein Teil der Arbeiterbewegung, die sie bedroht und die sie zerschlagen oder entmachten wollen, wie oft Ihr Euch auch als Volkspartei proklamiert. Vergeßt niemals, daß mit dem Schlagwort, unter dem Vorwand, den Marxismus aus Deutschland zu vertreiben, schon einmal sozialdemokratische Presse, sozialdemokratischen Organisationen und sozialdemokratische Gewerkschaften durch Hitler verboten wurden. Was gestern geschehen, kann morgen geschehen, wenn Ihr Euch nicht in geschlossener Front der wachsenden Eskalation der Repression und der Antiarbeitergesetzgebung widersetzt. Wir haben es bereits in den letzten Wochen erlebt, daß diejenigen, die angefangen haben zu fordern, daß man die Repressionen gegen die DKP, gegen die radikalen sozialistischen Gruppen, gegen die Trotzkisten und Maoisten organisiert, heute bereits offen Jusogenossen und Genossen des linken Flügels der SPD in ihr Schußfeld nehmen. Zieht daraus die notwendigen Schlußfolgerungen! Es gibt nur eine Verhaltensweise, die den Erfordernissen der Lage entspricht: uneingeschränkte und völlige Solidarität aller Strömungen der Arbeiterbewegung für die Verteidigung der demokratischen Grundrechte aller dieser Strömungen!

Die Notwendigkeit, dies auch auf europäischer Ebene zu tun, ist umso bedeutsamer, als durch die Errichtung der EWG und die wachsende Internationalisierung des Kapitals die Unternehmer heute auf internationaler Ebene operieren können, das Kapital heute international handelt und dadurch einen gewaltigen Vorteil gegenüber den Lohnabhängigen erhalten hat, wenn diese es nicht verstehen, sich auf der gleichen Ebene als Gegenmacht zu organisieren. In den letzten Jahren haben wir unzählige Beispiele erlebt, wo Streiks, die vielversprechend oder sogar nahezu erfolgreich waren, dadurch entscheidend geschwächt wurden, daß das Kapital die Möglichkeit hatte, Aufträge, Maschinen, Geld, Waren gemäß seinen Interessen zu einem bestimmten konjunkturell günstigen Zeitpunkt von einem westeuropäischen Land in ein anderes zu transferieren. Die Gegenmaßnahmen der Gewerkschaftsbewegung, der Arbeiterbewegung im allgemeinen waren hingegen noch unerhört schwach. Wir haben u.a. erlebt, wie der Streik der britischen Gewerkschaft der Postarbeiter und -angestellten anfangs 1971 sehr bedeutsam war, weil er einen Wendepunkt im Verhältnis von Kapital und Arbeit in Großbritannien hätte einleiten können, weil er der konservativen Regierung einen bedeutsamen Schlag hatte versetzen wollen, dadurch in seiner gewerkschaftlichen Erfolgsmöglichkeit gebrochen wurde, daß britische Großunternehmer Millionen Sendungen von Briefen und Postpaketen aus den britischen Hafenstädten in sämtliche Hafenstädte des europäischen Kontinents an der Nordsee transportierten. Die überwiegend gewerkschaftlich organisierten Kolleginnen und Kollegen in diesen Hafenstädten haben diese

Postpakete einfach weiter befördert und sind dadurch den streikenden britischen Gewerkschaftlern in den Rücken gefallen. Wenn es im britischen Bergarbeiterstreik zu einem so bedeutsamen Erfolg für die Arbeiterklasse gekommen ist, so ganz gewiß nicht wegen umfassender Aktionen internationaler Solidarität. Auch hier haben wir erlebt, daß die britische Verwaltung der Kohlenbergwerke riesige Kohlenreserven in den Häfen von Rotterdam aufgestaut hatte. Diese Kohlenreserven wurden, nachdem der Streik bereits ausgebrochen war, von den Hafenarbeitern von Rotterdam verladen, von den Schiffern, von den Matrosen nach Großbritannien transportiert. Wenn das dennoch nicht zur Folge hatte, daß der Streik gebrochen wurde, so nur dank der starken Klassensolidarität der britischen Arbeiter selbst, der Hafenarbeiter, der Lastkraftwagenführer, der Eisenbahner. Sie haben es verhindert, daß diese Kohlenbestände in die englischen Kraftwerke transportiert werden konnten. Die Lehre, die wir aus dieser ganzen Entwicklung der Internationalisierung des Kapitals, der wachsenden Verflechtung des Kapitals auf europäischer und anderer Ebene in den letzten Jahren ziehen müssen, lautet: Die Arbeiterklasse, die Gewerkschaften, die Arbeiterorganisationen müssen ihre internationale Organisation, ihre internationalen Kontakte und ihre internationale Solidarität der internationalen Organisation, den Kontakten und der Solidarität des Kapitals entgegenstellen. Tun sie dies nicht, dann bleiben sie am kürzeren Hebel, dann bedeutet die Stärkung der EWG eine dauernde Schwächung der europäischen Arbeiterklasse und der europäischen Arbeiterbewegung.
Was aber heißt das konkret? Es bedeutet konkret, daß, wenn die EWG die absolute Freizügigkeit des Kapitals, der Unternehmer, der Bankiers und ihrer Waren gewährleistet, sie zumindest auch die absolute Freizügigkeit von Gewerkschaftlern, von Sozialisten, von Vertretern sämtlicher Strömungen der Arbeiterbewegung gewährleisten muß, wenn sie sich nicht ganz offen und zynisch als ein Instrument für die Stärkung des Kapitals und der Ausbeutung entpuppen soll, für die Schwächung der Lohnabhängigen und der Ausgebeuteten im internationalen Rahmen. Mir ist nicht bekannt, daß auch nur einem einzigen internationalen Spekulanten, einem einzigen internationalen Finanzier oder Bankier von denen, die sehr oft die Ruhe und Ordnung durch ihre internationale Spekulation schwerstens gestört haben, die mitverantwortlich sind, für die gesamte finanzielle Unordnung, für die schweren finanziellen Krisen, die wir während der ganzen Jahre 68/69/70 und 71 erlebt haben, daß diesen Spekulanten, die die Lohnabhängigen in der BRD heute mit einer bedeutsamen Erhöhung ihrer Lebenshaltungskosten bezahlen müssen, die Einreise in die BRD verboten worden wäre. Mir ist nicht bekannt, daß auch nur einer dieser Spekulanten, dieser Großindustriellen, dieser Vertreter der multinationalen Konzerne oder dieser Bankiers in seiner Freizügigkeit bei der Ein- oder Ausreise in irgendeinem europäischen Land behindert worden wäre. Und daß, obwohl sich diese Herren in die inneren politischen Angelegenheiten aller dieser Länder zutiefst eingemischt haben, obwohl sie durch ihre Beschlüsse und ihre Taten die Interessen von Millionen und Abermillionen Werktätigen anderer Länder gefährdet haben. Vor zwei Wochen hat der internationale Verwaltungsrat des ... Konzerns die Entlassung von über 7 000 Arbeitern in 5 Fabriken in vier

verschiedenen westeuropäischen Ländern beschlossen. Hat man den Vertretern dieses Konzerns die freie Ein- und Ausreise in irgendeinen EWG-Staat mit der Begründung verweigert, er habe die Ordnung und die Ruhe in diesen Staaten dadurch gefährdet, daß gegen diese Maßnahmen bedeutende Reaktionen der Lohnabhängigen ohne Zweifel entstehen werden? Mitnichten. Als aber vor einigen Tagen britische Gewerkschaftler, Vertreter von Hunderttausenden britischer Arbeiter und Angestellten, führende Vertreter des linken Flügels der großen englischen Gewerkschaftsbewegung nach Frankreich kommen wollten, um sich in Calais mit ihren französischen Gewerkschaftskollegen über gemeinsame Interessen, gemeinsame Probleme, die sich durch den Eintritt Großbritanniens in die EWG stellen, zu diskutieren, da hat die französische Regierung ihnen zynisch die Einreise nach Frankreich verboten und dadurch bewiesen, daß die Freizügigkeit und die demokratischen Rechte nicht nur eingeschränkt werden für Sozialisten, Vertreter revolutionärer oder sog. umstürzlerischer Gruppen, sondern daß die Einschränkung dieser Freizügigkeit auch für offiziell gewählte Vertreter breitester Arbeiterorganisationen größter Gewerkschaften jetzt systematisch angewandt werden kann.

Wir verstehen dadurch genauer die Natur der EWG, die Natur des Europas des Kapitals, das man da errichtet. Wir verstehen, daß den Interessen der internationalen Kapitalverflechtung heute ein Staat entsprechen muß, der die Repression gegen die Arbeiterbewegung, der die Einschränkung der Tarifautonomie und des Streikrechts der Gewerkschaften auf internationaler Ebene organisiert. Das ist das Wesen und der Sinn der Errichtung des vereinigten und kapitalistischen Europas. Darum können wir uns mit einem solchen Europa nicht identifizieren, darum fordern wir die sozialistischen Vereinigten Staaten Europas, darum kämpfen wir für ein rotes Europa. Aber in diesem Kampf ist es nicht nur nützlich, sondern notwendig, den Vertretern des Europas des Kapitals zu sagen: Fahrt nicht unter falscher Flagge! Behauptet nicht, daß ihr Vertreter der Demokratie seid! Behauptet nicht, daß ihr Vertreter der demokratischen Grundordnung oder der demokratischen Menschenrechte seid! Ihr wollt ein Europa errichten, wo offiziell und zynisch die Rechte des Kapitals, die Rechte der Spekulanten, die Rechte der Bankiers auf dem Gebiet der Freizügigkeit größer sind als die Rechte der Gewerkschaftler, als die Rechte der Vertreter der Arbeiterklasse, als die Rechte der Sozialisten. Darum müssen wir als Gegenmaßnahme, als Gegenmacht fordern, daß genau dieselbe Freizügigkeit für Sozialisten, für Revolutionäre, für Gewerkschaftler, für sämtliche Vertreter der Arbeiterbewegung gewährleistet wird wie für irgendeinen Warenverkäufer, irgendeinen Bankier oder irgendeinen Spekulanten. Wenn wir das Einreiseverbot gegen Ernest Mandel in die Bundesrepublik bekämpfen, dann kämpfen wir also nicht für eine Person oder für den Vertreter einer spezifischen revolutionär-sozialistischen Gruppe, sondern wir kämpfen für die elementaren, gemeinsamen Interessen der gesamten Arbeiterschaft aller Lohnabhängigen in der BRD, in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und in Gesamteuropa.

DIE GEGENWÄRTIGE HERRSCHAFTSFORMATION UND DIE FUNKTION DER SOZIALDEMOKRATIE

WOLFGANG LEFÈVRE

Genossen

Das Folgende sind weniger Diskussionsbemerkungen zur SPD als vielmehr über die Formen, in denen sich häufig die links von der SPD stehenden politischen Kräfte mit dem Problem SPD auseinandersetzen.

Dabei bedarf es wohl nur weniger Worte zu denjenigen, die der SPD ihren nicht-revolutionären Charakter zum Vorwurf machen. Dieser Vorwurf ist gegenüber der SPD nicht angebracht (Buh- und Zwischenrufe); denn wenn man der SPD Verrat an der revolutionären Sache vorwirft, dann rechnet man sie immer noch zum eigenen Lager; die revolutionäre Sache kann nur einer verraten, der selbst zum revolutionären Lager gehört; (Beifall) niemand käme auf die Idee, etwa einem Kapitalisten oder einem General den Vorwurf zu machen, er verrate die revolutionäre Sache: er verrät sie nicht, sondern er bekämpft sie, weil sie seine Existenz bedroht. Nicht anders aber ist es mit der SPD – wobei ich darunter natürlich nicht jedes einzelne Parteimitglied begreife, sondern zunächst und in erster Linie den die Partei beherrschenden Apparat. Diese SPD bekämpft jede revolutionäre sozialistische Bewegung nicht anders wie jeder Kapitalist, d. h. sie bekämpft sie als ihren Todfeind. Angesichts dessen ist das Lamento über den Verrat der SPD oder über ihren nicht-revolutionären Charakter nur geeignet, sich selbst über die Bedingungen des bevorstehenden Kampfs zu täuschen.

Nicht viel mehr ist wohl auch davon zu halten, wenn einige Genossen die SPD als "A g e n t u r" der Monopolbourgeoisie, der Konzerne oder auch der konzentriertesten Kapitale und fortschrittlichsten Teile der Kapitalistenklasse bezeichnen.

(Zwischenruf: Wer bezeichnet die denn so?) – Entschuldigung, ich kann Euch die Flugblätter von KSV, ML, SEW usw. sämtlichst vorlesen; tut nicht so, als wenn das nicht Probleme sind! –

In dieser Allgemeinheit, in der es gar nicht um bestimmte, auch empirisch aufweisbare Verknüpfungen geht, trägt der Agentur-Terminus nichts zur Erkenntnis der Sache bei. Als die SPD diesmal zur Regierungspartei wurde, da wurde sie es nicht einmal aufgrund einer patt stehenden Klassenschlacht wie 1918; entsprechend ist ihre gegenwärtige Regierungstätigkeit nicht einmal ein schlechter Kompromiß zwischen den Klasseninteressen; vielmehr ist sie eine ordentliche kapitalistische Regierungspartei und insofern allerdings nicht nur e i n e, sondern zur Zeit d i e Agentur der Monopolbourgeoisie. Schafft man Klarheit über die Funktion des Staatsapparats im Kapitalismus und auch darüber, wie hierzulande Regierungen etabliert werden, dann kann man sich wohl die Agentur-Floskeln sparen.

Dies alles ist jedoch harmlos im Vergleich zu dem Fehler, auf den ich jetzt zu sprechen kommen will und der mir in folgender, hier nur grob anzudeutender, Theorie zu liegen scheint: Ihr kennt die Theorie oder auch Theorien, die zwischen einer aggressiven, abenteuerlichen, kriegslüsternen, kurz: schwärzest reaktionären Fraktion des Kapitals und einer demgegenüber gemäßigten, friedlicheren, fortschrittlicheren Fraktion unterscheiden. Die SPD soll nach dieser Theorie Vertreterin dieser fortschrittlicheren Kapitalfraktion sein, weshalb es sich denn empfiehlt, sie bei der Zurückdrängung der aggressiven Fraktion zu unterstützen.

Zunächst: Worauf in der Wirklichkeit sich dies Theorem von den zwei Kapitalfraktionen zu stützen vermag, ist nicht auszumachen. In der jüngeren deutschen Geschichte hat es eine derartige Fraktionierung meines Wissens nur ein einziges Mal gegeben, nämlich in der Zeit vom Abschluß des Versailler Vertrags bis zur Lösung der allgemeinen Krise nach dem Ersten Weltkrieg unter dem Diktat der USA im Herbst 1923. In jener Zeit haben die Kommunisten mit Erfolg solche Widersprüche in der Bourgeoisie ausgenützt, wie der Rapallo-Vertrag zeigt. Seit der Stabilisierungsphase 1924-28 kann jedoch - wenn wir von den Verwirrungen unmittelbar um den Zusammenbruch 1945 absehen - von solchen zwei Kapitalfraktionen nicht die Rede sein. Natürlich ist die Kapitalistenklasse heute so wenig monolithisch wie früher; in ihr gibt es Widersprüche genug; aber sie weist in den Hauptfragen, wie etwa der EWG- oder Afrika- und Nahost- oder Ostpolitik keine wesentlichen, zur Fraktionierung drängenden Widersprüche auf und ebensowenig hinsichtlich der Grundzüge der Innenpolitik: Konzertierte Aktion, antizyklische Konjunkturpolitik, Demontage des Rechtsstaats für die Massen, Ausbau des staatlichen Repressionsapparats,etc..
Die Erscheinungen in der westdeutschen Wirklichkeit, die diese falsche Fraktionstheorie begünstigen konnten, sind freilich leicht auszumachen. In den vergangenen Jahren und auch gegenwärtig noch sind wir Zeugen des Vorgangs, wie sich die Kapitalistenklasse unseres Landes mühsam den Veränderungen im nationalen wie im internationalen Maßstab anpaßt, um mit der neuen Situation angemessenen Mitteln ihre Ziele verfolgen zu können. Ein solcher Prozeß geht weder von heute auf morgen,noch ohne Widersprüche ab; vor allem aber: ein solcher Prozeß vollzieht sich so gut wie planlos. Heute, da diese politische Umorientierung im wesentlichen überschaubar ist, können wir feststellen, daß dieser Neuausrichtungsprozeß bei allen Widersprüchen zu keinen wesentlichen Fraktionierungen in der Kapitalistenklasse geführt hat.
Vor jeder vorschnellen Interpretation der gegenwärtigen Gefechte zwischen SPD/FDP und CDU/CSU die Tatsache festzuhalten, daß es keinerlei Anzeichen für eine entsprechende Fraktionierung in der Kapitalistenklasse selbst gibt, scheint mir sehr wichtig; denn es gibt für die sozialistische Strategie wohl nicht leicht eine gleichermaßen entscheidende Frage wie die, ob eine Situation vorliegt, in der die punktuelle Unterstützung bestimmter Teile der Bourgeoisie nötig ist, um die Kampfbedingungen des Proletariats zu verbessern. Denn,wenn dem wirklich so wäre, so stünde die Frage eines punktuellen Bündnisses mit der entsprechenden Kapitalfraktion auf der Tagesordnung, und d. h. auch die vorübergehende Verschonung solch einer Kapitalfraktion vor allzu mi-

litantem Klassenkampf. Daß dies nicht nur im Planspiel entworfene Folgerungen sind, ist daraus zu ersehen, daß Organisationen wie SEW und DKP, die jener Theorie von den zwei Kapitalfraktionen anhängen, strategisch im wesentlichen eine - die angeblich vorhandene fortschrittliche Kapitalfraktion einschließende - Volksfront gegen die angeblich vorhandene aggressive Kapitalfraktion vorschlagen und auf dem Altar dieser Volksfront alle radikalen Klassenkampfansätze fürs erste zu opfern bereit sind. (Beifall)
An dieser Stelle muß ich mich gegen ein Mißverständnis versichern. Durch das eben Gesagte ist nicht denjenigen Recht gegeben, die meinen, der Kampf für die Ratifizierung der Ostverträge sei revisionistisch, weil die östliche Seite, insbesondere die DDR, bei den Verträgen hat einige Federn lassen müssen und weil zweitens seitens des Westens die Verträge nur Ausdruck "kapitalistischer Geschäftsinteressen" sind. (Zwischenruf: Sieh Dir doch mal die kapitalistische Wirklichkeit an!) - Laß mich mal weiterreden: Der Eintritt der drei Westmächte in die Anti-Hitler-Koalition geschah seinerzeit auch nur aus kapitalistischen Geschäftsinteressen, und dennoch war damals wohl niemand von so bodenloser Dummheit, deswegen diesen Eintritt für unwichtig zu halten. Was an den Ostverträgen zunächst zählt - und dies muß gerade für die Genossen gelten, die die osteuropäischen kommunistischen Parteien für revisionistisch halten -, das ist, ob diese Verträge die Bedingungen des Klassenkampfs der Arbeiterschaft hier wie im Osten verbessern oder verschlechtern. (Beifall) Darüber haben diejenigen, die der SEW Revisionismus vorwerfen, weil zu den wichtigeren ihrer Mai-Parolen die Ratifizierungsforderung gehört, bisher keinerlei ernsthafter Analyse vorgelegt. Das Abschreiben aus der Peking-Rundschau ist keine solche Analyse, wie sie hier gefordert ist! (starker Beifall) Dabei würde jede solche Analyse wohl zeigen, daß das Inkrafttreten der Verträge für den Klassenkampf in Ost- wie Westeuropa eine günstige Bedingung darstellt.
Aber der notwendige Kampf für die Ratifizierung der Ostverträge ist selbst ein ausgezeichnetes Beispiel dafür, wie eine fiktive Volksfrontstrategie gegen eine angeblich vorhandene aggressive Fraktion des Kapitals zu einer völligen Verkennung des tatsächlich stattfindenden Klassenkampfs und entsprechend zu einer Sabotage aller notwendigen Schritte führt.
Selbst in FAZ-Redaktionsstuben hat sich schon herumgesprochen, daß Barzel - sollte der Sturz der SPD-Regierung gelingen - nach einigem, der Gesichtspflege gewidmeten Gefackel die Ostverträge unterschreiben muß - "muß", nicht weil die Sowjetunion die BRD zur Zeit dazu zwingen könnte, sondern weil es dem Interesse der übergroßen Mehrheit der Kapitalisten entspricht. (Beifall)
Wenn dem aber so ist, wenn also das große Hick-Hack zwischen SPD/FDP und CDU/CSU nicht Ausdruck unterschiedlicher Kapitalfraktionen ist, was dann verbirgt sich dahinter? Ich denke Folgendes:
Die Form friedlicher Koexistenz gegenüber den osteuropäischen Volksdemokratien, zu der sich die westdeutsche Kapitalistenklasse zur Zeit "aus Geschäftsinteressen" gezwungen sieht, macht die alte, in den 50er Jahren ausgebildete Form des Antikommunismus so gut wie wertlos als ideologische Waffe gegen die Arbeiterschaft. Zur gleichen Zeit aber - dies ist auf diesem Kongreß oft genug ausgeführt worden - müssen sich die westdeutschen Kapitalisten auf Zei-

ten verschärfter Klassenkämpfe gefaßt machen und vorbereiten. Entsprechend wächst die Offensive gegen die sich regenden sozialistischen Kräfte nicht trotz, sondern gerade auch wegen der bevorstehenden Entspannung gegenüber den osteuropäischen Ländern an. Hinsichtlich dieser Offensive gegen die sozialistischen Kräfte trauen die Kapitalisten der CDU/CSU mehr zu als der SPD - obwohl doch deren in Arbeiterblut watende Geschichte dies Mißtrauen eigentlich nicht recht verdient. Ob aber der CDU/CSU der Sturz der SPD-Regierung morgen oder in absehbarer Zeit tatsächlich gelingt oder nicht, das wissen die Kapitalisten so wenig genau wie wir. Aber was sie genau wie wir wissen, ist, daß die Bedrängung der SPD-Regierung durch die Opposition eine gute Garantie dafür bietet, daß die SPD sich wie eine CDU aufführt und die innenpolitische Offensive rigoros führt. (Beifall) In dieser Situation würde es an Selbstmord grenzen, zugunsten einer breiten Front für die Ratifizierung der Ostverträge die SPD als Vertreterin einer angeblich vorhandenen fortschrittlichen Kapitalfraktion nicht mit der Schärfe zu bekämpfen, mit der man eine CDU-Regierung zu bekämpfen hätte. - Die Halbherzigkeit, mit der einige Gruppen zu Beginn dieses Semesters an der FU den Kampf gegen die innenpolitische Offensive führen, zeigt m. E., wie weit solche, die Entwicklung der sozialistischen Kräfte akut gefährdenden Strategien bereits verbreitet sind. - Hier meine ich vor allen Dingen in der Tat die ADSen.
Aus dem bisher Gesagten könnte leicht eine nicht minder falsche Einschätzung der SPD Nahrung ziehen, diejenige nämlich, die die SPD schlank und umstandlos zur einfachen Vollstreckerin und zugleich Erfolgsgarantin der neuen Strategie erklärt, die die Kapitalisten aufgrund der neuen Bedingungen seit Beendigung der Rekonstruktionsphase einzuschlagen genötigt sind. Dem stehen unüberwindliche Widersprüche des imperialistischen Kapitalismus entgegen.
Fragen wir uns zunächst, warum es am Ende der 60er Jahre überhaupt nötig wurde, die unabweislichen politischen Neuorientierungen auch mit einer neuen Regierungspartei durchzuführen. Warum waren die alten Regierungsparteien CDU/CSU damals zu dieser Neuorientierung weniger fähig als die SPD? Für einige Seiten der Neuorientierung liegt der Grund auf der Hand; so im Hinblick auf die neue Ostpolitik: es gab in der Zeit des allmählich abklingenden Kalten Kriegs keine zweite Stelle, wo sich Politiker für die Durchführung der neuen Ostpolitik in gleicher Weise herausbilden konnten, wie hier im Senat Westberlins. Aber es gibt einen weitaus wichtigeren Grund, warum gerade die SPD für die nötige Neuorientierung geeignet war, - ein - wenn man so will - systematischer Grund, weil er etwas mit dem Kern des "Sozialdemokratismus" zu tun hat.
Von nur wenigen sozialistischen Intermezzi am Ende des 19. Jahrhunderts unterbrochen, geht ein gelber Faden von Lassalles "Produktivassoziationen mit Staatskredit" über Hilferdings "Generalkartell" bis zum Neokeynesianismus der gegenwärtigen SPD, wonach die SPD den Staat, so er von vernünftigen Leuten wie etwa SPD-Ministern geleitet wird, für fähig hält, die Widersprüche des kapitalistischen Systems auszubalancieren, auszusteuern und schließlich allmählich ganz zu überwinden. (Ich erspare mir hier jedes Wort über die theoretische Verkommenheit dieser Ansicht.) Daß freilich ein solcher "vernünftiger" Staat sich

hin und wieder blutig gegen die unvernünftigen Arbeitermassen durchsetzen muß, daran hat sich die SPD längst gewöhnt; ebenso weiß sie, daß eine solche "vernünftige" Regierung in Gegensatz zu einzelnen Kapitalinteressen geraten kann und hin und wieder notwendig geraten wird.
Und gerade dies letztere machte die spezifische Eignung der SPD für die im Verlauf der 60er Jahre immer dringlicher erforderlich werdende neuorientierte Politik aus, insbesondere für die erforderte Wirtschaftspolitik. Eine CDU, die aufgrund ihrer Rolle in der Rekonstruktionsphase nur diejenigen allgemeinen kapitalistischen Interessen wahrzunehmen vermochte, über die sich die empirischen Kapitalisten auch selbst einigen konnten, war gerade keine Hilfe. (Ludwig Erhard zeigte diese Schwäche der CDU Mitte der 60er Jahre exemplarisch: für ihn gab es immer nur die Alternative, dem "freien Spiel der Kräfte" alle Hindernisse aus dem Weg zu räumen - also klassisch abstinente Wirtschaftspolitik - oder neofaschistische Formen der unmittelbaren politischen Herrschaft der mächtigsten Kapitalgruppen - "Formierte Gesellschaft".)
Angesichts der erfolgreich rekonstruierten Widersprüche des imperialistischen Kapitalismus, ständige latente Überproduktion, angesichts des Zwangs, im großen Stil die Produktion von extensiver auf intensive Ausbeutung umzustellen etc., brauchten die Kapitalisten eine Regierung, die initiativ Vorkehrungen gegen Rezessionen, Strukturkrisen etc. trifft, ohne dabei auf jeden einzelnen Kapitalisten Rücksicht zu nehmen. Wo aber konnten sich dazu geeignete Männer besser herausbilden als in einer Partei, deren wesentliche Vorstellung gerade darin besteht, den richtig geleiteten Staat als eine Art reellen Gesamtkapitalisten anzusehen, der es vermag, den Kapitalismus zu einer im wesentlichen widerspruchsfreien Gesellschaftsordnung zu machen?
Mit dieser staatskapitalistischen Illusion der SPD hängt auch das zusammen, was man recht ungenau ihren "Reformismus" nennt und worauf ihre Attraktion auf Teile der Arbeiterklasse beruht, eine Attraktion, die auch dann nicht unbeträchtlich wäre, wenn es in den letzten 20 Jahren keinen so verheerenden Antikommunismus gegeben hätte. Die Benennung "Reformismus" halte ich deswegen für ungenau, weil sie nicht deutlich zum Ausdruck bringt, daß die SPD zwar das Maul von Reformvorschlägen voll hat, aber in der Praxis so gut wie nicht eine Reform tatsächlich durchführt. Es kann also nicht die Rede davon sein, daß die SPD durch tatsächliche Verbesserungen im Rahmen des Kapitalismus Teile der Arbeiterschaft dazu bringt, den radikalen Umsturz der kapitalistischen Ordnung für überflüssig zu halten. Vielmehr ist die SPD aufgrund ihrer staatskapitalistischen Illusionen eher so etwas wie die verkörperte Idee des Reformismus, der Teile der Arbeiterschaft solange hoffend anhängen werden, bis sie die Verhältnisse anders zu handeln zwingen.
Aber auch wenn die staatskapitalistischen Illusionen die SPD zu der geeigneten Partei machten, um vor allem die jetzt erforderte wirtschaftspolitische Rolle des Staats zu etablieren, so beruht diese Eignung eben doch auf einer Illusion, d. h. auf einer Differenz zwischen dem sozialdemokratischen Bild von der gesellschaftlichen Wirklichkeit und dieser Wirklichkeit selbst. Und diese Differenz kann in der Praxis nicht folgenlos bleiben.

Der Widerspruch, der sich in dieser Differenz ausdrückt, ist real und gehört m. E. wesentlich zum imperialistischen Stadium des Kapitalismus. In diesem Stadium ist der gesellschaftliche Charakter der Produktivkräfte soweit entwikkelt, daß das gesellschaftliche Leben auch von den konzentriertesten Kapitalgebilden mit ihrem hohen organisatorischen Niveau nicht mehr so reguliert werden kann, daß seine Reproduktion gesichert wäre. Zentrale gesellschaftliche Organisation nicht nur der äußeren Bedingungen des bürgerlichen Lebensprozesses, sondern ganzer Teile dieses bürgerlichen Produktions- und Reproduktionsprozesses selbst ist unausweichlich notwendig, soll nicht der ganze kapitalistische Laden zusammenbrechen. Der Staatsapparat, dem die zentralen Organisationsaufgaben obliegen, hat jedoch in der kapitalistischen Gesellschaft nicht mehr und nicht weniger Macht bei der Durchführung solcher zentraler Aufgaben, als wie sie ihm jeweils die Mehrheit der Kapitalistenklasse zugesteht. D. h.: Der angesichts des gesellschaftlichen Charakters der Produktivkräfte für den Bestand des Kapitalismus immer gefährlicher werdende Anarchismus auch des entwickelten Monopolkapitalismus ist zugleich die absolute Grenze für die staatlichen Maßnahmen, die über die Grenzen dieses Anarchismus hinausführen sollen.

Die Politik einer Partei wie der SPD, die diesen Widerspruch nicht wahrnimmt, sondern voller technokratischem Selbstvertrauen meint, mit besseren Ideen den Laden schmeißen zu können, - die Politik einer solchen Partei ist zum Scheitern verurteilt. Entweder lernt diese Partei während des Regierens selbst, daß sie - ähnlich wie früher die CDU - immer gerade soviel durchführen kann, wie die Mehrheit der Kapitalisten als kleinstes Gemeinsames ihrer anarchischen Interessenvielfalt jeweils akzeptiert - dann tut eine solche SPD-Regierung notwendig für die Reproduktion des kapitalistischen Systems zu wenig, ist nicht in der Lage, auftretende Krisen auszusteuern; oder eine solche SPD-Regierung versucht, gesamtkapitalistische Interessen auch gegen entscheidende Teile der Kapitalistenklasse durchzusetzen - dann wird sie über kurz oder lang von den Kapitalisten in solche Schwierigkeiten gebracht, daß sie abtreten muß. Zwischen diesen beiden gleichermaßen undurchführbaren Möglichkeiten hin und her schwankend hat die SPD-Regierung praktisch alle ihre innenpolitischen Regierungsvorhaben aufs CDU-Niveau heruntergekürzt. Dennoch oder auch gerade deswegen scheint es mir nur eine Frage der Zeit, daß man diese brave SPD-Regierung davonjagt - falls dies nicht schon morgen passiert.

Diesen Widersprüchen in der Politik des imperialistischen Kapitalismus konkret nachzugehen und daraus Nutzanwendungen für unseren Kampf gewinnen, scheint mir der Situation angemessen, nicht dagegen das aus dem Ohnmachtsgefühl stammende Nachzeichnen der schrecklichen konterrevolutionären Züge der SPD, und schon gar nicht der äußerst gefährliche spekulative Versuch, die staatskapitalistischen Illusionen der SPD als Ausdruck fortschrittlicher Kräfte in der Bourgeoisie zu deuten und aufgrund solcher Spekulationen denen Konzessionen zu machen, die uns erwürgen werden, wenn wir sie nicht mit allen Kräften bekämpfen.

STRASSER (Bundesvorstand der Jungsozialisten)

Genossinnen und Genossen

Ich möchte etwas sagen, was sicherlich zur Diskussion anregt ... (Zwischenrufe) Wenn Ihr noch einen Augenblick Geduld habt, dann könnt Ihr ja loslegen. Ich möchte zunächst auf das eingehen, was der Genosse Lefèvre eben dargestellt hat. Ich habe hier kein ausgeführtes Referat; ich werde also auf einzelne Punkte, die eben zur Sprache gekommen sind, eingehen können.

Zunächst einmal teile ich seine Einschätzung der SPD, was die Mehrheit der SPD angeht, fast in allen Punkten. (Zwischenrufe: Oh, ... hört, hört!...) Ich möchte auch darauf hinweisen, daß kaum jemand die Kritik der SPD grundsätzlicher und kritischer geleistet hat, als gerade die Sozialisten in der SPD .... (Gelächter, Buhrufe) ... auch wenn das gelegentlich nach außen hin nicht gerade genügend zur Kenntnis genommen wird. Das liegt meines Erachtens an grundlegenden Dingen; auf die will ich jetzt auch ganz kurz einmal eingehen:

Ich meine, daß zum einen ein völlig undialektischer Systembegriff in der Linken z.T. gehandhabt wird, der dazu führt, daß man einen gewissen "Apparat" oder eine Mehrheit einer Partei ganz eingleisig als den idealen Ausdruck, politischen Ausdruck einer gesellschaftlich-vorherrschenden Situation betrachtet. Das ist ein typisch undialektisches Verfahren, hier so einseitig etwa d i e SPD in einer gewissen Hegelschen Weise gleich einem Wesen der SPD zu konstruieren, und dann zu behaupten, hier habe die SPD die ideale Funktion zur Absicherung des kapitalistischen Systems. Ich möchte gegenüber dieser Vorstellung versuchen, einige Differenzierungen in der Frage zu leisten: Zunächst einmal erkenne ich an, daß die SPD, als sie die Regierung übernahm, diese Regierung nicht übernahm, weil sie eine grundsätzliche Alternative zur CDU/CSU darstellte, sondern ganz einfach deswegen, weil in Erwartung der herrschenden kapitalistischen Kreise die SPD besser geeignet schien, das zu leisten, was dieses System zur Systemabsicherung eben braucht. (Zwischenruf: Die Jusos können das noch viel besser!)

In der Analyse etwa der Funktion des Staates haben die Jungsozialisten klar herausgestellt, daß der gegenwärtige Staat in der Bundesrepublik die folgenden fünf Funktionen hat: Ich nenne sie mal so, wie sie auch in den strategischen Grundsätzen, die wir in Hannover beschlossen haben, stehen: Zunächst einmal die Absicherung, und zwar die militärische Absicherung imperialistischer Vorhaben, aber meinetwegen auch wirtschafts-imperialistischer Unternehmen; dann die Disziplinierung sozialistischer, aber auch einfach reformerischer Kräfte nach innen; dann die Funktion der Krisensteuerung; des weiteren die Funktion der sekundären Ausbeutung über Steuersystem und ähnliche Dinge, und schließlich - und das ist ein sehr interessanter Punkt - die Schaffung von Massenloyalität durch Reform oder auch Scheinreform. (Zwischenruf: Das machen doch die Jusos!) Das sind nach unserer Meinung die Funktionen, die der Staat heute zu erfüllen hat. Das sind auch die Funktionen, die die SPD zu erfüllen hat, wenn sie als die regierungstragende Partei zum Exponenten dieses Staates wird. Wenn also diese SPD in ihrer Politik voll nur auf die staatliche Ebene setzt, dann muß sie tatsächlich zwangsläufig zu einem Agenten des Kapitals werden - Ich

würde nicht, wie der Genosse Lefèvre sagt, unbedingt hier jetzt sagen: der Mehrheit des Kapitals; denn das ist wohl in der Praxis eher so: ein Agent der führenden Monopole.

Etwas anderes ist aber die Frage, ob nicht auch in der SPD Kräfte am Werk sind, die eine andere Ausrichtung der Politik befürworten und auf diesem Wege, das müßte man dann noch näher betrachten, eventuell auch Fortschritte machen. Ich will jetzt zunächst einmal aufzählen, welche Grundgruppierungen ich dort sehen würde; es sind im wesentlichen drei Gruppierungen - man könnte eventuell auch vier draus machen, aber die Differenzierung auf der Rechten ist ja für uns, glaube ich, nicht so sehr fruchtbar:

Da wäre zunächst einmal zu nennen die Gruppierung von Alt-SPD-Leuten, die noch die Erfahrung des Faschismus gemacht haben und die aus dieser Erfahrung heraus sehr wohl wissen, welche Kräfte man weckt, wenn man in eine Abgrenzungshysterie nach links hineingerät, wie das die Mehrheit der SPD ja getan hat - nicht zuletzt in den Parteiratsbeschlüssen, die ja wohl bekannt sind. Das sind durchweg sehr alte Sozialdemokraten und sie sind gegenüber dieser Mehrheit, die die Parteiratsbeschlüsse beschlossen hat, in einer ganz harten Opposition.

Eine zweite Oppositionsgruppe - ich setze das als bekannt voraus - ist die Gruppierung, die sich im wesentlichen um die Jungsozialisten schart, die - das kann meinetwegen angezweifelt werden - eine ganz kompromißlose sozialistische Politik in der SPD verfolgen. Daneben ... (Zwischenrufe) ... ja Genossen, Ihr könnt ja nachher noch alle zu Wort kommen; ich habe Euch ja versprochen, daß ich etwas sagen werde, was zur Diskussion reizt. Das Versprechen möchte ich auch halten. -

Es gibt daneben auf der Rechten Gruppierungen, die sich in nichts unterscheiden vom rechten Flügel der CDU oder CSU. Ich brauche da nicht im einzelnen Namen nennen, die sind wohl bekannt. Leute dieses Kalibers gibt es in der SPD; aber die gefährlicheren Gruppen sind nicht diese Leute, auf denen man so sehr publikumswirksam herumschlagen kann, (Zwischenruf: sondern die Jungsozialisten!)... sondern die Gruppe der technokratisch gesonnenen, meistens mittelalterlichen SPD-Leuten, die heute die SPD-Politik ganz wesentlich prägen. (Zwischenruf: Das ist doch kein Generationsproblem!) Hier hat niemand von Generationsproblemen gesprochen, Genosse; ich habe ja gerade versucht, Dir bei der Differenzierung zu helfen. Ich glaube nicht, daß Schlagworte hier weiterhelfen; es geht hier um eine Analyse. (Beifall)

Ich will jetzt auf einige Dinge hinweisen, die zeigen, daß die Tätigkeit dieser Linken in der SPD nicht ganz fruchtlos ist. Zu dem Komplex, zu dem dieser Kongreß hier stattfindet, gehört u. a. auch ... (Beifall auf Zwischenrufe des "roten Konrad") ... ja, nach dieser humoristischen Einlage können wir vielleicht fortfahren. (Buhrufe und Pfiffe) ... (Zwischenruf vom "roten Konrad": Apparatschik, Apparatschik! - Beifall - Zwischenruf: Genosse, Du hast in Deiner subtilen Analyse den linken CDU-Flügel vergessen! - Beifall) ... ich glaube nicht, daß wir uns mit der Analyse der CDU gerade hier heute aufhalten sollten; wir haben da, glaube ich, ganz andere Probleme. - Ich möchte darauf hinweisen, daß gerade die Themen, die Gegenstand dieses Kongresses sind,

auch Gegenstand der Diskussion innerhalb der SPD waren. Ich möchte informieren, wie diese Diskussion ausgegangen ist ... (Zwischenrufe: Hamburger Erlaß!)... Sehr richtig! Ich weiß ja mindestens genau so gut wie Du, wie diese reaktionären Strömungen innerhalb der SPD aussehen, nicht? Ich möchte nur darauf hinweisen, daß man hier nicht Sozialisten, die es in der SPD gibt, in eine Ecke drängt mit reaktionären Kräften, die es sicherlich in der Mehrzahl in der SPD gibt; und darauf kommt es hier an. Ich weise darauf hin, daß der berüchtigte "Ministerpräsidentenbeschluß" im Bezirk Hessen Süd der SPD mit einer Mehrheit von über 80 % der Delegierten auf dem letzten Bezirksparteitag abgelehnt worden ist. Ich weise weiter darauf hin, daß ... (Zwischenruf: Der Osswald ist doch Vorsitzender von Hessen-Süd!) - Der Genosse Osswald wird sich an die Beschlüsse halten müssen, die von der Basis dort gefaßt werden. (Gelächter) - Ich möchte weiter darüber informieren, daß die BGS-Novelle, die ja auch in diesen Zusammenhang gehört, ebenso von Hessen Süd auf diesem Parteitag abgelehnt worden ist. Das gleiche gilt für die Ablehnung des Einreiseverbots für Ernest Mandel und dasselbe gilt auch für die Einschränkung der politischen Betätigung der demokratischen Kräfte unter den ausländischen Arbeitnehmern. Auch das ist eindeutig und mit sehr großer Mehrheit von einem Bezirk der SPD abgelehnt worden. Das alles ... (heftige Zwischenrufe) Genossen und Genossinnen, soll ja keine Apologie dieser Partei sein; sondern es soll nur dazu beitragen, daß Ihr Euch nicht hinter Etiketten verkriecht. Was die Linke in der Bundesrepublik vor allem braucht, ist ein geschärfter Realitätssinn. (Beifall)
Es diskutiert sich gerade an den Universitäten sehr gut und sehr radikal, ohne auch nur mit einem kleinen Nebengedanken zu überlegen, wie das sich dann umsetzen läßt in die Praxis. (Beifall) Ich sage das nicht als Kritiker von aussen; ich kenne den universitären Bereich sehr gut, und habe auch selbst unter den Diskussionen, diesen fruchtlosen Diskussionen - wie sie anscheinend ja auch hier zum Teil die Szene beherrschen - gelitten. Das will ich gleichzeitig sagen ... (Buh- und Zwischenrufe, Pfiffe, Gelächter) ... (Intervention der Diskussionsleitung: Genossen, entschuldigt die Unterbrechung: Es ist doch von vorneherein klar gewesen, daß das Referat des Genossen vom Juso-BV hier nicht die Funktion haben kann, sozusagen aus dieser Veranstaltung eine Werbeveranstaltung für die Jungsozialisten zu machen. Es kann nur die Funktion haben, uns Material zu geben für die Analyse, die wir anschließend in der Diskussion zu leisten haben. Von daher erscheinen mir Zwischenrufe, die auf die Frage abzielen, warum die SPD die Wirtschaft nicht längst verstaatlicht hat oder was weiß ich, ziemlich sinnlos zu sein. Wir müssen und sollten uns wirklich anhören, was innerhalb der SPD los ist, wie die Ambivalenz zwischen Unterdrückung durch die SPD und möglichen Schutzfunktionen durch die SPD wirklich konkret aussieht, um daraus strategische Bestimmungen ableiten zu können. (Beifall)... und von daher würde ich bitten, den Genossen Strasser zu Ende kommen zu lassen, - denn daß mit ihm viele nicht übereinstimmen, das dürfte doch von vorneherein klar gewesen sein.) ... ja, Genossen und Genossinnen: Daß ich hier keine Werbereden für die Jusos halten will, das erklärt sich schon ganz einfach daraus, daß wir Studenten innerhalb

der Jusos genug haben - was wir brauchen, sind Arbeiter! D. h. also, daß Werbereden hier vollkommen fehl am Platze wären, denn daß hier die politische Diskussion weitgehend basisfern ist, darüber machen wir uns doch keine Illusionen! (Beifall)
Der Bundeskanzler hat vor einiger Zeit ein sehr verhängnisvolles und auch wohl entlarvendes Wort gesprochen; er hat gesagt, er wolle "notfalls die Betriebe mobilisieren". - Ich glaube, daß man an diesem Ausspruch sehr deutlich machen kann, was sozialistische Politik sein kann und was nicht. Es kommt nicht darauf an, "notfalls" die Betriebe zu mobilisieren, sondern wir müssen notwendig die Betriebe mobilisieren, weil anders sozialistische Politik in der BRD nicht möglich ist.

KLAUS PETER KISKER (SPD)

DIE ROLLE DER SPD IM KAPITALISTISCHEN SYSTEM DER BRD

1. Mit der Übernahme der Regierung durch Friedrich Ebert (10. 11. 1918) und der Verbindung dieser Regierung mit dem Militär zum Zwecke Ruhe und Ordnung herzustellen, hat die SPD der revolutionären Bewegung die Spitze abgebrochen und den Staat als Herrschaftsinstrument des Kapitals stabilisiert. Spätestens seit dieser Zeit ist die SPD für das Kapital als ein Mittel, die Arbeiterklasse zu pazifizieren, als "Klasse für sich" zu zerstören und relevante Teile der Arbeiterklasse in das kapitalistische System zu integrieren, interessant geworden.
2. Trotz der Kritik führender Sozialdemokraten an dieser Politik - so nach 1933 durch Rudolf Hilferding und Rudolf Wissel - hat sich die SPD nach anfänglichem Zögern nach 1945 weiter in den bürgerlichen Staat integriert bzw. integrieren lassen. Dies hat objektive, in der Entwicklung der Produktionskräfte liegende Gründe
a) Eingriffe der kapitalorientierten Besatzungsmächte
b) Rasches Wachstum der Arbeiterklasse (Desorientierung)
c) Besondere Bedingungen in der Rekonstruktionsphase (Illusion der krisenfreien Wirtschaft)

Auf diesem Hintergrund hat das westdeutsche Kapital mittels seines Manipulationsapparates die Wiederentstehung bzw. Fortentwicklung eines Klassenbewußtseins bis jetzt weitgehend verhindern können. Eine konzeptionslose SPD hatte unter diesen Bedingungen nur zwei Wege offen:
entweder - wie die KPD - zur absoluten Bedeutungslosigkeit abzusacken
oder opportunistische Politik zu betreiben.
3. Am Ende der Rekonstruktionsperiode, mit den damit beginnenden Verwertungsschwierigkeiten und der sinkenden Durchschnittsprofitrate, hat sich die Ausbeutung der Arbeiter generell verschärft. Zu diesem Zeitpunkt wurde die SPD für das Kapital wieder als Mittel, die Arbeiter zu pazifizieren und zu integrieren, d. h. die Massenloyalität zu sichern, interessant. Mit dem Eintritt der SPD in die große Koalition und der anschließenden Regierungsbildung zusammen mit der FDP hat sich die SPD als ein die Kapitalverwertung sicherndes Instrument erwiesen.

4. Trotz des Wandels in ihrem Selbstverständnis zur Volkspartei betrachtet die Mehrheit der Arbeiter in der BRD und in Westberlin die SPD mangels Alternativen noch als "ihre" Partei, d. h. als die Partei, der sie trotz zunehmender Kritik angehören oder die sie letztlich wählen. Wäre dies nicht so, würde die SPD nicht die Massenloyalität sichern können, hätten angesichts des Versuchs, die Regierung Brandt/Scheel zu stürzen, keine Arbeitsniederlegungen stattgefunden. Bei zunehmenden Verwertungsschwierigkeiten und zunehmender Ausbeutung gerät die SPD in ein Dilemma:
- entweder duldet oder unterstützt sie die Verschärfung der Ausbeutung, damit gerät sie in zunehmenden Widerspruch zur Mehrheit ihrer Mitglieder oder Wähler und verliert sie ihren Einfluß;
- oder sie versucht sich gegen die Verschärfung der Ausbeutung zu stemmen, dann vergrößert sie die Verwertungsschwierigkeiten und Krisenhaftigkeit des Systems. Bei einer krisenhaften Zuspitzung würde sie bei dem heutigen Bewußtseinsstand der Arbeiterklasse als regierungsunfähig angesehen.
5. Die zunehmende politische Unterdrückung sozialistischer Kräfte hat seine Ursache in den zunehmenden Verwertungsschwierigkeiten. Sie erfolgt, weil:
a) die Industrie zunehmend auf ihren Bedürfnissen entsprechende Arbeitskräfte angewiesen ist,
b) das Kapital fürchten muß, daß unter den gegebenen Bedingungen ein offenes Eintreten für den Sozialismus den Klassenauseinandersetzungen eine neue Qualität geben wird.
Die rechte Mehrheit der SPD unterstützt die politische Unterdrückung, weil eine Veränderung des Bewußtseins den Spielraum für die opportunistische Politik einschränkt, sie also schneller vor das Dilemma stellt.
6. Für die politische Unterdrückung sind der SPD engere Grenzen gesetzt, als jeder von ihr rechts stehenden Partei. Sie kann sich - im Gegensatz zur CSU/CDU - nicht offen gegen Arbeiterinteressen richten. Ein den Ministerpräsidentenbeschlüssen vergleichbarer Beschluß gegen Betriebsräte wäre für die SPD tödlich. Wie weit sie versteckt gegen die Interessen der Arbeiterklasse handeln kann, ist eine Frage des Bewußtseins dieser Klasse. Gehen wir davon aus, daß Sein und Bewußtsein in einem dialektischen Verhältnis stehen, also nicht beliebig manipulierbar sind, besteht ein nicht unwesentlicher Unterschied zwischen einer SPD und CDU/CSU-Regierung. Die Ablösung der jetzigen Regierung bedeutet zwar keinen unmittelbaren Umschlag in faschistische Herrschaftsformen, heißt aber, daß die zur Durchsetzung einer aggressiven Politik gegenüber der Arbeiterklasse besser geeignete Partei an die Macht kommen würde.
7. Wer heute CSU/CDU und SPD aufgrund der Tatsache, daß beide Parteien Kapitalinteressen vertreten, in einen Topf wirft, hat das Wesen des bürgerlichen Staates als ein in sich widersprüchliches nicht begriffen. Wer zudem den Fehler macht, faschistische Herrschaftsformen als beste Voraussetzung für eine revolutionäre Umgestaltung unserer Gesellschaft anzusehen, verkennt in gefährlicher Weise die heutigen Bedingungen in Westeuropa, die besonderen Bedingungen in der BRD und die Brutalität des Faschismus, hat aus Weimarer Zeiten nichts gelernt. (Beifall)

8. Wenn es richtig ist, daß unter den heute bestehenden Bedingungen, d. h. bei dem heute bestehenden Bewußtsein der Arbeiterklasse in der BRD und bei der heutigen Parteienstruktur noch eine relativ starke Bindung der Arbeiterklasse an die SPD besteht, besteht für Sozialisten in der SPD die Chance und die Aufgabe, die Meinungsmanipulation zu durchbrechen und bei den sich verschärfenden Auseinandersetzungen an konkret erfahrbare Mißstände anknüpfend, der Masse der Mitglieder die Einsicht in die gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen, die Notwendigkeit zu organisierten, solidarischem Handeln sowie die Möglichkeit zur Selbstorganisation zu vermitteln. Dies ist die Voraussetzung dafür, daß bei einer krisenhaften Zuspitzung des Kampfes das revolutionäre Subjekt, die Arbeiterklasse, ihr Schicksal selbst in die Hände nehmen kann.

MASSON (Betriebsrat, AEG-Telefunken)

Ja also, erstmal, bei mir wird's ein bißchen stotternd vonstatten gehen; ich hab' noch nie vor so einem guten und ausgewählten Auditorium geredet!
Als erstes mal eine Anregung: Ich fände es ganz dufte, wenn solche Kongresse nicht während der Arbeitszeit stattfinden, sondern vielleicht um 17.30 Uhr anfangen würden. (Beifall) Zweitens: Ihr hängt Euch alle so am Parlamentarismus auf. Wir stehen doch gerade vor dieser - na ja, ich möchte dieses dusslige Wort mal gebrauchen, "für uns Berliner" - wichtigen Entscheidung, die morgen stattfinden wird; und daran seht Ihr doch, daß der Parlamentarismus eine ziemlich beschissene Rolle spielt, denn gerade die Leute, die seit dem Bestehen der sog. Bundesrepublik Deutschland nichts gesagt haben, die haben jetzt das große Sagen; von denen hängts ab, ob morgen die CDU oder die SPD die Regierung übernehmen wird. (Zwischenruf: "Mensch, erzähl doch mal was über Deine Betriebsratspolitik, anstatt so'n Sermon!" weitere Zwischenrufe) ... Vielleicht könnt Ihr mir das nachher sagen; darf ich erst mal ausreden.
Drittens: Wenn wir von den politischen Möglichkeiten ... (Zwischenruf: "Arbeiterverräter!" ... Gegenruf: "KSV - raus"!) ... ausgehen, dann geht es nicht darum, ob die SPD oder die CDU die Regierung bildet, sondern dann geht es um das politische Bewußtsein der Arbeiter. Und da muß ich also leider feststellen, daß dieses ganze elitäre Gesindel, was hier rumlungert (Buhrufe und starker Beifall) ..., daß die sich einen Scheißdreck bis jetzt drum gekümmert haben, was in den Betrieben passiert (Beifall). Die einzige Ausnahme, die ich da machen kann, ist der KSV von der KPD/ANull. (Zwischenruf: Es ist Dir eine Frage gestellt worden.) Ich bin auch gerne bereit, nachher auf die Frage zu antworten. (heftige Zwischen- und Gegenrufe) Also, ich werd' nur vier- oder fünfmal versuchen, hier durchzudringen, wenn das nicht klappt, lasse ich es sein! Das ist doch ganz einfach.

(Eingreifen des Diskussionsleiters: Genossen, es ist doch völlig klar, daß die Struktur einer solchen Veranstaltung wie der heutigen die ist, daß die ersten drei bis vier Beiträge, die als vorbereitete angekündigt worden sind, Grundlage und Basis der darauf folgenden offenen Diskussion sein müssen. Es ist deshalb also ziemlich sinnarm, hier unentwegt - qua Zwischenrufe, qua organisiertem Klatschen - diese Beiträge, die genau die Basis der kommenden Diskussion, in der alle Standpunkte eingebracht werden können, bilden sollen, zu unterbrechen. Das verunmöglicht in der Tat die Herstellung jenes Realitätsbezuges, dessen Verlust wir hier zwei Tage lang ausgiebig beklagt haben. (Beifall))
("Roter Konrad": Wie kommt der Herr Betriebsrat dazu, Euch Studenten als elitäres Gesindel zu beschimpfen?)
Das kann ich genau sagen; das kann ich genau erklären: Wir haben also jetzt zweimal gestreikt im Märkischen Viertel, und um diese Streiks haben sich zwei Gruppen gekümmert; einmal die Gruppe, die jetzt in der "Sozialen Revolution" arbeitet, und zum zweiten die Gruppe, die damals unter dem Namen KPD/AO funktionierte. Und die haben, nachdem der Streik zusammengebrochen ist, ein Flugblatt von sich gegeben, das jeder Kritik spottet. Das sind also zwei ... ("Roter Konrad": Die Beleidigung mit dem 'Gesindel' nimmst Du zurück!?)... Nein, ich werde diese Beleidigungen belegen: Nachdem also der Streik zusammengebrochen war, kam ein Flugblatt von der KPD/AO raus, wo drinstand, daß "durch brutale Terrormaßnahmen des paramilitärisch geschulten Werkschutzes" die geschlossene Streikfront der Arbeiterklasse niedergeknüppelt worden sei. Der "paramilitärisch geschulte Werkschutz" besteht aus zwei Opas, die 68 Jahre alt sind und die gegen den Willen der Fabrikleitung die Leute, die rausgeschmissen worden sind, wieder reingelassen haben.
Das zweite Beispiel, das ich anzuführen habe, ist: Vor dem Tarifstreit 1971 hatten wir ausgemacht, daß in drei Abteilungen im R2-Bereich, also bei Telefunken-Schwedenstraße und im Märkischen Viertel gestreikt wird; und zwar an einem Mittwoch. Mittwoch morgen wurde ein Flugblatt verteilt, wo draufstand: "In den und den Abteilungen wird gestreikt werden." Daraufhin hat sich natürlich kein Mensch getraut zu streiken, weil überall Weißkittel rumliefen. Die Konsequenz der KPD/AO war, daß sie am nächsten Tag ein Flugblatt verbreitet hat, wo drinstand, daß der Betriebsrat den Streik abgewürgt hat, den die KPD/AO organisiert habe. - (Zwischenruf: Und was hast Du denn gemacht?) Das kann ich Dir genau sagen, was ich gemacht habe: Ich habe dafür gesorgt, daß die Leute trotzdem gestreikt haben, trotz der dusseligen Bemerkung von der KPD/AO. (Heftige Zwischenrufe) ... (Zwischenruf: Was ist mit der AEG-Jugendgruppe, Betriebsrat?) ... Ich hab noch zwei Punkte, darf ich das als dritten Punkt danach beantworten, ja? (Zwischenruf: Nun sag' doch mal was dazu!) ... Na, Ihr müßt mir schon überlassen, wie ich rede, Ihr könnt ja anschließend sagen: Das, was der gesagt hat, ist Scheiße! ("Roter Konrad": Hör uff mit Dein' Gewichse, Mensch)
Viertens: Ihr redet dauernd von Klassenkampf. Ich verstehe also - das möchte ich noch einmal wiederholen - von vornherein nicht, wieso Ihr den Klassenkampf hier zwar an der Universität bestreitet, aber keine Gruppe von Euch, keine relevante Gruppe von Euch bereit ist, wenn eine Lehrlingsgruppe besteht,

dahin zu kommen und mitzuarbeiten - so daß diese Lehrlingsgruppe zum Teufel geschickt wird. (Zwischenrufe)
Fünftens: Der Klassenkampf findet in den Betrieben statt, nicht hier. (Beifall) Und da müssen wir feststellen, daß nach dem neuen Betriebsverfassungsgesetz, was wir zwar für beschissen halten, was uns aber auch einige Vorteile gebracht hat ... (heftige Zwischenrufe), ja, Euch nicht, ich weiß, aber uns! (Beifall) ... da muß ich also feststellen ... (Zwischenrufe, u.a. "Arbeiterverräter!") - ja sicher, - ... und da muß ich also feststellen, daß bis zum 31. Mai Betriebsratswahlen stattzufinden haben. Bei uns im Betrieb gibt's 3 Gruppen, und die KPD/AO hat heute ein Flugblatt verteilt, in dem sie sich für eine Liste der Angestellten ausspricht, wo nur 2 Kandidaten draufstehen... (Zwischenruf vom KSV: Lügenbold!) ... diese 2 Kandidaten sind jeweils Werkleiter, und die KPD/AO hat auf Vorhaltungen - wenn man mit ihnen geredet hat - gesagt: Uns ist es lieber, der Betriebsrat ist beschissen! Dann können wir ihn besser anschießen! (Zwischenruf vom KSV: Lügner, Lügner!) Und das halte ich für eine ganz beschissene Methode! (Beifall)
Das war eigentlich das, was ich sagen wollte.
Ich möchte jetzt noch eben auf die Fragen in Bezug auf die AEG-Jugendgruppe eingehen; es geht ganz schnell. (Zwischenrufe: Lies mal das Flugblatt vor!) Ich geh jetzt eben auf den 6. Punkt ein, nach dem eben gefragt worden ist... (anhaltende Zwischenrufe. - Diskussionsleiter: Genossen! Eure Organisation steht sehr oft auf der Rednerliste. Ihr könnt durchaus im Zwiegespräch hinterher mit Faktenmaterial aufwarten, wenn es möglich ist; aber jetzt bitte ich doch, den Genossen Masson seine letzten Punkte vortragen zu lassen!) Ich geh jetzt eben auf die Liquidierung der AEG-Jugendgruppe durch die IG Metall ein. Da sollte man die Vorgeschichte erzählen, - das geht ganz schnell. Diese Jugendgruppe bestand aus 22 Mitgliedern. 12 Mitglieder der 'KPD' haben es für notwendig befunden, konkret und militant die IG Metall so anzugreifen, daß von vornherein... (Zwischenruf: Die IG-Metall, - wer ist denn das?) ... zu erkennen war, daß die IG Metall anschließend die Jugendgruppe liquidieren würde! (Zwischenrufe) Kollegen und Genossen, darum gehts doch gar nicht! Es geht doch jetzt nicht um die IG Metall! Es geht darum, wie diese Kollegen sich verhalten haben! (Zwischenrufe) Wir haben dann versucht, mit diesen Kollegen zu diskutieren, und haben dann versucht... (verstärkte Zwischenrufe) ... Wenn Ihr's wollt, hör ich gerne auf. - (Diskussionsleitung: Entschuldige bitte, - es scheint mir ganz bezeichnend, daß der KSV hier nichts anderes weiß als herumzuschreien in dem Augenblick, wo er kritisiert wird. - starker Beifall)
Allgemein kann ich jedenfalls festhalten, daß die KPD/AO - mit der der KSV ja offensichtlich nichts zu tun hat - regelmäßig, wenn Warnstreiks geplant waren, das am Tag vorher in Flugblättern mit Angabe der Abteilung und der Uhrzeit bekanntgegeben hat, so daß der Streik verhindert wurde ... (Zwischenrufe: Pfui) ... Jawohl: Pfui!-Darf ich jetzt noch eben auf die Jugendgruppe eingehen: Nachdem also von den 22 Mitgliedern dieser Jugendgruppe 12 der Meinung waren, massiv die IG Metall-Spitze anzugreifen, war zu erwarten, daß (Zwischenrufe) von der IG Metall dieser Jugendgruppe das Recht abgesprochen wurde, als Jugendgruppe zu funktionieren. Wir haben uns dann darum bemüht

(Auf Zwischenruf:) - Arbeiterverräter, na klar! -, dieses Flugblatt soweit abzuschwächen, daß die IG Metall keine Handhabe gegen diese Kollegen hatte. (Zwischenrufe) Die Konsequenz war die, daß das Flugblatt trotzdem verteilt wurde und 10 Kollegen, die als Auszubildende in den AEG-Betrieben beschäftigt sind, aus der IG Metall rausgeflogen sind und wahrscheinlich auch aus den AEG-Betrieben rausfliegen werden! (Zwischenrufe) Die Konsequenz ist bei Siemens genauso gewesen: Da sind 5 Jugendliche, oder 5 Auszubildene, auf Initiative der KPD/AO, die ihnen überhaupt keinen Schutz gewähren konnte, rausgeflogen; und von uns erwartet man, daß man mit denen Solidarität übt. - Die KPD/AO und der KSV sollten sich jedenfalls darin üben, die Gesetze ein bißchen zu lesen, damit die Leute, die sie an die Front schicken - ohne sich selbst hervorzuwagen -, damit die ein bißchen geschützt sind (Beifall). Das war es, was ich zu sagen hatte. (anhaltender Beifall).
Ich möchte nochmal feststellen, daß ich das Verhalten der KPD/AO in den Betrieben für lediglich verantwortungslos halte, sonst nichts. Die sorgen dafür, daß sie ihre Schäfchen ins Trockene bringen, aber nicht dafür, daß das Bewußtsein der Arbeiter erweitert wird. (Beifall)
Und als letztes: Wir haben echt Angst davor ... (Zwischenrufe) ... wir haben echt Angst davor - ich hab heute mit 30 Vertrauensleuten von unserem Betrieb telefoniert -, daß morgen die sozial-liberale Koalition gestürzt wird. Ich kann das auch erklären: Wir hatten ein Betriebsverfassungsgesetz von 1952, worin stand, daß Kündigungen nur mit Zustimmung des Betriebsrates möglich sind. Die Rechtssprechung, die sich bekanntlich danach ausrichtet, wer an der Macht ist, hat das so umgefälscht, daß der Betriebsrat seine Zustimmung zur Kündigung nur dann verweigern darf, wenn er "objektiv wirtschaftliche Gründe" nachweisen kann. Daß wir das als Betriebsrat nicht können, ist klar. Das neue Gesetz bietet uns in der Hinsicht mehr Handhabungen. Und deshalb sind wir ziemlich ängstlich (auf Zwischenruf:) - ja sicher, - wir sind Arbeiterverräter und ängstlich! - ... (Zwischenruf: Was sind die Verbesserungen?) Soll ich vorlesen? - Also: "Hat der Betriebsrat gegen eine ordentliche Kündigung Bedenken, so hat er diese unter Angabe der Gründe dem Arbeitgeber spätestens innerhalb einer Woche schriftlich mitzuteilen." Darf ich weiterlesen? "Hat der Betriebsrat einer ordentlichen Kündigung frist- und ordnungsgemäß widersprochen, und hat der Arbeitnehmer nach dem Kündigungsschutzgesetz Klage auf Feststellung erhoben, daß das Arbeitsverhältnis durch die Kündigung nicht aufgelöst wird, so muß der Arbeitgeber auf Verlangen des Arbeitnehmers diesen nach Ablauf der Kündigungsfrist bis zum rechtskräftigen Abschluß des Rechtsstreites bei unveränderten Arbeitsbedingungen weiterbeschäftigen."Das war bis jetzt nicht der Fall."Auf Antrag des Arbeitgebers kann das Gericht ihn durch Einstweilige Verfügung von der Verpflichtung zur Weiterbeschäftigung entbinden."Das heißt, daß der Arbeitgeber die Zustimmung des Arbeitsgerichts holen muß. - Uns hat man vor etwa 2 Monaten 40 Kündigungen auf den Tisch gelegt. Allen 40 Kündigungen ist von uns widersprochen worden. Keiner von den 40 Kollegen sitzt bis jetzt auf der Straße, weil der Arbeitgeber sich nicht traut, zum Arbeitsgericht zu gehen! (Beifall) Das wars.

EIN GENOSSE DER MLH-GRUPPEN (Zusammenfassender Bericht)

Der Genosse vertritt die Ansicht, die Rolle der SPD sei mittlerweile hinreichend analysiert worden; es geht jetzt vielmehr darum, die Umsetzung der Analyse in "korrekte Bündnispolitik" zu diskutieren.
Eine "falsche Bündnispolitik" sei die Politik der antirevisionistischen Gruppen; denn die "Stoßrichtung gegen den Revisionismus" sei Ausdruck einer "fatalen Selbstüberschätzung, einer Fehleinschätzung des gesamtgesellschaftlichen Kräfteverhältnisses", die zur totalen Isolierung der sozialistischen Gruppen führe. Nicht durch "permanente Diffamierung" sondern nur durch kontinuierliche, langfristige politische Arbeit könne das Bewußtsein der jetzt noch reformistisch orientierten Arbeiter verändert werden.
Falsche Bündnispolitik sei auch die Politik des KSV, da er im Hochschulbereich nicht Notgemeinschaft, Liberale Aktion und SPD-Senat bekämpfe, sondern die anderen sozialistischen Organisationen. Sollte der KSV diese Politik fortsetzen, würden die MLH-Gruppen nicht zögern, ihrerseits den Kampf gegen den KSV aufzunehmen.

FRIEDRICH KRABBE (GIM)

DIE STUDENTENBEWEGUNG UND DIE TRANSFORMATION BÜRGERLICHER STAATSMACHT IN DER BRD

Wenn der bürgerliche Staat die Praxis seiner Herrschaft qualitativ ändert, so verbirgt sich dahinter kein Verfassungsproblem, sondern eine Verschiebung der Kräfteverhältnisse im Klassenkampf.
Das terroristische "roll-back" gegen die erkämpften Positionen der Studentenbewegung (marxistische Lehrinhalte und Dozenten, ein sozialistisches Publikationswesen, ja überhaupt eine revolutionäre Koalitions- und Agitationsfreiheit, die es seit Bestehen dieses Staates praktisch nicht gegeben hatte) ist entsprechend nur durch die veränderten Kräfteverhältnisse zwischen Studentenrevolte und ihrem wahren Adressaten, dem bürgerlichen Staat, erklärlich. Wir hüten uns, diesen Kampf als Klassenkampf zu bezeichnen, aber die Bourgeoisie weiß besser als mancher 'Marxist', daß in dieser Epoche keine sozialen Bewegungen möglich sind, die nicht bewußt im Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital enden, sofern sie nicht vorher scheitern.
Die wahre Ursache der aktuellen Repression ist der indirekte Bezug der Studentenrevolte zum Klassenkampf: 1. als geschichtliche Notwendigkeit, 2. als politisch nicht rechtzeitig gelöstes Problem der Bewegung. (1)
Wir möchten jetzt Thesen entwickeln zur Frage: Wie erklärt sich eigentlich die Entstehung einer sozialistischen Intellektuellen-Opposition als separate Bewegung aus den Klassenkämpfen in diesem Staat; was ist der politische Charakter der Separierung, die zum Getto geworden ist, in dem man uns Stück für Stück an die Wand drängt.

Doch um diese Fragestellungen thematisieren zu können, ist es notwendig, sie aus einem spezifischen historischen Kontext zu entfalten.

I. Wir setzen mit den Klassenkämpfen unmittelbar nach '45 ein, die die Legendenbildung als revolutionäre Periode einstufen will. Tatsächlich enthielten jedoch materielle Bedingungen, Organisation der Massen und Klassenbewußtsein eine Vielzahl hinderlicher Faktoren, die schließlich dazu führten, daß der Sozialdemokratie die Führung der westdeutschen Arbeiterklasse zufiel.

Die bitterste Existenznot um Nahrung, Brennstoff, Wohnraum, die Zerschlagung der proletarischen Massenorganisationen, die Diktatur der Alliierten Behörden führte zu Hungerrevolten, selbst Fabrikbesetzungen und Keimen von Selbstverwaltung, nicht aber zur Doppelherrschaft, wie sie die Arbeiter- und Soldatenräte der 1918er Revolution verkörperten und von der Bourgeoisie nur durch einen blutigen Bürgerkrieg zu zerschlagen waren. Die Parole 'Sozialisierung' der SPD entsprach der Kampfkraft der Arbeiter, die einerseits den Kapitalismus beseitigt wünschten, andererseits unmöglich eigene revolutionäre Machtorgane aufstellen konnten, um so etwas real auch durchzuführen. 1918 riefen die Eberts und Hilferdings 'Sozialisierung', um die politische Macht der Räte und Obleute aufzulösen. 1947-49 lag die politische Kraft der Arbeiterklasse im Willen, Sozialisierung und Mitbestimmung durch die SPD und die Demokratie zu verwirklichen und durch Massenstreiks zu unterstützen. Der verschleierte Zusammenhang zwischen der demokratischen Verfassung des bürgerlichen Staates und den kapitalistischen Produktionsverhältnissen ließ auch die Währungsreform ungehindert passieren: mit der Einteilung von 1. Besitzern von Geld als Kaufmittel und 2. Besitzern von Produktionsmitteln war der Gegensatz von Lohnarbeit und Kapital ökonomisch zementiert; die Jahre bis 1952 waren nötig, dieses Verhältnis auch politisch unmißverständlich zu verankern.

Der erste Schritt war das 'Grundgesetz' für einen aus den drei Westzonen zusammengesetzten Separatstaat, den die USA mit ihrem Marshallplan ganz unverhohlen erpressten. Die europäische Wirtschaftskrise 1947 hatte die Amerikaner endgültig belehrt, daß es keinen Rückzug aus Europa gab, ohne die europäische Bourgeoisie der sozialistischen Revolution auszuliefern. Das politische Klasseninteresse der internationalen Bourgeoisie gebot also, Europa an der Oder abzuriegeln, dort ein befestigtes und restlos pazifiziertes Hinterland einzurichten, einen kapitalistischen Paradestaat, der gleichzeitig dem US-Kapital als Absatz- und Anlagesphäre dienen konnte.

Das Grundgesetz, unter dem Druck des rettenden Marshallplans zusammengeschustert, besitzt den Doppelcharakter:

1. die sozialstaatlichen Vorstellungen der SPD zu artikulieren; 2. deren klare Absicrung durch demokratische Rechte der Arbeiterklasse aber auszuschließen

Es fehlen die 'wirtschaftsdemokratische' Beteiligung der Gewerkschaften bei der politischen Willensbildung, die Möglichkeit der Volksabstimmung, die reine Verhältniswahl, eine unzweideutige Fixierung des politischen und fast des ökonomischen Streikrechts.

Die SPD verzichtete damit auf zentrale Bestandteile ihres traditionellen Programms.

II. Die Klassenkämpfe der 50er und 60er Jahre waren ganz verhängnisvoll durch die Tatsache beschnitten, daß die demokratische Legalität der Arbeiterklasse so wenig Aktionsraum ließ, daß sie im entscheidenden Moment an die Schwelle der Illegalitä und damit der gewaltsamen Konfrontation mit dem Staatsapparat stieß.

Wir müssen hier zwei Hinweise auf den Sinn dieser Konstruktion einflechten, mit dem die SPD letztlich auch den Ast absägte, auf dem sie selber sitzen wollte.

1. Die sozialdemokratische und gewerkschaftliche Arbeiterbürokratie erhält sich durch die Verteidigung materieller Interessen der Arbeiter innerhalb des Kapitalismus. Zu diesem Zweck hat sie seit Beginn des Jahrhunderts selbst Eingang in das Gehäuse des bürgerlichen Staatsapparates gefunden, namentlich wenn dieser bedroht schien. Zumindest gewährt ihr das demokratische parlamentarische System einen Zipfel des Staatsapparates und die Hoffnung seiner Okkupation. Weil aber jede politische Mobilität der Basis diesen Apparat tendenziell bedroht und herausfordert, sieht die Funktionärskaste sich zu Recht von ihr materiell gefährdet.

2. Dieser Sachverhalt äußert sich ideologisch in der Fetischisierung der Demokratie und des Staates:

Marx und Engels deuteten die Existenz des Staats als Beweis einer in unversöhnliche Gegensätze zerrissenen Gesellschaft, die eines gewaltsamen Zusammenhangs bedarf; die Sozialdemokratie erzog die Arbeiterklasse umgekehrt in dem Glauben, Staat und Demokratie seien das Mittel, die Zerrissenheit und die Gewalt abzuschaffen. Solange die Akkumulation des Kapitals sich durch die Bürokratie Zugeständnisse abringen lassen kann, bleibt für die Masse des Proletariats dieser Schleier intakt.

Nach der Verabschiedung einer bürgerlichen Verfassung und Wahl einer bürgerlichen Regierung blieben die antikapitalistischen Forderungen der SPD, Wirtschaftsdemokratie, Mitbestimmung und Sozialisierung abzuschaffen. Die Sozialisierung erledigte sich mit der Integration der Ruhr in die belgisch-französische Grundstoffindustrie, der Montanunion. Die Mitbestimmung, damals als paritätische und zentral koordinierte Einflußnahme der Gewerkschaft in die 4000 größten Betriebe geplant, ist für den Kapitalismus ein Ding der Unmöglichkeit. Die deutsche Arbeiterklasse war zwar bereit zum politischen Streik, doch nun rächte sich die enge Legalität, die der DGB um nichts in der Welt verlassen hätte. Die sinnentstellte Mitbestimmung im Montanbereich war alles, was 1952 vom versprochenen Sozialismus übrig geblieben war. Stattdessen setzte sich mit zwingender Logik die nächste Stufe dieser Staatsgründung durch, die offene Eingliederung ins imperialistische System: Militarisierung.

Ab 1954 setzt ein 10jähriger Kampf dagegen ein, der, wenn auch nicht bewußt antikapitalistisch, so doch die Substanz der westdeutschen Bourgeoisie bedrohte.

Tatsächlich sollte sich aus diesem Kampf, der an das Scheitern der sozialistischen Nachkriegsperspektive anschloß, die Wiederbelebung des Sozialismus in der Studentenrevolte entwickeln. Die Ratifizierung der Pariser Verträge führte zu einer nationalen Bewegung, die in einer 230 000 Mann starken Demonstration in Hamburg und der erneuten Forderung nach dem politischen Generalstreik gipfelte. Der SPD blieb nichts übrig, als diese proletarische Bewegung, von den mittleren Gewerkschaftskadern organisiert, in eine feierliche Sackgasse umzuleiten: die Paulskirchenbewegung. Obwohl die Sache damit gestorben war, hatte sie einen Aspekt, dessen Konturen erst vier Jahre später klar wurden: in der Paulskirchenbewegung muckten auch deutsche Intellektuelle.

Der Widerstandsgrad, der insgesamt lebendig war, veranlaßte die Bourgeoisie, die Inhalte des Grundgesetzes langsam aufzuweichen. Es wurden arithmetische Versuche mit dem Wahlrecht, Hindernisse fürs ökonomische Streikrecht und klare Verfassungsbrüche innerhalb des Regierungssystems riskiert. Dabei waren die Produktionsverhältnisse kaum

in Gefahr; die Lohnhöhe, mit der nach '45 begonnen wurde, war die von 1929, wo der Faschismus sie eingefroren hatte; hier waren noch weite Toleranzen, desgleichen in der Arbeitszeit und Sozialversicherung.
Trotzdem scheute die Bourgeoisie jede Massenaktivität aufgrund der kritischen politischen Lage, zu der sie absolut freie Hand brauchte. Die Möglichkeit eines lokalen wie eines globalen Krieges war nicht ausgeschlossen, die Verhältnisse in der DDR ein unkalkulierbares Risiko und eine als Föderation oder sonstwie geartete Kombination mit der DDR nicht undenkbar. Bei jeder Variante war selbst eine gewerkschaftliche und sozialdemokratische Organisierung der Arbeiter Quelle der Gefahr.
Den Höhepunkt der pazifistischen Opposition der deutschen Arbeiterklasse bildete die Atomtodbewegung. Eingeleitet durch ein paar Göttinger Physikprofessoren, die den wirklichen Charakter der geforderten taktischen Atomwaffen öffentlich darlegten, wurde eine Protestbewegung entzündet, die zum 1. Mai 1958 Millionen auf die Straße brachte. Noch nie in der deutschen Arbeiterbewegung war eine solche Masse unter einer Parole mobilisiert worden. Die SPD, die mit dem Komitee "Kampf dem Atomtod" den organisatorischen Rahmen gegeben hatte, zog sich nach der parlamentarischen Bewilligung der Atomwaffen mit dem DGB zurück; der politische Generalstreik war erfolgreich abgewiegelt worden.
Diese Bewegung, die in den Anfang des dritten Kabinetts Adenauer fällt, setzt dreierlei wichtige Verschiebungen in Gang:
1) Die SPD verzichtete auf ihre Rolle als parlamentarische Opposition. Gezwungen, in kleinbürgerlichen Schichten Wahlerfolge zu erringen, gab sie sich das "Godesberger Programm", das als "Taktik" bezeichnet wurde, in Wirklichkeit aber die Konsequenz ihrer systematischen Demobilisierung der Arbeiter seit 1945 war. Hatte sie alle politischen Bewegungen in die Kanäle des bürgerlichen Staates gebannt, bannte die Funktionsweise dieses Staates die SPD in seinen Grund: die kapitalistischen Produktionsverhältnisse, die sie im Mantel der sozialen Demokratie gerettet hatte. Der Assimilationsprozeß war ideologisch und praktisch schleichend vonstatten gegangen und Godesberg bilanzierte nur die politische Praxis und entfernte die theoretischen Reste des radikal-demokratischen, reformistischen Arbeiterprogramms. Konsequent formulierte die SPD ihre Politik als "Gemeinschaftsaufgabe"; daß sie in den zwei Staatskrisen der Bürgerkoalition 1962 und 1967 zur letzten Zuflucht pervertierte, war 59/60 klar angelegt.
2) Die Bourgeoisie bereitete den starken Staat vor.
Die Notstandsgesetze kommen hervor, als "Stunde der Exekutive" (Schröder); der öffentlich-rechtliche Status der Fernsehanstalten wird durch den Plan des sog. Adenauer-Fernsehens unterlaufen; man berät die Todesstrafe (mit Hinweis auf politische Delikte); der Kanzler Adenauer unternimmt mit seiner Präsidentschaftskandidatur die Farce des de Gaulle'schen Staatsstreichs von 1958 auf dem Verfassungswege.
3) In der Atomtodkampagne waren als oppositionelle Schicht die Intellektuellen neben die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung getreten. Die radikaldemokratische Opposition gegen den CDU-Staat formierte sich zunehmend außerparlamentarisch in einer durch Fernsehmagazine, Buchreihen und die Radikalisierung des "Spiegel" zusammengesetzten, kontrollierenden Öffentlichkeit. Wütend nimmt die

Bourgeoisie diese Tendenz wahr und setzt sie dem antikommunistischen Beschuß aus. Diese diffuse Strömung tat nichts, als die von der SPD taktisch unterlassene liberale Kritik anderswo zu äußern. Doch daß sie auf der Staatsebene nicht mehr repräsentiert war und zurückfiel in den gesellschaftlichen Bereich, schuf günstige Bedingungen für das Umschlagen von außerparlamentarischer Opposition in Opposition gegen den Parlamentarismus.

Die spezifisch kritische Situation der deutschen Bourgeoisie, ihre politische Inflexibilität und die Führungskrise der deutschen Arbeiterbewegung gaben die besondere politische Form vor, in der sich die allgemeine ökonomische Umwälzung im Ausbildungssektor als Studentenrevolte realisierte.

Die Bedingungen dazu wuchsen aber nicht allein aus den nationalen Verhältnissen. Die pazifistische Bewegung gegen die Atombewaffnung wurde von Intellektuellen, Jugendgewerkschaftsgruppen, SDS, Falken etc. fortgesetzt im Ostermarsch. Er steigerte sich von 200 Demonstranten 1960 auf 7000 1961 und verdoppelte sich Jahr für Jahr bis auf 145000 1966. Mit dem Anlaß, der Kriegsgefahr auf deutschem Boden, verwandelte sich in dieser Zeit aber auch der politische Inhalt des Ostermarsches. Die Konsolidierung der europäischen Verhältnisse und die technologische Veralterung der nuklearen Systeme leitete das Disengagement ein, was u. a. die Berlin-Krise und der Sturz des Verteidigungsministers Strauß signalisierten. Statt der globalen Katastrophe trat die reale militärische Intervention des Imperialismus in Algerien, Kuba, Angola und Vietnam an die Oberfläche.

Gleichzeitig schwenkte die BRD auf eine schärfere Zyklizität der Kapitalentwicklung ein (sinkende Kapazitätsauslastung, steigende Kapitalintensität, steigende Kreditfinanzierung und öffentliche Ausgaben). Damit gewannen die NS-Gesetze eine unterschiedliche Qualität. Es ist darum symptomatisch, daß die beiden Atomtodkongresse des SDS die Kolonialrevolution und den Notstand zum Thema haben. Die Erfahrung revolutionärer Prozesse der Dritten Welt ermöglichte der außerparlamentarischen Opposition nun eine Kritik, die, wenn auch zunächst in mystifizierender Form, die Wurzel der gesellschaftlichen Verhältnisse anging.

III. Aus der Intellektuellenbewegung hatten sich die Studenten als der Teil herausgeschält, in dem sich der undemokratische Charakter der BRD nicht nur ideell, sondern materiell reproduzierte: d. h. die Grenzen, die diese im Bewußtsein störten, erfuhren jene in der Wirklichkeit als Bankrott des Bildungsideals zugunsten einer rigiden Ökonomisierung und Rationalisierung der Studiengänge etc..

Die Zerschlagung der realen Fesseln erfolgte in einer Entwicklung der bestehenden außerparlamentarischen Öffentlichkeit durch die Kampfformen, auf die der pazifistische Protest in der kolonialen Revolution stieß.

Die Identifikation mit den Guerilla, Vietcongs und Kulturrevolutionären barg bei aller Exotik, mit der sie die Klassenverhältnisse der BRD verhüllte, einen Kern der Wahrheit: sie war die verkehrte Form der richtigen Kritik an den institutionalisierten Kämpfen, in denen sich die Widerstandskraft der deutschen Arbeiter immer wieder gebrochen hatte.

Die schöpferische Phantasie der wirklichen Revolutionen erlaubte die Kritik an der konservativen Erstarrung der kommunistischen Partei wie die Entdeckung des marxistischen Verhältnisses von Staat und Revolution, das in der sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Tradition verschüttet war.
Die ideologische und unpraktische Gestalt der Kritik mußte allerdings die Studentenrevolte von der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung lösen, ein Prozeß, den erst das Scheitern der Notstandskampagne abschloß. Die chronische Kapitulation des DGB vor den NS-Gesetzen entzündete die Mentalität, die Gewerkschaften als Funktionsträger des Staates zu sehen, und als die Studenten in die Versammlungen drangen mit der Parole: "Zerschlagt die Gewerkschaften" - und das war für die Gewerkschaften eine faschistische Parole - war der Faden restlos gerissen. Gerade die agitatorische Handhabung des Faschismusvorwurfs zeigt, wie sehr der Staat, von den Kräfteverhältnissen des Klassenkampfes isoliert, als autoritäre Unterdrückungszentrale erschien. Die Entlarvung des Scheincharakters der parlamentarischen Demokratie vergaß, daß in dem Schein die reale Tatsache steckt, daß die Bourgeoisie mit ihm regieren kann, daß sie indirekt herrschte, statt durch direkte Gewalt. Noch in der Kritik des Staates ist man seinem Fetisch aufgesessen, konnte weder die Herrschaft der Bourgeoisie noch die reale Funktion der Arbeiterbürokratie konkret bestimmen. Irgendwie beruhten beide auf Manipulation und Verrat; die Strategie der Aufklärung über Zustände, die praktisch nicht bestanden, mußte aber fehlschlagen: die Isolation der Studentenbewegung ist also ein Amalgam aus Illusion und Erkenntnis, Notwendigkeit und Scheitern.
Es ist eine ganz unbestreitbare Tatsache, daß sie in ihrer Kritik und ihren Aktionsformen im gegebenen Moment progressiv war; doch dieser Moment ist so gut wie verstrichen. Die Isolation hat ihre Aufgabe, die Kritik am bürgerlichen Staat, erfüllt und kehrt sich gegen die Bewegung, die gegen sie als ihre Grenze anrennt und sich dabei zersetzt. Die Form des Anrennens sind die Hilfskonstruktionen, mit denen die Brücke zur Klassenbewegung geschlagen werden soll: die Parteien des Proletariats und die Erziehung studentischer Bündnispartner im Geiste. Die Äußerlichkeit der Studentenrevolte zur Arbeiterbewegung wird zur prinzipiellen Äußerlichkeit von Avantgarden, die sich nicht zufällig an die Mythen der gescheiterten deutschen Arbeiterbewegung anlehnen, d. h. selbst die Identifikationen sind konservativ. Anstelle der Kritik an den konservativen Organisationen ist ihre Rekonstruktion getreten.
Wir stehen jetzt zwei Möglichkeiten gegenüber: entweder wir erleben unser Ende als Bewegung, oder unser Ende als Studentenbewegung.
Die Konterrevolution setzt ohne Zweifel auf die Zerschlagung der Bewegung, bevor sie sich auf neuer Stufe dem proletarischen Klassenkampf anschließt. Die Radikalisierung der Arbeiter, die Möglichkeit einer plötzlichen Krise und das Einsickern von Elementen der Studentenbewegung in Teile der Gewerkschaftsjugend, selbst der SPD, macht diese Gemeinsamkeit wahrscheinlicher als je zuvor. Das politische Problem besteht darin: Vermag die Studentenbewegung sich den überholten Avantgardegedanken, der zur Nachtmütze geworden ist, abzustreifen? Vermag sie - in der Übergangsperiode der verbleibenden Isola-

tion - sich zu schützen vor der Konterrevolution und ihren Sekten? Vermag sie die Fragen der akuten Klassenkämpfe aufzugreifen, die marxistische Kritik und Diskussion in der Arbeiterbewegung zu entfachen und sich politischen Aktionen organisiert einzufügen?

ANMERKUNG

(1) Wir beschränken uns hier auf eine Darstellung der Klassenbewegung und verzichten weitgehend auf die Kapitalbewegung. Erstens liegen einige Ansätze bereits vor, und die Gefahr besteht eher darin, daß mechanische Zusammenhänge geknüpft werden, die zu politischen Fehleinschätzungen führen. Zweitens ist das Verhältnis von Ökonomie und Politik in der Geschichte der BRD ohnehin von einer Besonderheit, wie sie die deutsche Geschichte häufig kennzeichnet. In der Nachkriegsgeschichte handelt die deutsche Bourgeoisie nicht nur als die Charaktermaske ihres nationalen Kapitals, sondern es konzentriert sich in ihr besonders das Klasseninteresse der internationalen Bourgeoisie; dadurch sind auch Inhalt und Gestalt der Klassenkämpfe modifiziert. Dieses Verhältnis drückt anschaulich die Debatte um die Ostverträge aus, wo die CDU einerseits gegen ökonomische Klasseninteressen der Bourgeoisie verstößt, andererseits aber in der spezifischen politischen Situation der deutschen Teilstaaten ein Moment ihrer Herrschaft liegt, das durch ein Tauwetter bedroht wird. Der Anlaß des Ganzen liegt wiederum in einem globalen Kräfteverhältnis (US-Truppenrückzug, SALT-Gespräche, Atom-Waffen-Sperrvertrag etc.).

DETLEV ALBERS (SHB)

REVOLUTIONÄRE PERSPEKTIVE IN DER SPD

Genossen

Ich möchte zunächst dem Kollegen von der MLH in dem Punkt Recht geben, daß es zweifellos nicht die Aufgabe von Marxisten sein kann, die Bindung der Mehrheit der heutigen Arbeiterklasse an die Sozialdemokratie im Wege unrationeller, im Wege irrationaler Beschimpfung lösen zu wollen. Ich meine, das ist ein Ausgangspunkt für die weitere Diskussion, den wir nicht aus dem Auge verlieren sollten. Ich möchte aber dem Kollegen der MLH entschieden in dem Punkt widersprechen, wo er sozusagen nur taktisch die Beschimpfung der sozialdemokratisch organisierten und orientierten Arbeiter durch eine langfristige Strategie der Befreiung von ihren reformistischen Illusionen im Sinne des Ausbruchs aus der SPD lösen wollte. Ich meine, genau hier besteht ein harter Gegensatz zwischen den Positionen der MLH und dem, was beispielsweise der SHB an den Universitäten in Westdeutschland und, wie ich hoffe, auch bald hier in Berlin vertreten wird.

Genossen, wir haben heute eigentlich im Überfluß die These gehört: die SPD als Partei des Monopolkapitals. Ich möchte dem die Gegenthese entgegenstel-

len und hier die Frage anschneiden: gibt es eine revolutionäre Perspektive für Teile der SPD, für wesentliche Teile der SPD (Zwischenrufe: in der SPD) - für Teile in der SPD; gibt es für diese eine revolutionäre Perspektive? Und wenn dem so ist, dann glaube ich, ist hier die Mehrheit aller Linkssektierer immer noch in dem Punkt mit mir einig, daß wir sagen, die These 'SPD - Partei des Monopolkapitals' stimmt doch wohl nicht in dem Moment, wo wir hier eine revolutionäre Perspektive für Teile, wichtige Teile der SPD ableiten können. Ich glaube, soweit können wir uns verständigen, daß zumindest diese Schlußfolgerung, auch von denen, die sonst hier nicht weiter zuhören wollen, akzeptiert wird. Und, Genossen, für diese Fragestellung: gibt es eine revolutionäre Perspektive für die SPD-Linke ... (Zwischenruf: NEIN) Ja schön, ich mute Dir jetzt einfach zu, da mal fünf Minuten zuzuhören, und dann bin ich Deinen Argumenten gerne ganz Ohr, ohne Dich zu unterbrechen. Ich stelle also die These auf: es sprechen drei Gründe dafür, daß es tatsächlich eine revolutionäre Perspektive für die SPD-Linke gibt. Der erste Grund, den ich dann kurz ausführen will: die Geschichte der gegenwärtigen verschärften Klassenkämpfe seit Mitte der sechziger Jahre in Westeuropa und in anderen Teilen des kapitalistischen Weltsystems, diese Geschichte zeigt, daß der Beitrag der sozialistisch orientierten Arbeiterbewegung für Veränderungen des Kräfteverhältnisses in diesen Gesellschaften unbedingt erforderlich ist, um revolutionäre Fortschritte zu machen.

Und der zweite Punkt, auf den ich diese These von der revolutionären Perspektive stütze, ist der, daß die gegenwärtige Situation der weltweiten Systemauseinandersetzung zwischen den sozialistischen Ländern auf der einen Seite und den Ländern des kapitalistischen Weltsystems auf der anderen Seite die Frage der Strategie des demokratischen Übergangs, des friedlichen Übergangs zum Sozialismus, unabweisbar auf die Tagesordnung gesetzt hat.

Und der dritte Punkt, auf den ich das stütze, ist die Arbeit der SPD-Linken heute, so wie sie sich in ersten Ansätzen abzeichnet. Zu diesem Punkt hat der Genosse Strasser vorhin einiges gesagt; ich glaube, da brauche ich hier nicht viel mehr zu sagen.

Genossen, ich komme nun zu dem ersten, in meinen Augen wichtigsten Punkt, aus dem ich diese revolutionäre Perspektive der SPD-Linken ableite. Wir können seit Mitte der 60er Jahre in Italien, in Frankreich und nicht zuletzt - und das ist keineswegs so abwegig - auch in Chile, wo gegenwärtig der revolutionäre Prozeß der sozialistischen Veränderung einsetzt, feststellen, daß die reformistischen Massenparteien - wie auch immer in diesen Ländern die Mehrheit der jeweiligen sozialdemokratischen oder sozialistischen Parteien orientiert war - daß diese sozialistischen Parteien in ihrer reformistischen Orientierung in der Lage gewesen sind, wesentliche Anstöße der Streikbewegung, der Arbeitskämpfe, der verschärften Klassenkämpfe in diesen Ländern aufzugreifen und mit einem eigenen Beitrag ... (Zwischenruf: ... in Italien die Nenni-Sozialisten ...) Ja Genosse, ich muß Dir offenbar mal was über die Sozialproletarier in Italien erzählen, und offenbar mußt Du auch noch eine ganze Menge aus den italienischen Gewerkschaften und den Beitrag der Sozialisten in der CGIL, etwa als Beispiel, zur Kenntnis nehmen. Wir können uns gerne über Italien

länger unterhalten, nur ich fürchte, die andern wird es nicht ganz so im Detail interessieren.
Ich setze hier also die These - und Ihr alle seid aufgefordert, das zu widerlegen -, daß im Zuge der Verschärfung der Klassenkämpfe die reformistisch orientierten Massenparteien der Sozialdemokratie in der Lage gewesen sind, eine wesentliche inhaltliche Umorientierung vorzunehmen, und daß sie bis hin zu dem Land, das heute am unmittelbarsten den Kampf um die sozialistische Veränderung führt, wiederum das Beispiel Chile, in der Lage gewesen sind, eine marxistische Mehrheitsrichtung durchzusetzen, von der aus dann die marxistisch orientierte sozialistische Partei Chiles einen ganz entscheidenden Beitrag für die Entstehung des Sozialismus in Chile leisten kann. (Zwischenrufe) Ja, Genossen, ich höre, Ihr wollt wieder mal historische Abhandlungen über Ebert und Noske hören; ich hatte das Gefühl, der Trotzkist eben hat lange genug darüber geredet und Ihr wollt' mal ein bißchen was Aktuelleres hören. Also versuchen wir das halt. Die Geschichte der Arbeiterbewegung können wir, weiß Gott, auch viel ausführlicher behandeln. Nur komme ich dann halt über diese zehn Minuten, die ich hier nur reden kann.

Ich komme jetzt zum zweiten Punkt. Der zweite Punkt besteht darin: Der Weltweite Systemkonflikt zwischen den Ländern des realen Sozialismus und dem kapitalistischen Weltsystem setzt erstmals die Möglichkeit, die bereits von Engels gesehen worden ist - Ihr kennt, denke ich, besser als ich alle die Stellen, in denen er die Lage Englands in den 90er Jahren des vorigen Jahrhunderts analysiert -, die Möglichkeit, ich betone, um nachher nicht mißverstanden zu werden, die M ö g l i c h k e i t des friedlichen Übergangs, d. h. des Übergangs zum Sozialismus ohne Bürgerkrieg, friedlich in diesem Sinn, d.h. gleichzeitig verschärfte Klassenkämpfe, aber eben ohne Bürgerkrieg. Das als Begriff des friedlichen Übergangs. (Zwischenruf) Also bitte, wir können hier auch gerne noch Quelleneditionen betreiben; auch das würde ich besser für Arbeitsgruppen als hier für diesen Massenkonvent vorschlagen. Ich komme also zu der These: Der so, wie ich es eben interpretiert habe, verstandene Weg des Übergangs zum Sozialismus ohne Bürgerkrieg, indem man ansetzt an den bürgerlich-demokratischen Institutionen, indem man ausgeht vom heutigen verfassungsmäßigen Zustand, so wie er jeweils das Kräfteverhältnis zwischen den antagonistischen gesellschaftlichen Klassen ausdrückt . . . Und so wie beispielsweise die italienische Verfassung in ganz anderer Weise für den demokratischen und friedlichen Übergang zum Sozialismus vorbereitet ist, als es das Grundgesetz nach den Verschandelungen durch die Notstandsgesetze heute ist. Was uns nicht daran hindert, weiter vom Grundgesetz her zu argumentieren. (Zwischenruf) Genosse, es ist einfach unmöglich, Dich hier vorn zu verstehen. Ich bitte Dich erneut, nachher Beiträge zu leisten, auf die ich dann eingehen kann. So wie es also für uns heute auf der Tagesordnung steht, diese Möglichkeit des Übergangs zum Sozialismus aufgrund der Realisierung der Demokratie, aufgrund des Ausgehens von den Ver-

fassungen der bürgerlichen Institutionen... (Zwischenrufe) Ja bitte, also wir machen noch mal einen Lesekurs. Komm doch mal vorbei in Hamburg. Also die These lautet: aufgrund der ... (rhythmisches Klatschen) Also ich bitte hier vorn das Präsidium, dafür zu sorgen, daß wir hier zumindest Störungen unterbinden, um zum Abschluß zu kommen. (Podium: Nein Genosse, das ist ein mißverstandenes Präsidium, das Zwischenrufe unterbindet. Gleichwohl...der KSV hat wirklich keine Lust mehr, würde ich sagen...Pfiffe... Aufgrund der Länge des Manuskriptes, das ich hier bei dem Genossen sehe, bin ich überzeugt, daß er in ganz wenigen Minuten zu Ende ist. Und ich habe bereits vorher schon einmal darauf hingewiesen, daß die Beiträge, die hier von jungsozialistischer Seite oder SHB-Seite Grundlage für Analysen und Beiträge sind, die ganz gewiß polemisch sein werden in einzelnen Teilen... Zwischenrufe...nur bitte ich, nicht eine unanalytische Polemik in Form von Klatschen usw. vorwegzunehmen, was nämlich in der Tat auf nichts anderes deutet als auf analytische Impotenz. Ich bitte jetzt also, den Genossen zu Ende kommen zu lassen.)

Also Genossen, da ich feststelle, daß Euch das Zuhören zunehmend größere Schwierigkeiten macht, kann ich mich kurz fassen in folgenden Thesen: Wer bestreiten will, daß bei einer Entfaltung der Klassenkämpfe in der Bundesrepublik, die Teile der Arbeiterbewegung, die heute den linken Flügel der SPD mit einer heute auch noch reformistischen Orientierung bilden, wer bestreiten will, daß diese Teile bei einer Entfaltung der Klassenkämpfe eine revolutionäre Perspektive haben, der muß hier den Beweis antreten, daß erstens die Rolle der internationalen sozialistischen Parteien im Zuge verschärfter Klassenkämpfe in anderen Ländern gleichgültig, zu vernachlässigen und unwesentlich ist. Der muß zweitens begründen - und darauf bin ich in der Diskussion nachher gespannt -, daß der Übergang zum Sozialismus ohne Bürgerkrieg, daß der Übergang zum Sozialismus aufgrund eines konsequenten demokratischen Kampfes ausgeschlossen ist und daß der Kampf um die Mehrheit der Arbeiterklasse, um die Mehrheit der Bevölkerung ausgehend von dem gegenwärtigen Boden der Verfassung eine überflüssige Notwendigkeit für den gegenwärtigen Klassenkampf ist. Wer diesen Beweis hier heute erbringt, der kann sich borniert, wie die Genossen hier vorne, hinwegsetzen über die Perspektiven der SPD-Linken. Wer diesen Beweis aber nicht erbringt, der wird sich allerdings die Frage stellen müssen, sich entweder in der DKP oder in der SPD - wie ich meine, in der SPD- zu organisieren und hier als Marxist einen konsequenten Kampf für Mehreinfluß der Arbeiterklasse auf dem Boden dieses Staates im Sinne einer demokratischen und friedlichen Veränderung dieser Gesellschaft im sozialistischen Sinne durchzusetzen.

DISKUSSION

WOLFGANG (Merve-Kollektiv)

Genossen

Der Internationalismus der Studentenbewegung der 60er Jahre, der internationale Charakter des Zerfalls und der Zerfaserung dieser Protestbewegungen und schließlich der Internationalismus der politischen Repression, dem die Linke in Westeuropa und Amerika nunmehr ausgesetzt ist, gibt uns auf, auch in diesem internationalen Maßstab zu denken und zu argumentieren. Wir hätten also Ausschau zu halten nach Einschätzungen und Antworten etwa der französischen und italienischen Linken, die auf jene fatale Koinzidenz von Zerfall und Repression gegeben wurden oder zu geben versucht werden, und dies vor allem zu diesem Zeitpunkt, wo es nicht möglich ist, mit den Genossen Valpreda und Feltrinelli etwa in praktischer Kommunikation und Solidarität der internationalen Repression zu begegnen.

Fatale Koinzidenz von Zerfall und Repression: in Frankreich nach der Niederlage des Mai 68 und der Illegalisierung der "Gauche Proletarienne" deutlich spürbar, bei uns zunächst mehr ein schleichender Prozeß, der in den politischen Morden der letzten Monate und der Ausweisung Ernest Mandels nunmehr seinen ersten Höhepunkt gefunden hat.

In Italien indes eine andere Situation: hier hat die Studentenbewegung 67/68 eine Korrektur ihrer zunächst notwendig bornierten Kampfziele erfahren, indem sie sich teilweise mit den Kämpfen der Arbeiter zu einer organischen Einheit, im "heißen Herbst" und danach, hat verbinden können.

Die Studentenbewegung hat sich aber auch in Italien nicht in den Arbeiterkampf spurlos aufgelöst, wie es unsere von Angst und Proletariatsfetisch beherrschten Überlegungen glauben machen könnten. "Daß in Mailand eine Bewegung innerhalb der Universität weiterhin besteht und anderswo neu entsteht, ist ein Umstand, der gegenwärtig in der gesamten italienischen Linken Diskussionen provoziert"(1) und zu neuen Reflexionen nötigt. Was geschieht denn, so steht hier die Frage, wenn zwar Studenten und Arbeiter sich seit dem Herbst '69 immer wieder zu "Basismilitanten" im Kampf verbinden, wenn aber die gesellschaftliche Arbeitsteilung und die kapitalistische Scheidung von Ausbildung und Produktion, von Lernen und Arbeiten davon zunächst noch unberührt bleibt und darum zu spezifischen Kämpfen in der Universität oder in der Fabrik zwingt?

In den "Thesen zur Schul- und Hochschulpolitik" hat die Manifesto-Gruppe versucht, auf diese Fragen nach der spezifischen Perspektive einer Studentenbewegung auf dem Hintergrund der Erfahrungen teilweise gemeinsamen gesellschaftlichen Kampfes, in den sie schon einbeschlossen war, der aber die Institution "Student" nicht abgeschafft hat, eine Antwort zu geben.

Diese Fragen, die quasi schon jenseits des von uns erst abgesteckten Ziels stehen, scheinen in zweierlei Hinsicht bedeutsam: einmal zwingen sie uns, jenseits von sprachzerstörender Angst und Projektion unserer Schwierigkeiten in eine mythische Arbeiterbewegung - eine restaurative Projektion übrigens, wie wir an der fortschreitenden Involution erreichter Positionen in der Universität und an dem fast totalen Verlust solidarischer Kommunikation untereinander se-

hen können - sie zwingen uns jenseits all dessen also einmal genauer die Bedingungen, unter denen wir arbeiten, zu untersuchen, also die Bedingungen der Ausbildung und kapitalistischen Reproduktion von Wissen. Zum anderen aber zwingen sie uns, jenen emanzipativen Interessen unserer Praxis und Organisation nachzugehen, die wir vor Jahren hier an dieser Universität entfaltet haben und die, wenn sie schon nicht mehr für uns jetzt als historisch-aktuelle Emanzipationsgehalte erscheinen, so doch für die aktuelle Konstitution des politischen Kampfes und des politischen Bewußtseins in Italien ausschlaggebend sind.

Laßt mich nun ganz kurz die entscheidensten Punkte der Hochschulthesen der Manifesto darstellen, und danach versuchen, sie mit den uns hier angehenden Problemen zu konfrontieren.

Manifesto resumiert für Italien: Als die politische Bewegung der Studenten sich aufzulösen begann, haben sie ihre revolutionäre Arbeit einer Kritik unterzogen, die ihren Niedergang nur noch beschleunigte. Mit einem aus den überlieferten revolutionären Theorien selektierten, dogmatischen Instrumentarium, einem klassenanalytisch verengten Begriffszusammenhang wurde die Studentenbewegung maßgenommen und somit von ihren eigenen Protagonisten um ihre Besonderheit beschnitten. Fazit dieser Beschneidung: Nichtexistenz des Studenten als revolutionäres Subjekt und Rückkehr zum Syndikalismus, dessen Infragestellung ursprünglich der Ausgangspunkt der antikapitalistischen Verweigerung war.

Im offensichtlichen Widerspruch zu seiner nunmehr behaupteten Nichtexistenz steht in der Tat jene mächtige Triebkraft des studentischen Kampfes, die es fertigbrachte, in Italien gesellschaftliche Konvulsionen großen Ausmaßes auszulösen, Politisierungsgehalte und Kampfformen zu entwickeln, die selber bestimmenden Einfluß auf den Kampf der Arbeiter bekamen.

Demzufolge läge also nach Manifesto die Frage nahe, ob die an der Bewegung von 67/68 geübte Kritik nicht selber ideologisch verfuhr, und weiter, ob der eigentliche Schlüssel zur Studentenbewegung nicht vielmehr zu suchen sei in der Ambiguität und Widersprüchlichkeit der Lage des Studenten selber.

Mit anderen Worten: es steht zu vermuten, daß jenes Argument der "Nichtexistenz" des Studenten, für den üblich verdinglichenden Jargon bei uns besser: seine fehlende Klassenlage, keineswegs Produkt irgendeiner ideologischen Nebelbildung ist, sondern daß sich in dieser "Nichtexistenz" tatsächlich die Materiatur eines vom Kapital und seinen gegenwärtigen Kräfteverhältnissen verursachten Prozesses ausdrückt. Die Struktur dieser wirklichen Verhältnisse, denen sich die "Nichtexistenz" des Studenten und, wenn man das anerkennt, auch die Protestbewegung selber verdankt, wird in der Massenausbildung zu suchen sein. Diese Massenausbildung scheint zunächst nur die vermeintliche Realisierung des Rechts auf Bildung und die stetige Höherqualifizierung der Arbeitskraft zu kennzeichnen. Der Massenausbildung wohnt aber, betrachtet man ihre Lage weniger unmittelbar, also im Kontext der technischen und gesellschaftlichen Arbeitsteilung, eine spezifische Ambivalenz von egalitärem Impuls und Ideologie des sozialen Aufstiegs inne; eine Ambivalenz, die auch für die Konstitution der Protestbewegung ausschlaggebend war, und noch daran sich aufdecken ließe.

Für eine Massenausbildung im Kontext von technischer und gesellschaftlicher Arbeitsteilung, die beständig zur Produktion von Berufsrollen, Spezialisten und zur Ausbildung von Hierarchien drängt, ist dieser Widerspruch zwischen Egalitarismus und Aufstiegsideologie unübersehbar und unauflöslich zugleich. In dem Maße, wie die Entwicklung der Massenausbildung und die Entwicklung der Produktion sich aufgrund der Integrationsschwierigkeiten des Systems zunehmend weniger entsprechen, nimmt dieser Widerspruch immer monströsere Formen an; der Ausbildungssektor wird zum Selbstzweck, zu einer "abgesonderten Institution", die sich hauptsächlich selbst unterhält. Auf der anderen Seite kollidieren die suggerierten Bildungschancen und die erweiterten Bildungsinhalte mit ihrer tatsächlichen Reduzierung auf eine Ware und erhöhen so das Protestpotential. Doch dieser Protest kann in Form und Ergebnis über kurzfristige Konvulsionen nicht hinausgelangen, wenn er sich nicht an dem Angelpunkt der systemstabilisierenden Kraft des Ausbildungssektors festmacht. Dieser Angelpunkt ist Manifesto zufolge die "Kompetenz", die einerseits Ausdruck des bisher entwickelten gesellschaftlichen Reichtums ist una andererseits aber den Zustand fachidiotisch-bornierten Spezialwissens darstellt, den die einzelnen Ausbildungsgänge anstreben. In diesem Sinn ist Kompetenz "das spezifisch ideologische Alibi der Ungleichheit" (2); die gesellschaftliche Arbeitsteilung der Ausbeutung und der privilegierten Rollen soll legitimiert sein durch die technische Arbeitsteilung, auf deren Naturnotwendigkeit sich die unschuldigen Kompetenten zurückziehen. Somit dient Kompetenz zur Verschleierung des gesellschaftlichen Charakters der Produktivkräfte und zur Aufrechterhaltung der hierarchischen Struktur der Gesellschaft. Denn Wissensvermittlung und Entwicklung sind funktionalisiert auf die Bedürfnisse des Kapitals und Konsensusorganisation des "demokratischen" Staats, deren notwendige Basis eine hierarchisch gestufte Organisation der Gesellschaft ist.

Kompetenz umfaßt daher nicht nur sachliches Wissen, technisches Verfügungswissen, sondern ebenso den "Wert des Wissens auf dem Markt" (3). Der Fundus an technischen Kenntnissen und Bildung, so Manifesto, nimmt durch die Art, wie die Schule ihn vermittelt, - durch die Selektion und den Titel, sowie deren Bindung an Status und materiellen Vorteil - den Charakter eines Tauschwerts an. Bildung wird wegen ihres Tauschwerts produziert, nicht wegen ihres Gebrauchswerts.

Der Wert von Wissen unterliegt einer inflationären Tendenz, die Ausbildung einer zunehmenden Dequalifizierung. Auch die reformistischen Versuche, so folgert Manifesto, können das 'Recht auf Bildung aller' nicht wirklich einlösen, denn jeder Versuch seiner Ausweitung stößt auf einen systemimmanent nicht lösbaren Widerspruch: das Recht auf Bildung kann keinem verweigert werden, noch kann verhindert werden, daß seine Wahrnehmung zugleich untergeordnete Rollen reproduziert, die die Produktion des kapitalistischen Reichtums zu besorgen haben. Der Ausbildungssektor ist als abgesonderte und selektive Institution zum Zwecke der Schaffung und Aufrechterhaltung einer Privilegiengesellschaft entstanden und kann als solcher in der Revolutionierung der Gesellschaft nicht gebraucht werden. Grundlage einer politischen Bewegung im Ausbildungssektor kann nur das Ziel sein, ihn als Reproduzent hierarchischer

Rollen und als abgesonderte Institution abzuschaffen.
Als Nahziel formuliert Manifesto den Eingriff "politischer Kollektive" in den Erziehungssektor.

Zu zwei Punkten, so glaube ich, läßt sich in Anschluß an Manifesto doch etwas sagen: zu beiden ist auf dem Kongreß schon von Brückner, Agnoli, Fried und Altvater einiges gesagt worden und auch schon ein Zusammenhang hergestellt worden. Es ist doch so, daß uns nicht nur im Augenblick die fatale Koinzidenz von Zerfall und Repression beherrscht, sondern überdies eine totale Sprachlosigkeit über die Perspektiven unserer Arbeit an der Universität und gegenüber der alten Frage von '69, wie wir die, wie immer gebrochen und borniert aktualisierten Emanzipationsgehalte der Studentenbewegung zu den empirischen Massenbedürfnissen der Arbeiterklasse vermitteln können. Die Dogmatisierung der vergangenen Jahre hat diese Probleme, zu deren Lösung die antiautoritäre Phase nicht ganz unproduktive Ansätze ja immerhin schon geliefert hatte, auseinandergerissen und fürs erste die Frage der Massenbedürfnisse der Arbeiterklasse an die Klassiker zurückverwiesen oder an Leute delegiert, die hier nicht unter uns weilen. In den Perspektiven unserer Arbeit ist bis auf die absurde Propagierung der Institutionalisierung des "Wissenschaftlichen Sozialismus" im bürgerlichen Universitätsbetrieb bisher wenig gesagt worden. Eine Analyse über die Strukturwidersprüche des Ausbildungssektors, die auf die Politisierungsbedingungen von Studenten zu reflektieren erst in der Lage wäre, hat seit der Fachidioten-Kritik an den Ordinarien und Ansätzen der Kritischen Universität nicht mehr stattgefunden, oder zumindest nicht mehr so, daß wir daraus hätten Lehren für die Organisation solidarischer Praxis ziehen können.

Manifesto's Analyse der Universität als einer Institution, die Rollen und Hierarchisierungen, den Warencharakter von Wissen und den Widerspruch von Anspruch auf Bildung und ihrer Inflation beständig reproduziert, – diese Analyse könnte geeignet sein, uns zu überzeugen, daß nur in der Veränderung der herrschenden Organisation von Wissensvermittlung, in Veränderung von Formen und von Themen, eine alternative Hochschulpolitik mit dem Ziel der revolutionären Mobilisierung möglich ist. Sie könnte vielleicht weiterhin offenbar machen, daß diese alternative Wissensvermittlung in kollektiver Form das einzige Gegengift gegen Reprivatisierung und Karriere darstellt, weil sie einen neuen kollektiven Bezugsrahmen für die Klärung individueller Lebensperspektiven abgeben könnte. Denn indem wir hier an der Universität solidarisch-kollektive Organisations- und Praxisformen ausbilden und indem damit aus unserer Praxis ersichtlich wird, daß Privatisierung, Privilegierung und Karriere unmöglich geworden ist, werden wir Gesprächspartner oder Bündnispartner für die Arbeiterklasse sein können und damit gefeit sein gegen solche Schläge der Repression, wie wir sie jetzt erleben. (Beifall)

"Aus diesem Grunde ist eine Entwicklung der Studentenbewegung nur unter der Bedingung denkbar, daß sich in anderen Bereichen der Gesellschaft in gleicher Weise autonome Organismen, und zwar organisiert, entwickeln (Betriebsdelegierte und Arbeiterräte, Stadtteilkomitees, Techniker- und Forscherkollektive, etc.), Organismen, die in der Lage sind, Kämpfe auf einer analogen Ebene zu begründen und zu leiten." (Lucio Magri) (4)

Anmerkungen

1) "il manifesto": Thesen zur Schul- und Hochschulpolitik. Berlin 1972, S.27 (Internationale Marxistische Diskussion)
2) a.a.O. S.33f
3) a.a.O. S.34
4) a.a.O. S.62f

GERHARD AMANSKI, ECKART HILDEBRANDT, WILLI SEMMLER

ZUR KRITIK DES KONGRESSES UND ZUM GEGENWÄRTIGEN VERHÄLTNIS VON ARBEITERBEWEGUNG UND STUDENTENBEWEGUNG

(Diskussionsbeitrag)

Dieser Beitrag versucht, exemplarisch am Beispiel des Kongresses zur politischen Unterdrückung, die Situation der Sozialisten an der Universität, ihr Verhältnis zur gesamtgesellschaftlichen Repression des Staates und zu den Aktivitäten der Arbeiterklasse in der jetzigen Phase zu benennen.

I. Merkmale des Kongresses

Intention des Kongresses war die Einschätzung der reaktionären Entwicklung in der BRD, die Entwicklung einer Gegenstrategie und Organisation einer breiten Abwehrfront. In diesem überhöhten Anspruch kommt nur zum Ausdruck, daß der Kongreß weder gezielt in eine Kampagnenkonzeption für das SS an der FU eingebaut war, noch eine klare Konzeption des Kongresses selbst vorlag. Nur so konnten unterschiedlichste Ansprüche gestellt und der Kongreß beliebig kritisiert werden; aber auch nur so konnten die Schwächen der Antikapitalisten an der Universität in der jetzigen Phase so klar zum Ausdruck kommen.
Der Kongreß war von Anfang an in seiner Fragestellung schon von daher eingeengt, daß er die Entfaltung des Repressions- und Disziplinierungsapparates des kapitalistischen Staates weitgehend aus der Perspektive der Intellektuellen- und Studentenbewegung betrachtete. Diese begreift sich immer noch als bewegendes Subjekt gesellschaftlicher Veränderung. Die wesentlichen Beiträge des Kongresses - etwa die von Moneta, dem italienischen Genossen, Agnoli, Zeuner -, die ganz konkret vom Verhältnis von ökonomischer Krise, dem Niveau der Klassenkämpfe und der Entfaltung des staatlichen Repressionsapparates im internationalen Vergleich ausgingen, wurden kaum aufgegriffen und zur Relativierung der Kampfbedingungen im Ausbildungssektor weitergeführt. Nur ein solches Vorgehen hätte eine Einschätzung des wirklichen Ausmaßes und der Qualität der staatlichen Repression im allgemeinen und in der BRD und eine Ableitung der Bedeutung der Eingriffe an der Universität ermöglicht.
Dieser Realitätsverlust - der maßgeblich in der ungleichmäßigen Entwicklung von Arbeiter- und Studentenbewegung begründet ist - zeigte sich in bezug auf die konkreten Formen der Arbeiterbewegung in der BRD heute. Der Beitrag von Moneta, der die Formierung des Kapitals und die Haltung der SPD-Regierung in der MTR 71 detailliert darstellte, wurde nicht aufgenommen; erst als

die konkrete Zusammenarbeit mit Arbeitergenossen im Betrieb angesprochen wurde, fühlten die Genossen sich nicht angesprochen, sondern nur angegriffen: als Genosse Masson die Betriebsarbeit der "KPD" scharf kritisierte und das Intellektuellengespinst von der Avantgarde der Arbeiterklasse zerrupfte.
Dieser Realitätsverlust wurde auch im Bezug auf die außerhalb des Produktionsbereichs stattfindenden Kämpfe deutlich. Die Beiträge von Zeuner und Spoo gaben wichtige Hinweise auf die Formierungs- und Proletarisierungstendenzen im Bereich der lohnabhängigen ideologieproduzierenden Intelligenz (z.B. Journalisten) und die Bedeutung gewerkschaftlicher Organisierung in der derzeitigen Phase. Entsprechend war man auch unfähig, über Organisationsansätze und Strategien zu diskutieren, die sich relativ unabhängig von den die Universität dominierenden Organisationen herausgebildet haben. Der Anspruch des Antireformismus und noch mehr der des Antirevisionismus konnten inhaltlich kaum ausgewiesen werden. Das ist umso gefährlicher, als reformistische und revisionistische Gruppen z.B. in den Berufsbereichen der Politologen und generell in den politischen Kämpfen nicht nur im Überbau eine bedeutende Rolle spielen.
Man muß sich darüber klar werden, daß die darin auch zum Ausdruck kommende Ausrichtung der Theoriebildung an der Universität, maßgeblich aber die der studentischen Organisationen, weitgehend unfähig geworden ist, die realen Verhältnisse in der BRD wissenschaftlich so zu durchdringen und sie in der Auseinandersetzung mit anderen politischen Kräften so zu überprüfen, daß eine an den wirklichen Bewegungen orientierte Strategiefindung und ein Eingreifen in die relevanten gesamtgesellschaftlichen Auseinandersetzungen möglich wird. Das dem zugrunde liegende Verständnis von Politik (Anleitung und Überzeugung durch die Avantgarde aufgrund des Widerspruchs von Wissenschaftlichem Sozialismus und spontaner Arbeiterbewegung), das abstrakte Herumgewürge mit dem allgemeinen Begriff und die definitorische Selbstüberhöhung zu Kommunisten verhinderten auf dem Kongreß eine Verarbeitung der dargestellten Momente der Realbewegung und führten zu inhaltsleerer Konfrontation, die mehr als Hilflosigkeit, denn als ein fruchtbarer Ansatz zur Strategiefindung gewertet werden muß. So hätten z.B. Agnolis Thesen zur Organisierung der Arbeiter (dezentral, aus der Bewegung selbst entstehend, kapitalistische Strukturen tendenziell überwindend) diskutiert und in ihrer Übertragbarkeit kritisiert werden müssen.
Der oben konstatierte Realitätsverlust war auch in Bezug auf die eigenen politischen Organisationen an der Universität nicht zu verkennen. Das meint, daß diese Organisationen auf dem Kongreß in der Konfrontation mit anderen Organisationsformen unfähig waren, die historische Notwendigkeit und die Funktion ihres Organisationsansatzes darzustellen. Zeigte sich auf dem Kongreß sicherlich insofern eine falsche Tendenz, als die studentischen Organisationen einseitig, undifferenziert und verabsolutierend unter dem Gesichtspunkt der dogmatischen Überorganisation kritisiert wurden, so waren aber diese Organisationen nicht in der Lage, die besonders durch den KSV hervorgerufenen, antiorganisatorischen Emotionen aufzufangen - die Notwendigkeit der Organisierung überhaupt und die ja vorhandene Substanz und Qualität des eigenen Organisationsansatzes entgegenzusetzen.

Dies hätte zumindest (abgesehen von einer Analyse des Entwicklungsstandes der Studentenbewegung) in einem Eingehen auf die zentralen Fragen der politischen Lage an der Universität geschehen können: Darstellung der materiellen Interessen der Studenten, der Berufsperspektive, Ableitung der dazu in Bezug gesetzten Kampfziele und Mittel ihrer Durchsetzung unter den Bedingungen verschärfter politischer Repression (das Spektrum reicht von: Aufmerksammachen der Öffentlichkeit bis zu: dem Kapital einen Schlag versetzen), Diskussion der Fragen des Bündnisses (z.B. im universitären Mittelbau und mit den anderen Dienstkräften), Diskussion, über welche Inhalte die breite Masse der Studenten anzusprechen ist, u.a.. Nur so hätte auch eine engagiertere Beteiligung der Zuhörer ermöglicht werden können.
Im Verhältnis der antikapitalistischen Studenten zueinander zeichnete sich eine starke Polarisierung ab. Auf der einen Seite die Studentenorganisationen (so besonders der KSV), deren Überorganisiertheit, dogmatische Theoriebildung und teilweise elitäres Auftreten gegenüber der Masse der Studenten als wesentliche Charakteristika gedeutet wurden und die sich teilweise auch nicht anders darzustellen wußten. Auf der anderen Seite Romantiker der Studentenbewegung; Individuen, die die spontane, engagierte Teilnahme an der Studentenbewegung von 1968 auf heute übertragen möchten. Hinter den positiven Momenten starker persönlicher Identifikation mit der politischen Aktivität, der Spontaneität, schien aber an allen Stellen die Perspektivlosigkeit durch, die auf dem Mangel jedweder Analyse des inzwischen wesentlich veränderten Charakters des antikapitalistischen Kampfes und besonders der Studentenbewegung beruht.
Zusammenfassend kann man feststellen, daß der Kongreß zumindest eine konkrete Analyse der staatlichen Repression in allen gesellschaftlichen Bereichen aufgrund der ökonomischen Krise und des Niveaus der Klassenkämpfe hätte leisten können. Stattdessen hat der bisher nur einen Rückfall gebracht, indem er die tote Form der intellektuellen"Avantgarde der Arbeiterklasse" einmal mehr offen destruiert und Totgeglaubten wieder zu substanzlosem Leben verholfen hat.
Zur Erklärung dieses desolaten Zustandes sind einige Hauptmomente der Ungleichzeitigkeit von Arbeiter- und Studentenbewegung anzugeben.

II. Studentenbewegung

Für die deutschen Verhältnisse müssen wir ausgehen von einer historischen Ungleichzeitigkeit zwischen der Entwicklung der Arbeiterbewegung und der Studentenbewegung. Wenn auch die krisenhafte Entwicklung der kapitalistischen Produktion in der BRD seit Mitte der 60-er Jahre offen zutage trat, so hatte sie doch nicht unmittelbar eine schnelle Entwicklung der Arbeiterbewegung und ein offenes Ausbrechen der Klassenkämpfe zur Folge. Vielmehr traten die Konflikte und widersprüchlichen Tendenzen nur in den der Produktion vermittelten gesellschaftlichen Sektoren, inbesondere im Ausbildungsbereich, deutlicher hervor und artikulierten sich in einer radikalen politischen Intellektuellenbewegung. Faktoren dieser Bewegung waren der Zugriff des Kapitals auf die Hochschule (direktere Zuschneidung der Ausbildungsformen und -inhalte auf die Berufsfunktion, Einschränkung bestimmter Ausbildungsfelder, unterproportionale Finanzierung des Ausbildungsbereiches), die wachsende Bedeutung der politischen

Staatsfunktionen im kapitalistischen Reproduktionsprozeß und der sich herausbildende Gegensatz zwischen den Ideologien der bürgerlichen Gesellschaft und deren Realität. Diese radikal-demokratische Bewegung war jedoch keine soziale, aus herangereiften sozialökonomischen Widersprüchen resultierende Klassenbewegung. Die ersten Versuche dieser Bewegung, sich in eine gesamtgesellschaftliche Kraft zu "transformieren", zeigten sehr schnell die zu anderen gesellschaftlichen Sektoren unterschiedlichen Bedingungen ihrer Entstehung, ihrer Inhalte, ihrer Denk- und Aktionsformen. Als Form der Überwindung dieser Isolation und Abschirmung gegen die zersetzenden Kräfte der bürgerlichen Gesellschaft verstanden sich Teile der sozialistischen Intelligenz als die Kommunisten, als Subjekt des Zersetzungsprozesses der kapitalistischen Gesellschaftsorganisation - ohne über eine wirkliche Vorstellung von der realen Widerspruchsbewegung im hochentwickelten Kapitalismus zu verfügen und weit davon entfernt, auch nur vermittelter Ausdruck von Arbeiterbewegung zu sein bzw. diese in nennenswertem Ausmaß zu unterstützen (wie sich besonders in den letzten Streikbewegungen gezeigt hat). Diese Isolation und dieser Avantgarde - Anspruch schlugen sich nieder in falschen Vorstellungen besonders des Leninismus, der Trennung von Partei und Klasse, von ökonomischem und politischem Kampf, und mußten zu einem äußerlichen und gegensätzlichen Verhältnis zur realen Arbeiterbewegung und zum teilweisen Scheitern der eigenen Ansätze in der Arbeiterbewegung und den Berufsbereichen der Intelligenz führen. Hier muß allerdings zwischen der Situation in Westberlin und in Westdeutschland differenziert werden aufgrund der unterschiedlichen Verlaufsformen des Verhältnisses von Arbeiter- und Studentenbewegung.

III. Arbeiterbewegung

Nur in der Anknüpfung an die Bewegungen des Lohnarbeit - Kapital - Widerspruchs beim derzeitigen Stand der kapitalistischen Produktion, den Entwicklungsgrad der Konflikte im gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß und den tatsächlichen Stand der Arbeiterbewegung kann sich eine sozialistische Intellektuellenbewegung entwickeln und politisch orientieren.
Diese Entfaltung des Kapitalismus in der BRD bezeichnet die materiell-ökonomischen Verhältnisse, in die die Arbeiterklasse gestellt ist und die den faktischen Ausgangspunkt ihrer Herausbildung zur Klasse im Gegensatz zum Kapital und den Ausgangspunkt der allgemeinen politischen Bewegung der Arbeiterklassen darstellen. Dieser Widerstand gegen die schonungslose Verwertung der Arbeitskraft hat an allgemeinen Resultaten bisher gezeigt: (vgl. "Kommunist" 4/5 - 1971 und "Probleme des Klassenkampfes" 2/1972)
Der offene Konflikt tritt maßgeblich in drei Bereichen auf:

- als spontane Abwehrkämpfe gegen die Intensivierung der Arbeit, die Entwertung der Arbeitskraft durch die Einführung neuer Entlohnungsformen, Rationalisierungen etc., gegen extreme Herrschaftsformen im Betrieb und deutliche Rückschritte in den Sozialleistungen,
- als zentrale Lohnkämpfe, ausgehend von gewerkschaftlichen Tarifverhandlungen, (Kampf um die Verteilungsverhältnisse)
- als spontane Kämpfe gegen Freisetzungen und Kurzarbeit, Betriebsstillegungen zur Herausbildung der industriellen Reservearmee.

Wenngleich diese Kämpfe z.T. zunächst unabhängig von den Gewerkschaften begannen, so stellt sich doch auf dem gegenwärtigen Stand der Arbeiterbewegung und zukünftig in verstärktem Maße allein die Gewerkschaftsbewegung der Arbeiterklasse als allgemeine Bewegung der Klasse dar, wie auch die eigentlichen Probleme der Arbeiterklasse sich weitgehend noch als Probleme innerhalb der Gewerkschaften darstellen werden. Das gleiche gilt in der Tendenz für die Bereiche, in denen die wissenschaftliche Intelligenz arbeitet.
Diese Gewerkschaftsbewegung verläuft in sich nicht widerspruchsfrei, wird aber in ihrer Breite durch eine Orientierung auf kapitalistisches Wachstum, Sozialpartnerschaft, Sozialstaatsillusion gekennzeichnet. Die Arbeiterklasse hat über ihre ökonomischen Kämpfe hinaus bisher noch keinen selbstständigen politischen Ausdruck gefunden. Eine Überwindung der reformistischen Ausrichtung, die sich an einigen Problemen als konkrete Unterstützung der SPD politisch artikuliert, und revisionistischer Ansätze zeichnet sich kaum ab. Erst bei einer weiteren Verschärfung der sozialen und politischen Konflikte werden diese Ausrichtungen gesprengt werden.

IV. Allgemeine Schlußfolgerungen für die Arbeit an der Universität

Die kurze Betrachtung des gegenwärtigen Verhältnisses von Arbeiter- und Studentenbewegung hat deutlich gemacht,. daß die Disproportionalität sich in der nächsten Zeit nicht auflösen wird. D.h. auch, daß eine direkte Ableitung sozialistischer Hochschulpolitik aus den Kämpfen einer sich formierenden und artikulierenden Arbeiterklasse nicht möglich ist, daß sich die politische Bewegung in beiden Sektoren zunächst relativ unabhängig voneinander entwickeln wird. D.h. gleichzeitig, daß eine dogmatische Scheinvermittlung der Disproportionalität, wie sie teilweise von den politischen Zirkeln produziert wird, nicht zugelassen werden darf.
Daraus folgt für uns zweierlei: einmal die stärkere Relativierung des Übergangsstadiums Universität und stärkere Orientierung an der späteren Berufspraxis, zum anderen ein stärkeres Eingehen auf die materiellen Bedingungen des Studiums und das Bewußtsein der Studenten.
Bezüglich der Organisierung der Sozialisten muß die Fixierung auf die Fragen der eigenen Organisierung als Studenten abgebaut werden zugunsten einer organisatorischen Anknüpfung an das eben entwickelte Niveau der Arbeiterklasse und der anderen Lohnabhängigen, d.h. der Organisation in den Gewerkschaften der jeweiligen Berufsbereiche (vgl. dazu auch den Beitrag der MLHBau auf dem Kongreß, desgl. des AJLE), eine Organisation, die ihre gewerkschaftliche Begrenztheit nur in dem Maß überwinden wird, wie die Arbeiterklasse in den Klassenkämpfen einen über Reformismus und Revisionismus hinausweisenden politischen Ausdruck gewinnt.
Für die Arbeit an der Universität bedeutet das:
- marxistische Analyse von Basis und Überbau der bürgerlichen Gesellschaft,
- differenzierte Analyse des der eigenen Ausbildung entsprechenden Berufsbereiches und der spezifischen Funktion der eigenen Ausbildung,
- Entwicklung einer konkreten Kritik der bürgerlichen Ausbildungsinhalte und

der speziellen Berufsfunktion,
- Durchsetzung von unter den jeweiligen Kräfteverhältnissen optimalen Ausbildungsgängen (ein für eine antikapitalistische Berufspraxis optimales Verhältnis von berufsspezifischem Fachwissen und wissenschaftlichem Sozialismus),
- Kampf um die materiellen Bedingungen der Ausbildung,
- Organisierung dieses Kampfes unter dem Gesichtspunkt des zukünftigen Berufs,
- im einzelnen zu bestimmende Formen der konkreten Unterstützung der Arbeiterbewegung.

ZUSAMMENFASSUNG DER NACHFOLGENDEN DISKUSSION

Nach dem Beitrag von Armanski wurde über die Teilnahme des Auditoriums an der Demonstration für die SPD-Regierung kurz beraten und abgestimmt. Die Mehrheit des Auditoriums stimmte für eine Teilnahme an dieser Demonstration.

3. KONGRESSTAG (26. 4. 72) - 20.00 Uhr

Um 20.00 Uhr wurde der Kongreß fortgesetzt. Es stand zur Frage, ob man in der Rednerliste des Nachmittags fortfährt, oder aufgrund der Ereignisse der letzten Stunden eine neue eröffnet.

HOLGER KLOTZBACH

Genossen
Ich weiß nicht, ob Ihr alle darüber informiert seid, was in den letzten Stunden passiert ist. Es hat eine Demonstration stattgefunden, an der sich auch eine beträchtliche Anzahl Genossen aus dieser Versammlung beteiligt haben - einer Versammlung, die unter der Überschrift der "Politischen Unterdrückung" nicht zuletzt eben auch durch den SPD-Staatsapparat steht. Vom Podium ist in m.E. recht liberalistischer Art und Weise die zu diesem Punkt geforderte Diskussion abgewürgt worden mit dem Argument, daß ja eben zu dieser Demonstration eh schon einige Genossen auf dem Weg seien und man deswegen den Kongreß vertagen solle. Nun konnte man das vielleicht mit einiger Blindheit bis zu diesem Zeitpunkt noch hinnehmen.
Mittlerweile hat eben diese Demonstration stattgefunden unter Parolen wie: "Willy, die Berliner wollen Willy!" und ähnlichen Geschichten, und zuguterletzt, nachdem also schon die Vertreter der Jungsozialisten und der Jungdemokraten ihr heute nachmittag hier so verschleiert vorgetragenes Gewäsch auf den Begriff gebracht hatten, sprach - man höre und staune - Willy Schütz, äh, Klaus Schütz, derjenige also, der ein expliziter Exponent der politischen Unterdrückung gerade auch hier in Berlin ist.

Ich meine nun, bevor in dieser Versammlung hier nicht eine ganz eindeutige Klarheit und bestimmt auch eine Polarisierung über diese Funktion der SPD, die wieder praktisch geworden ist in dieser Demonstration (und insofern hat diese Demonstration doch wohl auch die Kritik an dem sog. "3. Weg zum Sozialismus" selber vorangetrieben), - bevor darüber in diesem Saal keine Klarheit hergestellt worden ist, ist es natürlich eine Farce, über weitere Kampfmaßnahmen gegen die politische Unterdrückung zu reden. Deswegen also: Eröffnung einer neuen Rednerliste.

ZUSAMMENFASSUNG DER NACHFOLGENDEN DISKUSSION

Mehrere Redner gingen auf die mit der Demonstration verbundene Problematik ein. Ein Genosse von der GIM, die unter anderen zu der Demonstration aufgerufen hatte, übte Selbstkritik. Es sei der Linken nicht gelungen, als ein einheitlicher Block aufzutreten, der wirksam gegen die CDU-Politik hätte demonstrieren können. Für die nichtrevisionistische Linke käme es jetzt darauf an, sich in "einer marxistischen kritischen Weise" an der von der SPD eingeleiteten Mobilisierung der Arbeiterklasse zu beteiligen. Diese Mobilisierung werde auf die SPD selbst zurückschlagen. Der KSV kritisierte die Teilnahme an der Demonstration und meinte, daß man immer vor den Repräsentanten der politischen Unterdrückung landen würde, wenn man eine schwankende Position in den Fragen der Politik gegen die SPD-Regierung einnähme. Man müsse eine "Politik der klaren und schonungslosen Kritik am Reformismus führen". Man müsse auf einem Kongreß gegen die Reformisten klare Stellungnahmen abgeben, was bisher nicht geschehen sei. Im übrigen sei es gleichgültig, ob die CDU oder die SPD an der Regierung sei. Objektiv seien auch die Unterschiede zwischen linkem und rechtem Flügel der SPD von keiner Relevanz.

REINHOLD

Genossen
Erstmal: ich sprech nur für Reinhold und vielleicht noch für die vielen Genossen, die 2 Tage lang durch die Diskussionen hier frustriert worden sind, weil sie laufend von den Studentenorganisationen vergewaltigt worden sind. Ich glaube, die Nicht-Organisierten, Noch-Nicht-Organisierten sind hier viel zu kurz gekommen.
Ich weiß nicht, ob der Beitrag, den ich hier machen will, noch am Platz ist, denn es zeichnet sich jetzt schon ab, was gestern abend seinen Anfang nahm: der Kongreß läuft auseinander, er bleibt ineffektiv. Was gestern abend passierte, war eine eklatante Niederlage der linken Intelligenz, ein Schlachtfest für alle reaktionären Kräfte hier in Westberlin und in Westdeutschland; die Diskussionen hier auf dem Kongreß waren meiner Meinung nach ein trauriges und ein zynisches Schauspiel. (Beifall)

Traurig deshalb, weil die linke Intelligenz sich spaltet, und zwar in nicht ausrottbarer Lust sich spaltet und selber lähmt, - traurig deshalb, weil die formierte Rechte unbehindert von diesem traurigen Haufen der linken Intelligenz ihre Machenschaften treibt, und traurig deshalb, weil - ob Ihr es nun hören wollt oder nicht - die Sache des Sozialismus zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch die Sache vieler Leute ist, die *noch* nicht Sozialisten sind und die *noch* nicht Kommunisten sind. Ich selber komme aus einer Stadt, in der vor 3 Tagen die CDU 75 % der Stimmen errungen hat, und ich weiß, wovon ich rede. Wenn man diese Leute, die dort leben, in Betracht zieht, dann muß man einfach sehen, daß diese Sache des "Aufbaus des Sozialismus" eine Sache ist, bei der es darum gehen muß, jetzt noch linke Gewerkschafter, Jungsozialisten, linke Christen, heranzuziehen, ihr teilweise falsches Bewußtsein in richtige Bahnen zu lenken. Wir können nicht auftreten und sagen: Wir sind hier die Gruppe mit der richtigen Linie, (Beifall) und alle anderen, die diese Linie nicht teilen, die warten erst mal, bis sie gefälligst ihr richtiges Bewußtsein haben.
Es war ein zynisches Schauspiel, weil die Plenumsdiskussionen sich hier vorrangig um eine Gruppe drehten, und zwar um den KSV; und, Genossen, so wie die Diskussionen hier liefen, war das die beste Werbeveranstaltung für den KSV, die er sich denken konnte. Denn für diese Märtyrer der linken Bewegung, für diese Jesus-People der linken Bewegung (Beifall) ist jede brüske Zurückweisung eine Anstachelung dafür, in ihrem Kampf weiterzumachen und die Leute zu bekehren, bis die endlich ein "richtiges Bewußtsein" haben! Es war ein zynisches Schauspiel, weil sich die Diskussionen vorrangig um diesen KSV drehten, der das tausendfache Leiden und Sterben des vietnamesischen Volkes vorrangig dazu gebraucht, seine eigene bornierte Parteilinie hervorzukehren (starker Beifall).

Genossen, es ist ein Hohn, so lange darüber zu reden, wie wir einheitliche Kampfformen finden können, solange wir nicht *eine* elementare Voraussetzung erfüllen, die der Genosse Brückner gestern leider vergessen hat. Ich habe darauf gewartet, daß er neben den vier Bedingungen, die er nannte, noch eine fünfte nennen würde, die meiner Meinung nach die wichtigste ist und ohne die wir unmöglich zu einer einheitlichen Kampffront kommen können. Diese fünfte wichtige Bedingung ist meiner Meinung nach: die Fähigkeit und der Wille, solidarisch Kritik zu üben. (Beifall) Laßt mich das ausführen. Was ich darunter verstehe, ist: So sehr der KSV und die Politik, die er betreiben will, bekämpft werden muß, so wenig bin ich bereit, die Individuen, die den KSV ausmachen, jetzt als Teil der linken Bewegung abzuschreiben. (Zwischenruf: Willst Du sie bekehren?) Nein, ich will sie nicht bekehren. Aber wir sind zur Zeit noch zu schwach, um uns wieder zu spalten und wieder die richtige Massenlinie - die jetzt so aussieht, daß eben der KSV rausfällt -, die richtige Massenlinie herauszuarbeiten.
Was ich mit solidarischer Kritik meine, ist die Fähigkeit und der Wille, erst einmal selber Fehler einzugestehen. Keine der Gruppen, die hier geredet haben, hat die Sache der Weltrevolution hinter sich, keine kann von sich behaupten, sie hätte das Programm, das nicht angezweifelt werden kann. (Beifall) Es ist erst einmal die Fähigkeit, und der Wille, Fehler einzugestehen. Und zweitens, was noch

wichtiger ist: Solidarische Kritik üben heißt, den Gegner, den politischen Gegner zu kritisieren, und zwar in einer Form, die nicht beleidigend ist. Es geht einfach nicht an, daß wir hier so tun, als wären wir hier das Weltgeschehen. Der KSV ist auch nicht der Agent der Konterrevolution. Es geht nicht an, daß wir divergierende Gruppen, die von unserem eigenen Standpunkt divergieren, in solch einer Weise beschimpfen.

ERWIN (GSO - OSI)

Genossen
Ich red' nicht zur Rolle der SPD, weil ich glaube, daß hier der Analysen genug gewechselt sind und daß es höchste Zeit für uns ist, zu konkreten Einschätzungen und zu konkreten Forderungen zu kommen, um die Kampffront, die sich hier hergestellt hat, nicht wieder abbröckeln zu lassen. - Deshalb müßte es unser oberstes Ziel sein, hier und heute den restlichen Teil der Diskussion der Frage zu widmen, wie wir diese Kampffront stärken können und in der kommenden Woche und im kommenden Semester aufrechterhalten können. Ich möchte also eine kritische Einschätzung des bisherigen Verlaufs des Kongresses und der daraus resultierenden Forderungen versuchen. Darauf sollten dann die anschließenden Beiträge eingehen.
Kommilitonen und Genossen: Wenn man gestern durch das OSI ging, hatte man alles andere als den Eindruck, daß hier kommunistische Studenten und Assistenten um ihre Existenz kämpfen, wie das verschiedentlich hier zum Ausdruck gekommen ist. Eggestein vom "Abend", die "Morgenpost", der "Tagesspiegel" warteten vergebens auf militante Stoßtrupps, die ihnen weiteres Material für ihre Hetzkampagnen liefern sollten. Indes, das OSI war fast leer; der Kampagnenausschuß, der doch eigentlich in der Öffentlichkeit tagen sollte, unauffindbar; im Hörsaal A konnte Löwenthal seine Übung so beginnen, als sei nicht gerade er einer der Protagonisten der Disziplinierung, und als ca. 20 Studenten ihn zur Rede stellen wollten, merkte man vom ersten bis zum letzten Satz, daß da alles andere als eine vorbereitete Diskussion über die Bühne rollte. Genossen, woran liegt diese, angesichts dieser akuten Bedrohung der Sozialisten und Kommunisten an der Universität - und darüber hinaus - politisch unverantwortliche Passivität der Studenten? Wir meinen, dafür verschiedene Gründe gefunden zu haben. Einmal, der sog. Unterdrückungs-Kongreß selbst und alles, was damit zusammenhängt: Gut, 3 - 4 000 Studenten waren jeden Abend hier; aber deutlich hat sich gezeigt, daß derartige Mammutveranstaltungen höchstens dazu beitragen, die politische Passivität, die von einzelnen Organisationen bewußt oder unbewußt geförderte Konsumentenhaltung zu kontinuieren. (Beifall) Den studentischen Massen ist die aktive Beteiligung versagt; daran ändern auch nichts von oben oktroyierte organisatorische Umstellungen wie die Verlängerung der Redezeit usw. Die Konsumentenhaltung kann eben nicht innerhalb von Vollversammlungen aufgebrochen werden, sondern nur in diesen vorgelagerten Diskussionen,

in Arbeitsgruppen und in Übungen. Genossen, diese Passivität ist ein Produkt der verlustig gegangenen Identität mit dem eigenen politischen Tun, ein Produkt, hervorgerufen durch eine ganz und gar undialektische Negation der Studentenbewegung, durch die oftmals verselbständigte, nur noch phrasenhaft verbale Politik der Kader, die spätestens seit der sog. Überwindung der Studentenbewegung für oder anstelle der Massen gedacht und gehandelt haben.

Johannes Agnoli hat in einer Randbemerkung seines Beitrages gesagt, daß er die Befürchtung habe, daß wir im Begriffe seien, den Kampf um Mandel zu verlieren. In der Tat, Genossen: Wenn es uns nicht gelingt, die Subjektivität unserer politischen Arbeit zu reaktivieren; wenn es nicht gelingt, Rekrutierungsaufgaben, die Vergrößerung der eigenen Organisation zurückzustellen hinter der Notwendigkeit eines gemeinsamen solidarischen Kampfes; wenn es uns nicht gelingt, den über die Massen gestülpten Parteiteppich zu lüften, ihn einzurollen und den Massen erst wieder den Blick freizumachen für das, was wir mit Emanzipation bezeichnen, dann werden wir nicht nur den Kampf um Mandel verlieren - und um die Aufhebung des Berufsverbots -, sondern dann werden wir auch den Kampf um uns selbst verlieren, um von der Arbeiterklasse erst gar nicht zu reden. (Beifall)
Genossen, hier sollen nicht individualistische Emanzipationsbestrebungen neu aufgewärmt werden. Hier soll lediglich klar werden, daß die Zwangsjacke, sozialistische Arbeit tun zu müssen, in der viele Genossen stecken, - diese eigene Unterdrückung, um einem allzu verschwommenem Fernziel näher zu kommen, genau diesem Ziel eher abträglich als zuträglich ist. Wenn es uns nicht gelingt, die Voraussetzungen für einen kontinuierlichen Kampf zu schaffen, dann wird es der Bourgeoisie gelingen, die in ihren Augen im Moment eh disparate Linke zu zersplittern und zu zerschlagen.
Ein weiterer Grund für die Passivität ist da zu suchen, wo es manchen Organisationen nur noch darum zu gehen scheint, sich mit sich selbst zu beschäftigen, Abgrenzungen zu produzieren und verwaschene Analysen herzustellen, die die Ausgeburt einiger Organisationsvertreter darstellen, aber nicht das Produkt eines kontinuierlichen Diskussionsprozesses, nicht die Reflexion im Kampf gewonnener Erfahrungen. (Beifall) Eine derartige Arbeit muß notwendig an den Massen vorbeigehen, da sie nicht mit der Basis und durch die Basis vorangetrieben wird, sondern dieser als aufgestülpte Konzepte erscheinen, wo man nur noch das bessere auszusuchen braucht, um danach zu handeln.
Wer glaubt, daß dieser Kongreß uns per se einen Schritt vorangebracht hat, der hat sich gewaltig getäuscht. Nur durch die Verwandlung der vorhandenen Konsumentenfront in eine einheitliche Kampffront, durch eine Reaktivierung vorhandenen Kräftepotentials, das nicht beim geringsten Anlaß zerbröckelt und in sich zusammenfällt, werden wir in den kommenden Auseinandersetzungen innerhalb der Kalkulationen der Bourgeoisie überhaupt noch eine Rolle spielen können. Zu diesem Ziel genügt es eben halt nicht, den sog. Unorganisierten zwar die Möglichkeit des Diskutierens zu geben, ansonsten aber jeden Versuch eines selbständigen politischen Schrittes zu verhindern durch die Kanalisierung der Diskussion oder das Recht der Aktion nur in vorgegebe-

nen organisatorischen Bahnen, sondern dazu muß zurückgegriffen werden auf eine latent noch immer vorhandene Spontaneität innerhalb der Massen, auf die inzwischen weitgehend verkrüppelte Fähigkeit des selbständigen autonomen Handelns. (Beifall) Wenn dies nicht der Fall ist, verkommt der Kampf um den Sozialismus zu bürokratischen Planspielchen, beginnt sich eine Macht, sprich: Partei, zu entwickeln, die sich von der Bourgeoisie nur noch dadurch unterscheidet, daß sie einen vorgegebenen sozialistischen Inhalt produziert. (Beifall)

Genossen, die Geschichte ist da, um aus ihr zu lernen; machen wir doch nicht immer wieder dieselben Fehler. Hier soll auch nicht dem Konzept von nur autonomen spontaneistischen Gruppen das Wort geredet werden; langfristig gesehen ist eine Aktion, die wesentlich auf Spontaneität und auf dem etwa in Vollversammlungen zum Ausdruck gebrachten Willen der Basis beruht, unrealistisch. Dieser Beitrag versucht lediglich, das verlorengegangene Verhältnis zur Spontaneität, dieses Wort, das längst zu einem negativen Qualifizierungsmerkmal heruntergekommen ist, überhaupt wieder ins Gedächtnis zu rufen.

Im Gegensatz zu vorherigen Semestern ist einer wachsenden Zahl von Studenten klar, daß alle Maßnahmen des Kapitals, wie der professoralen Agenten, wie des Staates, an wichtigen Punkten gegen ihre unmittelbaren Interessen gerichtet sind. Den Studenten bleiben aber noch eine Unmenge von Fragen offen, da sie sich in den letzten "Reformsemestern" kaum aktiv an den Problemen der Auseinandersetzung an der Hochschule beteiligt haben. Solche Fragen aufzustellen - ich glaube, ich brauche sie nicht alle aufzuführen -, muß eine der Aufgaben und zentralen Punkte der kommenden Diskussion sein. Eine wachsende Zahl von Studenten weiß, daß die Reaktionäre in der Uni zusammen mit den staatlichen Instanzen ihre konkreten Antworten auf diese Fragen bereits durchspielen und sie perVerordnungen und Novellierungen spätestens zu Beginn des Wintersemesters durchgesetzt haben werden oder doch durchsetzen wollen. Wir müssen unsere Antworten in der breiten Diskussion aller Betroffenen erarbeiten und so die Grundlage für breite Abwehrkämpfe legen. Die verschiedenen kommunistischen und sozialistischen Organisationen können in diesem Auseinandersetzungsprozeß zeigen, inwieweit sie für die Kämpfe der Studenten insofern einen Nutzen haben, als sie hier fördernd und unterstützend eingreifen. Wir werden ihre abstrakten Führungsansprüche einer konkreten Analyse und Kritik unterziehen müssen und wir werden sie aktiv isolieren müssen, wenn sie den Auseinandersetzungsprozeß um Ziel und Methoden unserer Kämpfe lähmen. (Beifall)

Wir schlagen für das kommende Semester und für die kommenden Diskussionen auch hier heute abend folgende Diskussionspunkte vor, die unbedingt berücksichtigt werden müssen, um die Kampffront, die noch immer vorhanden ist, nicht abbröckeln zu lassen:

1. Die Diskussionen über die obengenannten Punkte finden in jedem Fachbereich weiterhin statt, und zwar in den Übungen und Seminaren: parallel dazu auch in teach-ins u.ä..

2. Einzelne Fachbereiche werden beauftragt, ihre vorläufigen Antworten und Alternativpläne auf FB-Veranstaltungen zusammenzufassen, die als zentrale Veranstaltungen der FU gelten und auf denen wir gemeinsame Ziele und Me-

thoden unserer Kämpfe diskutieren werden. Notwendig sind innerhalb der nächsten Wochen Veranstaltungen in dem FB 15 wegen der Spaltungsproblematik, dem numerus clausus und dem Prüfungsordnungskonflikt; im FB 10: Mandel; in den FB 1-6: Zentralinstitut für Soziale Medizin; im FB 11: Lefèvre; im FB 13 wegen des Großfachbereichs, d.h. der Zusammenlegung mit dem OSI; und in den sprachlichen Fächern in bezug auf die Lehrerausbildung.
3. Kreibich wird von uns aufgefordert, an Mandel das Ansinnen einer Gastprofessur zu richten. (Beifall) Genossen, das ist nicht unrealistisch. Ich hab gestern erfahren, daß die Bremer Universität beschlossen hat, Mandel eine Gastprofessur an der Bremer Universität anzubieten.
Genossen, damit zwingen wir den Senat zu einer erneuten politischen Stellungnahme und wir werden aufzeigen können, daß nicht Mandel, der hier vor einem Jahr am OSI lehren konnte, sich negativ verändert hat, sondern daß der bundesrepublikanische Staatsapparat einen weiteren Schritt nach rechts getan hat, hin zur Auflösung und Liquidierung elementarster demokratischer Rechte. (Beifall)
4. In den politischen Terminkalendern, auf Veranstaltungen, in Arbeitsgruppen und Übungen werden Diskussionsbeiträge und Fragen vorbereitet für öffentliche Veranstaltungen der Reaktion, etwa Kreibich- oder Stein-Diskussionen, Veranstaltungen der "Notgemeinschaft" oder etwa die Sitzung des Senatsausschusses, der z.B. Freitag morgen um 8Uhr tagt wegen der Spaltung des OSI und wo verschiedene Vertreter des OSI zur Spaltung Stellung nehmen sollen.
Genossen, wir haben die Punkte unter uns diskutiert, aber eine notwendige Konkretionsebene nicht erreicht. Unsere Vorschläge müssen hier und jetzt diskutiert, erweitert, verändert oder ergänzt werden. Es wird sich zeigen, ob die einzelnen Organisationen in der Lage sind, darauf einzugehen, diese Forderungen aufgreifen können, oder ob sie durch ein fortgesetztes Hickhack untereinander unseren Kampf eher lähmen als vorantreiben. Genossen, erkennt endlich die Relevanz dieser Problematik, sonst werden wir mit Ausnahme einiger Berufskader morgen wieder Theorie akkumulieren, die politische Arbeit wird wieder verkommen zu einem oktroyierten Hobby nebenbei, und zwischendurch wird es nicht nur zu keinem Lefèvre bei den Philosophen kommen; keinen Mandel, keinen Wulff und keinen Deppe geben, sondern die Bourgeoisie wird in aller Ruhe die Giftsuppe weiterkochen, die für uns alle gedacht ist. Genossen, der Kampf geht weiter.

INES LEHMANN

Genossen
Es sind in den letzten Tagen viele Genossen hier gewesen, die außerhalb der Uni stehen, die sich informieren wollen. Denen haben wir ein phantastisches Schauspiel dessen geliefert, was - wie haben wir das genannt? - die "positive Überwindung der Studentenbewegung" sein sollte; Gruppierungen, die an klaren Linien kämpfen und insbesondere solche, die sich mit der Arbeiterklasse

verbünden, die Parteien der Arbeiterklasse aufbauen - das haben wir hier vorgeführt. Und als es heute mit der Beschimpfung des Siegfried Masson von einer Gruppe aus losging, die ich politisch hier nicht mehr einschätzen werde, weil sich das hier erübrigt - das, was die sich hier erlaubt haben, war der konsequenteste Ausdruck der Phrase des Bündnisses der Studenten mit der Arbeiterklasse. Wenn man unterschiedliche Positionen vor den Betrieben vertritt, so werden die sich sicherlich nicht so vermitteln wie die Kritik des KSV am Genossen Masson heute. Der Genosse Masson ist immerhin jahrelang in diesem Betrieb tätig für die fortschrittlichsten Gruppen der Arbeiter, die dort arbeiten, und wenn man dann hier so auftritt mit einer Kritik, die sich nicht artikuliert außer in: "Schweinerei", "Lüge", "Arbeiterverräter" usw., dann möchte ich wissen, wie die konkrete Arbeit der Organisation aussieht, die da jeden Morgen 10fach Flugblätter verteilt. Die Folge ist: wenn man jetzt mit einer konkreten Sache kommt, etwa mit einem Flugblatt über Vietnam, dann sagen die Arbeiter: DANKE. Wir haben vor AEG-Telefunken 50 Stadtteilzeitungen verteilt...
Ich weiß nicht, - ich habe verschiedene Formen der Bestürzung durchgemacht und ich wollt' hier eigentlich auch nicht mehr reden. - Ich rede deswegen nur noch, um aufzuzeigen, daß man nicht - wie hier geschehen - eine Spaltung machen kann zwischen denjenigen, die schon wissen, wo sie organisiert sind, also klare "Linien" und "Einheiten" haben, und denen, die's nicht wissen. Das eigentliche Problem ist gerade durch diese "klaren Linien" und "Einheiten" auf diesem Kongreß systematisch wegdiskutiert worden. Es darf nicht immer nur auf die Studentenbewegung rekurriert werden; es muß auch auf das, was in den letzten 2 Jahren diesen Klüngel, den wir jetzt in den letzten 3 Tagen hier erlebt haben, möglich machte, rekurriert werden. Die objektiven und die subjektiven Bedingungen müssen eingeschätzt werden.
Man wird da nicht weiterkommen, ohne kritisch aufzuarbeiten oder hier zur Frage zu stellen, was sich als "Kapital'-Schulungsbewegung", überhaupt als Schulungsbewegung in den Köpfen widerspiegelt; die nämlich tatsächlich eine spezifische Widerspiegelung der realen Bewegung in den Köpfen der Studenten ist, die nämlich in dieser Schulungsbewegung zum Teil den Blick dafür verloren haben, daß es ein ganz großes Problem ist, wenn man hier die Entfaltung der Theorie für gesellschaftliche Praxis ausgibt. Denn Ihr wißt, daß in allen Fachbereichen, wo diese Theorie entfaltet werden soll, sie schon parteilich angeeignet ist; daß man am Fachbereich 11 einen Marxismus studiert und am Fachbereich 15 einen anderen, usw.; und daß es keine Form gibt der wissenschaftlichen Auseinandersetzung außer der Beschimpfung. Die Zeitschriften wie "Prokla" und "SoPo" sind eben nur ein anderer Ausdruck dessen - immerhin noch ein abstrakterer und deshalb nicht in der furchtbaren Form, wie wir es in den letzten 3 Tagen, an den letzten 3 Abenden erlebt haben. Ich glaube, der Aufruf des Erwin von der GSO: "Treffen wir uns heute und morgen und übermorgen und wo was los ist, treffen wir uns!" ist nicht umsonst so abstrakt geblieben, weil selbst aus dem, was er analytisch dargelegt hat als Handlungsnotwendigkeit für die, die anwesend gewesen sind die letzten 3 Tage und Abende, - es ihm nicht möglich war, eine konkrete Form der

gemeinsamen Diskussion anzugeben über das, was er abstrakt als richtige, notwendige Konsequenz dargestellt hat, und über das, was - ich will es jetzt wirklich mal im bösen ausdrücken - mit diesem Publikum möglich war. (Zwischenrufe) ...Nein, versteht doch mal: die Beschimpfung hat irgendwann ein Ende, ja?
Ich habe versucht aufzuzeigen, daß man das Interesse - und das war auf alle Fälle vorhanden, sonst wären hier nicht jeden Tag 3000 bis 4000 Menschen erschienen -, daß man das Interesse so weit spalten kann, daß es sich veräußerlicht, wie wir es sonst nur von den studentischen Arbeiterparteien oder anderen ML-Organisationen kennen. Denn: ich will mal ein konkretes Moment angeben, die Vietnam-Demonstration am Samstag: Ich will es nicht hochjubeln, aber es ist doch schon eine Sache, daß die seit den letzten 2 Jahren immerhin größte Demonstration, die auch wesentliche Teile der Bevölkerung mitgetragen haben, - daß die hier untergeht und daß am nächsten Tag, am Montag das Parteigeschwätz von vorn losgeht und sich keine Organisation die Frage gestellt hat, wie kam das zustande, was waren die Forderungen, warum kamen so viele; daß also der einzige wirkliche Versuch unterging, wieder mal Fuß zu fassen in breiten Kreisen der Bevölkerung, die von uns bis jetzt so beschimpft wurden, obwohl wir ja "dem Volke dienen", in den Massen schwimmen usw.. Jusos, alle Andersdenkenden, wurden ja nur beschimpft. Dies Feindbild ist ja nichts Neues in einem bürgerlichen Individuum. Statt nun konkrete Forderungen zu suchen - und nicht den Abstraktionsgrad des Kongresses fortzusetzen - und die liberale Öffentlichkeit - die ja auch nicht da war, aber die war ja gemeint - anzusprechen, hat man vor Schreck diejenigen, die Genossen sind, bzw. als praktische Genossen tätig waren, zu einem Feindbild gemacht, - wir und ihr; was wirklich nur die Isolierung und den aus der Isolierung resultierenden Sektencharakter hier an der Universität deutlich macht.

FEEZER, PROBST, ROSENBROCK (Mitglieder des Kongreßkomitees)

NACHTRÄGLICHE EINSCHÄTZUNG DES KONGRESSES

1. Zur Entstehung und Vorbereitung des "Kongresses gegen politische Unterdrückung"

In dem Maße, wie sich die antikapitalistischen Kräfte dieser Gesellschaft zu einer politischen Bewegung entfalten - nicht nur innerhalb der Universitäten, sondern in allen gesellschaftlichen Bereichen -, ist die Bourgeoisie und ihr Staat gezwungen, Maßnahmen zu ergreifen, die sich eindeutig gegen Demokraten und Sozialisten, das heißt gegen demokratische Kräfte, die sich gegen die Repressionen des kapitalistischen Systems auflehnen, richten. Es zeugt von der aktuellen Schwäche der demokratischen Kräfte in dieser Gesellschaft, daß solche Maßnahmen zu diesem Zeitpunkt möglich sind; wie es andererseits von der Stärke gerade auch der Bewegung der Intelligenz in der Ausbildung zeugt, daß die Formulierung der sogenannten Hamburger Erlasse sich festmachte an den Fällen engagierter demokratischer und sozialistischer Lehrerbewerber und Hochschullehrer.

Die Konkretisierung der Hamburger Erlasse an der Freien Universität Berlin, also die Ablehnung der Einstellung von Lefèvre und Mandel durch den Senator für Wissenschaft und Kunst, wurde von den Studenten und Assistenten dieser Universität nicht nur als neuerliche Provokation, sondern als wichtiger, die politische Auseinandersetzung verschärfender Schritt der Staatsexekutive gegen Demokraten und Sozialisten begriffen, der erstmals sich nicht nur durch die zentralisierte und vereinheitlichte Handhabung von Unterdrückungsmaßnahmen, sondern auch durch die erstmals explizit politische Begründung bei der Ablehnung der Bewerber geltend macht.

Die erste Antwort der Studenten auf die Ablehnung Mandels (und Lefèvres), die der Senat kurz nach Beginn der Semesterferien bekanntgab, war eine hauptsächlich von MLH-ÖK und POL-ÖK sowie der GIM einberufene Protestversammlung im Auditorium Maximum, auf der über 2 000 Studenten ihre Kampfbereitschaft demonstrierten. Neben der Einschätzung der Ursachen und der politischen Bedeutung der Hamburger Erlasse wurde vor allem noch einmal von W. Lefèvre auf das mit diesen Erlassen faktisch werdende Berufsverbot für die Teile der akademischen Intelligenz hingewiesen, deren Berufsfeld durch staatliches Monopol abgedeckt und deren Berufsausübung mit dem Beamten- oder Angestelltenstatus im Staatsdienst unmittelbar verknüpft ist. Die Bedeutung der Hamburger Erlasse als vorgreifendes Disziplinierungsinstrument schon im Studium, die Einsicht, daß politische Betätigung die Entwertung der beruflichen Qualifikation durch Berufsverbot nach sich zieht und damit die Reproduktionsfrage in verschärftem Maße neu stellt mußte die Studenten und Assistenten nicht nur zur aktuellen Kampfbereitschaft und der Formierung einer breiten Kampffront aufrufen, sondern zugleich Ausgangspunkt gemeinsamer Reflexion über die zukünftige Entwicklung der antikapitalistischen Bewegung sein - nicht nur, aber vor allem im Ausbildungsbereich als Berufsbereich. Es hätte zugleich begreifbar werden müssen, daß der politische Kampf der Arbeiter sich schon immer unter existentiell verschärften Bedingungen vollzieht, nämlich dem Entzug der Reproduktionsmöglichkeit durch Entlassung und dem Zirkulieren von sogenannten Schwarzen Listen, das heißt Namenslisten nicht einzustellender, weil politisch mißliebiger Arbeiter.

Zeigten die Studenten schon auf dem teach-in (wie später auch auf dem Kongreß) ein großes Informationsbedrüfnis, weitgehende Kampfbereitschaft, aber auch das Bedürfnis, die gegenwärtige Situation zu diskutieren, um überlegte Konsequenzen daraus zu ziehen, so kam es im folgenden darauf an, wie die relevanten Organisationen und Gruppen, die

zur Vorbereitung der Kampfmaßnahmen im Sommersemester aufgerufen waren, sich gegenüber der Herausforderung, wie auch untereinander verhalten würden.
Wie problematisch eine gemeinsame Vorbereitung sein würde, wußte jeder, der den zunehmenden Differenzierungsprozeß der letzten Semester zwischen den linken Gruppen und Organisationen miterlebt bzw. beobachtet hat. Nicht nur das Spektrum der Beteiligten, von spontaneistischen Aktionisten bis zu den ADSen (SEW-sympathisierend), sondern auch das immer mehr zerstörend wirkende Gebaren von studentischen Gruppen, die in allem den "Führungsanspruch" durchsetzen müssen, bildet für alle Unternehmungen an der Universität gegenwärtig eher die Gefahr der Schwächung, denn der Stärkung der Position der antikapitalistischen Kräfte.
Die relevanten politischen Studentengruppen, sowohl quantitativ, als auch von ihrer politischen Orientierung her, sind an der Freien Universität zur Zeit zum einen die nicht einheitlich organisierten emanzipativ-spontaneistischen Gruppen und Kollektive, zum anderen die mehr oder minder vereinheitlichten Organisationen der "Demokraten und Sozialisten" (ADSen), der "Marxisten-Leninisten" (MLH's), der "Kommunisten" (KSV), die ihre politische Strategie von schon bestehenden oder noch zu gründenden sozialistischen Parteien (SEW/KPD/usw.) ableiten; hinzu kommen Splittergruppen der KPD/MLs, der Sozialdemokratie, sowie nicht nur studentische Gruppen verschiedenster politischer Prägung (z.B. GIM); des weiteren die Assistentenzellen (POL-ÖK und SAZ etc.), die gerade in diesem Fall besonders mit angesprocnen waren.
Vor allem aus diesen Gruppen und Organisationen kamen die Mitglieder eines vorläufigen Streikrats, der sich in den Semesterferien konstituierte, um die Maßnahmen der Studenten im Sommersemester vorzubesprechen. Die erste Differenz ergab sich aus der Einschätzung der Funktion des vorbereitenden Streikrats selbst; während die spontaneistisch-emanzipativen Gruppen diesen Rat als arbeitenden ansahen, d.h. als Gremium, in dem die politische und organisatorische Vorbereitung geleistet werden sollte, wurde er von den Organisationsvertretern als Absprachegremium verstanden, in dem Einigung über die Art und Weise, sowie die Termine der Kampfmaßnahmen erzielt werden sollte. Nachdem sich die Organisationsvertreter durchgesetzt hatten, konnten sich die im Streikrat verbleibenden Organisationen und Gruppen - mit Ausnahme der ADSen, die nur als sprachlose Beobachter teilnahmen - zwar noch darauf einigen, daß die Studenten zu Beginn des Sommersemesters zu einem befristeten Streik aufgerufen werden sollten, die mögliche gemeinsame inhaltliche Ausfüllung vor dem Hintergrund gemeinsamer Betroffenheit aller vertretenen Organisationen und Gruppen scheiterte aber schon in dieser Phase; eine Minimalplattform kam weder im Streikrat noch im Kongreßkomitee zustande.
Um nicht einen gänzlich inhaltslosen Streik vorzuschlagen, sondern einen mit dem Begriff des aktiven Streiks gemeinten Kommunikationszusammenhang der von der politischen Unterdrückung Bedrohten herzustellen, forcierten vor allem die MLHs und die GIM die Diskussion über die Durchführung einer mehrtägigen zentralen Veranstaltung, die von verschiedenen Gruppenvertretern mit unterschiedlichen politischen Vorstellungen und Intentionen schon früh in die Diskussion um die Maßnahmen im Sommersemester eingeführt worden war und die unter dem Etikett "Neubauer-Tribunal", "Polizeistaatstribunal" usw. diskutiert worden war. Wurden angesichts solcher Etiketten, die von der Intention wie von der Einschätzung und Bestimmung der gegenwärtigen Situation her tatsächlich falsch waren, zuerst die ADSen und der KSV abgeschreckt, so schieden die noch an der Vorbereitung einer solchen Veranstaltung interessierten Spontaneisten in dem Moment aus, in dem sich die Diskussion dahin entwickelte, kein "Tribunal" sondern einen Kongreß zu gestalten und - damit verbunden - nicht ein militantes Aktionenforum, sondern eine Versammlung der an Informationen und Diskussion interessierten

Studenten zu veranstalten, aus der sich eine Einschätzung der Abwehrmöglichkeiten und auch die Durchführung dezentral vorbereiteter Aktionen ergeben sollte.
Das Kongreßkomitee, das sich aus dem vorläufigen Streikrat heraus bildete und die Vorbereitung des Kongresses geleistet hatte, wurde schließlich getragen von den MLH's, der GIM, der POL-ÖK und SAZ, sowie einigen Unabhängigen; später gesellte sich noch der SHB hinzu. Der Ansatz, das Kongreßkomitee gerade nach der Berufsseite hin zu öffnen, wie es durch die zeitweilige Mitarbeit von AJLE-Vertretern versucht wurde, konnte aufgrund eines Beteiligungsverbots durch den GEW-Vorstand, wesentlich beeinflußt von der durch die ADSen vermittelten ablehnenden Haltung der GEW-Hochschulgruppe, schließlich nicht realisiert werden.
Wie sehr auch noch im Kongreßkomitee gewerkelt wurde, dessen wichtigster Konsensus erst einmal darin bestand, den Kongreß überhaupt durchzuführen, zeigte sich vor allem darin, daß neben dem Organisationskomitee, welches vornehmlich rein organisatorische Aufgaben vornehmen sollte, ein geplantes Redaktionskomitee, das "Leitbeiträge" für eine Broschüre schreiben sollte, in denen die einzelnen Themenbereiche eingeleitet und eingeordnet werden sollten, nicht zustande kam, so daß das Organisationskomitee schließlich das für die Vorbereitung und Durchführung des Kongresses entscheidende Gremium wurde, in dem dann außer der Referentenauswahl zumindestens der Versuch unternommen wurde, einen minimalen Konsensus über die zu leistende politische Einschätzung der gegenwärtigen Situation und die Intention des Kongresses zu erreichen.

2. Zielkonzeption und Zielgruppen des Kongresses

Das Kongreßkomitee mußte sich, nachdem der Konsensus über die Durchführung des Kongresses bestand, zuerst einmal auseinandersetzen mit den sich hinter den Etiketten wie "Polizeistaat" verbergenden Einschätzungen der politischen Situation in der BRD. In der Diskussion wurde deutlich, daß gegenwärtig weder von einem Polizeistaat, d.h. von einem sich verselbständigenden Staatsapparat als Machtorgan in unmittelbarer Abhängigkeit von der Bourgeoisie, noch von einer auf einer reaktionären Massenbewegung aufbauenden faschistischen Entwicklung gesprochen werden kann. Als Konsensus stellte sich her, daß wir gegenwärtig zwar einer Formierung reaktionärer gesellschaftlicher Kräfte, wie auch sich verschärfenden Maßnahmen der politischen Disziplinierung durch den Staatsapparat gegenüberstehen, einer Entwicklung jedoch, die den Kampf der Demokraten und Sozialisten um die Verteidigung historisch errungener Rechte und demokratischer Freiheiten nicht unmöglich macht, sondern bei der Widersprüchlichkeit aller gegenwärtigen gesellschaftlichen und politischen Prozesse, d.h. auch und gerade der Erstarkung der Arbeiterbewegung, sogar eine Ausweitung dieser Errungenschaften noch denkbar erscheinen läßt, daß deren Realisierung aber nicht zuletzt von unserem eigenen Verhalten und unserer Fähigkeit, genau diese erstarkende Arbeiterbewegung zu unterstützen, abhängig ist.
Für die Durchführung eines "Kongresses gegen politische Unterdrückung" gab es grundsätzlich zwei Möglichkeiten:
Entweder ein Kongreß "von Kommunisten für Kommunisten" oder ein Kongreß, auf dem sowohl von den Veranstaltenden wie von den Beteiligten her alle linken politischen Orientierungen vertreten sind. Obwohl beide Möglichkeiten diskutiert wurden, ergab sich schon aus der Zusammensetzung des Kongreßkomitees eine Neigung für die zweite Konzeption. So einleuchtend und so wünschenswert die erste Möglichkeit auf den ersten Blick erscheint, so deutlich wird die Unmöglichkeit ihrer Durchführung dann, wenn man sich vergegenwärtigt, daß ihre Voraussetzung - entweder Kommunisten als Veranstalter, oder Kommunisten als Zuhörer - nicht zustandekommen konnte. Was sich schon im vor-

läufigen Streikkomitee gezeigt hatte, daß nämlich die kommunistischen Gruppen und Organisationen sich a) alle als Kommunisten verstehen, b) alle von der politischen Unterdrückung betroffen fühlen, jedoch andererseits sich nicht in der Lage zeigten, eine vereinheitlichte Einschätzung der gegenwärtigen Situation, d. h. auch eine Einschätzung der politischen Bedeutung der Unterdrückungsmaßnahmen, zu erzielen, geschweige denn eine gemeinsame Abwehrstrategie allein in diesen Fällen zu leisten. Vielmehr hatte sich gerade gezeigt, daß die Erstellung einer Minimalplattform, auf der allein ein Kongreß von allen Kommunisten hätte getragen werden können, nicht verwirklicht werden konnte. Die Differenzen in der Einschätzung wie in der Intention und die daraus gezogenen Konsequenzen waren zwischen den Kommunisten viel größer, als die Bereitschaft von Demokraten und Kommunisten, der politischen Unterdrückung gemeinsam entgegenzutreten. Damit stellte sich die Frage nach der Auswahl der Referenten nicht mehr so, daß man zu wählen hätte zwischen Radikaldemokraten und Kommunisten, sondern die Frage nach bloß kommunistischen Referenten stellte sich als Frage nach den Kommunisten welcher Fraktion, oder nach der Reihenfolge der kommunistischen Referenten verschiedener Fraktionen. Die einzige Möglichkeit, gegenwärtig eine Veranstaltung von Kommunisten für Kommunisten an der Universität zu machen, ist die "Parteiveranstaltung", in der die jeweiligen Kader ihre jeweiligen Sympathisanten von der Richtigkeit der Politik genau ihrer, und nur ihrer, Parteiorganisation zu überzeugen versuchen. Was für die Einschätzung der Kommunisten als Veranstalter gilt, gilt auch für die Kommunisten als Zuhörer. Es scheint z. Z. unmöglich zu sein, Mitglieder und Sympathisanten der verschiedenen kommunistischen Organisationen in einem solidarischen Diskussionsforum zu versammeln. Darüber hinaus vergißt eine solche Einschätzung, daß zwar die Kommunisten an den Universitäten z. Z. stärker sind als in den anderen gesellschaftlichen Bereichen, daß jedoch die Mehrheit der demokratisch orientierten Studenten eben noch nicht Kommunisten sind und daß eine Politisierungsstrategie dieser Studenten an der bloßen Selbstdarstellung der Kommunisten - im Gegensatz etwa zu einer Auseinandersetzung zwischen Kommunisten und Radikaldemokraten als einer alternativen Möglichkeit - bisher gescheitert ist und auch vorläufig nicht allzuviel mehr davon zu erwarten ist.

Die Entscheidung fiel für einen offenen Kongreß, offen nach innen, in dem Sinn, daß alle universitären Gruppen und Individuen sich auf ihm artikulieren könnten und sollten, die einen Beitrag zur Darstellung und zur Analyse politischer Unterdrückung, wie zur Strategiefindung leisten wollten. Ebenso offen nach außen sollten engagierte Demokraten und Kommunisten aus allen Bereichen der Gesellschaft (Gewerkschaften, Parteien, Massenmedien usw.) für den Kongreß gewonnen werden.

Die Offenheit des Kongresses nach außen und das Interesse an dem Kontakt und an der Diskussion mit den Demokraten und Sozialisten außerhalb der Universität ist nicht zu verstehen - wie es teilweise öffentlich vorgeworfen wurde - als Versuch der Gewinnung einer "liberalen Öffentlichkeit", die eh schon längst ihren Kompromiß mit den reaktionären Kräften geschlossen hat, sondern wurde verstanden als Versuch, einen Kongreß zu gestalten, der als Kongreß selbst Forum und Anknüpfungspunkt für die Diskussion der politisch Engagierten verschiedener gesellschaftlicher Bereiche untereinander und miteinander sein sollte. Die Auswahl von Referenten aus Gewerkschaften, dem Bereich der Massenmedien, Schulen usw. war nicht nur aus der Notwendigkeit entstanden, die politische Unterdrückung in diesen Bereichen darzustellen und analytisch einzuordnen, sondern hatte gerade auch zum Ziel, den Studenten und Universitätsangehörigen die Problemperspektive und die politische Einschätzung, wie sie in diesen Bereichen bestehen, vorzutragen. Allerdings nicht um sie zu denunzieren, sondern um sie aus ihrem Entstehungszusammenhang heraus zu begreifen und sie von den politischen Erfahrungen der Studenten her zu kritisieren - und umgekehrt. Nur ein solcher Dialog hätte gewährlei-

sten können, daß die nicht unmittelbar anwesenden politischen Kräfte außerhalb der Universität auch von einem solchen Kongreß profitieren. Dabei hätte in diesem Dialog zum Ausdruck kommen müssen, daß engagierte Demokraten keine Position außerhalb der Klassenauseinandersetzung einnehmen können, daß sie nicht neutral zwischen den Klassen angesiedelt, sondern selbst historisch in diese Auseinandersetzung hineingestellt sind.

Eine solche Konzeption sollte, da sie sich nicht ausschließlich an der Universität festmachte, die Möglichkeit verstärken, die Information und Aufklärung über die Bedeutung der politischen Unterdrückungsmaßnahmen durch den Staatsapparat voranzutreiben, und damit zugleich die Bereitschaft stärken, eine gemeinsame Abwehrfront gegen die jetzt eingeleiteten und für die Zukunft noch zu erwartenden Unterdrückungsmaßnahmen aufzubauen. Die Möglichkeiten dazu sind, entgegen der pessimistischen Einschätzung der Studenten, die ihre "Isolation" bejammern, jedoch nicht zu überwinden versuchen, nicht einmal schlecht: es haben sich nicht nur etliche Parteiuntergliederungen der SPD und Gewerkschaftsuntergliederungen des DGB in Resolutionen eindeutig gegen die Hamburger Erlasse und die damit sich verschärfende politische Selektion gewandt, sondern überall, in der gesamten demokratischen Öffentlichkeit, ist ein Unbehagen über diese Maßnahmen zu verspüren, und darüber hinaus sind sich - gerade auch in der Arbeiterklasse - viele der Tatsache bewußt, daß der Abbau demokratischer Rechte sich nicht etwa richtet gegen linke Sektierer und Spinner, sondern daß jetzt die noch bestehende Macht der Bourgeoisie extensiv zur Geltung kommt, um mit allen Mitteln gegen die antikapitalistischen Kräfte vorzugehen; eine Macht, die sich beim Aufbegehren der Arbeiter auch gegen diese selbst wenden wird. Diese Einsicht und die auf dieser Einsicht aufbauende Möglichkeit einer sich realisierenden Abwehrfront zwischen Arbeitern und der Intelligenz gegen den Abbau der von ihnen erkämpften Rechte und demokratischen Freiheiten im Bewußtsein aller Angesprochenen klar werden zu lassen, sollte Aufgabe des Kongresses sein. Das heißt natürlich nicht, daß der Kongreß Ausgangspunkt von militanten Aktionen und der Verbrüderung aller politisch Unterdrückten in diesem sein sollte. Die Demonstration der Stärke, wie sie im Bündnis zwischen Arbeitern und Intellektuellen von jeder Bourgeoisie gefürchtet wird, ist erst möglich, nachdem das Problembewußtsein über den jeweiligen Bereich und die Schwierigkeiten einer gemeinsamen Front so deutlich geworden sind, daß die Konsequenzen, von der gemeinsamen Front nicht nur zu sprechen, sondern sie zu praktizieren, gezogen werden könnten. Realistischerweise mußte von vornherein davon ausgegangen werden, daß die Bedeutung des Kongresses für die Universität selber größer sein würde als die oben beschriebenen möglichen Außenwirkungen. Weiterhin war auch vor Beginn des Kongresses klar, daß die gegenwärtige Phase, in der der gemeinsame Kampf der Demokraten und Sozialisten sehr stark von dem Prozeß der Differenzierung der Gruppen überlagert wird, andere Voraussetzungen für einen derartigen Kongreß setzt als sie etwa beim Vietnamkongreß im Februar 68 gegeben waren: ging es damals darum, den von allen progressiven Studenten kollektiv erlebten Lernprozeß der Jahre 66/67 unter der Führung einer faktischen Avantgarde (des SDS) voranzubringen, so traf der Kongreß im April 72 auf eine wesentlich differenziertere politische Studentenschaft: differenzierter einmal im Hinblick auf den Grad der politischen Bewußtheit und differenzierter auch unter den sich als sozialistisch oder kommunistisch verstehenden Gruppen selber.

Dieser Umstand ließ eine so relativ überschaubare Zielkonzeption, wie sie etwa dem Vietnam-Kongreß zugrundegelegen hatte, nicht zu. Vielmehr mußten von vornherein mit zumindest drei verschiedenen Zielgruppen gerechnet werden, deren jeweilige Bedürfnisse zu Zielkonzeptionen führten, die teilweise miteinander konfligierten. Es konnte davon ausgegangen werden - und der Verlauf des Kongresses verifizierte diese Annahme -,

daß eine große Anzahl von Studenten teilnehmen würde, die durch die auch für Konsumenten der bürgerlichen Presse merkbare Häufung politischer Repressionsmaßnahmen in jüngster Zeit aufgeschreckt worden waren, ohne zuvor bereits Kontakt mit politischen Gruppierungen gehabt zu haben. Es war klar, daß für diese Gruppe allein die Reihe der Informationsreferate, der Versuch, die Unterdrückung in den verschiedenen Bereichen auf gemeinsame Ursachen zurückzuführen, eine neue Qualität politischen Bewußtseins schaffen würde. Nicht klar war, daß eine große Gruppe von Genossen auf dem Kongreß borniert genug war, die Referate als "altes Zeug" und "längst gegessene Früchte" zu bezeichnen.
Einen von dieser ersten Gruppe deutlich zu unterscheidenden Teil der Zuhörer stellte jene breite Mittelgruppe in der Studentenschaft, die zwar in den politischen Auseinandersetzungen der letzten Jahre ein gewisses politisches Bewußtsein erworben hat, ohne daraus für sich selbst irgendwelche Konsequenzen gezogen zu haben. Diese Studenten verharren entweder in reiner Konsumentenhaltung gegenüber den agierenden sozialistischen Organisationen und verdrängen jeden über diesen Rahmen hinausgehenden Gedanken, oder aber sie versuchen unreflektiert eine Verbindung herzustellen zwischen der mit radikalem Anspruch ausgestatteten Praxis der sozialistischen Organisationen an der Hochschule und einer außerhalb der Hochschule gerade noch geduldeten Position, etwa der der linken SPD. Diesen Studenten, die ihre heimlichen Väter in Figuren wie Jochen Steffen oder Peter von Oertzen haben, galt es auf dem Kongreß klar zu machen, daß ihre Position unreflektiert, inkonsistent, meist praxislos und illusionsgeladen ist.
Dazu sollte die breite Auseinandersetzung mit der linken Sozialdemokratie dienen. Die Schwierigkeit dabei war, daß die linken Sozialdemokraten realistischerweise gegenwärtig als punktuelle Schutzfunktionen Ausübende durchaus ernstgenommen werden müssen, ihre Position aber auf dem Kongreß schonungslos offengelegt werden mußte, gerade um die genannte Zielgruppe zu erreichen. Diese Schwierigkeit wurde allerdings auf dem Kongreß selbst nicht virulent, da eine Auseinandersetzung mit ihnen faktisch nicht erfolgte. Dies freilich führte dazu, daß die notwendige Desillusionierung weithin unterblieb.
Die dritte und zahlenmäßig wohl stärkste Fraktion der Teilnehmer stellten die Studenten, die sich selbst als Sozialisten oder Kommunisten begreifen, jedoch zum überwiegenden Teil nicht die daraus notwendigen Konsequenzen gezogen haben, sich zu organisieren, bzw. irgendwann in den letzten Jahren aus Organisationen wieder ausgeschert sind, ohne eine Alternative gefunden zu haben.
Aufgabe des Kongresses wäre es gewesen, diese Genossen wieder einzubeziehen in eine solidarisch geführte Diskussion über die weitere Strategie an der Hochschule mit dem Ziel, sie von der Notwendigkeit einer (erneuten) Organisierung zu überzeugen.
Zweifellos war dies eine Konzeption, von der höchst fraglich war, ob sie auch nur ansatzweise gelingen konnte. Hätte sie doch vorausgesetzt, daß zu den einzelnen Themenbereichen tragfähige Analysen geleistet worden wären, aus denen dann eine verbindliche Einschätzung mit prognostischem Wert für die kommende Entwicklung an der Hochschule vorgenommen werden können. Sie hätte weiter vorausgesetzt, daß alle Organisationen auf den Versuch der Durchsetzung ihres Führungsanspruchs wenigstens in der Diskussion verzichtet hätten. Und sie hätte letztlich nur gelingen können, wenn das Ergebnis dieser Diskussion gewesen wäre, daß die Unterschiede in der außeruniversitären Strategie der einzelnen Organisationen nicht in dem Maße auf die an der Hochschule zu ergreifenden Maßnahmen durchschlagen, welches eine Kooperation der verschiedenen Organisationen unmöglich macht.
Die Hoffnung auf eine Erfüllung dieser Voraussetzungen war umso vermessener, als sowohl der KSV als auch die ADSen sich zu diesem Zeitpunkt bereits mit sachlich unzu-

treffenden Begründungen gegen den Kongreß ausgesprochen hatten.
Es wird im dritten Teil zu skizzieren sein, was sich von diesen Konzeptionen auf dem Kongreß tatsächlich realisierte. An dieser Stelle sei nur noch ein Mißverständnis ausgeräumt: Niemand konnte von dem Kongreß erwarten, unmittelbare Handlungsanweisungen für den Streik in seinem Bereich zu erhalten: der Streik, und darin bestand Einigkeit bei allen ihn tragenden Gruppen, sollte wegen des unterschiedlichen Mobilisierungsgrades der Studenten dezentral, die Maßnahmen dezentral beschlossen werden. Wenn daher im Verlauf des Kongresses immer wieder auf die Erörterung konkreter Kampfschritte gedrängt wurde, so beruhte dies entweder auf einem aus mangelnder Reflektion herrührenden Mißverständnis oder auf dem Willen zur Obstruktion.

3. Ablauf und Kritik des Kongresses

Der Kongreß entsprach in seinem Ablauf keiner der angeführten Konzeptionen und damit auch nicht den Bedürfnissen irgendeiner der Zielgruppen.
Die Ursachen hierfür sind zunächst in der Widersprüchlichkeit der Konzeption selbst zu suchen: Es hätte z. B. einer geradezu übermenschlichen Geduld seitens der organisierten Genossen bedurft, den Informationsreferaten und Analysen der einzelnen Themenbereiche zu folgen und an ihnen teilzunehmen, ohne unmittelbar als strategische Schlußfolgerung die Linie der eigenen Organisation zu propagieren, bzw. - im Falle der Spontaneisten - die Fehlerhaftigkeit der Linien aller bestehenden Organisationen zum generellen Angriff gegen die Organisierung zu nutzen. Diese Schwierigkeit wurde sicherlich bei der Vorbereitung des Kongresses zu wenig bedacht, was dazu führte, daß in der Diskussion auf die Informationsreferate und analytischen Beiträge kaum eingegangen wurde und an die Stelle dessen ein vom jeweiligen Themengebiet völlig abgehobener Streit über die Richtigkeit der Linien bzw. die Sinnfälligkeit des Kongresses trat.
Es hieße aber die gegenwärtige Situation der westberliner Linken grob zu beschönigen, den desolaten Ablauf der Diskussionen allein dieser Widersprüchlichkeit der Konzeption anzulasten. Vielmehr muß konstatiert werden, daß das Nichteingehen auf die Analysen der politischen Unterdrückung in den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen hauptsächlich Ausdruck eines Realitätsverlustes der universitären Linken und fundamentaler Mißverständnisse hinsichtlich der Mechanismen der Politisierung von Studenten ist.
Anders ist nicht zu erklären, daß auch auf die Beiträge, die die zunehmende politische Unterdrückung aus dem Verhältnis von ökonomischer Krise, dem Niveau der Klassenkämpfe und der Internationalität der Konterrevolution herzuleiten versuchten, fast nicht eingegangen wurde. Nur so aber hätte eine Einschätzung des wirklichen Ausmaßes und der Qualität der staatlichen Repression und eine Ableitung der Bedeutung der Eingriffe an der Universität geleistet werden können.
Eine ähnliche Ignoranz, die nur Ausdruck der Ungleichzeitigkeit von Arbeiter- und Studentenbewegung ist, zeigte sich auch, als J. Moneta über die Metalltarifrunde des vergangenen Jahres referierte; ebenso wurden die Ausführungen des Genossen Masson lediglich mit Zwischenrufen wie "Arbeiterverräter", "Lügner" etc. quittiert.
Allgemein kann man sagen, daß auch gegenüber den nicht unmittelbaren Gesprächspartnern aus anderen gesellschaftlichen Bereichen eine Betriebsblindheit bei den studentischen Organisationen zum Ausdruck kam, die es ihnen weitgehend verhindert, den eigenen Anspruch zu realisieren: "wissenschaftlichen Sozialismus" und "Arbeiterbewegung" zu vermitteln.
Dies ist umso gefährlicher, als sich in den vorrangig angesprochenen Bereichen, Schulen, Hochschulen, Massenmedien inzwischen Organisationsformen der antikapitalistischen Kräfte gebildet haben, die in den politischen Kämpfen nicht nur im Überbau eine bedeu-

tendere Rolle als die politischen Zirkel spielen. Das bornierte Auslassen dieser Gruppen aus der strategischen Diskussion beinhaltet zwei Gefahren: einmal deutet es darauf hin, daß die sozialistische Intelligenz an den Hochschulen trotz gegenteiliger Beteuerungen der Organisationen auch weiterhin ihre eigene Berufspraxis weithin verdrängt. Zum anderen bedeutet der Verzicht auf den Versuch der Kooperation mit diesen Gruppen mit Sicherheit eine Verstärkung der reformistischen Vorstellungen und Illusionen in diesen Gruppen selbst.
Für den Kongreß und speziell für die als 'intentional progressiv' bezeichnete Zielgruppe hatte die Vernachlässigung der Kritik und Analyse dieser Gruppen zur Folge, daß ihre Reformillusionen, die es abzubauen galt, eher gestärkt als geschwächt wurden. Dies gilt in besonderem Maße für die Auseinandersetzung mit linken Sozialdemokraten. Man muß davon ausgehen, daß ein großer Teil der Studenten aus Empörung über das wachsende Ausmaß der politischen Unterdrückungsmaßnahmen an dem Kongreß teilnahm. Gerade dieser Zeilgruppe hätte die Ambivalenz der linken Sozialdemokratie in der jetzigen Phase der Klassenkämpfe erklärt werden müssen. Es hätte einerseits gezeigt werden müssen, ob, in welchem Ausmaß und wie lange noch linke Gruppierungen in der Sozialdemokratie reale Schutzfunktion für Kommunisten ausüben können (und ihrem eigenen Selbstverständnis nach müssen), und welche Gefahren hinsichtlich der Entpolitisierung und Illusionierung durch die Existenz einer Gruppe wie den linken Jusos zwangsläufig entstehen. Der bloße Hinweis auf die Rolle der SPD seit der Bewilligung der Kriegskredite, auf Noske, Zörgiebel und Neubauer sowie die Beschwerde darüber, daß Sozialdemokraten überhaupt zu Wort kommen können, war dagegen eher geeignet, die Illusionen vieler Teilnehmer hinsichtlich des bequemen Übergangs zum Sozialismus zu verstärken.
An der Erörterung dieses Punktes wurde auch exemplarisch der zweite Fehler der meisten Beiträge der Organisationen und der Spontaneisten deutlich, der den konstatierten Realitätsverlust weithin noch überlagerte: die Unfähigkeit, auf die angesprochenen Themenbereiche einzugehen, die analytischen Beiträge zu kritisieren oder zu ergänzen, die wechselseitigen Vermittlungen aufzuzeigen, sowie Vorschläge zur Strategie daraus herzuleiten. Diese Unfähigkeit stellte sich jedoch keineswegs als Sprachlosigkeit dar. Vielmehr wurde die Diskussion aller angesprochenen Themenbereiche ersetzt durch eine sich vielfach wiederholende Diskussion, die von drei Argumentationssträngen durchzogen waren, die auf fundamentale Mißverständnisse der Mechanismen der Politisierung schließen lassen.
Die erste Argumentation, derer sich vorzugsweise explizite Spontaneisten, Träumer der Studentenbewegung etc. bedienten, besteht aus der schlichten Behauptung, daß ein Kongreß wie dieser, auf dem alles vor- und rückwärts analysiert werde (was ja nun wirklich nicht simmt), nur entpolitisierend und demobilisierend wirken könne. Daraus folgt dann implizit oder explizit die Forderung nach direkter Aktion, wozu denn auch mehrfach Anträge gestellt wurden. Hinter dieser Argumentationsweise steht die Vorstellung, daß Politisierung hauptsächlich durch das Erlebnis der solidarischen Aktion gegen erkannte Mißstände erfolgt, durch die sich das Individuum aus seiner Hilflosigkeit und Vereinzelung befreien und zu politischer Aktivität gelangen könne. Für eine solche, vorwiegend am individuellen Sozialisationsschicksal der Studenten anknüpfende Politisierung stellt sich die Frage nach der Organisierung natürlich nur sekundär. An ihre Stelle tritt die Kritik aller bestehenden Organisationen, da deren Anspruch, Aktionen nur nach genauer Analyse und strategischer Einordnung durchzuführen und zu propagieren, diesen Politisierungsweg scheinbar verbaut. Neben die Kritik an allen bestehenden Organisationen tritt bei dieser Argumentationsweise die Kritik an der Notwendigkeit der Analyse, so daß folgerichtig der Kongreß von diesen Gruppen nur noch als Plattform angesehen werden konnte, den Kongreß selbst zu kritisieren, nachdem klar geworden war, daß die

Mehrheit der Studenten sich nicht in den Strudel eines blinden Aktionismus ziehen lassen wollte.
Die zweite Argumentationsweise, die den Kongreß ebenfalls radikal kritisierte, wurde vor allem von Vertretern einiger Zirkel, vor allem des KSV, vorgebracht: da der Kongreß ohne "Linie" angelegt sei, da Vertreter der verschiedenen revolutionären Ansätze gleichberechtigt gehört würden, da überdies auch noch reformistische Gruppen wie der SHB oder linke Sozialdemokraten zu Wort kämen, könne ein solches Unterfangen nur der Verwirrung der Studenten dienen. (Es ist bezeichnend für den Theoriefindungsprozeß dieser Gruppen, daß aus dieser Einschätzung die oft wiederholte - falsche - Behauptung hergeleitet wurde, daß Präsidialamt der FU habe den Kongreß finanziert - mit eben dieser Intention,die Studenten zu verwirren.) Als Alternative für derartige Veranstaltungen wie den Kongreß hatten die Vertreter dieser Gruppen jeweils lediglich die Organisierung in ihren Zirkeln anzubieten.
So richtig es ist, in der gegenwärtigen Phase die Organisationsfeindlichkeit einer grossen Anzahl der sich sozialistisch verstehenden Studenten zu bekämpfen, so falsch ist es, dieser mangelnden Bereitschaft durch einfache Appelle und allgemeine Selbstdarstellungen der Organisationen zu begegnen. Vielmehr muß ein solches Vorgehen die Bedenken gerade dieser Zeilgruppe, sich einer Organisation unterzuordnen, eher verstärken: Die Organisationsfeindlichkeit in der gegenwärtigen Phase entspringt ja nicht einfach monokausal dem kleinbürgerlichen Individualismus, sondern auch daraus, daß vielfach höchst unausgewiesene und auch verschiedentlich revidierte Strategien und Formeln als endgültige Destillate des Marxismus-Leninismus ausgegeben werden. Wenn in einer solchen Situation auf einem Kongreß Analysen und eigene Einschätzungen zu den Referaten geradezu gefordert werden und stattdessen nur die abstrakte Forderung nach Unterstützung einer Organisation erhoben wird, so ist dies eine klare Unterschätzung des Bewußtseinstandes der Masse der politisierten Studenten und muß sich negativ auf deren Organisationsbereitschaft auswirken. Ein solches Vorgehen wäre nur dann rational, wenn das Organisierungshindernis vieler sozialistischer Studenten im Fehlen einer Organisation bestünde, die eine klare Linie zu haben verspricht und sich auch stark genug gibt diese durchzusetzen. Da dies zweifellos nicht der Fall ist und der Ersatz der Analyse durch die Propagierung der eigenen Organisation auch kaum zur Politisierung bislang sich lediglich als progressiv verstehender Studenten beitragen kann, ist dieses Vorgehen nur für den zu verantworten, der die durch die Studentenbewegung politisierten Studenten lediglich als Konkursmasse begreift, aus der sich die Organisationen ohne Rücksicht auf Verbreiterung des Potentials und ohne Rücksicht auf irreversible Entpolitisierungsprozesse befriedigen können.
Es war unvermeidlich, daß sich die beiden Annahmen über die Mechanismen der Politisierung von Studenten - Erfahrung der Möglichkeit der Befreiung durch spontane und direkte Aktion versus Propagierung der Notwendigkeit der starken Organisation ohne Eingehen auf die virulente Forderung nach konkreter Analyse - auf dem Kongreß dauernd diametral gegenüberstanden und der Kampf zwischen ihnen die Diskussion beherrschte

Vor diesem Hintergrund ist auch die dritte hauptsächliche Argumentationsweise verständlich, die dem Verzicht auf konkrete Analyse, der die beiden oben skizzierten Argumentationsweisen vereinte, begriffslos gegenüberstand, ihm daher nur den beschwörenden Appell an die "Breite Kampffront" entgegensetzen konnte und damit ebenfalls der notwendigen Konkretion und Analyse auswich.
Das permanente Zusammenwirken dieser drei Strömungen auf dem Kongreß mußte dazu führen, daß an die Stelle der Analyse der politischen Unterdrückung die Frage nach den Ursachen für den desolaten Verlauf des Kongresses gesetzt wurde und an die Stelle der ge-

meinsamen Suche nach Abwehrstrategien eine von einigen Zirkeln und den Spontaneisten gemeinsam getragene Abwehr gegen den Kongreß überhaupt trat. Dieser Umstand verdankt sich dem auf beiden Seiten vorhandenen Realitätsverlust, der aus der universitär betriebenen Nabelschau heraus nicht mehr zur Einordnung von Entwicklungen in anderen gesellschaftlichen Bereichen fähig ist, sowie den fundamentalen Mißverständnissen hinsichtlich der Möglichkeiten und Mechanismen der Politisierung an der Universität.
Auf dem Kongreß wurde so die Möglichkeit vergeben, die Basis der sozialistischen Studenten durch Informationen über das zunehmende roll-back der Reaktion, die Einordnung der einzelnen Erscheinungen in den politökonomischen Zusammenhang und die Erörterung der daraus für jeden einzelnen zu ziehenden Konsequenzen zu verbreitern.
Was bleibt, ist eine Fülle von sich teilweise erheblich widersprechenden Einzelanalysen und Einordnungsversuchen, die als Grundlage für die in den einzelnen Zirkeln zu führenden Diskussionen dienen können.
Der Kongreß bot weithin die hoffentlich letzte Demonstration einer Form der politischen Auseinandersetzung, die von ihrer Anlage her weder zur Politisierung noch zur Strategiefindung beitragen kann; und von der angenommen werden muß, daß die Linke sie sich nicht mehr lange leisten kann.

ERZIEHUNG UND KLASSENKAMPF

Zeitschrift für marxistische Pädagogik

Kampf der politischen Disziplinierung der Lehrer!

INHALT

NR. 5/6 '72

DM 8,–

INTERNATIONALE MARXISTISCHE DISKUSSION

1. Charles Bettelheim
Über das Fortbestehen von Warenverhältnissen in den "sozialistischen Ländern" DM 2,–

2. Lucio Colletti/Lucio Libertini/Livio Maitan/Lucio Magri
Über Lenins "Staat und Revolution" – heute DM 5,–

3. Martin Nicolaus
Konkurrenz und Mehrwert. Zur Klassentheorie bei Marx DM 4,–

4. Eduarda Masi
Der Marxismus von Mao und die europäische Linke DM 2,–

5. Partei und Klasse. Eine Diskussion zwischen Jean-Paul Sartre und "Il Manifesto". Einleitung: R. Rossanda DM 3,–

6. Jean Laplanche
Marcuse und die Psychoanalyse DM 2,–

7. Lucio Colletti
Zur Stalin-Frage DM 2,–

8. Maurice Godelier
System, Struktur und Widerspruch im "Kapital" DM 2,–

9. Ernest Mandel/Martin Nicolaus
Kontroverse über die Möglichkeit einer Revolution in den USA DM 4,–

10. Louis Althusser
Freud und Lacan DM 2,–

11. Notwendigkeit des Kommunismus. Die Plattform von "Il Manifesto" DM 5,–

12. Mario Tronti
Extremismus und Reformismus DM 4,–

13. Martin Nicolaus
Die Objektivität des Imperialismus. Anti-Mandel
Ernest Mandel
Die Widersprüche des Imperialismus DM 8,–

15. Ralph Miliband
Marx und der Staat DM 2,–

17. Rossana Rossanda
Der Marxismus von Mao Tse-tung DM 2,–

18. Adriano Sofri/Luciano Della Mea
Zur Organisation und Strategie von Lotta Continua DM 5,–

19. Alfred Sohn-Rethel
Materialistische Erkenntniskritik und Vergesellschaftung der Arbeit. 2 Aufsätze DM 4,–

20. "Classe e Stato"
Frederico Stame, Nicoletta Stame, Luca Meldolesi
Die Dialektik von Partei und Massen in der chinesischen Theorie – Bericht eines FIAT-Arbeiters über die Arbeitsorganisation in der chinesischen Fabrik DM 2,–

21. Massimo Salvadori/Vittorio Rieser
Rätesystem und Maoismus. DM 5,–

22. "Base Ouvrière".
Revolutionäre Betriebsarbeit bei Renault-Flins DM 6,–

23. "il manifesto"
Für eine organisierte politische Bewegung DM 4,–

24. "Que faire"
Klassenkämpfe in Frankreich seit dem Mai 1968 DM 5,–

25. "il manifesto"
Thesen zur Schul- und Hochschulpolitik DM 5,–

26. Antonio Negri DM 5,–
Zyklus und Krise bei Marx

ARBEITSPAPIERE

1. Serafini/Magri/Pintor
Die Einheit der Klassenlinken herstellen
Nationale Arbeiter-Konferenz der Gruppe "Il Manifesto"
Mailand 30. - 31. Jan. 1971 DM 1,80

2. Giampiero Mughini
Die KP Italiens und die nicht-reformistischen Gruppen DM 2,80

3. Revolutionärer Kampf (ehem. BPG Frankfurt)
a) Untersuchung-Aktion-Organisation
b) Zur politischen Einschätzung von Lohnkämpfen DM 1,50

4. Woher kommen die richtigen Ideen
Eine Kontroverse zwischen "Il Manifesto" und "Lotta Continua" DM 2,30

5. Kongreß gegen politische Unterdrückung. ca. DM 5,–
FU Berlin 24.4. – 26.4.72
Referate und Diskussionen

6. Jean-Claude Guérin:
Die französische Lehrergewerkschaft – Analyse und Kritik DM 2,–



"BASE - OUVRIERE"
REVOLUTIONÄRE BETRIEBSARBEIT
BEI RENAULT-FLINS

INTERNATIONALE MARXISTISCHE
DISKUSSION 22

VIETCONG

M.I.R

YIPPIES

F.A.R.

TUPAMAROS

P.A.L.G.C.

WEATHERMEN

EL FATAH

ENL

ZENGAKUREN

MR 8

FRELIMO

BLACK PANTHER

FREIHEIT
FÜR ALLE
GEFANGENEN